



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Wohin entwickelt sich die bosnisch-herzegowinische
Jugend?“

Über die subjektive Seite der Demokratie: junge Menschen in Sarajevo und ihre
Wahrnehmung der Demokratisierung in BiH.

Verfasserin

Ines Marinkovic

angestrebter akademischer Grad

Magistra

Wien, April 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuerin:

Dr. Birgit Englert

Danksagung

Diese Arbeit ist für mich nicht nur eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einem bestimmten Thema. Sie ist auch eine persönliche Auseinandersetzung mit allen Widersprüchlichkeiten meiner Heimat, die so offensichtlich und doch so verborgen sind.

Meinen Eltern möchte ich vom Herzen danken für ihre Liebe und ihr Vertrauen, das sie mir über die Jahre geschenkt haben. Ohne ihre Unterstützung, wäre auch diese Arbeit nicht zu Stande gekommen. Meiner Oma, die leider nicht mehr unter uns weilt, bin ich für eine wunderschöne Kindheit, ihre grenzenlose Liebe und Aufopferung, ewig dankbar. Ihr widme ich diese Arbeit. Mein besonderer Dank gilt meinen Freunden und Bekannten in Bosnien und Herzegowina, die mir mit Informationen, Ratschlägen und Erklärungen stets zur Seite gestanden sind. Meiner Betreuerin, Dr. Birgit Englert, gilt ein großes Dankeschön für ihre Ratschläge, ihre Motivation und Geduld. Dr. Vedran Dzihic danke ich für die wissenschaftliche und freundschaftliche Inspiration und aufmunternde Worte, die mich durch das Studium begleitet haben, als auch für die inhaltliche Begutachtung dieser Arbeit. Hr. Mirsad Tokaca gilt mein Dank für das zur Verfügung stellen der Räumlichkeiten und der Literatur während meines Aufenthaltes in Sarajevo, als auch für seine konstruktiven Vorschläge. Meinen Freunden in Wien möchte ich ganz besonders für ihre Unterstützung in schweren Momenten ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Meiner Oma, für ihre grenzenlose Liebe

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	5
Tabellenverzeichnis	7
1 Einleitung	8
1.1 Ausgangsüberlegungen	8
1.2 Erkenntnisinteresse	10
1.3 Fragestellungen	11
1.4 Gliederung und methodische Anmerkungen	14
2 Von Demokratie zu Demokratisierung	16
2.1 Verwendungsweisen des Demokratiebegriffs	17
2.1.1 Demokratie und Entwicklung	20
2.1.2 Demokratie und Frieden	25
2.1.3 Demokratie und Menschenrechte	28
2.1.4 Demokratie und Zivilgesellschaft	31
2.1.5 Demokratie und Partizipation	33
2.1.6 Demokratie und good governance	35
2.1.7 Demokratie-Diktatur-Vergleich nach Schmidt	37
2.2 Demokratisierung als politisches Projekt	39
2.2.1 Demokratisierung und demokratische Konsolidierung	42
2.2.2 Demokratisierung in Praxis	44
2.3 Defekte Demokratien – Zukunft der Demokratisierungsbemühungen?	50
3 Politische Kulturforschung und Demokratiemessung	53
3.1 Demokratische Politische Kultur – Stabilität der Demokratie	54
3.1.1 Grundannahmen	54
3.1.2 World Values Survey	59
3.2 Demokratiemessung – Qualität der Demokratie	60
3.2.1 Grundannahmen	60
3.2.2 Der Bertelsmann Transformationsindex	61
3.3 Verbindung von politischer Kulturforschung und Demokratiemessung – Legitimität der Demokratie	64

4	Demokratisierung in Bosnien und Herzegowina	66
4.1	<i>Die ersten Mehrparteienwahlen</i>	67
4.2	<i>Entwicklung der Zivilgesellschaft</i>	70
4.3	<i>„Dilemma der Gleichzeitigkeit“</i>	72
4.4	<i>Identität und Sprache in BiH</i>	74
4.5	<i>Post – Dayton – Demokratisierung</i>	77
4.6	<i>Politische Kulturforschung und Demokratiemessung in BiH</i>	82
4.6.1	World Values Survey	82
4.6.2	Bertelsmann Transformationsindex	87
5	Praxisfeld – Über die subjektive Seite der Demokratie	92
5.1	<i>Ethnologischer Ansatz und die Subjektivität</i>	92
5.2	<i>Vom (Ver)trauen und (Vor)urteilen: einige methodische Anmerkungen zu Rolle der Identität und der Sprache in BiH</i>	95
5.3	<i>Ergebnisse der eigenen Forschung</i>	98
5.3.1	Tutorium Transdisziplinäre Entwicklungsforschung	101
5.3.1.1	Exkursionen	103
5.3.1.2	Schriftliche Abschlussreflexionen	104
5.3.2	Gespräche mit Freunden und Bekannten in BiH, Feedback auf die Exkursionen	108
5.3.3	Zusammenfassung der Ergebnisse	110
5.4	<i>Interviews mit jungen Menschen in Sarajevo</i>	113
5.4.1	Alter, Bildung, Wohnsituation	115
5.4.2	Nachdenken über das Leben	116
5.4.3	Demokratie	117
5.4.4	Menschenrechte	119
5.4.5	Demokratisierung	121
5.4.6	Zivilgesellschaft, (Politische) Partizipation	124
5.4.7	Wirtschaftliche Entwicklung, Korruption	127
5.4.8	Auslandserfahrungen	128
5.4.9	Zukunftsvision für BiH (Optimismus vs. Pessimismus)	129
5.5	<i>E-Mail Korrespondenz mit den InterviewpartnerInnen: drei Monate danach</i>	130
5.5.1	Einschätzung der „politischen Kommodität“	130

5.5.2	Einschätzung der Rolle der Religion und Nationalität für Fragen der Demokratie	131
5.5.3	Wahrnehmung des Forschungsvorhabens	132
5.6	<i>Zusammenfassung</i>	133
6	Schlussfolgerung	136
7	Anhang	145
8	Literaturverzeichnis	160
	Abstract	170
	Lebenslauf	172

Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
BHAS	Bosnia and Herzegovina Agency for Statistics
BiH	Bosnien und Herzegowina
BTA	Bertelsmann Transformationsatlas
BTI	Bertelsmann Transformationsindex
CIK	Centralna Izborna Komisija – Zentrale Wahlkommission
CPCD	Community Partnership for Child Development
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
EC	European Commission
EU	Europäische Union
EUSR	European Union Special Representative
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FOS	Federal Office of Statistics
HDR	Human Development Report
HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica – Kroatische Demokratische Union
HR	High Representative
IBHI	The Independent Bureau for Humanitarian Issues
IMF	International Monetary Fund
IMIC	International Multi-religious and Intercultural Center
INEF	Institut für Entwicklung und Frieden
IP	InterviewpartnerInnen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-Governmental Organization
NHDR	National Human Development Report
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OHR	Office of High Representative
OSCE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PIC	Peace Implementation Council
RDC	Research and Documentation Center
RSIS	Republika Srpska Institute of Statistics

RS	Republika Srpska – Serbische Republik
SDA	Stranka Demokratske Akcije – Partei der Demokratischen Aktion
SDP	Sozialdemokratska Partija – Sozialdemokratische Partei
SDS	Srpska Demokratska Stranka – Serbische Demokratische Partei
SRSJ za BiH	Savez Reformskih Snaga Jugoslavije za BiH – Bund der Reformkräfte Jugoslawiens für Bosnien und Herzegowina
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
USA	United States of America
WVS	World Values Survey

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Vergleich Demokratie und andere Herrschaftsformen
Tabelle 2:	Beurteilung des jetzigen politischen Systems
Tabelle 3:	Beurteilung des vorherigen politischen Systems
Tabelle 4:	Zufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie im eigenen Land
Tabelle 5:	Identifizierung mit dem Staat
Tabelle 5a:	Nationalstaatlicher Stolz
Tabelle 6:	Eigenverantwortung vs. Regierungsverantwortung
Tabelle 7:	Ziele des Staates in den nächsten zehn Jahren
Tabelle 8:	Menschenrechte in BiH
Tabelle 9:	Umgang mit Homosexualität
Tabelle 10:	Umgang mit Bestechung/Schmiergeld
Tabelle 11a:	Mitglied einer politischen Partei
Tabelle 11b:	Mitglied einer NGO zu Themen auf dem lokalen Niveau
Tabelle 11c:	Mitglied einer NGO zu Themen Entwicklungsländer und Menschenrechte
Tabelle 12:	Politik als Gesprächsthema
Tabelle 13:	Vertrauen in die Mitmenschen
Tabelle 14a:	Vertrauen in religiöse Organisationen
Tabelle 14b:	Vertrauen in das Militär
Tabelle 14c:	Vertrauen in die Presse
Tabelle 14d:	Vertrauen in die Regierung
Tabelle 14e:	Vertrauen in politische Parteien
Tabelle 14f:	Vertrauen in die EU
Tabelle 15:	„Feeling of happiness“
Tabelle 16:	Politische Transformation (Democracy Status) für BiH
Tabelle 17:	Wirtschaftliche Transformation (Market Economy Status) für BiH
Tabelle 18:	Management Index
Tabelle 19:	Politische und gesellschaftliche Integration in BiH

1 Einleitung

1.1 Ausgangsüberlegungen

Als ich im Sommer 1992, im trotzigen Alter von 15, eines der Wiener Bäder aufsuchte, um einerseits der Hitze, andererseits aber auch um den täglichen Horornachrichten aus meiner Heimat zu entkommen, hatte ich es mir nicht vorstellen können, dass ich in einem demokratischen, freien Land aus einem Bad „vertrieben“ werden kann. Einige Monate zuvor wurde ich aus meiner Heimat vertrieben. Das war verständlich, denn es herrschte Krieg. Ich war also nicht frei dort zu bleiben. Demokratie verband ich zu dieser Zeit vor allem mit Freiheit und Frieden. In erster Linie aber – Freiheit und Frieden, als Abwesenheit vom Krieg, Freiheit Dinge zu tun oder zu sagen ohne beschimft oder schief angesehen zu werden, Freiheit das Leben zu genießen ungeachtet meiner Herkunft oder Religion oder politischer Einstellung meiner Eltern, Freiheit eben all das zu tun, was ich in der Zeit als Jugoslawien began zu zerfallen, plötzlich nicht mehr konnte. Zumindest sprachen „die Älteren“ davon, dass Demokratie eben „richtige“ Freiheit bedeutet, was ich damals natürlich nicht verstand.

Nun, was ist passiert an diesem Tag im Sommer 1992? Einer der Bademeister hat mich des Bades verwiesen, „nur“ weil ich einige Male vom Rande des Pools gesprungen war! *„Das kann ich nun wirklich nicht mit Freiheit und Menschenrechten verbinden“* – dachte ich trotzig. Wir hatten doch auch Bäder in unserer Stadt, und wir, Kinder haben unsere gesamten Ferien dort verbracht, bis auf die paar Wochen im Sommer, die wir an unserem Meer verbrachten. Wir sind alle vom Rande gesprungen, und es gab so gut wie niemals Unfälle. Ganz zu schweigen davon, dass wir gar keine Bademeister, also „Aufpasser“ hatten. Sie waren jedenfalls nicht sichtbar. Ich wusste ganz genau, dass ich niemanden gefährdet habe, also hat er mich nicht deshalb des Bades verwiesen, war ich mir damals sicher, sondern weil ich eben nicht eine von „ihnen“ bin! Deswegen, weil ich nicht verstanden hatte, was er zu mir sagte, während er mich mit der Pfeife aus dem Wasser lotzte. Deswegen, weil ich lächelte, da ich mich nicht richtig verständigen konnte und er dies wahrscheinlich als Provokation aufgefasst hatte.

Die logische Schlussfolgerung, begleitet durch eine gehörige Portion Demütigung und einem Fluss von Tränen war – sie haben zwar keinen Krieg, aber bestimmt kennen sie auch nicht die Bedeutung von Freiheit! Mir ist damals natürlich nicht in den Sinn gekommen, dass ich doch die Regeln verletzt habe. Bad hier, Bad unten – wo ist der Unterschied? – dachte ich. Warum

durfte ich unten springen wie mir gefiel und hier darf ich es nicht, wobei unser Bad eigentlich noch viel schöner und moderner war als dieses eine hier. Ich habe es nicht verstanden.

Ein weiteres Ereignis, etwa ein Jahr später sollte mein Nachdenken über Vorteile und Nachteile der Demokratie in Bezug auf die Freiheiten und stets in Beziehung zum Jugoslawischen Kommunismus, also dem System in dem ich aufgewachsen bin, nachhaltig prägen. Abgesehen davon, dass ich ganz überrascht war, dass wir in der Schule (HBLA), schon am Anfang des Jahres erfahren haben, wann welche Prüfungen (Schularbeiten) stattfinden und ich dies natürlich sehr zu meinem Vorteil nutzen konnte, war mir absolut unbegreiflich, dass die SchülerInnen einen regelrechten Aufstand gemacht haben, als eines Tages der Professor eine nicht angekündigte Prüfung durchführen wollte.

Die halbe Klasse stand auf und warf mit Paragraphen um sich, warum er dies nicht tun soll oder gar, darf. Es kam mir vor, als ob der Professor gar keine Autorität besaß, als ob SchülerInnen und er auf dem gleichen „Niveau“ wären. Ich war nämlich von meiner Ausbildung damals in SFR Jugoslawien, genauer in einer der sechs jugoslawischen Republiken, Kroatien, ganz was anderes gewohnt. Zum einen, wurden wir so gut wie nie vorgewarnt. Wer eben gute Noten haben wollte, hatte stets den Stoff lernen und wiederholen müssen, denn jede Stunde hätte eine Prüfung stattfinden können. Und zum anderen, SchülerInnen können unmöglich auf dem gleichen Niveau sein wie die LehrerInnen. Die LehrerInnen besaßen die absolute Autorität, derer sich die SchülerInnen, natürlich zu eigenem Nutzen unterwerfen sollen. Sie waren die Personen, die einfach respektiert werden müssen. Sie sollen den SchülerInnen etwas beibringen und nicht umgekehrt, sonst wären die Bezeichnungen SchülerIn und LehrerIn ziemlich sinnlos. Oder?

Seit dem ist sehr viel Zeit vergangen. Ich lebe mittlerweile länger in einer Demokratie und habe gelernt ihre Vorzüge mit anderen Augen zu betrachten. Ich habe aber vor allem gelernt, die Demokratie zu leben und zu erleben. Ich kenne meine Rechte, aber ich gehe auch meinen Pflichten nach, auch dann, wenn keine Sanktionen drohen. Diese zwei, für mich so prägende Ereignisse, interpretiere ich heute natürlich ganz anders. Damals konnte ich sie auf Grund meiner Sozialisation in einem Land, wo vieles doch anders funktionierte, gar nicht anders interpretieren.

Warum habe ich mich dazu entschlossen diese zwei Anekdoten aus persönlicher Lebensgeschichte zu erzählen?

Zum einen, weil sie ziemlich gut die Wurzel meines Interesses an Demokratie und Demokratisierung darlegen. Zum anderen, weil daraus auch gelesen werden kann, dass sogar

die banalen Dinge, die in einem anderen System vorteilhafter erschienen, die Legitimität der Demokratie im individuellen Erleben erschüttern können, dabei müssen sie sogar nicht zwingend etwas mit dem System selbst zu tun haben. Und zu guter Letzt, weil es auch gute Beispiele dafür sind, wie sehr Demokratieverständnis und das Verständnis von Menschenrechten sich aus der Kultur, Tradition und politischer Sozialisation herleiten lassen.

1.2 Erkenntnisinteresse

Als ich vor einiger Zeit zu recherchieren begann, wie Gleichaltrige in Bosnien und Herzegowina (BiH) zu Demokratie, Partizipation und Co. stehen, stieß ich vor allem auf ein Problem: Kommunikation. Meine Freunde in BiH und ich, benutzten zwar alle die gleichen Begriffe, die schulischen Definitionen waren auch bekannt, aber das tägliche politische oder gesellschaftliche Geschehen, interpretierten wir fast völlig unterschiedlich in Bezug auf die Demokratie, Freiheiten, Partizipation, Marktwirtschaft, Menschenrechte etc. Es schien als ob wir eher nebeneinander und nicht miteinander sprachen. Das wunderte mich ziemlich, weil wir uns erstens alle als pro-demokratisch bezeichneten und zweitens alle das kommunistische System zum Teil erlebten und es in Beziehung zu Demokratie setzen konnten. Abgesehen davon erwartete ich solche Differenzen in der Kommunikation, eher zwischen Gleichaltrigen in BiH und mir einerseits und jemanden der ausschließlich die liberale Demokratie erlebt hat andererseits, aber eben nicht zwischen mir und meinen Landsleuten. Meine persönlichen Erfahrungen aus dem Wiener Bad und der Wiener Schule erinnerten mich aber daran, dass ich auch ganz andere Wahrnehmung von Demokratie und Menschenrechten hatte, eher ich Demokratie ganz praktisch erfahren habe und zwar über eine längere Periode hinweg.

Nach endlosen Gesprächen und teilnehmender Beobachtung, nach täglicher Medienlektüre über einige Monate hinweg und unzähligen Stunden vor dem bosnischen Fernsehen, kristallisierte sich die Problematik langsam heraus – es war eigentlich nichts Unbekanntes, sondern eine typische Theorie – Praxis – Diskrepanz.

Ich habe nie aus einem Buch in der Wiener Schule gelernt was Demokratie sein soll, ich habe sie aber täglich in einem demokratischen Land aufs Neue erlebt, in allen möglichen Facetten. Meine bosnischen Freunde andererseits hatten in der Mittelschule ein Fach, das sich *Demokratie und Menschenrechte* nennt, oder nahmen an Seminaren teil, die das Thema behandelten, oder sprachen ganz einfach viel mehr über die Demokratie mit ihren Freunden. Sie haben aber seit dem Krieg nicht viele Vorzüge des demokratischen politischen Systems erlebt. Ja, sogar die freien und fairen Wahlen, also das Minimalkriterium des demokratischen

Systems, resultieren immer aufs Neue mit der Wiederwahl der nationalistischen Parteien, die die bosnische Gesellschaft auch in den Krieg hinein begleitet haben.

So habe ich mein Forschungskonzept, das sich mit der Frage auseinandersetzen sollte, warum die Jungakademiker, die bestehenden Partizipationsmöglichkeiten nicht wahrnehmen, wie meine ursprüngliche These lautete, etwas ausgeweitet. Es schien mir viel wichtiger in einem ersten Schritt danach zu fragen, was sie überhaupt unter Partizipation, Demokratie, Demokratisierung und Co. verstehen, wie sie diese Prozesse wahrnehmen und ob und welche Folgen diese für ihr tägliches Handeln haben.

Meine These ist, dass auch wenn Demokratisierung stattfindet, trotz des großen Zuspruchs seitens der Eliten als auch seitens der Zivilbevölkerung, die bosnisch-herzegowinische Bevölkerung die Demokratie aus unterschiedlichen Gründen anders wahrnimmt als die externen Demokratisierer. Aufgrund der unterschiedlichen Werte, denn Demokratie ist auch immer eine Frage von Werten, entstanden aus einem bestimmten Sozialisierungsprozess, leiten die Demokratisierten ihre Handlungen im Prozess der Demokratisierung aus ihren spezifischen Vorstellungen von Demokratie. Aus dem Grund entsteht eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis der Demokratisierung. Daher sollte eine partnerschaftliche Kommunikation die Grundlage der Demokratisierungsbemühungen darstellen. Es ist falsch von der Selbstverständlichkeit auszugehen, dass sowohl Demokratisierer als auch Demokratisierte inhaltlich das gleiche unter Demokratie und demokratisch verstehen.

1.3 Fragestellungen

Demokratisierung als Friedensstrategie ist kein theoretisches Konstrukt, sondern längst eine realpolitische Strategie. In der Entwicklungszusammenarbeit wurde *die Jugend* als eine der sozialen Gruppen identifiziert, die „*das meiste Potential für gesellschaftliche Innovation hat*“ und besonders in Nachkriegssituationen gelten junge Menschen als „*Hoffnungsträger für Prozesse der Versöhnung*“. (Fischer 2006: 8) In Bosnien und Herzegowina lässt sich demzufolge auch eine Vielzahl an Förderungen der westlichen Geber für Jugendorganisationen und Jugendvereine ausmachen. Partizipation, als Voraussetzung nachhaltig etwas zu verändern, wird gepriesen. Demgegenüber stehen jedoch ernüchternde Fakten: zwei Drittel junger Menschen unter 30 in Bosnien und Herzegowina, möchten das Land verlassen, sollte sich eine Gelegenheit ergeben. (UNDP 2007b: 2, 118) Ungeachtet ihrer nationalen Zugehörigkeit, sehen 60 % junger Menschen ihre Zukunft also nicht in Bosnien und Herzegowina. (UNDP 2007a: 23) Junge Menschen in BiH sind sich selbst überlassen und

sofern keine systematische Jugendarbeit etabliert werde, besteht die Gefahr immer noch, dass sie für nationalistische und undemokratische Zwecke missbraucht werden. (Avdagic zit. nach Fischer/Tumler 2000: 9)

Nun stellt sich natürlich die Frage, warum die jungen Menschen offensichtlich lieber das Land verlassen würden, als sich bei den tief greifenden Veränderungen in ihrem eigenen Land einzubringen. Zwei der Antworten, die auf der Hand liegen, sind sicherlich die wirtschaftliche Situation und die schwache Sozialpolitik. Strukturelle und systemische Ursachen sind relativ einfach auszumachen, jedoch wurde bisher auch kaum untersucht wie die jungen Menschen, aber auch BürgerInnen von Bosnien und Herzegowina insgesamt, die Transformation in ihrem Land reflektieren. Wo sehen sie die Chancen auf eine Verbesserung, wo fühlen sie sich machtlos? Die Wiederwahl nationalistischer Parteien alle Jahre wieder, auch wenn sie alle die Bezeichnung „demokratisch“ im Namen tragen, steht im starken Widerspruch mit den politischen Umfragen, nach denen die Zustimmung der Bevölkerung zu demokratischen Normen und Verfahren bei 50 – 70 % liegt. Zwei Erklärungen scheinen möglich: zum einen – Meinungen und Einstellungen wirken sich nicht zwangsläufig auf das politische Handeln der BürgerInnen aus, was ziemlich unwahrscheinlich scheint und bisher auch nicht empirisch nachgewiesen werden konnte; zum anderen – es müssen Gründe für dieses Verhalten vorhanden sein. Der Frage nach der Entwicklungsrichtung der bosnisch-herzegowinischen Jugend näherte ich mich daher über ihre Wahrnehmung des Demokratisierungsprozesses in Bosnien und Herzegowina, das heißt über die subjektive Seite der Demokratie.

Im Zentrum dieser Arbeit steht mit anderen Worten die Frage nach der Legitimität einer Demokratie. Die Legitimität eines demokratischen Systems ist nach der Theorie der politischen Kulturforschung wesentlich für die Stabilität eines politischen Regimes. Die Stabilität desselben ist andererseits eine der wichtigen Voraussetzungen für die Erfassung der demokratischen Qualität, auf die die Demokratiemessung abzielt. (vgl. Pickel/Pickel 2006: 275)

Es stellen sich also folgende Fragen:

- Was verstehen junge Menschen in Bosnien und Herzegowina überhaupt unter Demokratie?
- Welche Rechte nehmen sie wahr, welche Rechte können sie nicht einfordern?
- In wie fern spielen Religion und Tradition eine Rolle bei ihrem Demokratieverständnis?

- In wie weit verbinden sie die Prozesse der Demokratisierung mit wirtschaftlicher Entwicklung?
- Wie nehmen sie die Privatisierung und Marktwirtschaft wahr?
- Wie finden sie sich zu Recht mit der Korruption, Schattenwirtschaft und Kriminalität?
- Wo werden die Schuldigen für ihre Situation ausgemacht und aus welchen Gründen?
- Glauben sie daran, dass mehr Demokratie in ihrem Land auch endgültigen Frieden in dieser Region herbeiführen wird?
- Welche Rolle spielt dabei das Vertrauen?
- Wie ist das subjektive Empfinden zu dem ehemaligen politischen System?
- Was wird damit verbunden?
- Schauen sie mit Optimismus in die Zukunft und was erwarten sie sich von dem Beitritt zur Europäischen Union?

Methodische Fragestellungen:

- Führt eine Daten Triangulation zu einem tieferen Verständnis des untersuchten Gegenstandes?
- Können Elemente in den Interviews entdeckt werden, die von der Umfrageforschung nicht erfasst werden und für die Erforschung der Stabilität der Demokratie relevant sind?
- Können Elemente in den Interviews entdeckt werden, die von BTI Index nicht erfasst werden und für die Qualität der Demokratie relevant sind?

Die vorliegende Forschungsarbeit beansprucht nicht, allgemein gültige Antworten auf diese Fragen zu bieten, nicht zuletzt wegen des Problems der Aggregation von Umfragedaten.¹, d.h. wegen der Kritik an der Übertragung der Daten von der Mikro- auf die Makroebene. Die Auseinandersetzung mit jungen Menschen in BiH, definiert als einer der sozialen Gruppen, die das meiste Potential für gesellschaftliche Innovation haben soll allerdings aufzeigen, dass selbst solche Gruppen von denen erwartet wird, dass sie der Demokratisierung einen entscheidenden Impuls geben, einer subjektiven Wahrnehmung der Demokratie unterliegen. Diese subjektive Seite der Demokratie, speist sich aus einer spezifischen Sozialisierung, politischen Kultur und Tradition und offenbart die allgemeine Problematik der Übertragung westlich-demokratischer Werte und Normen auf andere politische Kulturen. Es wird zudem

¹ Auseinandersetzung mit der Aggregation von Umfragedaten. Siehe hierzu Pickel/Pickel 2006: 33

erwartet, dass die gewonnenen Ergebnisse auch zu einem tieferen Verständnis der allgemein stagnierenden Demokratisierung in BiH führen.

1.4 Gliederung der Arbeit und methodische Anmerkungen

Die Arbeit ist grob in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil setzt sich theoretisch mit Demokratie und Demokratisierung auseinander. Es wird zunächst auf die Verwendungsweise des Begriffes Demokratie eingegangen, wie es in der wissenschaftlichen Forschung aber auch realpolitisch verwendet wird. Dabei wird nicht explizit auf verschiedene Demokratietheorien eingegangen, sondern wird der Fokus der theoretischen Annäherung auf Aspekte Entwicklung, Frieden, Menschenrechte, Zivilgesellschaft, Partizipation und good governance in Bezug auf Demokratie gelegt. Demokratisierung wird als politisches Projekt analysiert, wobei die Gewichtung auf die Wechselbeziehung zwischen Theorie und Praxis der Demokratisierung gelegt wird. Der Kapitel 3 versucht die Vorteile der Verbindung von politischer Kulturforschung und Demokratiemessung in der Erforschung von Legitimität einer Demokratie aufzuzeigen.

Der zweite Teil fragt dann nach der Legitimität der Demokratie in Bosnien und Herzegowina und nähert sich über verschiedene Datensätze der praktischen Frage an, wie die Demokratisierung von jungen Menschen mit höherer Bildung in Sarajevo wahrgenommen wird. Die Wahrnehmung der Entwicklung des Landes, d.h. die Wahrnehmung der Transformation BiHs wird als Ausgangspunkt herangezogen um die Situation junger Menschen in BiH zu analysieren, daher wird in einem ersten Schritt der Demokratisierungsprozess in Bosnien und Herzegowina dargelegt. Dabei wird zunächst ein kurzer geschichtlicher Rückblick auf die Perzeption von vermeintlichen demokratischen Veränderungen in BiH Anfang der 90er Jahre gegeben, als auch die Anfänge des zivilgesellschaftlichen Sektors besprochen. Aufgrund der Tatsache, dass der Demokratisierungsprozess und hier in erster Linie die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur in BiH, sich äußerst schwierig gestalten, soll in Kürze auch auf die Bedeutung von Identität und Sprache eingegangen werden, bevor die Post-Dayton Demokratisierung analysiert wird. Abschließend wird auf die Daten des World Values Survey und Bertelsmann Transformationsindex für BiH zurückgegriffen. Die Analyse der gewählten Indikatoren muss als subjektiv-selektive Wahrnehmung gelten, da eine ausführliche und detaillierte Analyse vorhandener Daten aufgrund des Umfangs, im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist. Um sich der Antwort auf die Frage, wie sich Demokratisierung anfüllt zu nähern, bzw. die

subjektive Seite der Demokratie zu besprechen, wird ein ethnomethodologischer Ansatz gewählt. Die Interviews mit jungen Menschen in Sarajevo bauen sowohl auf den gewählten Ergebnissen aus den Daten des WVS und BTI, als auch auf den Ergebnissen der eigenen bisherigen Forschung. Die Besprechung der Wahrnehmung demokratischer Veränderungen in BiH seitens der Wiener StudentInnen, hat methodisch den Charakter einer Kontrollgruppe. Die Ergebnisse der Interviews werden chronologisch besprochen. Die Aspekte der Demokratisierung, die individuell variieren, werden gesondert analysiert. Abschließend werden die gewonnenen Informationen aus den drei Datensätzen, WVS, BTI und Interviews mit den jungen Menschen, gegeneinander abgewogen und möglicher Erkenntnisgewinn herausgearbeitet werden.

2 Von Demokratie zu Demokratisierung

„Wir brauchen neue Denkweisen, die mit Besonderheiten, Individualitäten, Absonderlichkeiten, Diskontinuitäten, Kontrasten und Singularitäten umgehen können und die auf etwas ansprechen, was Charles Taylor kürzlich „tiefe Vielfalt“ (deep diversity) genannt hat – eine Pluralität der Zugehörigkeiten und Seinsweisen. Es fehlt uns an Zugängen, die aus diesen Seinsweisen, aus dieser Pluralität dennoch das Gefühl einer Verbundenheit gewinnen können, die weder umfassend noch einförmig, weder originär noch unwandelbar und dennoch wirklich ist.“ (Geertz 1996: 7)

Demokratisierung gilt als *die* politische Zauberformel der Gegenwart, (in Anlehnung an Sandschneider 2003: 2) nicht zuletzt da angenommen wird, dass die Ausbreitung von Demokratie und Marktwirtschaft zu einer *Zivilisierung der Welt* im Sinne des vieldiskutierten Theorems des *Demokratischen Friedens* führen würde. (Lebow/Risse-Kappen 1995, Doyle 1995, Gowa 1999 zit. nach Menzel 2001: 201f) Demokratien sind aber auch nicht generell friedlich, sie ziehen nur nicht gegeneinander in den Krieg. (Risse-Kappen 1995, Czempiel 1996, Gleditsch/Hegre 1997 zit. nach Schmidt 2006: 499; Imbusch/Zoll 2005: 139) Andererseits kennt der größte Teil der Weltbevölkerung die Demokratie nicht aus eigener Anschauung und würde sie nicht zuletzt deshalb ablehnen, weil sie den eigenen gesellschaftlichen und politischen Traditionen widerspricht. (vgl. Schmidt 2006: 490)

Was den Volkswillen und Mehrheitswillen betrifft, so seien auch diese „fiktiv, fehlbar und verführbar“, (Offe 1992: 127 zit. nach Schmidt 2006: 502) was in weiterer Folge u. a. auch die Frage nach der Stabilität des politischen Systems aufwirft, vor allem in den Nachkriegsgesellschaften. Mit anderen Worten, aus Kommunisten, Nationalisten und Kriegern werden nicht so schnell und leicht Demokraten (gemacht).

Folgt man dem Konzept der demokratischen Konsolidierung nach Merkel², so schließt die Konsolidierung des demokratischen politischen Systems mit der „Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als soziokulturellem Unterbau der Demokratie“ ab. (Merkel 2007: 414) Aus der politischen Kulturforschung ist bekannt, dass dieser Prozess Jahrzehnte dauern kann, und erst mit Generationenwechsel abgeschlossen werden kann. (Almond/Verba 1963, 1980 zit. nach Merkel 2007: 417) Die interessierende Frage in diesem Zusammenhang ist also die nach der Methode zur Herausbildung einer Staatsbürgerkultur.

² Der Begriff der demokratischen Konsolidierung ist in der Transformationsforschung umstritten. (Merkel 2007: 414)

Die Partizipation scheint die Methode zu sein, die Verbindung zwischen Bevölkerung und Staat herzustellen, wobei die Diskussion um die Partizipation in den Nachkriegsgesellschaften und Transformationsländern sicherlich eine andere ist als in *westlichen Demokratien*.

Die Partizipationsforschung hat ihr Forschungsobjekt, spätestens seit dem Ende der 70er Jahre erweitert, Kaase (1982) sprach sogar von einer „*partizipatorischen Revolution*“ in Deutschland, als die Beteiligung der BürgerInnen, an politischen Aktivitäten, außerhalb der politischen Institutionen, in den 60er und 70er Jahren rasant anstieg. (vgl. Geißel/Thillman 2006: 159) Heute, einige Jahrzehnte später, ist Demokratie ohne Partizipation nicht zu denken, aber die Partizipation, noch immer, zumeist als (politische) Teilhabe gedacht, wird in unterschiedlichen Demokratietheorien, höchst divergent bewertet.

Konsens besteht über das Recht auf politische Partizipation und ihre Notwendigkeit, Uneinigkeit besteht in Bezug auf die Begriffsdefinition, die Formen und die Reichweite von politischer Partizipation, sowie den damit verbundenen Zweck. Fest steht jedoch, dass jede Demokratie von der Beteiligung ihrer BürgerInnen lebt, und nahezu alle Studien zur politischen Partizipation weisen auf diesen Zusammenhang hin. (vgl. Hoecker 2006: 3)

2.1 Verwendungsweisen des Demokratiebegriffs

Obwohl unter „Demokratie“ eigentlich ein „*Fachausdruck des politischen und des wissenschaftlichen Sprachgebrauchs, der dem Griechischen entstammt*“ zu verstehen ist, (Schmidt 2006: 19), kann die positive begriffliche Bedeutung der Demokratie im alltäglichen Sprachgebrauch nicht geleugnet werden. Es gibt heutzutage auch kaum BürgerInnen³, die Demokratie nicht mit Volksherrschaft im positiven Sinne, in irgendeiner Form in Verbindung bringen. Die *Positivierung des Demokratiebegriffs* als erste semantische Transformation ist heutzutage im westlichen Kulturkreis unangefochten. (vgl. Buchstein 2004: 58)

„In den antiken Theorien von Platon und Aristoteles sowie von Cicero und Polybios war „Demokratie“ ein Negativbegriff. Alle wesentlichen Quellen, aus denen uns der antike Demokratiebegriff überliefert ist, stammen von Kritikern, wenn nicht entschiedenen Gegnern der Demokratie. [...] Eine auch begrifflich positive Konnotation konnte sich nur allmählich durchsetzen – nach der französischen Revolution und im Zuge der Ausweitung des Wahlrechts in den USA, verschiedenen Ländern Westeuropas, in Neuseeland und Australien im 19. Jahrhundert. (Buchstein 2004: 57f)

³ Diese Behauptung bezieht sich auf die BürgerInnen der westlichen Demokratien, und weniger auf die BürgerInnen der sog. *Defekten Demokratien*.

Die Verwendung des Wortes Demokratie hat gewiss eine gewaltige Erweiterung erfahren seit der Antike, dient das Wort doch heute nicht nur zu Bezeichnung einer spezifischen Ordnung einer „Polis“, sondern auch zur Bezeichnung von Institutionen, Organisationen, Verfahrensweisen, Werten und Handlungen und sogar zu Bezeichnung menschlicher Charaktermerkmale. (Buchstein 2004: 47f)

Die „*geschichtsphilosophische Grundmelodie*“ in Anlehnung an Alexis de Tocquevilles Betrachtungen „*Über die Demokratie in Amerika*“, ist folgende: die „*demokratische Revolution*“ ist ein „*universelles Phänomen, dem sich keine Gesellschaft auf Dauer entziehen kann*“. (Merkel et. al. 2003: 9) Anbetracht des Anstiegs demokratischer Staaten, zwischen 1990 und 1996, wobei die Zahl der (elektoralen) Demokratien um mehr als die Hälfte anstieg, (vgl. Tabelle 1: Elektorale Demokratien, 1974 – 2000 in: Merkel et. al. 2003: 11), kann davon ausgegangen werden, dass die Ausbreitung der Demokratie, im Sinne einer Grundmelodie, gegenwärtig aktueller denn je zu sein scheint. Grund zu Besorgnis bieten allerdings die festgestellten Defekte junger Demokratien.

„Denn knapp eine Dekade nach Fukuyamas simplifizierender Interpretation der Hegelschen Geschichtsphilosophie haben sich die Zeichen verdichtet, dass die dritte Welle der Demokratisierungen weniger ein Triumph der liberalen Demokratie als vielmehr eine Erfolgsgeschichte „defekter“ Varianten der Demokratie werden könnte.“ (Merkel et. al. 2003: 11)

Die Demokratieforschung sieht sich heute mit verschiedensten Phänomenen konfrontiert die, den Begriff der Demokratie üblicherweise begleiten. So sprechen wir von jungen Demokratien, defekten Demokratien, partizipatorischen Demokratien, liberalen, elektoralen oder modernen Demokratien, von Demokratisierungswellen und demokratischer Konsolidierung, von demokratischen Werten und Verhalten. Es kann also tatsächlich von einer „*Demokratie mit Adjektiven*“ (Collier/Levitsky 1997 zit. nach Buchstein 2004: 48) gesprochen werden.

Die vielfältige Verwendung des Begriffes seit der Antike, hat natürlich auch dazu geführt, dass verschiedene Demokratietheorien⁴ entwickelt wurden, die je für sich in Anspruch nehmen, über zutreffendes Demokratieverständnis zu verfügen. (vgl. Buchstein 2004: 48)

Aufgrund der Tatsache, dass diese Arbeit zu einem guten Teil auf (politischen) Einstellungen und Verhalten der BürgerInnen in Bosnien und Herzegowina aufbaut und diesen explizit eine

⁴ Einen sehr guten Überblick im deutschsprachigen Raum zu Demokratietheorien bietet Schmidt, Manfred G. (2006): *Demokratietheorien*. Eine Einführung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden. Zu vergleichenden Analyse politischer Systeme in Europa siehe Abromeit, Heidrun/Stoiber, Michael (2006): *Demokratien im Vergleich*. Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme. Wiesbaden.

wichtige Rolle zuweist, ist es angebracht von einer etwas weiter gefassten Definition der Demokratie auszugehen. Diese beschränkt sich nicht nur auf die Bürgerrechte und die Durchführung von freien Wahlen, sondern berücksichtigt vor allem auch die politische Kultur. Das bedeutet, dass Demokratie nicht als Methode⁵ verstanden wird, sondern als Herrschafts- und Lebensform⁶ aufgefasst wird. Die „*logische und historische Kernbedeutung*“ (Sartori 1997: 263 zit. nach Merkel et. al. 2003: 40) des Demokratiebegriffs aber, liegt immer

[...] in der Verbindung von Volkssouveränität, den Prinzipien der politischen Gleichheit, der Freiheit und der Herrschaftskontrolle. (Lauth 1997, 2001; Merkel 1999 zit. nach Merkel et. al. 2003: 40)

Ausgehend von den Strukturproblemen der liberalen Demokratie⁷ und in Bezug auf die Frage der demokratischen Konsolidierung wird in dieser Arbeit dem Konzept der positiven Konsolidierung nach Pridham Bedeutung beigemessen.

„„Positiv“ ist ein politisches System erst dann konsolidiert, wenn das gesamte System nicht nur in den Augen der Eliten legitim und ohne Alternative ist, sondern wenn auch die Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster der Bürger einen stabilen Legitimitätsglauben an die Demokratie reflektieren.“ (Pridham 1995: 168 zit. nach Merkel 2007: 415f)

Es kann zusammenfassend gesagt werden, dass die Demokratie in modernen Demokratien heutzutage zwar sehr viele interne Kritiker, aber keine grundsätzlichen Gegner mehr hat. (vgl. Buchstein 2004: 58) In diesem Kontext kann auch meine Auseinandersetzung mit dem Demokratieverständnis gelesen werden. Ich stelle nicht die Demokratie und die Verbreitung demokratischer Normen und Werte an sich in Frage, sondern nur die Selbstverständlichkeit, mit der das Demokratieverständnis in westlich-üblichen Denkmustern in nicht- oder noch nicht- demokratischen Gesellschaften angenommen wird. Die internationale Gemeinschaft stolpert nicht selten über eigene Fehlinterpretationen und daraus geleitete Politikempfehlungen in den Transformationsländern. Es soll im Folgenden daher auf die Bedeutung von Demokratie eingegangen werden, wie sie in der Entwicklungsforschung behandelt wird, bzw. es werden die Aspekte zur Analyse herangezogen, die zur Rechtfertigung der Demokratisierungsbemühungen theoretisch als auch realpolitisch die Diskussion prägen. Es soll näher auf die Begriffe und Definitionsversuche von Entwicklung,

⁵ Realistisches Demokratieverständnis in Anlehnung an Joseph Schumpeter. Siehe: Schmidt 2006: 197-212; Hoecker 2006: 1-3; 8.

⁶ Normatives Demokratieverständnis. Siehe Hoecker 2006: 3-8

⁷ Hier in erster Linie, ausgehend von der These, dass die demokratische Herrschaft in hohem Maße kontextabhängig ist, insbesondere von den Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Integration und politischer Kultur. (vgl. Nohlen 2003: 54)

Frieden, Zivilgesellschaft, Menschenrechte, Empowerment und Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und good governance eingegangen werden.

2.1.1 Demokratie und Entwicklung

Wie ist die Entwicklung zu verstehen? Wie ist sie räumlich und zeitlich zu begreifen? Was genau soll entwickelt werden und mit welchen Methoden soll Entwicklung vonstatten gehen? Ein altes aber funktionierendes Handy muss nicht ersetzt werden nur um der technischen Entwicklung willens, aber ist nicht schon die finanzielle Möglichkeit dieses Handy zu ersetzen befriedigend? Eine Frau mag vielleicht an einem Wahlsonntag keine Lust haben wählen zu gehen, aber ist nicht schon die Möglichkeit wählen zu können befreiend? Und wie sehen sich die Menschen selbst, die sich kein (neues) Handy leisten können oder Frauen, die aus dem Wahlrecht ausgeschlossen sind, in Bezug auf die Entwicklung? Begreifen sie notwendigerweise ihre Umgebung, Ihre Stadt, Ihr Land als nicht entwickelt oder als unterentwickelt oder gar als primitiv? Möchte man sich der Definition von Entwicklung durch solche oder ähnliche Fragen nähern, wird schnell klar, dass dies kein leichtes Unterfangen ist. Daher ist es nachvollziehbar, dass das, was unter Entwicklung zu verstehen ist, einen guten Teil der Entwicklungsproblematik selbst ausmacht. (Nohlen 2003: 83)

„Der Begriff ist weder vorgegeben noch allgemeingültig definierbar, noch wertneutral, sondern abhängig von Raum und Zeit sowie insbesondere von individuellen und kollektiven Wertvorstellungen.“ (Nohlen 2003: 83)

Die ältere Entwicklungstheorie⁸ rückte das Wirtschaftswachstum in den Mittelpunkt des Entwicklungsbegriffs und somit auch in alle entwicklungsstrategischen Überlegungen. (vgl. Nohlen 2003: 83) In den letzten Jahrzehnten⁹ erfuhr der Begriff der Entwicklung einige Ausweitungen, wie beispielsweise um Wandel oder Unabhängigkeit. Die Grundbedürfnisse, wobei die Selbstverwirklichung des Menschen in den Mittelpunkt rückte, wurden auch zum Thema in der Entwicklungsdebatte. Modernisierung und *dependencia*, als konkurrierende Entwicklungstheorien suchten nach Erklärungen. Alternative Entwicklungskonzepte wurden

⁸ Die erste Entwicklungsdekade wurde von den Vereinten Nationen, 1961 ausgerufen, wobei das (wirtschaftliche) Wachstum zur Leitformel erklärt wurde. Zu den Entwicklungsdekaden siehe z.B. Hartmeyer, Helmuth (2005): Erste, Zweite, Dritte Welt – oder Eine Welt? Die Entwicklungsdekaden – die Geschichte vom Mythos Entwicklung. In: Forum Politische Bildung [Hrsg.] (2005): Informationen zur Politischen Bildung. Nr. 23. Globales Lernen – Politische Bildung. Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung.

⁹ Es kann hier nicht näher auf die Problematik des Entwicklungsbegriffes eingegangen werden. Zur Vertiefung bieten v.a. folgende Werke gute Übersicht: Fischer, Karin/ Maral-Hanak, Irmi/Hödel, Gerald/Parnreiter, Christof (Hg.) (2004): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Mandelbaum Verlag Wien. Novy, Andreas (2005): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der einen Welt. Brandes & Apsel/Südwind. Frankfurt a. M.; Nohlen, Dieter (Hg.) (2000): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg.

entwickelt. Spätestens seit dem Brundtland-Bericht von 1987, kam die Ausweitung des Entwicklungsbegriffes um die Nachhaltigkeitsdimension, die natürlich weitere Kontroversen auslöste. Auf der Konferenz in Rio im Jahr 1992 wurde die Agenda 21 (UN 1992b) beschlossen, die Entwicklungs- und Umweltziele (mit der Schwerpunktsetzung auf der nachhaltigen Entwicklung), als Vorbereitung auf das nächste Jahrhundert formulierte. Das Ergebnis des *World Summit on Sustainable Development* in Johannesburg 2002, also zehn Jahre später, wies einmal mehr auf die Diskrepanz zwischen formulierten Zielen und Vorgaben und realen Möglichkeiten im internationalen Kontext. Entwicklung definiert als Freiheit, wie es der Ökonomenobelpreisträger Amartya Sen in seinem Werk *Ökonomie für den Menschen* getan hat, erlaubt einen anderen Zugang zu dem Verständnis von Entwicklung.

„Was Menschen positiv erreichen können, hängt von den ökonomischen Möglichkeiten, den politischen Freiheiten, den sozialen Kräften und jenen Bedingungen ab, ohne die das alles nicht möglich wäre: gute Gesundheit, Schulbildung, Förderung und Pflege von Initiativen. Die institutionellen Rahmenbedingungen für diese Möglichkeiten werden ebenfalls dadurch beeinflusst, inwieweit die Menschen ihre Freiheiten ausüben können, das heißt durch ihre Freiheit, an jenen sozialen und öffentlichen Entscheidungen mitwirken zu können, die den Fortschritt dieser Möglichkeiten befördern.“ (Sen 2005: 15)

Sen machte die Freiheit zur *„Antriebskraft von Entwicklung und das Recht, Rechte zu haben (entitlement), zum Mittel und Zweck von Freiheit“*. (Nuscheler 2004: 18)

In der entwicklungspolitischen Debatte hat die Entwicklung (*development*) aber auf jeden Fall immer etwas mit der *„Beseitigung des schlimmsten Elends“* zu tun. (vgl. Fischer et. al. 2004: 13) Als allgemein akzeptiert gilt jedoch, dass Entwicklung nicht nur eine materielle Dimension hat, sondern auch persönliche Sicherheit, Möglichkeit zur politischen Teilhabe und kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten einschließt. (vgl. Hartmeyer 2005: 11)

Lange Zeit, genauer für die Dauer des Kalten Krieges, wurde in der Entwicklungszusammenarbeit ebenfalls die Auffassung vertreten, dass wirtschaftliche Entwicklung zu mehr Demokratie führt.¹⁰ Der Kalte Krieg kann schließlich auch als Milieu gesehen werden, in dem die „Entwicklungspolitik“ geboren wurde. (vgl. Fischer et. al. 2004: 15) In seiner Amtsantrittsrede im Jahre 1949 behauptete Truman, dass der Weg, wie Armut überwunden werden könne und die Entwicklung erreicht werden könne, über die Übernahme *unserer* Technologie sowie *unseres* Demokratiemodells führt. (vgl. Fischer et. al. 2004: 16) Die Formel war also zunächst: Aufholen durch Kopieren von Marktwirtschaft und

¹⁰ Einen Überblick über die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit bietet zum Beispiel: Gomes, Bea de Abreu Fialho/Hanak, Irmi/Schicho, Walter (2003): Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster. Wien.

Industrialisierung, was sich aber mittlerweile als Illusion erwiesen hat. (vgl. Fischer et. al. 2004: 23)

Die aktuelle Rezeptur, wie Entwicklung vonstatten gehen soll, beruht auf dem Konzept des guten Regierens (*good governance*), das auf zwei Eckpfeilern fußt: Demokratie und Rechtsstaat einerseits und Marktwirtschaft und Kapitalismus andererseits. (vgl. Novy 2005: 45) So knüpft die Geber Gemeinschaft die Entwicklungshilfe auch immer mehr an die Konditionen wie *good governance*, Demokratisierungsbemühungen seitens der lokalen Elite oder Korruptionsbekämpfung:

„[...] in perceptible contrast to the decades of the Cold War, donors have increasingly emphasized good governance, human rights, democratization, participatory development, transparency and accountability, and also environmental issues recently. While reducing ODA, donors started at the same time to demand more and far-reaching concessions from recipients. [...] Aid has become increasingly conditional on what donors consider appropriate behaviour. They do not always go as far as to observe themselves what they preach to others.“ (Raffer/Singer 2001: 95)

Im „Wandel zum politischen Pluralismus, zur Demokratie und zur Anerkennung der politischen Menschenrechte“ (*Globale Trends 1991* zit. nach Nuscheler 2004: 421) Anfang der 90er Jahre, als sich eine neue Demokratisierungswelle¹¹ entfaltete, stellte Francis Fukuyama sogar ein *Ende der Geschichte* (1992) fest. Er deutete die Wende auch als „Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit und der Universalisierung der westlichen liberalen Demokratie als der finalen Form menschlicher Regierungsweise“. (Fukuyama 1992 zit. nach Nuscheler 2004: 421)

Die zentrale Frage, um die sich die gesamte Diskussion um den Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklung dreht, ist also folgende: Soll zuerst die Armut bekämpft werden oder soll zuerst auf die Gewährung politischer Rechte und Freiheiten hingearbeitet werden, wobei die Menschen in den Ländern die demokratisiert werden, unter Demokratie in erster Linie eine Verbesserung der Lebensbedingungen verstehen?

Für Amartya Sen ist eine andere Frage viel wichtiger:

„Ist es wirklich eine vernünftige Strategie, die Probleme ökonomischer Bedürfnisse und politischer Freiheiten so dichotomisch anzugehen, dass die Bedeutung politischer Freiheiten vor der Dringlichkeit der ökonomischen Bedürfnisse zurücktreten muss?“ (Sen, 2005: 181)

Er stellt fest, dass dies eine fundamental falsche Weise ist, die ökonomischen Bedürfnisse zu interpretieren oder die herausragende Stellung politischer Freiheit zu begreifen und dass die

¹¹ Der Begriff der Dritten Welle der Demokratisierung geht auf Huntington zurück. Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. University of Oklahoma Press: Norman.

wirklichen Probleme woanders liegen. (vgl. Sen 2005: 181) Die demokratischen Institutionen sind beispielsweise nicht als mechanische Werkzeuge der Entwicklung zu begreifen.

„Ihre Verwendung steht und fällt mit unseren Werten und Prioritäten und damit, wie wir die uns gebotenen Chancen zur freien Rede und Partizipation nutzen.“ (Sen 2005: 194)

Auf der anderen Seite ist der warnende Satz de Klerks, des ehemaligen Präsidenten der Südafrikanischen Republik: „Man kann sein Stimmrecht nicht essen“ (Die Zeit Nr. 33, 1993, S. 2 zit. nach Schmidt 2006: 439) nicht einfach zu ignorieren. Als nun gegenwärtig, zwei Jahrzehnte nach der großen Euphorie, immer mehr Probleme betreffend der Konsolidierung der Demokratie sichtbar werden und eine Reihe von Staaten bewusst als *elektorale, delegative, illiberale oder defekte Demokratien*¹² bezeichnet werden, scheint der Vorwurf, dass ohne Legitimation durch Leistung (d.h. die Verbesserung der Lebensbedingungen) die Legitimation durch Wahlen schnell wackelig wird, berechtigt. Jeffrey Sachs geht hier noch einen Schritt weiter in Bezug auf die Entwicklungstheorie und daraus geleitete Politikempfehlungen:

„Von Napoleon stammt das berühmte Diktum: „Geschichte ist jene Fabel beziehungsweise Lüge, auf die man sich geeinigt hat.“ Das gleiche gilt für einen Großteil der Entwicklungstheorien.“ (Sachs 2006: 376)

Die Entwicklung wird allgemein durchaus als ein Prozess begriffen, jedoch scheint es, als ob die *Entwicklung* von Entwicklungsplanung und -kontrolle, gar nicht mehr analytisch zu trennen ist.¹³ So kann zusammenfassend gesagt werden, dass sich seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, ein bestimmtes Entwicklungskonzept durchgesetzt hat, das zumindest vier normative Ziele verfolgt: 1. partizipative Demokratie; 2. freie Marktwirtschaft; 3. Gewaltmonopol des modernen Staats und 4. Menschenrechte und Rechtsbindung von Politik. (vgl. Tetzlaff 2001: 359) Der Zusammenhang zwischen Entwicklung und Demokratie kann nach der Theorie sozioökonomischer Funktionsvoraussetzungen der Demokratie (Lipset 1959, 1960, 1981 zit. nach Schmidt 2006: 439) so zusammengefasst werden:

„The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy.“ (Lipset 1960: 48f zit. nach Schmidt 2006: 439)

¹² Es wurden verschiedene Begriffe in der Demokratisierungsdebatte eingeführt, um die Regime zu analysieren, die weder als liberale Demokratien noch als Autokratien eingestuft werden konnten: „Delegative democracy“ (O'Donnell 1994); „hybrid regimes“ (Karl 1995); „electoral democracy“ (Diamond 1996); „illiberal democracy“ (Zakaria 1997); „defekte Demokratie“ (Merkel 1999). Die Kernaussage ist, dass das was viele Autokratien von Demokratien unterscheidet, nicht die grundlegende Regimestruktur ist, sondern die „*unterschiedliche Funktionsweise und Geltungskraft bestehender formal-demokratischer Institutionen*“. (Merkel et. al. 2003: 12f).

¹³ Dabei sollte berücksichtigt werden, dass Entwicklung auch ohne Entwicklungsplanung stattfindet.

Die Indikatoren, die aus modernisierungstheoretischer Sicht als besonders begünstigende Bedingungen der Demokratie gelten, sind nach Lipset folgende: (Lipset 1960: 51f, 1981 zit. nach Schmidt 2006: 440)

- *„ein relativ hohes Niveau sozioökonomischer Entwicklung in einer kapitalistischen Marktökonomie (gemessen durch Indikatoren wirtschaftlicher Entwicklung, der Massenkommunikation, des Industrialisierungsgrades und des Verstädterungsgrades)*
- *eine große und wachsende Mittelklasse sowie eine Unterschicht, die auf ein hohes Maß gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sicherheit zählen kann,*
- *eine relativ offene Klassenstruktur mit mannigfachen Aufstiegschancen (vertikale Mobilität),*
- *hoch entwickelte Beteiligung der Bürger in Verbänden und Vereinen,*
- *ein relativ hoher Ausbildungsstand der Bevölkerung und*
- *ein relativ egalitäres System von Werten.“*

Die These vom Zusammenhang von Demokratie und Entwicklung nach Lipset gilt aber bis heute nicht als eindeutig bestätigt. Das Hauptproblem besteht, neben den methodischen Problemen, auch in der unterschiedlichen theoretischen Konzeption der beiden Begriffe, sowie deren Operationalisierung. (vgl. Lauth 2006: 89)

Die Kritik an der Fixierung auf das Pro-Kopf-Einkommen schlug sich nieder in einer Vielzahl von Entwicklungsindikatoren, dessen Grundlage, die Definition von Entwicklung nach A. Sen bildet. Entwicklung definiert als Freiheit und nicht als Reichtum, ist die Grundlage des Human Development Index (HDI) durch das UNDP. (vgl. auch Novy 2005: 139)

Betrachtet man die sozioökonomische und politische Lage in einer geteilten Nachbürgerkriegsgesellschaft, wie es in Bosnien und Herzegowina der Fall ist, scheint eine gewisse Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher Entwicklung, Propagierung demokratischer Normen und Werte, sowie Friedenserziehung, der Erfolg versprechende Weg in der Entwicklung des Staates zu sein. Wie ich aber noch aufgrund der geführten Interviews im Kapitel 5 zeigen werde, sind die Prioritäten der jungen Menschen in BiH, vierzehn Jahre nach dem Krieg, anders gelagert als erwartet. Dies kann auch als ein Zeichen dafür gedeutet werden, dass jede *„Verallgemeinerung über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklung“* (vgl. Nuscheler 2004: 424) zumindest fragwürdig ist.

2.1.2 Demokratie und Frieden

Eine der wichtigsten Aufgaben der Friedens- und Konfliktforschung ist die Bedingungen zu klären, die für einen stabilen Frieden erfüllt sein müssen. Wenn von der Unterscheidung in stabilen und instabilen Frieden (Jahn 2002) ausgegangen wird:

[...]“dann kann der Übergang von einem instabilen zu einem stabilen Frieden in der Verwirklichung von Bedingungen gesehen werden, die einen Rückfall in eine gewaltsame Konfliktaustragung unwahrscheinlich werden lassen. Die Rekonstruktion solcher Friedensbedingungen zielt also nicht auf eine konfliktfreie Welt, sondern auf die Transformation der Konfliktaustragung und auf die (welt)gesellschaftliche Etablierung eines gewaltfreien Konfliktaustrags.“ (Bonacker/Imbusch 2005: 136)

Das „Wunder der Demokratie“ (Przeworski zit. nach Gromes 2007: 94) besteht genau in der Methode, der gewaltlosen Austragung und Regelung von Konflikten, nämlich dass die politischen Akteure ausnahmslos die demokratischen Regeln befolgen. Das bedeutet, dass die unterlegene Partei die Niederlage hinnimmt, und die Regierungspartei die Begrenzung, Kontrolle und zeitliche Befristung ihrer Macht hinnimmt. (vgl. Gromes 2007: 94)

Generell kann zwischen innergesellschaftlichen Friedensbedingungen, wie sie v. a. von dem Theorem des demokratischen Friedens und im zivilisatorischen Hexagon (Senghaas 1995) formuliert wurden, und internationalen Friedensbedingungen, die sich auf die Struktur des internationalen politischen Systems beziehen, unterschieden werden. (vgl. Bonacker/Imbusch 2005: 136) Die Kurzformel des Zusammenhangs zwischen Demokratie und Frieden heißt aber: Demokratien führen untereinander signifikant weniger Kriege. (vgl. Bonacker/Imbusch 2005: 139) Für jeden Pazifisten Grund genug, eine globale Ausbreitung der Demokratie zu begrüßen. Aber was zeigen die empirischen Arbeiten zum demokratischen Frieden genau?

Sie zeigen, dass die Demokratien auch nicht generell friedlich sind. (Risse-Kappen 1995, Czempiel 1996, Gleditsch/Hegre 1997 zit. nach Schmidt 2006: 499) Es scheint,

„[...] gegenüber Autokratien sogar eine erhöhte Kriegsneigung von Demokratien zu geben, was sich unter anderem damit erklären lässt, dass Kriege unter diesen Umständen eher legitimiert werden können und dass unterschiedliche politische Kulturen ein Misstrauen zwischen den Staaten wahrscheinlich befördern.“ (Bonacker/Imbusch 2005: 139)

Die Annahme, dass ein demokratisches politisches System weniger zu außenpolitischer Gewalt neigt, da die Regierungen *„ihre Entscheidungen in einer demokratischen Öffentlichkeit rechtfertigen müssen und ein Interesse daran haben, dass ihre Entscheidungen auf Zustimmung stoßen“*, (Bonacker/Imbusch 2005: 138) kann auch anders interpretiert werden. Angesichts des Irakkrieges beispielsweise spricht dies eher für die

Überzeugungskunst¹⁴ demokratischer Regierungen ihre Interessen gegenüber der Bevölkerung rechtfertigen und schlussendlich durchzusetzen. Auch die Annahme, dass die „Hürde, für eine Zustimmung zu Kriegen in Demokratien“ sehr hoch liegt, auch deshalb weil „die Steuerzahlenden sich ausrechnen werden, ob ein Krieg in ihrem Interesse sein kann“, (Bonacker/Imbusch 2005: 138) scheint nicht überzeugend, da die Steuerzahlenden zumeist nicht konkret danach gefragt werden, ob sie möchten, dass ihr Land in ein Kriegsfeldzug steigt. Was die Steuerzahlenden in einem demokratischen System eher bejahen, ist der eigene Sicherheitsfaktor. Wird den Steuerzahlenden präsentiert, dass ihr Leben und ihre Sicherheit kurz oder langfristig gefährdet sind, wird ihre Zustimmung für die Kriegspläne der Regierung sicherlich hoch sein. Die Massenmedien spielen bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung natürlich eine entscheidende Rolle.

Die Ernüchterung entlang der breiten steuerzahlenden Gemeinschaft setzt erst nach dem Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen und nach den ersten Kriegsbildern. Solche Bilder sorgen jedoch, nicht nur für die Ernüchterung, sondern dienen gleichzeitig auch der weiteren Manipulation der öffentlichen Meinung. Die Kriegsgeschichte der letzten zwei Jahrzehnte bringt mehr als genug Beispiele für eine verfehlte Intervention der Internationalen Gemeinschaft (Afghanistan, Ruanda, Kongo, Ex-Jugoslawien, Sudan etc.) und den geteilten Reaktionen der Bevölkerungen in den kriegsführenden Demokratien.

Die Transformation des internationalen Systems wäre die Alternative zur Errichtung einer stabilen Friedensordnung als der einer Demokratisierung aller Staaten. Angesichts der Tatsache, dass so eine Transformation unter anderem die Voraussetzungen erfüllen müsste wie: „eine größere Verteilungsgerechtigkeit der gesellschaftlichen Entwicklungschancen muss die politische Über- bzw. Unterlegenheit von Staaten ausgleichen oder der Einfluss von Interessengruppen muss minimalisiert bzw. transparent gemacht werden“ (Bonacker/Imbusch 2005: 140), scheint doch die Demokratisierung möglichst vieler Staaten der einfachere Weg zum Weltfrieden zu sein.

Wird der Fokus der Überlegungen auf Demokratisierung und Peacebuilding gelegt, so lässt sich seit dem Ende des Kalten Krieges eine Erweiterung des Forschungsfeldes feststellen sowie eine Veränderung des internationalen Konfliktmanagements. Es wird auch von einer

¹⁴ Unter der Überzeugungskunst demokratischer Regierungen, verstehe ich beispielsweise die Argumentationslinie der deutschen Politiker in Bezug auf den NATO – Einsatz in Serbien. Sowohl die Befürworter als auch die Kritiker der Teilnahme deutscher Truppen bei dem NATO – Einsatz in Serbien argumentierten mit Bezug auf Holocaust. Die erste Argumentationslinie und öffentliche Rechtfertigung war – wegen unserer Vergangenheit, dürfen wir nie wieder bei einem Genozid oder Völkermord tatenlos zusehen. Die zweite Argumentationslinie war – gerade wegen unserer Vergangenheit, sollen deutsche Truppen bei solchen Einsätzen nicht eingesetzt werden.

zweiten Generation des *Peacekeeping* gesprochen. (vgl. Meyer 2006: 23-29) In der 1992 verabschiedeten *Agenda für den Frieden*, (UN 1992a) benennt der damalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali die vier wesentlichen Aufgabenfelder der UNO: *preventive diplomacy* (Vorbeugende Diplomatie), *peacemaking* (Friedensschaffung), *peacekeeping* (Friedenssicherung) und *peacebuilding* (Friedenskonsolidierung).

Vorbeugende Diplomatie meint die Maßnahmen, die zur Verhinderung von Eskalation zwischen Konfliktparteien beitragen. Die Friedensschaffung oder *peacemaking* zielt auf die unmittelbare Beendigung von Kampfhandlungen, sowohl mit zivilen als auch mit militärischen Mitteln, wie beispielsweise durch Sanktionen, Vermittlungen oder auch Militärinterventionen. Die Friedenssicherung oder *peacekeeping*, wie der Name schon sagt, zielt auf die Auseinanderhaltung der Konfliktparteien, durch die Stationierung multinationaler Truppen, als auch auf die Überwachung der Einhaltung von Vereinbarungen zwischen den Konfliktparteien, auch Monitoring genannt. Die Friedenskonsolidierung dagegen, ist ein Ansatz, der sowohl sicherheitspolitische als auch entwicklungspolitische Perspektiven vereint. Dieser Ansatz zielt

[...] in einer umfassenderen Weise auf die Bewältigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Konsequenzen von Bürgerkriegen sowie auf die Bearbeitung struktureller Konfliktursachen ab (z.B. sozioökonomische Ungleichheit, ethno-nationale Spannungen, Ressourcenknappheit).“ (Schneckener 2005: 20)

Die Debatte über die Professionalisierung, die Effektivität und die Wirkung von *peacebuilding* Interventionen, geführt nicht nur innerhalb der internationalen *peacebuilding community*, hat seit der Verabschiedung der Agenda für den Frieden nicht an Intension verloren. Die Ursprünge dieser Debatte liegen gleichzeitig in der Evaluation innerhalb des Peacebuilding Umfeldes, als auch in dem Wunsch der Geber Gemeinschaft nach mehr Rechenschaftspflicht und Nachweisbarkeit über die Wirkung der *peacebuilding* Interventionen. (vgl. Paffenholz/Reychler 2007: 29)

Ende der 90er Jahre wurde außerdem evident, dass *poverty reduction* alleine nicht automatisch zur Herausbildung friedvoller Gesellschaften führt. (vgl. Paffenholz 2006: 6) Die Konsolidierung einer Staatsbürgerkultur und Verbesserung der Lebensqualität in einer Nachbürgerkriegsgesellschaft erscheint unmöglich, ohne gleichermaßen Peacebuilding im definitorischen Sinne zu verfolgen. Die Bildung und die Erziehung zu Frieden, Menschenrechten und Demokratie, wird in dem Zusammenhang ganz groß geschrieben.

„Bildung ist der Schlüssel jeder Friedensstiftung. Die Vermittlung von Werten, Fähigkeiten und Wissen ist die Grundlage für die Achtung der Menschenrechte und

demokratischen Grundsätze, für die Ablehnung von Gewalt, für Toleranz und Verständigung sowie die gegenseitige Achtung zwischen Personen, Gruppen und Nationen.“ (UNESCO Doc. 28 C/4 zit. nach Köhler (Red.) 1997: 14)¹⁵

2.1.3 Demokratie und Menschenrechte

Menschenrechte werden definiert als *„Rechte der Individuen, die ihnen unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Staaten von „Natur aus“ zukommen.“* (Nohlen 2003: 305) Der Inhalt der Menschenrechte hängt von der jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Ordnung ab, so dass auch unterschieden wird zwischen zivilen Rechten (Grundfreiheiten), politischen und bürgerlichen Rechten, wirtschaftlichen Rechten als auch zwischen sozialen und kulturellen Rechten. (vgl. Nohlen 2000: 508) Unter Menschenrechtspolitik versteht man dann *„die gezielte Förderung der Schaffung und Durchsetzung von internationalen Menschenrechtsnormen.“* (Nohlen 2003: 306) Menschenrechte unterscheiden sich also insofern von Bürgerrechten, als die Bürgerrechte besondere Rechte sind, die nur Staatsangehörigen zustehen und Menschenrechte allen Menschen zustehen. Grundrechte stehen zumeist als Oberbegriff für Menschenrechte und für Bürgerrechte. (vgl. Nohlen 2003: 192)

Historisch gesehen wurde der Menschenrechtsschutz erst im 20. Jahrhundert, und hier besonders nach dem II. Weltkrieg als eine internationale Verantwortung erkannt und somit wurde die Menschenrechtspolitik ein Thema der internationalen Politik. (vgl. Nohlen 2003: 306) Die Gründe hierfür sind vor allem vier Entwicklungen auf der nationalen und internationalen Ebene: 1. aufgrund der wachsenden transnationalen Mobilität rückt das Individuum ganz allgemein stärker ins Blickfeld; 2. Probleme der Anerkennung und Durchsetzung der nationalen Selbstbestimmung werden vermehrt diskutiert; 3. Soziale Fragen werden internationalisiert (z.B. Internationale Arbeitsorganisation) und 4. die Auswirkungen und Folgen rassistischer Vernichtungspolitik des Dritten Reiches, als auch verschiedene Formen solcher Politik weltweit (z.B. Apartheidpolitik) haben das *„Bewusstsein für die Notwendigkeit eines international verantworteten Menschenrechtsschutzes geweckt.“* (Nohlen 2003: 306f) Das „geweckte Bewusstsein“ schlug sich u.a. gleich nach dem II. Weltkrieg in der Charta der Vereinten Nationen. Im Artikel 1, Abs. 3 der Charta der Vereinten Nationen steht geschrieben:

¹⁵ Mittelfristige Strategie der UNESCO 1996 bis 2001, Dok. 28 C/4; Vorwort des Generaldirektors, Federico Mayor. Paris, 1996. In: Köhler, Werner (Red.) (1997): Erziehung für Frieden, Menschenrechte und Demokratie im UNESCO-Kontext. Sammelband ausgewählter Dokumente und Materialien. Bonn.

“The Purposes of the United Nations are: [...]

3. To achieve international co-operation in solving international problems of an economic, social, cultural, or humanitarian character, and in promoting and encouraging respect for human rights and for fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language, or religion; [...]” (UN 2005: 5)

Abgesehen von den Diskriminierungsverboten nennt die Charta allerdings keine konkreten Menschenrechte, die die Staaten zu garantieren und zu respektieren haben und blieb vorerst nur ein Bekenntnis der Vereinten Nationen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte¹⁶ wurde 1948 von der Generalversammlung verabschiedet, das darin formulierte menschenrechtspolitische Programm der Vereinten Nationen blieb allerdings deklaratorisch, also rechtlich unverbindlich. (vgl. Rittberger/Zangl 2003: 297) In einem nächsten Schritt wurden daher zwei Pakte, nämlich der *Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte*¹⁷ (UN 1966a) und der *Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte*¹⁸ (UN 1966b) im Jahr 1966 von der Generalversammlung bestätigt und den Staaten zur Unterzeichnung empfohlen. (vgl. Rittberger/Zangl 2003: 298) Bis zu Ratifizierung der Verträge dauerte es allerdings bei vielen Staaten noch ein gutes Jahrzehnt und länger. Die Ratifizierung bedeutet aber auch nicht, dass es in vielen Staaten zu keinen Menschenrechtsverletzungen kommt, nicht zuletzt, da auch die Möglichkeiten der Vereinten Nationen, die Menschenrechtspraxis von Staaten zu überwachen, nicht ausreichend sind. Die Möglichkeiten zur direkten Implementierung der vereinbarten Politikprogramme waren zum Beispiel gar nicht vorgesehen. (vgl. Rittberger/Zangl 2003: 300) Bekenntnisse der Staaten zu Menschenrechten alleine reichen nicht aus. Sogar die Verfahren zur Überwachung der Menschenrechtspraxis in Europa, die weltweit ohne Beispiel sind, (Donnelly 1998: 68-72; Janis/Kay/Bradley 2000; List 1992 zit. nach Rittberger/Zangl 2003: 310) sind keine Garantie dafür, dass es zu keinen Menschenrechtsverletzungen kommt. Wenn aber Menschenrechtsverletzungen in demokratischsten aller Demokratien heute noch vorkommen, (beispielsweise Diskriminierungen gegenüber Homosexuellen oder den Ausländern, Gastarbeitern, Einwanderer in den USA, Deutschland, Frankreich etc.), dessen großer Teil der Bevölkerung zudem keine eigenen Kriegserinnerungen hat, dann ist die Schlussfolgerung

¹⁶ Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948. German Version: Online: <http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm> [Zugriff: 20.02.2009]

¹⁷ International Covenant on Civil and Political Rights. Adopted and opened for signature, ratification and accession by General Assembly resolution 2200A (XXI) of 16 December 1966; entry into force 23 March 1976, in accordance with Article 49. Die Zahl der Vertragsstaaten liegt bei 164 (Stand: 05.03.2009)

¹⁸ International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. Adopted and opened for signature, ratification and accession by General Assembly at New York on 19 December 1966; entry into force 3 January 1976 in accordance with Article 27. Die Zahl der Vertragsstaaten liegt bei 160 (Stand: 05.03.2009)

zulässig, dass Menschenrechtsverletzungen in heutigen Nachbürgerkriegsgesellschaften eigentlich „normal“ sind. Dies ist keines Falls die Rechtfertigung der Menschenrechtsverletzungen in jungen Demokratien, lediglich ein Hinweis darauf, zum einen, dass die Zeit eben nicht alle Wunden heilt, sie aber doch schlussendlich etwas erträglicher macht. Zum anderen ist es ein Hinweis darauf, dass von den Nachkriegsgesellschaften auch gar nicht ernsthaft erwartet werden kann, dass sie die Menschenrechtspraxis wie sie in der EU doch auf einem recht hohen Stand üblich ist, in einem Schnelltempo erreichbar ist. Die institutionellen Vorkehrungen dahingehend könnten schnell getroffen werden, die Verträge schnell ratifiziert werden, jedoch ist die vernachlässigte Komponente einmal mehr der Mensch, das Individuum selbst mit seinen Ängsten, Sorgen und Erinnerungen.

Die Frage der Menschenrechte im Zuge der Demokratisierung ist gewiss eine entscheidende, jedoch die Ansätze zur Lösung dieser Frage gestalten sich auf vielen Ebenen sehr schwierig. Um noch einmal den berühmten Satz de Klerks zu zitieren: „Man kann sein Stimmrecht nicht essen“. Das soll darauf hindeuten, dass dem Verhältnis zwischen Entwicklung und Menschenrechten die gleiche Frage zu Grunde liegt, wie dem Verhältnis zwischen Entwicklung und Demokratie: die berühmte Henne oder Ei Frage. Zuerst die Sorge um die Entwicklung und dann um die Rechte oder doch umgekehrt? Daher scheint die These von Amartya Sen, dass Demokratie eben kein Luxus ist auf den gewartet werden kann, auch auf die Menschenrechtsfrage in Bezug auf die Entwicklung anwendbar. Die Armut, begriffen als ein *Mangel an Verwirklichungschancen*, (Sen 2005: 110) heißt eben nicht, dass ein niedriges Einkommen nicht zu den Hauptursachen von Armut zählt. So eine Definition hebt aber auch andere Probleme hervor, mit denen sich ärmere Gesellschaften auseinandersetzen und nicht nur ein niedriges Einkommen. Ziele der Entwicklung umfassen weit mehr als nur die Befriedigung der Grundbedürfnisse oder die Sicherung des Existenzminimums, aber über die Ziele der Entwicklung besteht innerhalb der *scientific community* ohnehin weitgehend Einigkeit. Uneinigkeit besteht jedoch über die Wege zum Ziel. (vgl. Nuscheler 2004: 232-234) So finden sich alle Ziele von Entwicklung in den internationalen Menschenrechtskonventionen:

„Entwicklung bedeutet demnach kurz und bündig die Verwirklichung der politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte oder die Herstellung von „menschlicher Sicherheit“.“ (Nuscheler 2004: 233)

Der so oft gehörte Gedanke, dass die Menschen, die hungern, nichts mit politischen Rechten anfangen können, führt nicht selten in die Irre. Natürlich haben Grundbedürfnisse „Vorrang“ wenn man kurzfristig denkt, jedoch langfristig braucht der Mensch, gerade um sich aus dem Hunger zu befreien, seine Versammlungs-, Meinungs- und Informationsfreiheit. (vgl. Selchow/Hutter 2004: 17) Mit anderen Worten, Demokratie und Menschenrechte stehen in Bezug auf die Entwicklung auf der gleichen Seite.

2.1.4 Demokratie und Zivilgesellschaft

Die Idee der Zivilgesellschaft wurde ca. Mitte der 70er Jahre „wieder belebt“ und bis heute haben die Versuche diesen Begriff für Fragen der Demokratie und Demokratisierung zu benutzen, nicht an Relevanz verloren. Im Gegenteil – zivilgesellschaftliche Gruppierungen (Bürgerinitiativen, Verbände, NGOs, soziale Bewegungen etc.) sind heutzutage ein fixer Bestandteil aller entwicklungspolitischer Debatten. In Bezug auf die Definition von Zivilgesellschaft bietet die inzwischen sehr umfangreiche Literatur zum Teil auch gegensätzliche Antworten, was nicht weiter verwundert, fand doch die *Wiederbelebung der Zivilgesellschaft* sowohl in verschiedenen demokratie-theoretischen Lagern statt, als auch in unterschiedlichen zeitgeschichtlichen Kontexten. (vgl. Nohlen 2000: 841) Für den englischen Terminus *civil society*, gibt es in der deutschen Sprache mehrere Benennungsmöglichkeiten: bürgerliche Gesellschaft, Bürgergesellschaft, zivile Gesellschaft. (vgl. Nohlen 2000: 841) Es wird aber auch vom „*dritten Sektor*“ zwischen Staat und Markt gesprochen (Schade 2002 zit. nach Nuscheler 2004: 555) oder auch von „Gesellschaftswelt“ neben Staaten- und Wirtschaftswelt. (Czempiel zit. nach Nuscheler 2004: 555) Zivilgesellschaft kann aber auch als ein Sammelsurium von nicht-staatlichen AkteurInnen, und als ein sozialer Raum begriffen werden. So zum Beispiel wird die Zivilgesellschaft, sowohl aus der politökonomischen Sichtweise, als auch aus der liberalen Sichtweise als sozialer Raum gesehen, jedoch wird dieser Raum aus der einen Sicht analytisch, und aus der anderen normativ definiert. Das bedeutet, dass Zivilgesellschaft aus der Sicht der Politökonomie ein „*Teil moderner Staatlichkeit*“ ist und damit „*frei von allen wertenden Zuschreibungen*“. (Novy 2001: 120) Der liberale Zugang andererseits idealisiert bestimmte nicht-staatliche Akteure, die sozial verantwortlich und allgemeinwohlorientiert sind, und negiert andere wie beispielsweise fundamentalistische Bewegungen. Es findet also eine „*moralische Aufwertung des eigenen Handelns als ethisch korrekt*“ statt. (Novy 2001: 121) Begreifen wir die Zivilgesellschaft im Zuge der Demokratisierung ausschließlich als Hoffnungsträgerin für die Entwicklung, werden

wir jedoch schnell enttäuscht. Denn die Zivilgesellschaft beinhaltet selbst Gefährdungspotential für politische Stabilität und auch für die Demokratie selbst, „insbesondere dann, wenn sie auf ethnische oder nationalistische Spaltungen ausgerichtet ist“. (Nohlen 2003: 607) Ein sehr gutes Beispiel war und ist immer noch Ex-Jugoslawien.

Nicht selten wird die schwache Zivilgesellschaft in den jungen Demokratien bemängelt, dabei ist sie oft gar nicht schwach, sondern nicht in ihrer Gemeinwohlorientierung so gelagert, wie es in einer funktionsfähigen Demokratie nach westlichen Vorstellungen nötig wäre. Mit anderen Worten, definiert man die Zivilgesellschaft etwas breiter und nicht nur die „positiven“ Teile davon, können konkretere Maßnahmen überlegt werden, die „positive Gemeinwohlorientierung“ zu stärken, und „negative“ zu schwächen, anstatt sie nur zu ignorieren. Die Bandbreite an operativen Tätigkeiten verschiedener Bürgerinitiativen, NGOs etc. in den westlichen Demokratien, kann durchaus als demokratieförderlich im Sinne von Machtbegrenzung der Regierungen gesehen werden. Im Falle von Nachbürgerkriegsgesellschaften, ist dies jedoch anzuzweifeln. Das Prinzip der politischen Gruppierungen von Menschen in einer Demokratie funktioniert in der Regel aufgrund der politischen Parteiprogramme. Die Elemente der politischen Demokratie, die die europäischen Gesellschaften charakterisieren, sind in BiH aber nur von sekundärer Bedeutung. Primäre Bedeutung der politischen Gruppierung verläuft entlang der ethnonationalen Zugehörigkeit. Die Merkmale solcher politischen Systeme entwickeln nicht ein notwendiges Umfeld für die Entwicklung einer „starken und positiven“ Zivilgesellschaft. Im Gegenteil, Gruppierungen zu Vereinen, Initiativen, NGOs etc. verlaufen nicht selten genau denselben Mustern. (vgl. Kukic 2006: 106-108) Die Zivilgesellschaft in BiH wird noch genauer in dem Kapitel 4.2 analysiert. In den westlichen Demokratien trug aber die wachsende Kritik an der staatlich organisierten Entwicklungszusammenarbeit wesentlich dem Ausbau des „dritten Sektors“ bei, so dass es heute auch kaum noch Bundesministerien oder internationaler Organisationen gibt, die keine NGOs um sich versammeln.

„Offensichtlich versprechen sich beide Seiten Vorteile von dieser Kooperation: Regierungen und internationale Organisationen zapfen die Expertise von NGOs an und umarmen sie, um ihr Protestpotenzial aufzufangen. NGOs erhalten Zugang zu Herrschaftswissen, können Beratungen beeinflussen, ihnen wichtige Themen auf die Tagesordnung bringen und Öffentlichkeit herstellen.“ (Nuscheler 2004: 557)

Schlussendlich kann der Idee einer Zivilgesellschaft nicht ihre positive Rolle zur Stärkung der Demokratie abgesprochen werden, jedoch kann die Überschätzung ihrer Bedeutung davon ablenken, die wahren Probleme in einer Gesellschaft aufzudecken.

2.1.5 Demokratie und Partizipation

Der Zusammenhang zwischen Demokratie und Partizipation¹⁹ ist insofern gegeben, als „*citizen participation is at the heart of democracy*“. (Verba/Schlozman/Brady 1995: 129 zit. nach Hoecker 2006: 2) Mit anderen Worten, eine Demokratie ist ohne Beteiligung ihrer BürgerInnen nicht überlebensfähig. Über das Recht auf politische Partizipation und ihre Notwendigkeit herrscht innerhalb der wissenschaftlichen Debatte grundsätzlich Einigkeit. Uneinigkeit ist festzustellen in Bezug auf die Begriffsdefinition, die Formen und die Reichweite, sowie auf die Zwecke von politischer Partizipation. (vgl. Hoecker 2006: 2) Unterschiedlichen Demokratiemodellen bzw. Politikbegriffen folgend existiert ein instrumentelles und ein normatives Verständnis politischer Partizipation. Unter instrumentellen bzw. zweckrationalen Formen politischer Beteiligung, sind diejenigen Formen zu verstehen, die BürgerInnen „*freiwillig, individuell und/oder kollektiv im Verbund mit anderen unternehmen, um politische Entscheidungen direkt oder indirekt zu ihren Gunsten zu beeinflussen*“. (vgl. Nohlen 2003: 371) Aus der normativen Sicht, ist die Partizipation nicht nur Methode und Mittel zum Zweck, wie im instrumentellen Verständnis, sondern auch Ziel und Wert an sich. Es geht dabei um die Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Menschen und nicht nur um Einflussnahme und Interessendurchsetzung. (vgl. Nohlen 2003: 371) Die wichtigen Fragen sind also in Bezug auf die Partizipation in einer Demokratie: 1. Wer genau soll partizipieren? 2. Woran soll partizipiert werden? und 3. Wie, mit welchen Methoden soll partizipiert werden?

„*Das Spektrum der als ideal erachteten Partizipation bewegt sich zwischen den elitetheoretischen Ansätzen à la Schumpeter (1950), die politische Partizipation in periodisch stattfindenden Wahlen der Eliten erschöpft sehen, und den partizipativen Ansätzen im Sinne Rousseaus, die eine aktive Rolle der BürgerInnen in (fast) allen Phasen des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses fordern (Barber 1984; Pateman 1974; Holland-Cunz 1998; vgl. auch Barnes 2000).*“ (Geißel/Penrose 2003: 2)

In Anlehnung an die genderorientierte Partizipationsforschung, die vom Slogan der Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre inspiriert wurde: „das Private ist Politisch“ (vgl. Geißel/Penrose 2003: 3), gehe ich von einem breiteren normativen Partizipationsverständnis aus. Daher erachte ich nicht nur institutionalisierte und konventionelle Formen der politischen Partizipation (Wahlen, Parteien, Gewerkschaften etc.) als entscheidend, vor allem in Bezug auf Nachkriegsgesellschaften, sondern auch nicht institutionalisierte, unkonventionelle

¹⁹ Von *participatio* (spätlat.) und bedeutet Beteiligung im Sinn, sowohl von Teilnahme als auch Teilhabe. (Nohlen 2003: 371)

Formen, wie öffentliche Diskussionen, Bürgerinitiativen, Mitarbeit im Nichtregierungssektor, oder auch Diskussionen mit Freunden und Bekannten. Ich gehe jedoch nicht so weit, fast jegliche Aktivität als „politische Partizipation“ zu bezeichnen, denn, hier ist sich die *scientific community* einig, mit einer derartigen Ausweitung des Begriffs, geht ein Verlust wissenschaftlicher Analysefähigkeit einher. (vgl. Penrose/Geißel 2003: 3-5)

Setzt man die Überlegungen in einen entwicklungspolitischen Kontext, sind die Aussichten auf nachhaltigen Erfolg entwicklungsrelevanter Bemühungen oder Entwicklungsmaßnahmen eher gering einzuschätzen, wenn Partizipation nur als Methode und Mittel zum Zweck und nicht als Ziel und Wert an sich gefördert wird. Nicht selten wurde der Mangel an Beteiligung der Zielgruppen identifiziert als einer der Hauptgründe für das Scheitern von Projekten oder Entwicklungskonzeptionen. (vgl. Alff/Ay/Bauer 1998: 73 zit. nach Goetze 2002: 177) Nicht selten wurden aber Projekte ins Leben gerufen, die nicht auf bereits existierenden lokalen Initiativen und Beteiligungsinteressen aufbauten, sondern sich ausschließlich westlicher Konzepte und Ideen bedienten, und somit ein Mangel an Beteiligung seitens der lokalen Bevölkerung mehr oder weniger vorprogrammiert war. Ohne den Zielgruppen in den Transformationsländern eine generelle Geldgier unterstellen zu wollen, scheint auch die Tatsache bedenklich, dass die Bereitschaft an einem Projekt teilzunehmen oder sich im Nichtregierungssektor zu beteiligen, die auf ausländische Mittel angewiesen sind, proportional mit materiellen Vorteilen, die sich daraus ergeben, steigt. Bedenklich aus dem Grund, da eine/r sich nicht unbedingt mit der Einstellung der NGO oder den Zielen des Projektes identifizieren will, aber trotzdem „partizipiert“, weil erwartet wird, dass sich eigene materielle Vorteile daraus ergeben (können). Diese Behauptung, die sich auf die vielen Gespräche und Interviews mit MitarbeiterInnen verschiedener NGOs in BiH, Serbien und Kroatien stützt, bezieht sich auf die Länder des ehemaligen Jugoslawiens und zeigt natürlich in erster Linie ein strukturelles Problem in der Politik und Wirtschaft. Andererseits zeigt es aber auch, dass die Möglichkeit für sich und explizit eigene Interessen etwas zu tun, auch im „dritten Sektor“ weit aus mehr zu politischer Partizipation mobilisiert, als der Gedanke sich für eine „gute Sache“ oder um des Selbstverwirklichungswillen, einzusetzen. Hiermit soll den „aktiven BürgerInnen“ natürlich auch nicht ein kollektiver Egoismus unterstellt werden, jedoch kann die Motivation ihrer Aktivität sehr wohl hinterfragt werden, um eventuell in der Entwicklungszusammenarbeit neue Wege zu finden, den BürgerInnen zu helfen, die Bedeutung von Nachhaltigkeitsdimension zu verstehen.

Der Empowerment – Ansatz beispielsweise geht in dieser Richtung, als eine der Dimensionen der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit. (vgl. Goetze 2002: 183) Das Ziel des Empowerment-

Ansatzes in der Entwicklungspolitik ist es benachteiligten Gruppen (*gender empowerment*, *empowerment of the poor*) selbstbestimmtes Handeln zu ermöglichen und ihre Teilhabe an gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Belangen zu befördern. (vgl. Nohlen 2000: 212) Empowerment wird von der Weltbank beispielsweise ganz groß geschrieben, ihre Methoden sind jedoch zumindest kritisch zu hinterfragen. Empowerment wird von der Weltbank wie folgt definiert:

“[...]the process of increasing the assets and capabilities of individuals or groups to make purposive choices and to transform those choices into desired actions and outcomes.” (Alsop/Frost/Holland 2006: 1)

2.1.6 Demokratie und good governance

Das Konzept des guten Regierens (*good governance*), unter der Vordenkerrolle der Weltbank, stellt gegenwärtig das entwicklungspolitische Leitbild schlechthin. Obwohl umstritten ist, was unter guter Regierungsführung in den Transformationsländern genau zu verstehen ist, lassen sich jedoch Prinzipien herausfiltern, über die große Einigkeit besteht. Das sind vor allem Rechtsstaatlichkeit und Rechtsicherheit, sowie Rechenschaftspflichtigkeit der Machteliten und Korruptionsbekämpfung. (vgl. Nuscheler 2004: 405) Dieses Konzept beruht grob auf zwei Säulen: zum einen auf der Demokratie und dem Rechtsstaat und zum anderen auf der Marktwirtschaft und Kapitalismus. (Novy 2005: 45) Das bedeutet mit anderen Worten, dass der Entwicklungsweg für die Transformationsländer mit Hilfe von *good governance* zu rechtsstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft führt. *Good governance* kann aber auch als ein Machtinstrument der Kreditgeber für die Entwicklungs- und Transformationsländer gesehen werden: 1. als Voraussetzung für die Kreditvergabe, und 2. bei Verstößen gegen das Konzept der *good governance* nach dem Krediterhalt, drohen Sanktionen, zumeist wirtschaftliche. Berechtigte Kritik ist auch angebracht, angesichts der Wortwahl und sich daraus ergebenden Doppelstandards: die Forderung nach *good governance*, bedeutet automatisch, dass im Süden nur von *bad governance* ausgegangen werden kann. Zum anderen, als Schablone des „Seinsollens“, wird die Regierungsführung in westlichen Demokratien herangezogen. Blickt man auf die amerikanische Regierungsführung der *Bush Era* beispielsweise, ist diese Selbstverständlichkeit mehr als fraglich. Hier offenbart sich einmal mehr die Schwierigkeit der Messung von solchen Konzepten. Die Weltbank beispielsweise, bezieht sich auf das Governance Matters Index (GMI),²⁰ das alle zwei Jahre,

²⁰ Governance Matters Index (GMI) orientiert sich an folgenden sechs Indikatoren: Mitspracherecht und Verantwortlichkeit (*voice and accountability*), politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt (*Political Stability and Absence of Violence*), Effektivität der Regierung (*Government Effectiveness*), Qualität der

alle Staaten, nach den festgelegten Indikatoren hin untersucht, wobei die Weltbank, diejenige Organisation war, die den governance Begriff in die entwicklungspolitische Diskussion auch einführte.

„Sie erwies sich wieder einmal als „agenda setting agency“ mit einer beachtlichen Definitions- und Deutungsmacht. Es ist bemerkenswert, wie schnell das UN – Entwicklungsprogramm (UNDP), die OECD und die EU in entwicklungspolitischen Grundsatzserklärungen sowie einzelne Geberländer, auf diesen Governance – Zug aufsprangen und dann die Weltbank mit politischen Reformforderungen sogar überboten. Die Erfindung von Good Governance war eine Reaktion auf das Markt- und Staatsversagen. (vgl. Tetzlaff 2008: 131f.)“ (Nuscheler 2009: 11)

So inkludiert der Begriff der good governance im EU Kontext auch Menschenrechte, Demokratisierung, Zivilgesellschaft etc. (vgl. EC 2003: 3)

Die Korruptionsbekämpfung, nachdem die Korruption als eines der folgenschwersten Ursachen für das Scheitern von Entwicklungsbemühungen definiert wurde, steht ganz oben auf der Liste der Prioritäten des Konzeptes von good governance. Positiv oder negativ besetzt, breit oder eng definiert, der Begriff der good governance ist jedenfalls aus dem entwicklungspolitischen Diskurs nicht mehr wegzudenken.

Wie eng verflochten die Begriffe Entwicklung, Demokratie, Frieden, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eigentlich sind, und welche universelle Bedeutung ihnen zukommt oder zugeschrieben wird, sowie in welchem Zusammenhang sie zueinander stehen, kommt in dem Bericht der Süd-Kommission²¹ schon 1990 sehr gut zum Vorschein:

„Demokratische Institutionen und die Beteiligung des Volkes an den Entscheidungsprozessen sind deshalb unverzichtbar für Entwicklung. Nur wenn wirklich politische Freiheit herrscht, können die Interessen der Menschen innerhalb der Nationen Vorrang bekommen. Die Menschen müssen ihr Regierungssystem bestimmen und entscheiden können, wer die Regierung bildet und welchen allgemeinen Kurs die Regierung in ihrem Namen und Auftrag verfolgt. Zu den Grundelementen eines demokratischen Gemeinwesens zählen die Respektierung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Möglichkeit, auf friedlichem Wege einen Regierungswechsel herbeizuführen.“ (Süd-Kommission 1989/90 zit. nach Nuscheler 2004: 411)

Seither waren wir Zeugen einiger Regierungswechsel von denen nicht wenige blutig verliefen. Die Respektierung der Menschenrechte wird immer noch mit gleicher Euphorie propagiert und sie wurde sogar zur Vorbedingung für die Entwicklungshilfe gemacht. In den Nachkriegsgesellschaften (und nicht nur in diesen) stehen Menschenrechtsverletzungen aber fast auf der Tagesordnung und wenn sie nicht gerade im Genozid endeten, finden sie kaum

staatlichen Ordnungspolitik (Regulatory Quality), Rechtsstaatlichkeit (Rule of Law) und Korruptionskontrolle (Control of Corruption). Online: <http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.asp> [Zugriff: 20.03.2009]

²¹ Süd-Kommission wurde damals geleitet von Julius Nyerere.

verdiente Aufmerksamkeit im Westen. Demokratische Institutionen werden in vielen Transformationsländern geschaffen in denen zwar demokratisch gewählte Eliten sitzen, ihre Arbeit verrichten sie jedoch, meistens jenseits von demokratischen Werten und Normen. Die Beteiligung des Volkes an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ist zwar gestiegen, jedoch die Qualität der Entscheidungen spricht nicht unbedingt für diese Entwicklung. Rechtsstaaten wurden geschaffen, jedoch ist die Bevölkerungslegitimation eher schlecht als recht. Diskrepanzen zwischen faktischen Bemühungen um *good governance* und Bevölkerungsreaktionen in der demokratischen Wahl der *bad governance* verlangen nach Antworten. Empowerment und ownership als Methoden zu mehr Einfluss der benachteiligten Gruppen, so scheint es, greifen nicht wie erwartet. Gegenwärtig, fast zwei Jahrzehnte nach dem Aufbruch der großen Euphorie, auch wenn Erfolge zu verzeichnen sind, sind wir Zeugen des enormen Auseinanderklaffens von theoretischem Soll-Zustand und praktischen Ist-Zustand. Warum, ist eine durchaus berechtigte Frage, ohne die Demokratie und Demokratisierung per se, abzulehnen.

2.1.7 Demokratie-Diktatur-Vergleich nach Schmidt

Obwohl die Demokratie keine grundsätzlichen Gegner mehr in den demokratischen Ländern hat, wird sie in den fachwissenschaftlichen Debatten trotzdem nicht nur gelobt. Sie hat durchaus ihre Kritiker. Zu jedem Argument für die „Demokratie als Problemlöser“, gibt es zumindest ein gewichtiges Argument für die „Demokratie als Problemerzeuger“.²² Während zum Beispiel die Möglichkeit der politischen Beteiligung der großen Mehrheit der erwachsenen BürgerInnen als positiv gesehen wird, kann die Entscheidungsmacht der Mehrheit durchaus auch als „*Tyrannie der Mehrheit*“ (Federalist Papers, Tocqueville 1835/1840) ausgelegt werden. Während das Wunderwerk der Demokratie gerade darin besteht, dass die konfligierende politische Kräfte, die Ergebnisse der Abstimmung akzeptieren (Przeworski 1999: 49), so muss der Behauptung, dass der Volkswille, ebenso wie der Mehrheitswillen „*fiktiv, fehlbar und verführbar*“ (Offe 1992: 127) sei, auch Platz eingeräumt werden. Die Demokratie wird als die relativ beste Staatsform gesehen: Die Aussage von Churchill (Churchill 1974: 7566), dass die Demokratie die schlechteste Form des Regierens sei, außer all jenen anderen, die bisher von Zeit zu Zeit mal ausprobiert worden sind, hat rasante Berühmtheit erlangt. Dahl behauptet, dass die zweitbeste Demokratie immer noch besser ist als eine Nicht-Demokratie. (Dahl 1998: 230) Was den fachwissenschaftlichen

²² Die Ausführungen über Demokratie als Problemlöser und Problemerzeuger folgen nach Schmidt 2006: 497-513 und 522-539.

Dissens um die Demokratie betrifft, so spiegelt er grundsätzlich unterschiedliche Erfahrungshorizonte, Perspektiven der Analyse oder aber auch unterschiedliche wissenschaftliche Traditionen.

„Zum Teil decken sich diese mit der politisch-geographischen Heimat der Theorien. In Europa hat die Tradition des starken Staates auch in den Theorien ein größeres Interesse am Staat hervorgerufen als in amerikanischen Theorien, in denen die individuelle politische Beteiligung und die aktive Betätigung des Bürgers in der Politik oft stärker betont werden. (Schmidt 2006: 492)

Manfred Schmid kam mit seinem Demokratie-Diktatur-Vergleich zu folgenden Ergebnissen (Schmidt 2006: 523-538)

1. Etablierte Demokratien zeichnen sich durch höhere politische Produktivität aus;
2. Im traditionellen Demokratie-Diktatur-Vergleich wird die Überlegenheit der Demokratien aufgrund methodologischer Fehler meist überschätzt;
3. In manchen Politikfeldern erzielen die Demokratien Leistungen von nur mäßiger Höhe;
4. Etablierte Demokratien haben bisher die meisten Herausforderungen gemeistert. Folgende Herausforderungen sind auch für sie bestandsgefährdend:
 - a. Apathie und Indifferenz großer Teile der Wählerschaft
 - b. Mögliche ethnisch-religiöse Konfliktlinien: *„im Falle massenhafter Zuwanderung oder bei weit auseinander driftenden Geburtenraten der alteingesessenen und der zugewanderten Bevölkerung in den etablierten Demokratien“*
 - c. Mögliche Gefahren für die Demokratie durch die Politisierung der „Unbeständigkeit der Zahl“
 - d. Spannung zwischen hoher internationaler Interdependenz und nationalstaatlicher Verankerung der Demokratie
 - e. Neigung zur Kostenabwälzung auf die Zukunft
 - f. Relativ geringe Fehlerkorrekturfähigkeit.

Als die Hauptaussage seines Vergleichs kann jedoch in dem Kontext dieser Arbeit gelten, erstens, dass die Demokratie als Herrschaftsform oft überschätzt wird und zweitens, dass die Demokratie, wie sie in den Entwicklungs- bzw. Transformationsländern propagiert wird, würde sie je in der Form erreicht, eigentlich eine bessere Variante wäre, als in den westlichen Demokratien.

2.2 Demokratisierung als politisches Projekt

Die Ergebnisse der Demokratisierung seit der großen Euphorie nach der Wende, die ich im letzten Kapitel, etwas überspitzt formuliert habe, haben auch dazu geführt, dass die kulturalistischen Ansätze seit den 90er Jahren eine wahre Renaissance erlebt haben. Die Analysen der Transformationsprozesse in Osteuropa, aber auch in Lateinamerika, Asien oder Afrika, stellten neue Herausforderungen an die Wissenschaftler:

„Erkennbare Diskrepanzen zwischen den faktischen Installationen von demokratischen Institutionen bzw. marktwirtschaftlichen Organisationen/Prinzipien und praktisch erfahrbaren Bevölkerungsreaktionen (Abwahl der Regierungen und skeptische Einstellungen gegenüber der neuen Demokratie) machten es zwangsläufig notwendig, den Bürgern in den Erklärungsmodellen politischer Abläufe mehr Aufmerksamkeit zu schenken.“ (Pickel/Pickel 2006: 16)

Für den Aufschwung kultureller Fragestellungen waren nicht zuletzt auch *religiöse* oder *ethnische* Konflikte verantwortlich. Auch die unterschiedlichen Wege, die die jungen Demokratien in ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung einschlugen, ließen zur Erklärung der Demokratisierungsprozesse kulturelle Faktoren möglich erscheinen. (Pickel/Pickel 2006:16) Die Ansätze der internationalen Transformationsforschung für Fragen der Konsolidierung oder Gefährdung junger Demokratien, die rein ökonomisch-strukturell, institutionell oder auf die Eliten ausgerichtet sind, stoßen hier an ihre Grenzen. Die Protagonisten *„kultureller Begründbarkeiten des politischen und gesellschaftlichen Handelns in aller Welt“*, wie Francis Fukuyama, Lawrence Harrison oder Robert Putnam haben schlussendlich dazu beigetragen, die *„wissenschaftliche Debatte hinaus in die Öffentlichkeit zu tragen“*. (Pickel/Pickel 2006: 17) Zu diesen Protagonisten muss auch Samuel Huntington gezählt werden. Er hat durch seinen 1993 in der Zeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlichten Artikel mit dem Titel *„The Clash of Civilisations?“*, weltweite Berühmtheit erlangt, die jedoch die Leserschaft stark polarisierte, nicht zuletzt aufgrund seiner Einteilung religiöser Kulturen nach ihrer Demokratiefreundlichkeit / -feindlichkeit. (Huntington 1993: 22-49; Huntington 2002) Davor aber machte er sich schon daran, die Ratschläge für die Demokratisierer aufzuschreiben. (Huntington 1991/1992: 601; Huntington 2004: 141) Sie basierten, wie er schreibt, auf den Erfahrungen aus der spanischen, brasilianischen und anderen Transformationen²³ und die Ratschläge richteten sich an die demokratischen Reformatoren in den autoritären Regimes, internen wie externen. So lautet zum Beispiel der erste Ratsschlag für die Demokratisierer: Vergewissern Sie sich Ihrer politischen Basis. So

²³ Transformationen der so genannten Dritten Welle der Demokratisierung.

bald als möglich stellen Sie die Anhänger der Demokratisierung auf die höchsten Posten in der Regierung, Partei und Militär. (Huntington 2004: 141) Wenn wir bedenken, dass Demokratien ohne eine breite Verankerung innerhalb der Elite eines Landes weder verlässlich zu institutionalisieren noch dauerhaft zu stabilisieren sind, (Sandschneider 2003: 35) ist Huntingtons erster Ratschlag nicht ohne Bedeutung. Es braucht aber nicht erwähnt zu werden, dass die *Ratschläge für die Demokratisierer* genauso die Leserschaft polarisieren. Ganz besonders kommt die Kritik aus dem antihegemonialen Lager und von den Globalisierungsgegnern.

Demokratisierung, hier verstanden als politisches Projekt meint 1. sowohl die Demokratieförderung seitens der internationalen und supranationalen Organisationen, der demokratischen Nationalstaaten und Nichtregierungsorganisationen als 2. auch die wechselseitigen Beziehungen der internen Akteure in dem Transformationsland und 3. die Einflussnahme der internen und externen Akteure auf die Zivilgesellschaft und Zivilbevölkerung. Demokratisierung in einem bestimmten Land unterliegt zudem einem spezifischen kulturellen, traditionellen und religiösen Umfeld einer Gesellschaft. Politisches Projekt auch deshalb, da der Prozess der Bildung und/oder Vertiefung von Demokratie, wie eigentlich Demokratisierung definiert wird (Nohlen 2003: 54), in den Transformationsländern auf den wechselseitigen Beziehungen und Einflussnahme aller politisch beteiligten Akteure aufbaut, wobei die WählerInnen aus dieser Sicht nicht ausgeschlossen werden können. Anders ausgedrückt, Demokratisierung ist nicht nur Verbreitung der Demokratie als Herrschaftsform, sondern eher eine Strategie nachhaltiger Entwicklung an der sowohl interne als auch externe Akteure teilnehmen. Diese Wechselbeziehungen sind in verschiedenen Transformationsphasen unbeständig, politische Regeln und Strategien werden oft verändert. Aus der Sicht der Akteurstheorie bedeutet die Demokratisierung daher

„[...] die Umwandlung dieser politisch-institutionellen „Ungewissheiten“ in „Gewissheiten“, indem konstitutive Pakte zwischen den Akteuren geschlossen werden, in denen die Demokratisierungsinhalte und –grenzen definiert werden. (Kraus 1990: 191) [...] Insbesondere die Natur des autoritären Regimes, d.h. dessen Repressionsgrad, die Rolle des Militärs und seine wirtschaftliche Erfolgsbilanz (Linz/Stepan 1996) sowie die subjektive Perzeption der Machtverhältnisse zwischen Regime und Opposition prägen die Strategien der Akteure.“ (Croissant 2001: 11)

Aus der modernisierungstheoretischer Sicht, ist das Anwachsen der Mittelschicht, die wichtigste Veränderung der Sozialstruktur, denn mit steigendem Wohlstand, wandeln sich auch die Einstellungen der BürgerInnen. Sie richten sich dann nicht nur auf das individuelle Wohlergehen, sondern auch auf kollektive Güter wie Freiheit und Rechte. (Cheng/Krause 1991: 12 zit. nach Croissant 2001: 7) Als sichtbar wurde, dass Gesellschaften trotz

ökonomischer Modernisierung sich nicht unbedingt demokratisierten, wie zum Beispiel in Lateinamerika der 60er Jahre, führte dies zu einer intensiven Überprüfung modernisierungstheoretischer Ansätze. (vgl. Croissant 2001: 8) Lipsets Behauptung „*the more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy*“ (Lipset 1960: 48f zit. nach Schmidt 2006: 439) zeigt allerdings auf einen möglichen und keinen kausalen Zusammenhang hin und kann aus dieser Sicht als relativ abgesichert gelten. In anderen Worten, mit steigendem Wohlstand, steigen auch die Bedürfnisse der BürgerInnen, ihre Interessen angemessen vertreten zu sehen. (Croissant 2001: 7) Strukturalisten begrenzen sich im Gegensatz zu Modernisierungstheoretiker nicht auf die Mittelschicht als Träger der Demokratisierung, sondern betonen die Machtstrukturen zwischen allen sozialen Klassen und deren Verhältnis zum Staat. (Croissant 2001: 8) Es ist wichtig in diesem Zusammenhang zu betonen, dass Theorieentwicklungen im Grunde wissenschaftlichen Konjunkturzyklen folgen. Waren in den 50er und 60er Jahren die strukturellen Erfordernisse der Entwicklung zu Demokratie in der Theorieentwicklung vordergründig, verschob sich das Interesse daraufhin auf die Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs von Demokratien und somit stehen seit den 90er Jahren Ursachen, Bedingungen und Modelle der Konsolidierung junger Demokratien im Mittelpunkt des Interesses. (Merkel et. al. 2003: 19f) Unzureichende Erklärungskraft einzelnen Theorien sowie die Diskrepanzen zwischen Ist und Soll der Demokratisierungsprozesse nach der Wende, führte zu einem Umdenken in Bezug auf die Bedeutungskraft einzelner Theoristränge.

„Dem alten Wettstreit der Paradigmen Struktur und Handlung (Merkel 1994) folgte als Reaktion auf vielfach registrierte Defizite der einzelnen Theorieansätze das pragmatische Eingeständnis, dass es sinnvoller ist, die Möglichkeiten eines komplementären Einsatzes unterschiedlicher Theorieansätze auszuloten, als einem Königsweg der Transformationsforschung nachzuspüren. (Merkel et. al. 2003: 19)

Auch wenn in dieser Arbeit vermehrt auf die die Bedeutung kulturtheoretischer Ansätze hingewiesen wird, soll an dieser Stelle hervorgehoben werden, dass meine Herangehensweise auf andere Theorieelemente nicht verzichten kann. Aus der Kulturtheorie alleine, beruhend auf der Vorstellung, dass die demokratische Konsolidierung, wesentlich von politischen Kulturen, Ideologien und Religionen abhängt, lässt sich die schleppende Demokratisierung in BiH nicht erklären. Vielmehr müssen in die Analyse der Demokratisierung bestimmte vorhandene Strukturen, als auch die Rolle interner und externer Akteure hineinbezogen werden. Daher kann ich Merkel nur Recht geben wenn er sagt:

„Ohne eine angemessene Synthese von handlungs-, struktur- und kulturtheoretischen Theorieelementen, lassen sich in der Regime- und Transformationsforschung

bestenfalls Partialwahrheiten entdecken. Sie haben ihre Berechtigung, sollten aber nicht als das Ganze verkauft werden.“ (Merkel 2007: 431)

2.2.1 Demokratisierung und demokratische Konsolidierung

Die Differenzierung von demokratischen Transformationsprozessen in zwei Sequenzen – Transition (Übergang) und Konsolidierung, die auf O'Donnell und Schmitter (1986) zurückgeht, hat sich erfolgreich in der Transformationsforschung durchgesetzt, (vgl. Croissant 2001: 2) auch wenn nicht in ihrer ursprünglichen Konzeptualisierung, d.h. als zwei zeitlich genau aufeinander folgende Phasen der Transformation. (vgl. Merkel et. al. 2003: 20) Transition ist die erste Phase der Transformation, in der es zur Ablösung nicht-demokratischer durch demokratische Institutionen kommt. Konsolidierung dagegen, wird nicht als nur eine zeitliche Fortsetzung von Transition verstanden, vielmehr als ein eigenständiges Prozess in dem die *„hinreichenden Minimalbedingungen von Demokratie dauerhaft gesichert werden und effektiv funktionieren“*, (Merkel et. al. 2003: 22) d. h. die Konsolidierungsprozesse beginnen in der Regel schon vor dem Abschluss der Transition. In der Transformationsforschung ist allerdings die Definition der demokratischen Konsolidierung umstritten. (vgl. Merkel 2007: 414) So existiert bereits eine Fülle an Konsolidierungskonzepten, die hinsichtlich ihrer konzeptionellen Reichweite als minimalistische, maximalistische und als Konzepte mittlerer Reichweite eingeordnet werden. Im Zusammenhang mit der politischen Kultur sind besonders maximalistische Konsolidierungskonzepte erwähnenswert, (Diamond 1996, 1997, 1998; Merkel 1996; Pridham 1994, 1995; Schmitter 1995, 1997, Schmitter/Schneider 2004) da sie der „positiven“ Konsolidierung gleiche Bedeutung beimessen, wie den „negativen“ Aspekten, und zusätzlich den Aufbau einer demokratischen politischen Kultur im Sinne einer *civic culture* hervorheben. (vgl. Croissant 2001: 36)²⁴

Entsprechend den Minimalkriterien des Demokratiebegriffs von Robert Dahl (1971) ist der Systemwechsel vollzogen, *„wenn die Institutionen der repräsentativen Demokratie errichtet sind und das Politische System in freien Wahlen und pluralistischem Parteienwettbewerb funktioniert.“* (Nohlen 2003: 517) Aber auch hier diskutieren die Forscher darüber welche politischen und gesellschaftlichen Institutionen stabilisiert sein müssen, will man von einer konsolidierten Demokratie sprechen. Verschiedene Positionen werden außerdem hinsichtlich der zeitlichen Dimension als auch hinsichtlich des Weges der am schnellsten zu

²⁴ Siehe dazu: Schaubild 1: Systematisierung gängiger Konsolidierungskonzepte: Croissant 2001: 37.

Konsolidierung führt, bezogen. (Merkel 2007: 414) Konsolidierungsprozesse können beispielsweise schon während der Transition innerhalb zentraler „Partialregime“ (Schmitter 1995, 1997) oder auch auf einzelnen „Ebenen“ (Merkel 1996) der Demokratie einsetzen. Schlussendlich aber lässt sich der konkrete Zeitpunkt des Beginns und des Endes der Konsolidierung einer jungen Demokratie nur aus detaillierter Analyse des Einzelfalls feststellen und erklären. (Merkel 2007: 415)

Agenda for Democratization, veröffentlicht von der UN 1996 unter UN Secretary-General Boutros Boutros-Ghali, definiert Demokratisierung und Demokratie wie folgt:

„Democratization is a process which leads to a more open, more participatory, less authoritarian society. Democracy is a system of government which embodies, in a variety of institutions and mechanisms, the ideal of political power based on the will of the people.“ (UN 1996: A/51/761; Abs. 1²⁵)

Es wird explizit auch auf die Bedeutung der demokratischen politischen Kultur als auch auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft im Allgemeinen hingewiesen, sowie auf die Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft, Staat und dem internationalen System. Demokratisierung wird als ein umfassender Ansatz gesehen, der sowohl top-down Maßnahmen vorsieht, wie z. B. internationale Überwachung von Wahlen, als auch bottom-up Prozesse, wie Unterstützung zum Aufbau einer demokratischen politischen Kultur durch die Stärkung der Zivilgesellschaft.

„Democratization requires a comprehensive approach, addressing not only the holding of free and fair elections, but also the construction of a political culture of democracy and the development and maintenance of institutions to support the ongoing practice of democratic politics. Democratization must seek to achieve a balance between the institutions of the State and the institutions of civil society. In order to succeed over time, democratization within States must also be supported by a process of democratization among States and throughout the international system.“ (UN 1996: A/51/761; Abs. 124)

Für Geoffrey Pridham beispielsweise ist die Demokratisierung multidimensional, schlicht aus dem Grund weil das Funktionieren liberaler Demokratien auch multidimensional ist.

„That is, it involves not merely the creation of new rules and procedures (the formal dimension of transition), but also the societal level as well as intermediary linkages and interactions between different levels, especially elite-mass relations. It may, furthermore, comprise other dimensions that have some influence or direct effect. These should include the international dimension or key events that occur at decisive moments.“ (Pridham 2000: 17)

²⁵ UN (1996): *Agenda for Democratization: Supplement to Reports on Democratization*, A/51/761. Online: <http://www.nigd.org/towards-a-global-civil-society/NRD/> [Zugriff: 09.03.2009]

Weiterhin ist für Pridham, die Frage der multiplen Transformationen von vitaler Bedeutung für die Demokratisierung, und zwar nach ökonomischen wie politischen Transformationen, wobei die Probleme der Staatlichkeit und nationaler Identität nicht ignoriert werden können. Daher ist der Begriff der Demokratisierung, obwohl er sich vorrangig auf den politischen Regimewechsel bezieht, nicht alleine mit Fokussierung auf das Politische zu erklären: „*just focusing on the political is not going to explain democratization completely, let alone the overall transformation of which democratization forms a central part*“. (Pridham 2000: 18)

Die Problematik, der genauen Trennung von Demokratisierung und demokratischer Konsolidierung wird aus dieser Sicht besonders offenkundig wenn:

1. „*eine zunächst provisorische Regierung die Amtsgeschäfte für die Dauer einer vollen Amtsperiode weiterführt, oder aus anderen Gründen keine founding elections stattgefunden haben*
2. *wenn Segmente der alten Regimeeliten aus den founding elections als Sieger hervorgehen*
3. *sich der Verfassungsgebungsprozess als inkrementelle oder zeitlich gestreckt verlaufende Implementation demokratischer Regeln vollzieht.*“ (Merkel et. al. 2003: 21)

Im Kontext meiner Untersuchung ist von besonderer Bedeutung die Berücksichtigung des Konzeptes der positiven Konsolidierung,²⁶ nachdem ein politisches System erst dann als konsolidiert gelten kann, wenn die Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster der BürgerInnen einen *stabilen Legitimitätsglauben* (Merkel 2007: 416) an die Demokratie reflektieren. Die Berücksichtigung der Beziehung zwischen politischer Kultur einer Gesellschaft und *Democracy-building* scheint aus meiner Sicht nicht die wichtigste Komponente auf dem Weg zu Konsolidierung zu sein, jedoch eine wesentliche. Ohne Berücksichtigung der politischen Kultur und ihrer Besonderheiten, ist jegliche externe Hilfe für die zügigere Ausbildung einer Staatsbürgerkultur zum scheitern verurteilt.

2.2.2 Demokratisierung in Praxis

Das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis ist heute, wie auch zu Kants Zeiten ein Gegenstand endloser Diskussionen gewesen. „*Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis*“ – dieser Spruch hat offensichtlich bis heute wenig an Aktualität verloren. Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit ist nur eine in der langen Liste, die diese Regel zu bestätigen scheint. Andererseits helfen uns Theorien,

²⁶ In Anlehnung an Pridham (1995; 2000), Merkel et. al. (2003), Merkel (2007)

„[...]eine Welt zu ordnen, die uns als komplexe Ansammlung von Ereignissen und Fakten ansonsten zumeist unverständlich wäre. Alle Menschen verwenden daher Theorien, um im sozialen Feld handlungsfähig zu sein. Die Mehrzahl stützt sich hierbei auf das Alltagswissen, auf das traditionell erworbene und individuell im Laufe der Zeit praktisch angeeignete Wissen. Ein kleinerer Teil hat die Möglichkeit, dieses Alltagswissen durch eine systematische Reflexion zu ergänzen, die gemeinhin vereinfachend als Wissenschaft verstanden wird. (Novy 2001: 119)

Aus dieser Sicht ist das Verhältnis zwischen Demokratie und Demokratisierung in Bezug auf die Transformationsländer auch ein Verhältnis zwischen Theorie und Praxis. Demokratietheorien helfen uns zu verstehen, warum möglichst viele Länder demokratisiert werden sollen. Demokratisierung als Praxis zeigt uns allerdings, dass sich Demokratie nach unserer Schablone, d. h. nach unseren Demokratietheorien, nicht so ohne weiters übertragen lässt. Die externe Demokratieförderung hat gegenwärtig jedoch ihren fixen Platz in den internationalen Beziehungen. So zum Beispiel gehört die Demokratieförderung zu den Hauptprioritäten der Hilfsprogramme seitens der USA, die für die Empfänger auch verbindlich sind. Auf der Nationalen Ebene, kann auch Deutschland als Beispiel genannt werden, das u.a. auch über die parteinahen Stiftungen, wie beispielsweise Friedrich-Ebert-Stiftung (FES; SPD), Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS; CDU), Heinrich-Böll-Stiftung (HBS; die Grünen) etc. sich an der Demokratisierungsförderung beteiligt. Die Europäische Kommission hat das neue Finanzierungsinstrument für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte im Jahr 2007 angenommen, wobei das Hauptziel des neuen Instruments, die *„Unterstützung und Begleitung der Implementierung der politischen EU Menschenrechtsprioritäten“* ist. (EC 2008: 1) Andere internationale Akteure wie die Vereinten Nationen, das Europarat, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) um nur einige zu nennen, unterstützen ebenfalls demokratische Entwicklungen. Das Spektrum externer Akteure die sich an Demokratisierungshilfe beteiligen ist sehr breit. Grob lassen sich die Demokratisierer jedoch in drei Kategorien einteilen: 1. Nationalstaaten (USA, Deutschland, GB, Frankreich etc.), 2. Internationale, multilaterale und regionale Organisationen (UNO, Weltbank, IWF, OECD, GATT, EU, Europarat, OSCE etc.) und 3. Nichtregierungsorganisationen. (vgl. Sandschneider 2003: 22)

So ist die Demokratisierung stets gebunden an interne und externe Akteure, an Strategien und Instrumente externer Demokratieförderung, an internationale Rahmenbedingungen etc. (vgl. Sandschneider 2003: 4) Die Problematik der Demokratisierung offenbart sich in nicht oder noch nicht gelungenen Konsolidierungen am deutlichsten, wenn die so veränderten Staaten, „weder hier, noch dort und sowohl hier als auch dort“ zu orten sind. Etwas abstrakt

gesprochen, bedeutet das, dass die so *neu entstehenden* politischen und gesellschaftlichen Systeme als etwas „Drittes“, weder für *Demokratisierer* noch für die *Demokratisierten* wirklich verständlich sind, (für die einen wegen der Nähe zu eigenen Demokratien, für die anderen wegen der Entfernung von derselben), sie werden aber gleichzeitig, sowohl von den einen als auch von den anderen als änderungsbedürftig angesehen. An diesem Punkt angelangt, werden jedoch die Prioritäten seitens der Demokratisierer und Demokratisierten nicht selten völlig anders wahrgenommen. Oft laufen sie sogar genau in entgegengesetzte Richtung. Welche Prioritäten und Änderungsvorhaben sich dann durchsetzen ist eine Frage der Verhandlungen aber auch der gegebenen Machtkonstellationen.

So gesehen, verdeutlicht sich die Relevanz der „*richtigen Adressatenwahl*“ (Sandschneider 2003: 34) bei dem Versuch, Transformationsprozesse in einem Land zu beeinflussen. Die Maßnahmen der Demokratieförderung, meist einem Dualismus verpflichtet – auf politischer Ebene (Demokratisierung) und auf wirtschaftlicher Ebene (Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen) – stehen somit in einem engem Zusammenhang mit den Adressaten dieser Maßnahmen, also Demokratisierungseliten eines Landes. (vgl. Sandschneider 2003: 34) Wenn davon ausgegangen wird, dass Demokratieförderung die Summe aller Versuche externer Akteure beinhaltet, „*die darauf abzielen, in einem angebbaren Zielland Grundmuster politischer Entscheidungsfindung und Ordnung dahingehend zu verändern, dass sie mindestens den Minimalkriterien demokratischer Ordnungen entsprechen*“ (Sandschneider 2003: 3), dann ist die Bedeutung der Eliten im Demokratisierungsprozess eines Landes unbestritten.

„Die hohe Bedeutung von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten für Art, Ablauf und Ausgang eines jeden Transformationsprozesses ist unbestritten: Demokratisierungsprozesse sind nur begrenzt von außen steuerbar und in ihrem Erfolg an das Vorhandensein von Trägergruppen gebunden, die mit ihren externen Kooperationspartnern das Ziel der Errichtung eines funktionierenden demokratischen Systems teilen.“ (Sandschneider 2003: 34)

Wenn daher Huntington eine Anleitung für die Demokratisierer schreibt, sammelt er im Grunde genommen nur die theoretischen Annahmen in einer praxisorientierten schriftlichen Form. Sein erster Ratschlag für die Demokratisierer ist ja auch schließlich „die treuen Eliten“ in die höchsten Positionen in Politik, Wirtschaft, Militär etc. zu positionieren. Das sicherlich offensichtlichste Problem, das sich daraus ergibt, lässt sich in folgender Frage formulieren: Was passiert wenn die „demokratischen Eliten“ eines Ziellandes nur vorgeben demokratisch zu sein? Ugo Vlaisavljevic, Professor an der Philosophischen Fakultät der Universität in Sarajevo meint, dass die politischen Eliten, die gegenüber den BürgerInnen und der Welt nur

vorgeben demokratisch zu sein, die Macht der Demokratie prinzipiell unterschätzen. Indem sie sich beispielsweise für eine vorbildliche demokratische Verfassung einsetzen, hätten sie schon den Grundstein für unaufhaltsame demokratische Veränderungen gelegt, auch wenn sie selbst noch immer glauben, sich nicht daran halten zu müssen. (Vlaisavljevic 2006: 154)

Die Forderung nach Demokratisierung im Sinne der *Zivilisierung der Welt* liegt zu einem guten Teil, wie im Kapitel 2.1.2 bereits ausgeführt, darin begründet, dass Demokratien untereinander signifikant weniger Kriege führen. Nach Czempiel fühlen sich die Demokratien zur gewaltfreien Konfliktaustragung sogar verpflichtet, da die politische Kultur von Demokratien u. a. durch „*individuelle Freiheitsrechte, eine Abneigung gegenüber Gewalt, Minderheitenschutz oder Werte- und Interessenpluralismus*“ (Czempiel 1998 zit. nach Imbusch/Zoll 2005: 139) gekennzeichnet ist. Aus der festgestellten erhöhten Kriegsneigung von Demokratien gegenüber Autokratien, die die unterschiedliche politische Kultur als wahrscheinliche Ursache von Misstrauen zwischen den Staaten hervorhebt, ließe sich auch schlussfolgern, dass einer der Ziele der Demokratisierung gewissermaßen auch das „*Angleichen*“ der politischen Kulturen darstellen müsste, selbst wenn gesellschaftliche und politische Traditionen der BürgerInnen in den Transformations- bzw. Entwicklungsländern demokratischen Einstellungen und Werten widersprechen.

Die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur kann aus dieser Sicht ganz im Sinne der *Nachholenden* statt *Nachhaltigen Entwicklung* gelesen werden. Die Konzepte der demokratischen Konsolidierung, die die politische Kultur berücksichtigen, (z. B. Merkels Vierebenenmodell) die also von der positiven Konsolidierung sprechen, weisen ausdrücklich daraufhin, dass die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur Jahrzehnte dauern kann, und oft erst durch einen Generationenwechsel besiegelt wird. (Almond/Verba 1980 zit. nach Merkel 2007: 417)

Das erwartete Angleichen der politischen Kulturen als auch die Bedeutung der Eliten in den Augen von Demokratisierer, ist vielleicht die Erklärung dafür, dass die Berücksichtigung der spezifischen politischen Kultur einer Region oder eines Landes nicht üblicherweise einen wichtigen Teil der realpolitischen Entscheidungen für die Länder, die es zu demokratisieren gilt, darstellt. Es wird eher angenommen, dass sich die politische Kultur einer Region bzw. eines Landes im Prozess der Demokratisierung, d.h. im Zuge der Ausbreitung von Marktwirtschaft, Konkurrenzdenken, Ideenpluralismus, Installation demokratischer Institutionen, Gründung von Nichtregierungsorganisationen etc., der politischen Kultur in liberalen Demokratien im Laufe der Zeit tendenziell anpasst.

Hier offenbart sich also die Problematik des Umganges westlicher Demokratien mit dem Vorwurf der „stillen Kolonialisierung“ einerseits, und andererseits mit dem Vorwurf der Gleichgültigkeit gegenüber anderen politischen Kulturen, hier verstanden als Merkmal von Kollektiven. Die Relevanz der Erforschung politischer Kulturen im Sinne nicht nur der Prognose der Stabilität der jungen Demokratien, sondern auch im Sinne der Stabilisierung des Friedens in den Nachkriegsgesellschaften wird in diesem Zusammenhang noch verdeutlicht. Ist man an einem stabilen Frieden, demokratischen Verständnis von Menschenrechten und individuellen Freiheiten, Ideenpluralismus etc. interessiert, darf die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur nicht als Nebenprodukt der Demokratisierung erwartet werden. Die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur sollte in der Praxis im Zuge der Demokratisierungshilfe unbedingt unterstützt werden, sinnvoller wäre es jedoch, diese nicht nach dem westlich-liberalen Vorbild zu unterstützen, sondern der Besonderheit des Transformationslandes Gültigkeit einzuräumen.

Mit anderen Worten, die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis der Demokratisierung besteht zu einem guten Teil darin dass – ist die Transition einmal theoretisch und praktisch abgeschlossen:

- die *Demokratisierer* nicht recht verstehen können, was an ihren Konditionen für weitere Unterstützung so schwer zu verstehen ist;
- die *Demokratisierten* nicht so recht einsehen können, warum das was sie tun, als nicht demokratisch von den Demokratisierer aufgefasst wird.

Eine nahe liegende Vermutung für die entstehenden Probleme in der Kommunikation²⁷ liegt in der Wahrnehmung demokratischer Werte und Normen, die sich aus verschiedenen Sozialisationen speist. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass die defekten Demokratien in denen verschiedene Kulturen, Traditionen, oder auch Religionen aufeinander kommen, demokratiefreundlich oder –feindlich gesinnt sind, sondern eben nur *anders* im Umgang mit Demokratie. Die historische Dimension muss in diesem Kontext mitgedacht werden, nicht im Sinne von Gewinner oder Verlierer, sondern im Sinne von andersartigen Einflüssen auf das Land und die Menschen. Die Annahme, dass die moderne Demokratie nicht zufällig auf einem bestimmten religiös-kulturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Boden Wurzeln schlug, nämlich auf dem der neuzeitlichen Verfassungsstaaten in Europa und Nordamerika, scheint aus dieser Sicht nicht so unrealistisch. (vgl. Schmidt 2006: 490)

²⁷ Dabei denke ich hier nicht an diejenigen politischen oder wirtschaftlichen Eliten, die bewusst nur vorgeben nach demokratischen Normen und Werten zu trachten.

„Zu deren Kulturgütern zählen die christlichen Religionen, das römische und das germanische Recht, und vor allem die Wertschätzung des Individuums sowie des gemeinschaftsverträglichen Staatsbürgers in Recht und Religion, und zu deren Ausstattung gehören ein relativ hoher Stand wirtschaftlicher Entwicklung und breite Streuung der Machtressourcen. Auf diesem Nährboden gedeihen die Leitideen der Wertigkeit des Einzelwie des Gesamtwohls und des Bandes zwischen Regierenden und Regierten. Länder mit anderen Rechts- und Religionstraditionen geringerer Wirtschaftskraft und hochgradiger Machtkonzentration, starker Einbindung der Einzelnen in Kollektive und alles andere überragenden Familien- und Verwandtschaftsbanden haben viel seltener oder noch nie demokratische Strukturen dauerhaft hervorgebracht.“ (Schmidt 2006: 490f)

Es verwundert daher auch wenig, dass in der Transformationsforschung, bis dato, umstritten ist, ob es Akteurskonstellationen oder strukturelle Faktoren, historisch-kulturelle Gegebenheiten oder installierte Institutionen als die wesentlichen Verursacher demokratischer Defekte sind oder verantwortlich für die Stagnation der demokratischen Konsolidierung. (vgl. Merkel et. al. 2003: 17)

Zu Theorie und Praxis der Demokratisierung muss aber generell noch auf einen wesentlichen Punkt hingewiesen werden: Ziel der Wissenschaft ist in der Regel nicht die direkte Politikberatung,

„sondern im Sinne einer kritischen Orientierungswissenschaft eher die Reflektion über Demokratisierung und die Ermittlung möglicher, vielleicht sogar kausaler Korrelationen zur Begründung der Entstehung und Stabilisierung von Demokratien.“ (Sandschneider 2003: 6)

Andererseits gibt es keinen Grund, Transformationsforschung nicht praxisorientierter auszurichten, vor allem dann, wenn sie Möglichkeiten anbieten kann, junge Demokratien zu stabilisieren und zwar solange bis Demokratie auch in der Praxis zu „*the only game in town*“ (Linz/Stepan 1996: 5)²⁸. Angesichts der Kriege im ehemaligen Jugoslawien einerseits und der jetzigen Situation andererseits, wo auch vierzehn Jahre nach dem Krieg der Nationalismus in demokratischen Kleidern um sich schlägt, scheint mir jede legitime Forschung, die konkrete Vorschläge und Empfehlungen für praktische Strategien anbieten kann, mehr als wünschenswert. Also warum nicht beispielsweise, auch danach forschen und im Zuge der Demokratisierungshilfe umsetzen, wie die Bedeutung einer Staatsbürgerkultur, anstatt sie aufzuoktroyieren oder auf ihre Herausbildung zu warten, den Menschen verständlich und konkret, nahe gelegt werden kann?

²⁸ Mehr über die Probleme der demokratischen Konsolidierung in postkommunistischen Länder siehe zum Beispiel auch: Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore. S. 3-87. In Bezug auf Ex-Jugoslawien und in bosnisch/kroatisch/serbischer Sprache siehe z. B. Jovanovic, Pavle (2006): Tranzicionizam. Refleksije o postkomunistickoj tranziciji. Podgorica.

2.3 Defekte Demokratien – Zukunft der Demokratisierungsbemühungen?

Der Begriff *defekte Demokratie*, führt unweigerlich zu einer Vorstellung, dass es auch *perfekte Demokratien* geben muss. Aber das Gegenbild einer defekten Demokratie ist nicht die perfekte Demokratie, sondern eine funktionsfähige rechtsstaatliche und konstitutionell eingetragene Demokratie. (vgl. Merkel et. al. 2003: 15, 39) Die Vorstellung einer Demokratie mit Defekten kann gesehen werden als noch ein Versuch, den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustand der Transformationsländer zu beschreiben, die nicht, oder noch nicht konsolidiert sind. Abgesehen davon, dass der Begriff der Konsolidierung per se in der Transformationsforschung umstritten ist, wurden in die Demokratisierungsdebatte verschiedene Begriffe eingeführt, um die Regime zu analysieren, die weder als liberale Demokratien, noch als Autokratien eingestuft werden können. So zum Beispiel spricht O'Donnell (1994) von „delegative democracy“, Karl (1995) von „hybrid regimes“; Diamond (1996) von „electoral democracy“, Zakaria (1997) von „illiberal democracy“ und Merkel (1999) von „defekten Demokratien“. Die Grundaussage ist jedoch die, dass das, was viele Autokratien von Demokratien unterscheidet, nicht die grundlegende Regimestruktur ist, sondern die *„unterschiedliche Funktionsweise und Geltungskraft bestehender formal-demokratischer Institutionen“*. (Merkel et. al. 2003: 12f)

Defekte Demokratien werden daher von der Forschergruppe um Wolfgang Merkel definiert als:

„Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.“ (Merkel et. al. 2003: 66)

So zeigt die politische Weltkarte gegenwärtig mehr demokratische Staaten denn je zuvor, aber zur selben Zeit hat die Anzahl der Staaten, die nicht eindeutig demokratischen oder autokratischen Ländern gehören, zugenommen. (vgl. Merkel et. al. 2003: 12) Vom Bertelsmann Transformationsindex wurden im Jahr 2007, 125 Staaten aufgefasst, die zu Entwicklungs- oder Transformationsländern zählen. 75 davon werden als Demokratien gezählt, von denen nur 23 den Status einer konsolidierten Demokratie haben: 41 Länder zählen zu defekten Demokratien (darunter auch Bosnien und Herzegowina) und 11 Länder

zählen zu hoch defekten Demokratien (z.B. Russland, Haiti, Venezuela, Burundi). (BTA 2008)²⁹

Das Konzept der defekten Demokratie nach Merkel et. al., orientiert sich bei der Feststellung der Defekte, die junge Demokratien aufweisen, an dem Konzept der *embedded democracy* oder „*eingebetteter Demokratie*“. (vgl. Merkel et. al 2003: 48-57) Diese Vorstellung so einer eingebetteter Demokratie beruht darauf, dass „*moderne Demokratien komplexe Institutionenarrangements sein müssen, um die Strukturbedingungen moderner Herrschaft erfüllen zu können*“, womit die Demokratie als ein Gefüge von Teilregimen begriffen wird. (Merkel et. al. 2003: 48) Entstehen Störungen in der Funktionslogik in den einzelnen Teilsystemen, wird von Defekten gesprochen, und je nach dem Grad der Beschädigung der Teilsysteme, werden Subtypen defekter Demokratie unterschieden. So sprechen Merkel et. al. von einer *Exklusiven Demokratie*, wenn vertikale Legitimations- und Kontrolldimension beschädigt ist; von der *Illiberalen Demokratie*, wenn die beschädigte Dimension sich auf den Rechtsstaat bezieht; von der *Delegativen Demokratie*, wenn horizontale Kontrolldimension in ihrer Funktionslogik gestört ist und von der *Enklavendemokratie*, wenn die effektive Herrschaftsgewalt die beschädigte Dimension ist. Diese Subtypen sind jedoch als Extremformen von Differenztypen anzusehen, und die meisten real existierenden Demokratien sind als Mischformen vorzufinden. Fragen wir nach den Ursachen der Gefährdung einer Demokratie, so kann allgemein gesagt werden, dass sich dabei nicht um eindimensionale Kausalbeziehungen handelt,

„*sondern um ein sich beeinflussendes Geflecht verschiedener Ursachen, von sich überlappenden Institutionenstabilität, endogener Akteursschwäche, mangelnder Legitimität der Institutionen in den Augen der Bevölkerung und Spannungen, die aus der ungenügenden Sozialintegration besonders ethnischzersplitterter Gesellschaften erwachen.*“ (Segert 2000/01: 45)

Nun, dieser kurze theoretische Überblick über das Konzept der defekten Demokratien nach Merkel et. al., soll in erster Linie auf die Funktionslogik der Analyse „noch nicht“ konsolidierter Demokratien aufmerksam machen. Ein Vorwurf, dessen sich aber auch die Forscher defekter Demokratien bewusst sind, kann trotzdem gemacht werden: als Schablone wird liberale Demokratie herangezogen, die selbst in westlichen Demokratien in unterschiedlichen Formen vorkommt. Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse, nach denen die Mehrheit der Transformationsländer verschiedene Defekte aufweist, stellt sich die Frage, ob Demokratisierungsbemühungen, gerade wegen der Ausrichtung der externen Akteure an ihren

²⁹ Bertelsmann Transformationsatlas. Zum Downloaden auf: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/atlas.0.html> [Zugriff: 20.02.2009] Im Kapitel 3.2.2 wird noch näher auf diese Daten eingegangen.

jeweiligen Demokratien, der Entstehung solcher Defekte vielleicht beitragen. Claus Offe geht hier noch einen Schritt weiter und behauptet:

„Nicht nur sind die neuen Demokratien „noch nicht“ auf dem Stand der vermeintlich konsolidierten alten; auch diese sind „nicht mehr“ das, was sie ihrem Anspruch und Selbstverständnis nach einmal waren oder zu sein wähten.“ (Offe 2003: 10)

Die Anfangs gestellte Frage, ob in der Zukunft, die Demokratisierungsbemühungen noch mehr defekte anstatt konsolidierte Demokratien hervorbringen werden, kann hier natürlich nicht beantwortet werden. Zweifel sind jedenfalls angebracht.

3 Politische Kulturforschung und Demokratiemessung

Die Verbindung von politischer Kulturforschung und Demokratiemessung ist zweifelsohne ein wichtiger Ansatz, der allerdings noch in den Anfängen steht. Während die Demokratiemessung auf die Erfassung der Qualität der Demokratie abzielt, fokussiert sich die politische Kulturforschung auf die Erfassung der Stabilität der demokratischen Regime. Die beste Möglichkeit die beiden Forschungsansätze zu verknüpfen, scheint über den Begriff der Legitimität zu funktionieren,

„[...] da die Legitimität eines demokratischen Systems (nach der Theorie der politischen Kulturforschung) maßgeblich für die Stabilität eines politischen Regimes ist und die Stabilität eines demokratischen Regimes wiederum eine wichtige Voraussetzung für die Bestimmung von dessen Qualität sein dürfte.“ (Pickel/Pickel 2006: 275)

Es hängt maßgeblich von der sozialen und politischen Kultur einer Gesellschaft ab, wie demokratische Institutionen, Prinzipien und Verfahren wahrgenommen und bewertet werden. (Merkel et. al. 2003: 214) Einer der Vorteile der Verbindung von politischer Kultur und Demokratiemessung, ist die Möglichkeit, wechselseitige Beziehungen aufzudecken zwischen strukturellen und kulturellen politischen Prozessen. Das pragmatische empirische Interesse besteht insbesondere in der Verbindung von Strukturdaten mit Indikatoren der Demokratiemessung und Aggregatabbildungen politischer Wertorientierungen und Überzeugungen. (Pickel/Pickel: 272) Die Frage der politischen Legitimität, wird umso wichtiger, je bewusster wird, dass in der heutigen Welt, keine Herrschaft, wenn sie auch noch so gewalttätig ist, nicht völlig auf die Zustimmung vonseiten ihrer BürgerInnen verzichten kann. (vgl. Vlaisavljevic 2006: 154) Die Legitimitätsbegründung einer Demokratie, die an der Unterstützung durch die Herrschaftsuntergebenen ausgerichtet ist, wurde bisher oft zum Mittelpunkt wissenschaftlicher Erforschung politischer Kultur gemacht, u. a. von Almond/Verba (1963), Easton (1975), Lipset (1981), Diamond (1997, 1999). Diesen Ansätzen folgend, ist die Legitimität einer Demokratie

„[...] nicht nur für die Stabilität eines politischen (demokratischen) Systems von entscheidender Bedeutung, sondern sie stellt auch eine unabdingbare Basis für die widerstandsfreie Umsetzung demokratischer Verfahren in der Gesellschaft dar“. (Pickel/Jacobs 2001: 4)

3.1 Demokratische Politische Kultur – Stabilität der Demokratie

In einem Land oder einer Region ist prinzipiell immer eine politische Kultur vorhanden. Bei der Untersuchung derselben, geht es darum, herauszufinden, welche Art einer politischen Kultur vorherrscht. (Pickel/Pickel 2006: 59) Die politische Kulturforschung ist aber ziemlich eindeutig auf die demokratische politische Kultur konzentriert, da davon ausgegangen wird, dass andere politische Systeme instabil sind, und daher früher oder später zusammenbrechen werden. Dieser Gedanke einer „*grundsätzlichen Instabilität von Nicht-Demokratien*“ ist aber in Frage zu stellen, da im Grunde genommen jedes politische System stabil sein kann, solange Struktur und Kultur dieses Systems kongruent sind. Dieses Paradoxon verweist auf die Problematik des politischen Systembegriffes im Konzept der politischen Kultur. Allerdings ist ein zentraler Punkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen in allen Debatten um politische Kultur das Verständnis ihrer Begrifflichkeit. (Pickel/Pickel 2006: 54)

3.1.1 Grundannahmen

Innerhalb der wissenschaftlichen Debatte umfasst der Begriff der Politischen Kultur in seiner Grundbegrifflichkeit:

- a) „*die narrativ-moralische Beziehung einer hoch entwickelten Kultiviertheit politischer Willensbildung oder*
- b) *einen neutral-beschreibenden engeren Begriff im Sinne einer Bezeichnung der Gesamtheit der Werte, Glaubensüberzeugungen und Einstellungen der Bürger gegenüber Politik oder politischen Objekten*“. (Schmidt 2006: 745)

Innerhalb der Wissenschaft hat sich eher die zweite Bedeutung etabliert, d.h. die politische Kultur wird als ein analytischer, wertfreier Begriff verwendet. Das Konzept der politischen Kultur, wobei es sich hier um einen kulturalistischen Ansatz handelt, führt das Element des Bürgers und somit das Subjekt in die vergleichende politikwissenschaftliche Analyse ein. Daher wird in diesem Zusammenhang auch von der *subjektiven Seite der Politik* gesprochen. (Berg-Schlosser/Schissler 1987: 12)

Die Arbeiten von Almond und Verba (1956, 1963) gelten als Pionierarbeiten in der Erforschung der politischen Kultur, auf denen der traditionelle Ansatz aufbaut. In seinen ersten Überlegungen hat sich Almond die Aufgabe gesetzt, die Verbindung zwischen politischem System, individuellen Einstellungen und der nationalen Entwicklung zu erforschen:

„*Damit wurde ein kulturalistisches Konzept der Verbindung von Mikrodanken und Makroanalyse angestrebt, wie es bis dato so noch nicht versucht wurde. Es grenzte*

sich insbesondere von der bis dahin weitgehend vertretenen Meinung einer eher passiven Rolle des Individuums im politischen Prozess ab, wie sie historisch institutionalistische und strukturfunktionalistische Ansätze vertreten und wies dem Bürger eine gewichtigere Bedeutung zu.“ (Pickel/Pickel 2007: 18f)

Politische Kultur einer Gesellschaft definiert er folgend als *„political system as internalised in the cognitions, feelings, and evaluations of its population“*. (Almond/Verba 1963: 14) Außerdem werden *„politische Einstellungen als Eigenschaften von Individuen, die politische Kultur dagegen als Merkmal von Kollektiven“* aufgefasst. (Gabriel 1992: 96 zit. nach Pickel/Pickel 2006: 76) Der politische Kulturansatz stellt in den Vordergrund der Analyse die Frage nach der Stabilität eines politischen Systems, wobei wie schon erwähnt implizit an ein demokratisches System gedacht wird. Es wird davon ausgegangen, dass ein System dann als stabil bezeichnet werden kann, wenn die Beziehung zwischen politischer Struktur und politischer Kultur kongruent ist. Die zentralen Grundfragen für die Bestimmung der politischen Kultur sind also die Fragen nach der Stabilität eines politischen Systems und nach dem Verhältnis von Struktur und Kultur, woraus sich auch das zentrale Ziel der politischen Kulturforschung ableitet, nämlich die Erklärung und Prognose der Stabilität von politischen Systemen. Es sind folgende Grundannahmen, auf denen die traditionellen Konzepte der politischen Kulturforschung (Almond/Verba 1963; Dias 1971; Easton 1975; Iwand 1985 zit. nach Pickel/Pickel 2006: 50) beruhen:

- die fortwährende Stabilität eines demokratischen politischen Systems hängt maßgeblich von seiner Akzeptanz in der Bevölkerung ab
- das Überleben der Demokratie gilt als gesichert, nur wenn *„die Staatsbürger die Grundprämissen der Demokratie und ihre Regeln akzeptieren, sowie auf dem Boden dieser Grundüberzeugungen kontroverse politische Meinungen gewaltfrei diskutieren.“* (Pickel/Pickel 2006: 50f)

Das bedeutet, dass im Ansatz der politischen Kulturforschung, die Gewährleistung der Stabilität vordergründig auf die Unterstützung des politischen Systems durch seine Bürger zurückgeführt wird. Ein weiterer wesentlicher Punkt in diesem Zusammenhang ist der, dass sich die Politische Kultur per definitionem, nicht auf die politische Partizipation und das politische Verhalten bezieht, sondern nur auf die Einstellungen und Werte der Bürger gegenüber der Politik und dem politischen System. Der Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen und Verhalten wird aber implizit gedacht, d.h. es wird davon ausgegangen, dass das Verhalten der Bürger aus ihren Einstellungen resultiert, was andererseits auch Grund zur Kritik bietet und von einigen Politikwissenschaftlern auch angezweifelt wird.

Was die Beziehung zwischen Struktur und Kultur betrifft, also den zweiten bedeutenden Aspekt des politischen Kulturansatzes, so können die Erklärungsfaktoren für Diskrepanzen zwischen politischer Kultur und politischer Struktur verschiedene sein: 1. Traditionen, geschichtliche Ereignisse, nationale Spaltungen oder andere langfristige historisch-kulturelle Entwicklungslinien, 2. wirtschaftliche Strukturen, 3. Bewertungen des politischen Prozesses an sich, 4. psychische Faktoren, sowohl individuell als auch massenpsychologisch bedingt. (Pickel/Pickel 2006: 55)

Die Frage nach dem Verhältnis von Struktur und Kultur impliziert, anders gesagt, die Beziehung zwischen Bürger und Staat. Insofern kann der politische Kulturansatz in der Tradition von Almond und Verba auch als systemischer Vergleich politischer Systeme mit Hilfe soziologischer, psychologischer und anthropologischer Begriffe aufgefasst werden.

Die Erforschung politischer Kultur entwickelt sich allerdings weg von der eher allgemeinen Analyse der Stabilität politischer Systeme hin zu dem Erklärungsobjekt Demokratie. Somit rückt die Beziehung zwischen Effektivität und Legitimität immer mehr in den Vordergrund. Gibt es einen starken Zusammenhang, kann davon ausgegangen werden, dass eine dauerhafte, krisenresistente Unterstützung der Demokratie durch ihre Bevölkerung nicht gegeben ist. (vgl. Pickel/Pickel 2006: 144)

„Hohe Zustimmungswerte zu Struktur und Prinzipien der Demokratie könnten dann genauso schnell wieder verschwinden wie sie sich gebildet haben. Hängt die Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dagegen nur begrenzt oder gar nicht mit der bei den Bürgern auffindbaren Legitimität zusammen, so ist bei hohen Legitimitätswerten eine relativ große Stabilität, bei niedrigen Werten aber eine extrem ungünstige Ausgangsposition für die Etablierung einer Demokratie zu erwarten.“
(Pickel/Pickel 2006: 145)

Dank der Weiterentwicklung im Rahmen der politischen Kulturforschung von Lipset (1981), Putnam (1993), Inglehart (1990, 1998; Welzel/Inglehart 2000) und Welzel (2002) und ihrer Beschäftigung mit *kulturellen Mustern*, die hauptsächlich als in der Bevölkerung verankerte Wertorientierungen verstanden werden, konnten konkretere Nachweise erbracht werden für den Einfluss derselben auf gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen eines Landes oder einer Region. (Pickel/Pickel 2006: 17) Die abermals kritisierte Methodik der politischen Kulturforschung – die Bevölkerungsumfragen, auf die sich auch diese Arbeiten stützen, stellen jedoch eine nicht zu ignorierende Datenquelle dar, wie es zum Beispiel World Values Survey anbietet, wovon noch in den Kapiteln 3.1.2 und 4.6.1 die Rede sein wird.

Gerade in den Nachkriegsgesellschaften ist die Erforschung der Verbindung zwischen Bevölkerung und Staat bzw. zwischen individuellen Einstellungen und nationaler Entwicklung von großer Relevanz. So sehr die Fokussierung auf geostrategische, historische oder ökonomische Elemente in der Fachliteratur beispielsweise zum Jugoslawienkonflikt ihre Berechtigung findet, umso spürbarer wird ihre unzureichende Erklärungskraft angesichts der „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ in der Gegenwart. So sehr institutionelle, strukturfunktionalistische und akteurszentrierte Forschungsansätze wichtige Ergebnisse in der Transformationsforschung erbracht haben, so müssen diese jedoch als unzureichend angesehen werden. Nur eine angemessene Synthese verschiedener Theorieelemente ist Erfolg versprechend in der Analyse der Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. (vgl. Merkel 2007: 431)

Die Annahme, dass politische Überzeugungen und politische Partizipation nicht voneinander unabhängig sind, d.h. dass die politische Partizipation implizit mitgedacht wird, ist der Grund, warum sich die politische Kulturforschung, folgend dem Ansatz von Almond und Verba, nicht auf das Verhalten von BürgerInnen bezieht, sondern auf ihre Einstellungen gegenüber Politik und politischem System. Der implizit gedachte Zusammenhang zwischen den beiden Variablen lässt sich aber auch kritisch hinterfragen: inwiefern wirken sich die politischen Einstellungen tatsächlich auf das politische Handeln der Bürger aus? Kann das Wählen nationalistischer Parteien tatsächlich als Indikator nationalistischer Orientierungen der Wähler herangezogen werden oder müssen dabei nicht auch psychologische Erklärungsmuster herangezogen werden wie beispielsweise Gruppenzwang oder Angst oder gar wirtschaftliche Vorteile, die sich daraus ergeben? Wie kann in einem Land wie Bosnien und Herzegowina, das als Halbprotektorat gesehen werden muss, überprüft werden ob sich die Einstellungen der Bürger auf die institutionelle Ordnung auswirken? Bisherige empirische Analysen haben zwar gezeigt, dass Zusammenhänge zwischen politischer Partizipation und Indikatoren der politischen Kulturforschung zu bestimmen sind, diese aber ziemlich niedrig ausfallen. (vgl. Pickel/Pickel 2006: 57) Der Zweifel an der konkreten Relevanz des Einflusses der politischen Kultur auf das politische Verhalten, muss auch als „Korrespondenzproblem zwischen dem Konzept der politischen Kultur und der Demokratieforschung“ angesehen werden. (vgl. Pickel/Pickel 2006: 144)

„Inwieweit zwischen politischer Partizipation, politischen Prozessen in einzelnen Politikfeldern (Policies) und politischen Überzeugungen der Bürger eine Beziehung besteht, gilt es bislang immer noch empirisch sauber nachzuweisen. Die seitens der politischen Kulturforschung postulierte Auswirkung der Einstellungen auf das Verhalten

ist aber ein Kernbestandteil für die Annahme der Wirksamkeit politischer Kultur auf die Stabilität eines politischen Systems überhaupt.“ (Pickel/Pickel 2006: 145)

Die Unschärfe des Begriffes Politische Kultur, und die Methode der Umfrageforschung als zentralem Instrument der politischen Kulturforschung sind die zwei Aspekte der politischen Kulturforschung, die in der Kritik immer wieder Erwähnung finden, egal ob von kulturalistischer oder von Rational-Choice-Seite her argumentiert wird. Von der Rational-Choice-Seite her, bezieht sich die Kritik auf den Umstand, dass „*handlungsleitende Elemente*“ aufgrund der Konzentration auf politische Einstellungen unzureichend berücksichtigt werden. Ebenso kritisiert wird die Überbewertung der Relevanz des Einflusses von kulturellen Faktoren für den politischen Prozess. (vgl. Pickel/Pickel 2006: 111) Die kulturalistische Kritik fokussiert sich mehr auf die Ablehnung der bisherigen Vorgehensweise der politischen Kulturforschung, wie sie in Anlehnung an Almond und Verba praktiziert wurde. Es wird vor allem, die Verkürzung des Begriffes Kultur bemängelt, denn in der traditionellen politischen Kulturforschung, fokussiert sich der Begriff nur auf die Einstellungen der Bürger gegenüber Politik, während Symbole, Mythen, Handlungsweisen der Politiker aber auch Alltagskultur und soziale Beziehungen außer Acht gelassen werden. Die Kritiker verweisen auch auf „*unberechtigte Ausblendung von kulturprägender Geschichte, sie begleitender Geschichten, sowie der historischen Prägungen der Gesellschaften*“. (vgl. Pickel/Pickel 2006: 106-107)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Erforschung der Verbindung zwischen Bevölkerung und Staat insofern von großer Bedeutung ist, wenn man weiß, dass die demokratische Herrschaft in hohem Maße kontextabhängig ist, insbesondere von den Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung aber genauso von sozialer Integration und politischer Kultur. (vgl. Nohlen 2003: 54) Dies bedeutet u. a., dass ein Zusammenbruch von demokratischen Systemen nicht generell ausgeschlossen werden kann. Selbst ein „maximal“ konsolidiertes demokratisches System ist nicht gänzlich immun gegen potenzielle Tendenzen, die den Konsolidierungsprozess erschweren. (Merkel 2007: 417) Andererseits, so wichtig die Einstellungen und Werte der Bürger in den liberalen Demokratien für die Stabilität erachtet werden, umso mehr müssen sie in den elektoralen Demokratien erforscht und analysiert werden. Diese Sichtweise ist allerdings noch nicht weit verbreitet.

“Even the type of research most strongly devoted to study mass attitudes—the political culture literature--maintains that pro-democratic mass attitudes help existing democracies to flourish but do not necessarily contribute to the process of democratization (Almond & Verba 1963; Putnam 1993; Inglehart 1997; Hofferbert &

Klingemann 1999; Rose 2001; Gibson 2001; Newton 2002; Norris 2003; Dalton 2004). [...] If not completely ignored, mass attitudes are either considered as mere reflections of a society's structural properties or they are declared irrelevant for the elites' institutional choices." (Welzel 2006: 871)

Jedenfalls, haben die Konzepte der demokratischen Konsolidierung, die die politischen Einstellungen und Werte der Bürger mit erfassen, ein höheres Prognosepotenzial, wenn es um die Stabilität demokratischer Systeme geht. (Klingemann et al. 2006 zit. nach Merkel 2007: 417)

3.1.2 World Values Survey

Das *World Values Survey*³⁰ (WVS) setzt heutzutage den Maßstab in der Breite der Erfassung politisch-kulturell bedeutender Einstellungen und Werte. (Pickel/Pickel 2006: 35) Es ist organisiert als globales Netzwerk der Sozialwissenschaftler und wird koordiniert von *World Values Survey Association*, mit Sitz in Stockholm. In der Zusammenarbeit mit EVS (European Values Study) wurden seit 1981 repräsentative Studien in 97 „societies“ in 5 Erhebungsrunden, weltweit durchgeführt. Die Erhebungen fanden statt zwischen: 1981-1984, 1989-1993, 1994-1998, 1999-2004 und 2005-2008, wobei mehr als 250.000 Menschen befragt wurden. (WVS 2008: 5) Die Fragebögen zielen auf Aussagen über alle relevanten menschlichen Belange, über Religion, Arbeitswerte, Familie, bis hin zu den Fragen der Politik, Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft. Dem Konzept des WVS liegt ein Verständnis von Demokratie zu Grunde, das subjektive menschliche Prioritäten berücksichtigt.

„Desire for freedom and democracy is a universal human aspiration, but it is not top priority when people grow up feeling that survival is uncertain. When basic physiological and safety needs are fulfilled, growing emphasis on self-expression values makes the emergence of democracy increasingly likely. Findings from the WVS demonstrate that the correlation between mass self-expression values and democratic institutions in a society is remarkably strong and consistent.“ (WVS 2008: 8)

Der Zugang zu Daten ist transparent und online zugänglich. Vergleiche mit früheren Daten, als auch innerhalb des Datensets sind möglich. Ländervergleiche oder auch Berücksichtigung des Untersuchungszeitraumes stellen eine zusätzliche Herausforderung für die interessierten ForscherInnen dar.

³⁰ Die Ausführungen folgen den Angaben von WVS (2008): Values change the World. Online: <http://www.worldvaluessurvey.org/> [Zugriff: 10.03.2009]

3.2 Demokratiemessung – Qualität der Demokratie

Die empirische Analyse von Demokratie, auch Demokratiemessung genannt, ist eine der Disziplinen in der vergleichenden politikwissenschaftlichen Forschung, die sich gegenwärtig frischer Popularität erfreut. Als es immer offensichtlicher wurde, dass junge Demokratien, seit der dritten Demokratisierungswelle, weder „richtige“³¹ Demokratien wurden, noch konnten sie mehr zu Autokratien zählen, machten sich die Forscher daran, die feinen Unterschiede auch messbar zu machen.

3.2.1 Grundannahmen

Das zentrale Ziel der Demokratiemessung ist die empirische Bestimmung von Demokratien, wobei zwei Aufgabenstellungen unterschieden werden: Klassifizierung eines Regimes und die Einschätzung der Qualität einer Demokratie. Dabei beruhen die Messungen hauptsächlich auf subjektiven Einschätzungen der Funktionsweise zentraler demokratischer Merkmale. (Lauth 2006: 92) In anderen Worten: es wird versucht durch die Konstruktion von in Zahlen umsetzbaren Indikatoren bzw. Messindizes, die Demokratiegrade verschiedener Länder in Beziehung zu einander zu setzen. (Pickel/Pickel 2006: 151) Demnach existieren mittlerweile mehrere Konzepte der Demokratiemessung, unter denen sicherlich Freedom House Index, der Polity-Index oder der Vanhanen-Index zu den bekanntesten zählen. Zu den jüngeren Konzeptionen der Demokratiemessung zählen beispielsweise Bertelsmann Transformationsindex (BTI) (vgl. Merkel et. al 2003, 2004; Merkel 2007) oder auch Neuer Index der Demokratie (NID) (vgl. Lauth 2006). Während ältere Konzeptionen sich zum großen Teil auf die Unterscheidung zwischen Demokratien und Autokratien konzentrierten, hat sich der Forschungsansatz der letzten Jahre immer mehr Richtung Ausdifferenzierung und „graduelle Messung“ verschoben. (vgl. Lauth/Winkler 2006: 37, Pickel/Pickel 2006: 152; Pickel/Müller 2006: 135)

Im Folgenden sollen einige der Gründe besprochen werden, weshalb der Qualitätsbestimmung der Demokratie steigende Relevanz beigemessen wird.³² Zunächst ist die Bestimmung der Qualität einer Demokratie wesentlich in der Transformationsforschung, da erst auf der Grundlage dieser Messungen, die Dynamik und Stabilität von Demokratien

³¹ Es kann natürlich nicht die Rede von richtigen und falschen Demokratien sein. Richtig, bezieht sich in diesem Kontext auf konsolidierte Demokratien.

³² Die Ausführungen über die steigende Relevanz der Qualitätsbestimmung der Demokratie folgen zur Gänze nach Lauth 2006: 89-90.

untersucht werden kann, als auch die Wirkungen, die mit dem Demokratisierungsprozess zusammenhängen. Gleichzeitig ergeben sich daraus auch Fragen an etablierte Demokratien, zum Beispiel in Bezug auf Globalisierung oder Einschränkung der Freiheitsrechte bei der Bekämpfung von Terrorismus. Nachdem die These von Lipset über den Zusammenhang von Demokratie und Entwicklung bis heute nicht eindeutig bestätigt ist, ist die Bestimmung der Qualität auch für die Modernisierungstheorie von großer Bedeutung. Auch das Forschungsfeld zum demokratischen Frieden, das oft an einer dichotomen Unterscheidung der Regimetypen orientiert war, profitiert von einer differenzierteren Erfassung von Demokratien. Abgesehen von den bisherigen Vorteilen, die sich für die Wissenschaft ergeben, kann auch die Relevanz der Qualitätsbestimmung der Demokratien für die Entwicklungszusammenarbeit nicht geleugnet werden, besonders wenn es um die Konditionalität der Entwicklungszusammenarbeit geht. Die Qualität der Demokratie ist in einem gewissen Masse in Konzepten von good governance enthalten, beispielsweise in den Konzepten von good governance von EU, UNDP, Weltbank oder auch IWF. (Lauth 2006: 89f) Demokratiemesskonzepte haben jedoch nicht nur ihre Vorteile. Die Kritik wird vor allem in Bezug auf die Qualität der verwendeten Theoriekonzeption d.h. auf ihre Angemessenheit, auf die Operationalisierung und auf die Qualität der Daten geübt. (Munck/Verkuilen 2002: 7-9 zit. nach Pickel/Pickel 2006: 250) Hervorheben möchte ich die Kritik an der Operationalisierung, denn manchmal offenbaren die Demokratiemessindizes mehr über die Einstellungen der ForscherInnen selbst über die Demokratie, als über die Qualität der Demokratie in beispielsweise einer Nachbürgerkriegsgesellschaft. Pickel Susanne und Gert fassen die Kritik an den Konzepten der Demokratiemessung wie folgt zusammen:

„Konzepte, die sich nur auf die liberale Demokratie beziehen oder eine allgemeine Definition der Demokratie als Volksherrschaft anwenden, erscheinen teilweise so unpräzise, dass der Bezug zwischen Demokratietheorie und Messkonstrukt der Demokratie kaum nachvollziehbar ist. [...] So unterliegen die Übergänge zwischen theoretischen Prämissen und empirisch fassbaren Operationalisierungen immer noch den individuellen Entscheidungen der Forscher und variieren kaum weniger als die verwendeten Demokratiebilder.“ (Pickel/Pickel 2006: 250)

3.2.2 Der Bertelsmann Transformationsindex

Im Bereich der Demokratiemessung ist der Bertelsmann Transformationsindex³³ (BTI) die jüngste Konzeptionsentwicklung und stellt außerdem „die verlässlichsten, transparentesten

³³ Alle Ausführungen über die Struktur, Ziele und Definitionen des BTI, folgen den Angaben im BTI-Manual 2008, als auch Bertelsmann Transformationsatlas. Online: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst> [Zugriff: 05.03.2008]

und ausdifferenziertesten“ (Merkel 2007: 418) Daten bereit. Durch Einschätzungen deutscher Länderexperten und Klassifikationen einheimischer Experten bewertet er unterschiedliche Aspekte der Transformationsleistung von Transformations- und Entwicklungsländern, in Richtung rechtstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft. Zusätzlich wird das Management des Entwicklungs- und Transformationsprozesses untersucht und bewertet.

Das Demokratieverständnis des BTI geht von weiter gefassten Definitionen von Demokratie aus:

“In contrast to minimalist definitions of electoral democracy, the BTI’s understanding of democracy includes the rule of law and the separation of legislative, executive and judicial powers with checks and balances. Our concept of democratic transformation reflects the extent to which a democratic order is consolidated in terms of acceptance, interest representation and political culture. Thus, we seek to assess the extent to which the ground rules of democracy are both established and accepted within society.”(BTI 2008: 6)

BTI ist als Ranking organisiert, da davon ausgegangen wird, dass Rankings u. a. „die Identifizierung der Schlüsselfaktoren für Entwicklungsfortschritte, die Suche nach „best practices“ und die Auswahl strategischer Entscheidungen“ erleichtern. (BTI 2008: 75) Die Rolle der Rankings in der Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend wichtiger, nicht zuletzt, da gute Bewertungen in Rankings, manchmal zur Bedingung für die Gewährung von Entwicklungshilfe gemacht werden. BTI ist konzipiert auf zwei Ranglisten: Status-Index und Management-Index.

Im Status-Index werden insgesamt zwölf Indikatoren verwendet, die Aufschluss darüber geben sollen, welchen Stand der Entwicklung die Staaten auf dem Weg zur rechtstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft im Untersuchungsraum erreicht haben. Die Aufschlüsselung sieht wie folgt aus: 5 Kriterien zum Entwicklungsstand der politischen Transformation (Democracy Status): Staatlichkeit, Politische Partizipation, Rechtstaatlichkeit, Stabilität demokratischer Institutionen und Politische und gesellschaftliche Integration; 7 Kriterien zum Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation (Market Economy Status): Sozioökonomisches Entwicklungsniveau, Markt- und Wettbewerbsordnung, Währungs- und Preisstabilität, Privateigentum, Sozialordnung, Leistungsstärke der Volkswirtschaft und Nachhaltigkeit. Die Kriterien des Management-Index sind: Gestaltungsfähigkeit, Ressourceneffizienz, Konsensbildung und Internationale Zusammenarbeit. Diese Kriterien stützen sich auf die sozialwissenschaftliche Forschung zu good governance, Regierungstätigkeit und Politikreformen. (Weaver und Rockman 1993; König et al. 2002 zit. nach BTI 2008: 83) Zusätzlich wird der Schwierigkeitsgrad ermittelt,

der davon ausgeht, dass die *„Qualität des Transformationsmanagement von strukturellen Rahmenbedingungen im jeweiligen Land beeinflusst wird“*. (vgl. BTI 2008: 16-21) Der Schwierigkeitsgrad ist insofern von Bedeutung, da hier auch nach den zivilgesellschaftlichen Traditionen als auch nach den ethnischen, religiösen und gesellschaftlichen Konflikten gefragt wird. Demokratie Status teilt die Länder in Demokratien, defekte Demokratien, hoch defekte Demokratien, moderate Autokratien und Autokratien ein. Von den 125 untersuchten Länder im Jahr 2008 (für das Jahr 2007I nach BT Atlas 2008, haben 50 Länder den Status Autokratien und 75 Länder den Status Demokratien. Dabei werden von den 75 Länder 23 als konsolidierte Demokratien bewertet, 41 als defekte Demokratien und 11 als hoch defekte Demokratien.

Der Bertelsmann Transformationsindex bietet viele Vorteile in Bezug auf die Analyse der Transformation der untersuchten Länder, wie beispielsweise die Berücksichtigung der politischen Kultur. Andererseits kann die Tatsache, dass OECD Staaten nicht berücksichtigt werden als Nachteil ausgelegt werden, da ein Vergleich der konsolidierten „alten“, konsolidierten „jungen“ und „noch nicht“ konsolidierten Demokratien sicherlich interessant ausfallen würde. Sowohl als Schwäche als auch als Vorteil kann die Methode der Einbeziehung der nationalen Länderexperten gewertet werden. Zum einen vorteilhaft, da es auch einen „Südlichen“ Blick auf die Transformation erlaubt, zum anderen, negativ, da auch angenommen werden kann, dass *„kulturspezifische Unterschiede, die nationalen Experten zu einer länderspezifischen Subjektivität führen, die bei einem externen Bewertungsteam so nicht gegeben sind“*. (Pickel/Pickel 2006: 233)

Das BTI muss sich allerdings, wie die meisten Demokratieindizeskonzepte, die Kritik gefallen lassen, vom universalistischen Begriff der Demokratie auszugehen. Alles in allem, können als große Vorteile des BTI im Vergleich zu anderen Demokratieindizes, seine Übersichtlichkeit und die Transparenz der Daten gewertet werden. So ist die Möglichkeit gegeben, den Bertelsmann Transformationsatlas herunter zu laden, und sich in Schnelle einen Überblick über die Transformationsländer zu verschaffen, wobei sämtliche Daten auch in einer überaus verständlichen Sprache kommentiert werden. So zum Beispiel, wird die Gefahr, dass *„Demokratietheorien, wohl nie die Volkslektüre werden“* (Schmidt 2006:???) ansatzweise gebannt.

3.3 Verbindung von politischer Kulturforschung und Demokratiemessung – Legitimität der Demokratie

Während Mitte der 80er Jahre Adam Przeworski noch behauptet hatte, dass der Legitimitätsbegriff für die Erklärung von Demokratisierungsprozessen unerheblich sei, hat sich in der gegenwärtigen Transformationsforschung die Auffassung fest etabliert, so Wolfgang Merkel, dass „*stabilitäts- und institutionentheoretische Argumente mit legitimationstheoretischen Überlegungen*“ zu verknüpfen sind. (Merkel et. al 2003: 24) Es wird davon ausgegangen, dass die Konsolidierung und Stabilität demokratischer Systeme maßgeblich vom Legitimitätsglauben der Eliten und BürgerInnen abhängen. Allerdings, dominiere in der Transformationsforschung, eine „*empiristische Konzeption von Legitimität*“, d. h. der Begriff wird reduziert auf „*wertneutralen vorfindbaren Legitimitätsglauben der Herrschaftsunterworfenen*“, und daher auch nicht verwunderlich sei, dass bei Verwendung eines solch „*weiten, normativ nur gering aufgeladenen Legitimitätsbegriffes*“, jede Herrschaftsform legitim sein kann. (Merkel et. al. 2003: 24-26) Diesen Annahmen folgend, wird die Legitimität eines demokratischen Regimes definiert als

„*ein Set positiver Einstellungen und Orientierungen der Bürger einer Gesellschaft gegenüber dem politischen Regime. Sie ist der Glaube der Herrschaftsunterworfenen, dass angesichts der bestehenden spezifischen gesellschaftlichen, ökonomischen, internationalen und politischen Gegebenheiten die existierende Demokratie die am wenigsten schlechte Herrschaftsform ist.*“ (Linz 1988: 65, Morlino 1988: 26f zit. nach Merkel et. al 2003: 25)

Was die Beziehung von Legitimität und Effektivität – also das positive Output der Institutionen oder ihrer Verwalter – betrifft, so sind diese nicht immer eindeutig zu trennen. (vgl. Pickel/Jacobs 2001: 4) Gerade in den Transformationsgesellschaften wird das politische System seitens der BürgerInnen oft nach den aktuellen Leistungen der Institutionen oder politischen Eliten beurteilt. So passiert es nicht selten, dass dann die Ergebnisse der Umfrageforschung fehlinterpretiert werden, indem die Zufriedenheit mit dem demokratischen System nicht sehr hoch ausfällt, nur weil gerade ein politisches oder wirtschaftliches Skandal oder Korruptionsfall aufgedeckt wurde. Theoretisch kann die Wechselbeziehung zwischen Effektivitätsbeurteilung und Legitimität nach Ansätzen von Easton und Lipset auf zwei Arten gedeutet werden: 1. negativ, bei geringen Zahlen der Zufriedenheit mit der Effektivität oder 2. eher positiv, wenn die Annahme des kritischen Bürgers („Critical Citizen“) angenommen wird. (Pickel/Pickel 2006: 100) Aus meiner Sicht kommt zumindest noch eine weitere Deutung hinzu, und zwar im Falle von defekten Demokratien, wenn der Umfragezeitpunkt

mit einem medial aufgearbeiteten Skandal korreliert. In den Ländern, wo Demokratie seitens der Mehrheit der BürgerInnen in erster Linie noch mit dem positiven Output der Regierung sowie mit den positiven sozioökonomischen Veränderungen in Zusammenhang gebracht wird, also in defekten Demokratien, besteht immer ein gewisses Risiko der Fehlinterpretation der Daten. Daher ist das Konzept des „kritischen Bürgers“ aus meiner Sicht, nicht so einfach auf die Länder wie beispielsweise Bosnien und Herzegowina zu übertragen. Es kann abschließend festgehalten werden: „*Only when support for democracy has become intrinsic and unconditional can democracy be considered consolidated and secure.*“ (Diamond 1999: 169)

Aus diesen Überlegungen lässt sich wohl am besten die subjektive Seite der Demokratie herauslesen. Die Verbindung von politischer Kultur und Demokratiemessung scheint so über den Begriff der Legitimität die beste Möglichkeit zu sein, da Legitimität eines demokratischen Systems für die Stabilität eines politischen Regimes ist, und die Stabilität eine wichtige Voraussetzung für die Bestimmung von dessen Qualität. (vgl. Pickel/Pickel 2006: 275)

4 Demokratisierung in Bosnien und Herzegowina

Die Tatsache, dass Bosnien und Herzegowina seit dem „*Dayton Peace Agreement*“ (DPA) im Herbst 1995 oft auch als „*Laboratorium der zivilen und militärischen Konfliktbearbeitung*“ bezeichnet wird, lässt erahnen wie komplex und teilweise widersprüchlich die Entwicklung der bosnisch-herzegowinischen Gesellschaft³⁴ seit dem Ende des Krieges sich gestaltete bzw. *gestaltet* wurde. Die Verwaltungsstruktur dieses Landes kann als stark fragmentiert, ineffizient und sehr kostspielig gesehen werden. Zwei Entitäten – Republika Srpska (49% des Landes) und bosnisch-kroatische Föderation (51% des Landes), ein eigenständiger Distrikt um die Stadt Brcko, sowie zehn Kantone in der Föderation sind das Ergebnis des DPA. Mit anderen Worten, Bosnien und Herzegowina ist ein Staat mit schwacher Zentralregierung, mit drei konstitutiven Völkern (Bosniaken, Serben und Kroaten) und einem Hohen Repräsentanten, der schlussendlich das letzte Wort im Lande hat, weshalb Bosnien und Herzegowina auch als Halb-Protectorat angesehen werden kann.

Der Krieg, der zwischen 1992 und 1995 in Bosnien und Herzegowina wütete, brachte um die 100.000 Tote³⁵ sowie über zwei Millionen intern und extern Vertriebene. (vgl. auch IDC 2006: 14) Die ökonomische, infrastrukturelle und staatliche Funktionsfähigkeit des Landes brach völlig zusammen. Heutzutage gibt es in diesem Lande drei Versionen der Kriegsgeschehnisse, es werden in der Schule drei Sprachen unterrichtet, an der Macht sind noch immer die nationalistischen Kräfte, die das Land auch in den Krieg geführt haben. Sie werden regelmäßig bei den lokalen als auch allgemeinen Wahlen von der Bevölkerung bestätigt.

Es scheint, als ob alle Bemühungen der Internationalen Gemeinschaft und reformistischer Kräfte im Lande sich im Sand verlaufen würden, wenn es darauf ankommt vitale nationale Interessen durch einen gemeinsamen Weg zu ersetzen. Die Bevölkerung traut sich offensichtlich nicht „*mehr Demokratie zu wagen*“. (Willy Brand) Der volle EU-Beitritt scheint das einzige gemeinsame Ziel aller Regierungen, als auch der gesamten bosnisch-

³⁴ Aufgrund der Aufteilung des Landes in zwei Entitäten – Republika Srpska, und bosniakisch-kroatische Föderation, mit einer schwachen Zentralregierung, sowie drei konstitutiven Völkern im Staat kann eigentlich nicht von *einer* bosnisch-herzegowinischen Gesellschaft gesprochen werden.

³⁵ Die Zahl der Toten und Vermissten in BiH ist umstritten. Nach einigen Angaben geht sie sogar bis 300.000, diese Zahlen sind jedoch nicht sehr verlässlich. *Research and Documentation Center* in Sarajevo (IDC – Mirsad Tokaca), bietet die zuverlässigsten Daten, die auf wissenschaftlich hohem Niveau gesammelt und analysiert wurden. Die Datenbank von IDC geht von einer Zahl von 97.207 getöteten Menschen, nach den Angaben vom Mai 2007. Die Zahl wird jedoch immer wieder nach oben oder nach unten revidiert, da das Projekt „*Population losses – killed and missing persons 92-95*“ offen ist – das bedeutet, dass neue Informationen auch zukünftig hinzugefügt werden. Eine Zahl von etwas mehr als 100.000 gilt als möglich. Daten auch Online abrufbar: <http://www.idc.org.ba/> [Zugriff: 09.03.2009]

herzegowinischen Bevölkerung³⁶ zu sein, jedoch sind große Diskrepanzen feststellbar in Bezug auf die Erreichung des erklärten Zieles. Es könnte aber auch gesagt werden, dass nicht die EU selbst, sondern eher eine Vorstellung von Europa in den Augen der BürgerInnen BiHs diesen Wunsch rechtfertigt.

„Europa bzw. die EU sind im öffentlichen Diskurs sehr stark zu einem allgegenwärtigen Ersatz für all das geworden, was der bosnisch-herzegowinischen Staatlichkeit an Ideen, konstruktiven Entwicklungsimpulsen und Visionen fehlt.“
(Dzihic 2006: 62)

Im Herbst 2005 wurden die Gespräche über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) aufgenommen, am 16.6.2008, nachdem Bosnien und Herzegowina, die von der EU geforderte Polizeireform umgesetzt hatte, wurde das Abkommen unterzeichnet. Zur Mitgliedschaft in der EU ist es allerdings noch ein weiter Weg, auf dem Bosnien und Herzegowina noch einigen Forderungen der EU nachkommen muss.

Im folgenden Kapitel soll anfangs in aller Kürze ein geschichtlicher Abriss gewagt werden, allerdings wird der Fokus auf die Perzeption der Demokratie und Demokratiebegriffes gerichtet sowie auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft und zwar seit den ersten mehrparteilichen Wahlen 1990.

4.1 Die ersten Mehrparteienwahlen

Ein Land gilt nicht automatisch als ein demokratisches Land, nur weil „irgendeine Art von Wahlen“ (Gromes 2004: 3) stattfindet. Jeglichen mehrheitlichen politischen Willen der WählerInnen als demokratischen auszulegen, den es zu akzeptieren gilt, bedeutet den Demokratiebegriff per se in Frage zu stellen. (Haveric 2006: 291) Dem ist prinzipiell nicht zu widersprechen und im Falle von Bosnien und Herzegowina bekamen die mehrparteilichen Wahlen tatsächlich eine neue Dimension.

Als Ende der 80er Jahre verschiedene Visionen über die Zukunft Jugoslawiens aufeinander prallten, beschworen sie in allen Republiken ein Klima hervor, das die ersten mehrparteilichen Wahlen ermöglichte. Mitgerissen vom „Wind of Change“ in den westlichen Republiken, Slowenien und Kroatien, als auch von der Demokratisierungswelle in Osteuropa, sah sich der Bund der Kommunisten Bosnien und Herzegowinas mehr oder weniger gezwungen, diesem Beispiel zu folgen. Im Oktober und November 1990 fanden die ersten

³⁶ Es gibt auch Stimmen im Land, die erklärte Gegner des EU-Beitritts sind, allerdings sind diese als nicht relevant in der Gesamtbeurteilung zu werten, da eine große Mehrheit aller Völker in BiH für einen EU-Beitritt ist. Siehe hierzu auch Umfragedaten von UNDP: UNDP (2008): Early Warning System, IV Quaterly Report 2008. Sarajevo.

mehrparteilichen Wahlen in BiH statt. Ursprünglich wurden die nach dem ethnischen Prinzip organisierten politischen Parteien im Bundeswahlgesetz aus 1990 verboten. Durch die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes wurde dieses Verbot jedoch rückgängig gemacht und nationale Parteien konnten registriert werden. (Arnautovic 1996: 11) Die politische Szene in BiH wurde in den Anfängen von fünf Parteien dominiert:

1. der *Bund der Kommunisten* (Savez komunista) taufte sich um in *Sozialdemokratische Partei* (*Socijaldemokratska partija*), verlor aber zusehends das Vertrauen der BürgerInnen;
2. der *Bund der Reformkräfte Jugoslawiens für BiH* (Savez reformskih snaga Jugoslavije za BiH, SRSJ) gegründet von dem letzten jugoslawischen Premierminister Ante Markovic war die zweite explizit multiethnische Partei;
3. die *Partei der Demokratischen Aktion* (*Stranka demokratske zajednice*, SDA) wurde von den drei ethnonationalen Parteien als erste registriert, und bemühte sich um die damals noch muslimischen³⁷ WählerInnen;
4. die *Serbische demokratische Partei* (*Srpska demokratska stranka*, SDS) folgte kurz danach, unterstützt von den serbischen Intellektuellen und durch das Regime Milosevic aus Serbien
5. die *Kroatische demokratische Union* (*Hrvatska demokratska zajednica*, HDZ) in der bosnisch-herzegowinischen Version, war anfänglich nur eine Tochterpartei der HDZ aus Kroatien unter Franjo Tudjman. (vgl. Bieber 2006: 29)

Aufgrund der nur oberflächlich paradoxen Tatsache, dass die nationalen Parteien, sich im Wahlkampf sogar gegenseitig unterstützt haben, und auch aufgrund eines recht komplizierten Wahlsystems, gingen 71,1 % der Stimmen an die drei nationalen Parteien bei den Wahlen im Jahr 1990. (Arnautovic 1996: 21-22) Die schon erwähnte unterschiedliche Vision von der Zukunft Jugoslawiens und Bosniens aus den nationalen Lagern wurde endgültig zum Verhängnis für Bosnien und Herzegowina. Das Referendum über die Unabhängigkeit BiHs, das die bosnischen Serben auf das Anraten aber auch durch Zwang seitens der SDS boykottierten, während die HDZ und SDA die Bevölkerung zur Unabhängigkeit geraten haben, endete mit 61 % der Stimmen für ein unabhängiges BiH. Als am 6. April 1992 BiH auch international anerkannt wurde, brach der Krieg endgültig offen aus.

Auch hier bietet Bosnien und Herzegowina ein Beispiel per excellence dafür, dass einerseits, „nicht alles demokratisch ist, wo demokratisch drauf steht“ und zweitens, wie sehr doch der Volkswille und Mehrheitswillen „fiktiv, fehlbar und verführbar“ (Offe 1992: 127 zit. nach Schmidt 2006: 502) ist. Meiner Ansicht nach kann nicht die Rede davon sein, dass alle drei

³⁷ Die Bezeichnung Bosniaken für die muslimische Bevölkerung in BiH wurde erst 1993 eingeführt.

nationalen Parteien, das Adjektiv *demokratisch* in der Bezeichnung ihrer Partei benutzten, um sich gegenüber dem Westen politisch commod zu zeigen. Vielmehr sahen sich diese Parteien tatsächlich, damals wie heute, als demokratische Parteien, um sich einerseits von dem Bund der Kommunisten abzugrenzen, andererseits weil sie offensichtlich eine völlig andere Vorstellung davon haben, was Demokratie und Rechtsstaat bedeutet. Mit dem Blick auf die fünf Parteinamen, fällt auf, dass die einzige Partei, dessen Name nicht mit dem Wort *demokratisch* geschmückt war, diejenige von Ante Markovic war. Dabei war gerade Ante Markovic (neo-) liberal orientiert und hat vermehrt öffentlich für Demokratisierung und Privatisierung plädiert: „*es ist nicht wichtig ob Jugoslawien eine Föderation oder Konföderation wird, die Ökonomie ist wichtig*“ – pflegte er zu sagen.³⁸

Es geht in diesem Kapitel nicht darum, geschichtlichen Hintergrund im Vorfeld des Krieges zu analysieren oder um die Bedeutung der Parteien für den Ausbruch des Krieges an sich. Es geht um die Wahrnehmung der Demokratie und des Demokratiebegriffes. Ich möchte an diesem Beispiel zeigen, dass Demokratie und demokratisch als Begriffe an sich, offensichtlich eine positive Wirkung auf die WählerInnen haben, selbst dann, wenn der Inhalt den Begriffen nicht gerecht wird³⁹. Die positive Konnotation des Demokratiebegriffes, wie bereits im Kapitel 2.1 ausgeführt, und nicht so sehr seines Inhaltes, gehört heute, wie damals, fast zum Selbstverständnis, und daher ist die Instrumentalisierung des Begriffes für eigene Zwecke auch nicht unvorstellbar. Ich würde fast sagen, dass Demokratiebegriff, innerhalb ex-jugoslawischer Gesellschaften, für viele DurchschnittsbürgerInnen aber auch Intellektuelle, für Parteigründer wie Parteimitglieder, nicht viel mehr, war und ist, als ein weiteres Modewort, dessen Inhalt nicht genauer überprüft wird. Vorstellung von Demokratie wurde damals, wie auch heute mit der idealisierten Vorstellung vom Westen in Zusammenhang gebracht, als einem Ort sozialer Gerechtigkeit, der Freiheit und des materiellen Wohlstandes. Aufgrund dieser Überzeugung, sah die WählerInnenpopulation einen weiteren Grund, Demokratie und demokratische Veränderungen zu begrüßen. Dabei beinhalteten diese Veränderungen in ihren Augen, in erster Linie politische Parteien und mehrparteilichen Wahlen.

³⁸ Natürlich ist diese Beobachtung nicht als Faktum aufzunehmen, da es empirisch nicht untersucht wurde, was die BürgerInnen in BiH zu damaligen Zeit mit Demokratie verbanden.

³⁹ Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass die WählerInnen zu dieser Zeit, die Partei wählten, die, in erster Linie, für „ihr“ Volk repräsentativ auftrat, und waren, traditionell, auch an einem „starken Führer“ orientiert.

4.2 Entwicklung der Zivilgesellschaft

Obwohl unter den Soziologen in den Ländern Ex-Jugoslawiens umstritten ist, ob es in Jugoslawien eine Zivilgesellschaft gab oder nicht, fest steht, dass einerseits, verschiedene Organisationen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens tätig waren (Maglajlic/Hodzic 2006: 298). Und andererseits, dass zu Zeiten des Kommunismus, eine Grenze zwischen Staat und Gesellschaft unerwünscht war, daher die bestehenden Organisationen nicht als Teil des Zivilgesellschaftlichen Sektors betrachtet werden können. (Delibasic 2008: 168)

Die politische Kultur konnte aber nicht alleine aufgrund der Einführung des Parteipluralismus der demokratischen politischen Kultur angepasst werden. Die neuen Politiker kannten schließlich auch nur das politische Benehmen in einem Einparteistaat. Nachdem schwache formale demokratische Institutionen eingerichtet wurden, wurde offensichtlich, dass die Unabhängigkeit einiger Herrschaftssegmente praktisch nicht existierte, dass der Einfluss des Parlaments marginal ist und dass, die Judikative unter der Kontrolle der Exekutive stand. (vgl. Delibasic 2008: 39) Es kann auch so zusammengefasst werden: aus den westlichen Demokratien wurde zwar die Terminologie akzeptiert, aber nicht auch der Inhalt der politischen Begriffe. Die Re-Traditionalisierung der Gesellschaft, die spezifische politische Kultur der gewählten Politiker sowie idealisierte Demokratievorstellungen bedingten sich schließlich gegenseitig, und so war eine gescheiterte Transition fast vorprogrammiert. Der ausgewachsene Nationalismus in solchen demokratischen Kleidern konnte schlussendlich vor den Augen eines überraschten Europas, zum Krieg umschlagen.

Ende der 80er Jahre hat u.a. die wirtschaftliche Krise einen enormen Einfluss auf die Regimekontrolle ausgeübt und gleichzeitig einen Raum geschaffen, indem bürgerliche Initiativen verstärkt hervortreten konnten. Diese Initiativen bezogen sich unter anderem auf die Verbesserung der Bedingungen im Bildungssektor, vor allem auf Universitäten, auf die Stärkung unabhängiger Medien, auf die Menschenrechte oder auch auf den Umweltschutz. Nach verfügbaren Quellen, gab es 1989 in BiH ca. 5000 bürgerlichen Organisationen. (IBHI 1998: 27)⁴⁰ Anfang der 90er kamen die Antikriegsdemonstrationen in allen größeren Städten dazu, als Reaktion auf den Kriegsbeginn in Kroatien und schon deutlich spürbare Anzeichen

⁴⁰ IBHI – The Independent Bureau for Humanitarian Issues (1998): The Local Ngo Sector within Bosnia and Herzegovina – Problems, Analysis and Recommendations. Online: <http://www.ibhibih.org/> [Zugriff: 20.03.2009]

für einen bevorstehenden Krieg in BiH. Mit dem Anfang des Krieges 1992 kamen zunächst internationale humanitäre Organisationen ins Land, wovon die meisten aus Deutschland (54) und den USA (47 Organisationen) stammten. Es folgten britische (41), italienische (26) und französische (24) Nichtregierungsorganisationen, die zusammen, fast alle Bereiche der humanitären Hilfe auf sich nahmen und somit ein wichtiger Faktor in der Überwindung der katastrophalen Verhältnisse in einem, vom Krieg zerrütteten Land wurden. (CPCD 2001: 5 zit. nach Maglajlic/Hodzic 2006: 299) Die ersten lokalen NGOs entstanden im Laufe 1993, wovon viele aus den Projekten entstanden sind, die von den internationalen NGOs angefangen wurden und mit dem Ziel, die Kontinuität gewisser Aktivitäten und angefangener Projekte sicher zu stellen. (Maglajlic/Hodzic 2006: 299) Einen wichtigen Beitrag in der Entwicklung bosnisch-herzegowinischer NGOs gab die Europäische Union, sowie einzelne Nationalstaaten, die mittels ihrer Vertretungen in BiH finanzielle Unterstützung für den Ausbau des NGO Sektors sicherstellten. Die Anzahl der NGOs ist enorm gestiegen, aber erst nach dem DPA unterzeichnet wurde. Nach der Studie von FOS⁴¹, BHAS⁴² und RSIS⁴³, durchgeführt im Jahr 2005, wurden 43% der internationalen Nichtregierungsorganisationen erst zwischen 1996 und 2000 registriert und 40% der lokalen NGOs erst zwischen 2001 und 2004. Die Autoren der Studie machen aufmerksam auf die breit vertretene, aber nicht begründete Annahme, dass der Nichtregierungssektor als Phänomen während und gerade wegen dem Krieg rasante Ausweitung erfuhr. (Maglajlic/Hodzic 2006: 300)

So agiert gegenwärtig in Bosnien und Herzegowina ein „buntes Haufen“ an zivilgesellschaftlichen Akteuren, die alle für sich in Anspruch nehmen, kritische Öffentlichkeit gegenüber den Eliten, dem Staat oder der internationalen Gemeinschaft herzustellen. Das eine Problem dabei ist, dass ein nicht zu vernachlässigender Teil dieser Akteure, auch wenn sie sich den gleichen Themenfelder, beispielsweise Menschenrechte oder Jugend widmen, nicht miteinander kooperieren können/wollen, da ihre operative Tätigkeit in erster Linie an Rechten *ihres* Kollektives oder *ihrer* Jugend ausgerichtet ist. Das heißt, sie operieren nach dem Ausschlussprinzip, was de facto im Gegensatz zu den Menschenrechten steht. Das andere Problem ist folgendes: begreift man die Zivilgesellschaft als einen „dritten Sektor“ zwischen Staat und Markt, dann muss in Bosnien von zu mindest vier „dritten Sektoren“ gesprochen werden. Angesichts der unzureichenden Identifizierung der BürgerInnen mit dem Staat Bosnien und Herzegowina einerseits und stattgefundener „ethnischer Privatisierung“ beispielsweise andererseits, wird nicht nur eine kritische

⁴¹ FOS – Federal Office of Statistics

⁴² BHAS – Bosnia and Herzegovina Agency for Statistics

⁴³ RSIS – Republika Srpska Institute of Statistics.

Öffentlichkeit hergestellt, sondern vier: drei entsprechend den konstitutiven Völkern und eine Bosnisch-Herzegowinische. Diese „*Ethno-Öffentlichkeit*“ (Delibasic 2008: 121) ist oft versteckt und wird fälschlicherweise als *Die eine* kritische, demokratische Öffentlichkeit präsentiert. Zusammenfassend heißt das also, dass es nicht von großem Nutzen ist, die Zivilgesellschaft in Bosnien, dem liberalen normativen Zugang folgend, zu definieren. Geht man davon aus, dass die Zivilgesellschaft nicht ausschließlich Hoffnungsträgerin für Entwicklung und Frieden ist, sondern bloß ein politisches Konfliktfeld, d.h. „*ein Teil moderner Staatlichkeit und damit frei aller wertenden Zuschreibungen ist*“, (Novy 2001: 122) kann sie schlussendlich definiert werden als:

„*ein sozialer Raum, in dem kritische Öffentlichkeit, Massenmedien, religiöse Gruppierungen, Basisinitiativen, NROs und viele andere darum streiten, was, wie und warum in unserer Gesellschaft und dieser Welt etwas geschieht und geschehen sollte*“ (Novy 2001: 122f)

Die starke positive Konnotation des Begriffes Zivilgesellschaft greift in ganz Ex-Jugoslawien aus meiner Sicht nicht tief genug, da die nicht-staatlichen Akteure, die aus dieser Sichtweise negiert werden müssen, nicht ignoriert werden dürfen, da sie ganz und gar nicht eine zu vernachlässigende Minderheit darstellen.

4.3 „Dilemma der Gleichzeitigkeit“

Die Transformation der kommunistischen Regime Osteuropas und der zentralasiatischen Nachfolgestaaten in den neunziger Jahren erweckten nicht nur bei den Sozialwissenschaftlern das meiste Interesse. Warum? Die Antwort wurzelt in einem Theorem, das in den Sozialwissenschaften als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Offe 1991) rasant Furore machte.

„*Die Stufen eines Prozesses, die im westeuropäischen »Normalfall« in einer über Jahrhunderte gestreckten Sequenz (vom Nationalstaat zum Kapitalismus zur Demokratie) bewältigt wurden, müssen also in Osteuropa nahezu synchron durchlaufen werden [...]*“ (Offe 1991: 282)

Das Interesse erweckte also die Gleichzeitigkeit der sich abzeichnenden Prozesse der politischen Transformation autoritärer in demokratische Systeme; der ökonomischen Transformation von Plan- in Marktwirtschaften, der sozialen Transformation von geschlossenen und gelenkten in offene und pluralistische Gesellschaften und in einigen Fällen der staatlichen Transformation (Neu- oder Wiedergründung von Nationalstaaten). (vgl. Offe 1991; Merkel 2007) Im Falle von Bosnien und Herzegowina kommt seit 1995 noch die Transformation von Kriegs- in Friedensgesellschaften hinzu.

Auch wenn das Theorem auf den ersten Blick nur eine Antwort zulässt, nämlich – unmöglich, sind wir mittlerweile doch Zeugen des raschen Systemwechsels, als auch der Konsolidierung vieler Staaten geworden, vor allem in Osteuropa. Claus Offe ist davon ausgegangen, dass die Konsolidierung der Demokratie in Osteuropa deutlich länger dauern wird, als dies bei den Transformationen mit kapitalistischem Hintergrund in Südeuropa der Fall war. (vgl. Merkel 2007: 414) Merkel konnte jedoch an Hand seines Mehrebenenmodells der demokratischen Konsolidierung zeigen, dass das Theorem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ versagt hat. Es haben sich nämlich von 18 untersuchten Länder in Osteuropa 7 außerordentlich schnell konsolidiert, 4 sind auf dem besten Wege sich zu konsolidieren und die übrigen 6 konnten sich bisher nicht konsolidieren. (Merkel 2007: 426-428) Bosnien und Herzegowina gehört zu dieser Gruppe der Länder, die sich nicht konsolidierten, somit auch angenommen werden kann, dass die Gleichzeitigkeit der Transformationsprozesse dabei zumindest eine Rolle spielte, auch wenn das Theorem alleine die schleppende Konsolidierung nicht erklären kann. Im Falle von Bosnien und Herzegowina gewinnt das Theorem aber aus meiner Sicht eine neue Dimension. Sie betrifft die soziale Transformation, allerdings in umgekehrter Richtung als in anderen Osteuropäischen Staaten – von offenen und pluralistischen Gesellschaften vor dem Kriege, in geschlossene und gelenkte Gesellschaften nach dem Kriege.⁴⁴ Die Annahme der *geschlossenen und gelenkten Gesellschaften* in Diktaturen, kann nicht auf Ex-Jugoslawien übertragen werden, aus mindestens drei Gründen:

1. in den Ländern Ex-Jugoslawiens existiert eine Tradition pluralistischer Gesellschaften, die nicht auf beispielsweise, Arbeitsmigration wie in heutigen europäischen Demokratien zurückgeht;
2. Während die BürgerInnen mit dem jugoslawischen Pass in fast alle Länder der Welt ohne Visum reisen konnten, stellen die Auslandsreisen heutzutage, nicht nur wegen finanzieller Möglichkeiten, wahre Herausforderungen an die BürgerInnen dar. Ausgenommen von den Visumkriterien, sind in BiH nur die kroatischen BürgerInnen, da sie aufgrund der gleichzeitigen kroatischen Staatsbürgerschaft die kroatischen Pässe haben, die beispielsweise für Einreise in die EU kein Visum benötigen.
3. Aufgrund des Krieges und Kriegsfolgen ist der Pluralismus in BiH fast verschwunden. Es hat so zu sagen, eine Transformation von dem *Miteinander* zu einem mehr oder weniger erzwungenen *Nebeneinander* stattgefunden.

⁴⁴ Diese These beziehe ich nicht nur auf BiH, sondern auch auf Kroatien und Serbien. Durch die Schwerpunktsetzung der Analyse auf BiH, werden diese Länder jedoch außer Acht gelassen. Sie bedürfte natürlich einer genaueren wissenschaftlichen Ausdifferenzierung und theoretischer Auseinandersetzung, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Gesellschaft(en) in BiH heute mehr als zu Zeiten des Kommunismus, sowohl auf Grund interner als auch externer Faktoren „geschlossen und gelenkt“ sind.

4.4 Identität und Sprache in BiH

Der Identität und der Sprache wird in BiH seit dem Ende der 80er Jahre enorme Relevanz zugeschrieben. Ohne auf die Analyse der Ursachen des Krieges eingehen zu wollen, soll im Folgenden auf die Bedeutung der Identität und der Sprache eingegangen werden, sowie auf die Erinnerungen und Opfererfahrungen, aus denen sich die Identität im bosnisch-herzegowinischen Kontext speist. Vor allem in Bezug auf die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur ist die Auseinandersetzung mit Identität und Sprache von Bedeutung, wenn klar ist, dass dem Staat Bosnien und Herzegowina nicht die nötige Legitimität seitens großer Teile der Bevölkerung zugesprochen wird.

Identität ist nicht nur in den Nachkriegsgesellschaften ein wesentlicher Aspekt. Die Identität ist gleichzeitig das Schlüsselwort der zeitgenössischen Gesellschaft. Die Menschen verwenden es um ihrem Tun und sich selbst einen Sinn zu geben, bzw. sich mit anderen Menschen zu vergleichen und so Unterschiede und Gemeinsamkeiten festzustellen. Viele Sozialwissenschaftler haben das Konzept der Identität breiter gesteckt, um auch die „*social identity, which is defined by the extent to which individuals identify themselves in terms of group membership*“ zu erfassen. (Cerulo 1997 zit. nach Misztal 2003: 133)

Der Zusammenhang zwischen Erinnerung und Identität ist insofern wichtig, als „*the core meaning of any individual or group identity is seen as sustained by remembering.*“ (Misztal 2003: 133) Maurice Halbwachs, französischer Soziologe, unternahm die erste systematische Auseinandersetzung mit dem Phänomen des „kollektiven Gedächtnisses“ bereits in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts. Vorrangig versuchte er aufzuzeigen, wie sehr das individuelle Gedächtnis kollektiv geprägt ist. Es sind eben nicht die Individuen, sondern „soziale Rahmen“, die über Erinnern und Vergessen entscheiden. (Halbwachs 1925 zit. nach Assmann 2006: 150) Die Identität ist nach Halbwachs

„*nicht das Resultat von Erinnerungen sondern ihre Voraussetzung: Erinnerungen entstehen vielmehr und formen sich allererst aufgrund von sozialen Bindungen, Identitäten, Gruppenloyalitäten.*“ (Halbwachs 1925 zit. nach Assmann 2006: 150)

Je stärker die Menschen in bestimmten Gruppen der Gesellschaft verankert sind, umso mehr werden sie sich in ihrer Erinnerung an die vorgegebenen Rahmen halten. Ein absolut einsamer Mensch könnte nach Halbwachs überhaupt keine Erinnerungen bilden, weil diese erst im sprachlichen Austausch mit Menschen, aufgebaut und verfestigt werden. (vgl. Assmann 2006: 25; 291) Lewis A. Coser schreibt zusammenfassend in dem Vorwort zu der 1992 erschienen Auflage des Buches *On Collective Memory* von Halbwachs:

“Social classes, families, associations, corporations, armies, and trade unions all have distinctive memories that their members have constructed, often over long periods of time. It is, of course individuals who remember, not groups or institutions, but these individuals, being located in a specific group context, draw on that context to remember or recreate the past.” (Coser 1992: 22)

Es sind also die sozialen Rahmen durch welche die Menschen ihre persönlichen Erinnerungen vereinheitlichen. Auf diese Weise werden solche Erinnerungen nicht nur mitteilbar, sondern sie werden auch zum Gruppenbesitz, also zu einem gemeinsamen Besitz, der die Gruppe, der man angehört, zusammenhält. (vgl. Assmann 2006: 159)

Die Opfererfahrung kann zu einem großen Teil als Grundpfeiler der bosniakischen, serbischen und kroatischen Identität gesehen werden. Die ständig lauende Gefahr, d.h. im Galtung'schen Vokabular (Galtung 1998) – die Wurzel der kulturellen Gewalt in BiH, Kroatien und Serbien, die nicht nur wissenschaftlich wenig Beachtung findet, ist die fehlende individuelle und kollektive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Traumata, aber nicht nur als Opfer, sondern vor allem als Täter. Angesichts der Tatsache, dass „Sie“ im letzten Jahrhundert schon mal alle auch Täter gewesen sind, lähmt diese fehlende Auseinandersetzung jeglichen Entwicklungsprozess in Richtung einer friedlichen Gesellschaft. So ist es beispielsweise kein Zufall, dass sich heute nicht nur die Bosniaken als Opfer des letzten Krieges sehen, sondern genauso Kroaten und Serben in Bosnien und Herzegowina, denn „offiziell“ gab es keinen Sieger und keinen Verlierer. So dient diese Tatsache der weiteren kollektiven und individuellen Manipulationen und übt einen enormen Einfluss auf die Selbst und die Fremdwahrnehmung aus. Die Selbstwahrnehmung, sowohl individuell als auch kollektiv betrachtet, unterscheidet sich in BiH massiv von der Fremdwahrnehmung und zwar insofern, als dass die Menschen über die eigenen „kollektiven Opfer“, egal welchen Datums, bestens informiert sind, während gleichzeitig das Leiden der „Anderen“, nicht nur als Tabuthema aufgefasst wird, sondern vielmehr als unwahrscheinlich wahrgenommen wird. Und genau solche verfälschten, unvollständigen „Erinnerungen“ werden innerhalb des Kollektivs tradiert, kulturell gestaltet, gepflegt und reflexiv bearbeitet, was schlussendlich auch dazu führt, dass das Individuum eines Kollektivs, will es

dazugehören, dieser „Tradition“ folgt, bzw. zu folgen habe. Vamik Volkan spricht in diesem Zusammenhang vom „gewählten Ruhm“ und „gewählten Traumata“, die im Laufe der Zeit stark mythologisiert werden, dennoch werden sie von der betroffenen Gruppe als die reine Wahrheit, die immer wieder aufs Neue zur Wirklichkeit wird, aufgefasst und nachempfunden.

„Der gewählte Ruhm wird wie die gewählten Traumata von den Kindern einer Gruppe übernommen. Gewählter Ruhm beeinflusst die Identität jedoch weniger durchdringend als gewählte Traumata, weil seine Auswirkungen weniger komplex sind. Gewählte Traumata bringen eindringliche Erfahrungen des Verlustes und Gefühle der Erniedrigung, der Rache und des Hasses mit sich. Diese lösen eine Vielzahl von unbewussten Verteidigungsmechanismen aus, die darauf abzielen, diese Erfahrungen und Gefühle umzukehren.“ (Volkan 1999: 116)

Die Sprache ist ein wesentlicher Teil dieser „Einen Identität“. Fast paradox erscheint die Feststellung, dass die Menschen, die in einer Stadt leben, in der gleichen Stadt aufgewachsen sind, die gleiche Aussprache haben und mehr oder weniger das gleiche Vokabular benutzen, von drei verschiedenen Sprachen sprechen. Dabei sind sich die meisten BürgerInnen einig, dass es *die* eine Sprache ist, jedoch wenn es um die Bezeichnung der Sprache geht, dann ist sie fast immer authentisch mit der nationalen Identität. Die Debatte um die Sprache in BiH, gestaltet sich allerdings nicht so einfach, wie ich es hier dargestellt habe. Das Thema ist sehr komplex und kann, ohne die historische Analyse heranzuziehen, nicht ausreichend wissenschaftlich behandelt werden. (vgl. Melcic 2007; Ugresic 1995) Daher wird hier darauf verzichtet.⁴⁵ Der Rolle der Sprache für diese Arbeit kommt außerdem eher eine methodische und weniger inhaltliche Relevanz. Bedenklich stimmt einen in Bezug auf die Identität, Erinnerung und die Sprache in BiH jedoch die Annahme, dass die letzten *traurigen Geschehnisse* vielleicht die endgültige *Europäisierung Balkans* darstellen, (Todorova 2006: 64) was aber noch lange nicht bedeutet, dass der Krieg vorbei ist. Denn, „solange die *schmerzhaft*e Asymmetrie des Erinnerns anhält, hält auch der Krieg an.“ (Assmann 2006: 71)

⁴⁵ Einen sehr guten geschichtlichen Überblick über die Länder des ehemaligen Jugoslawiens, wobei auch auf die Identität und die Sprache eingegangen wird, bietet das Standardwerk von Dunja Melcic, 2007 in der 2. akt. und erw. Auflage. Melcic, Dunja (Hrsg.) (2007): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. VS-Verlag. Als sehr lesenswert in diesem Zusammenhang bietet sich auch das Werk von Dubravka Ugresic, Kultur der Lüge. Ugresic, Dubravka (1995): Kultur der Lüge. Suhrkamp.

4.5 Post – Dayton – Demokratisierung

Demokratisierung als Prozess begann in BiH erst 1995 nach der Beendigung des dreieinhalb Jahre dauernden Krieges.⁴⁶ Das DPA enthielt detaillierte Strategemaßnahmen für den Wiederaufbau BiHs als auch für seine Konsolidierung im Laufe des demokratischen Prozesses. Der erste internationale Friedensplan nach dem Kalten Krieg zielte nicht nur auf die Trennung der kriegsführenden Parteien, sondern auch auf eine langfristige Entwicklung des gesamten Staates ab. Demokratisierung als breiter Ansatz sollte sowohl *top down* Strategien beinhalten, indem die Institutionalisierung und Wirtschaftsentwicklung als auch die Wahlen international überwacht werden, als auch *bottom-up* Prozesse, indem die Entwicklung der Zivilgesellschaft gefördert wird. (vgl. EK 2005: 10) Transition wurde initiiert vonseiten der internationalen Mächte: USA, GB, Frankreich, Deutschland und Russland und koordiniert von Peace Implementation Council (PIC). Die Entscheidungen von PIC wurden implementiert durch UN, NATO, OSCE, Council of Europe, IMF, World Bank und European Bank for Reconstruction and Development (EBRD). Unter UN-Mandat wurde ein Hoher Repräsentant eingesetzt, um den Friedensprozess zu unterstützen. Zurzeit ist der UN High Representative, auch EU-Sonderbeauftragter. Er verfügt über das Recht, Gesetze einzuführen oder aufzuheben, sowohl auf dem Staats- als auch auf dem Entitätenniveau. Er ist auch befugt bosnisch-herzegowinische Politiker im Falle von „Nicht-Kooperation“, zu entlassen und jegliche politische Aktivität desselben im Lande zu unterbinden. Laut Verfassung, die ein Anhang zum Friedensabkommen ist, ist BiH ein dezentralisierter, demokratischer Rechtsstaat mit freien und demokratischen Wahlen. Die Verfassung sieht auch Kontrolle und Gegenkontrolle vor, um die Rechte des jeweiligen Volkes (Kroaten, Bosniaken, Serben) zu wahren. Die vitalen nationalen Interessen sind durch die eingerichteten Vetomechanismen abgesichert.⁴⁷ Die Strukturen, die mit dem DPA geschaffen wurden, sind jedenfalls als zu komplex einzusehen und außerdem auf die Dauer nicht finanzierbar. (vgl. Europäische Kommission 2005: 10-11)

Die Europäische Kommission sieht in der Verfassung die größten Hindernisse für Bosnien und Herzegowina auf dem Weg in die EU. Die damals in Dayton geschaffenen Vetomechanismen sowie die Teilung des Staates sind in der Tat die größten Herausforderungen für Bosnien und Herzegowina auf dem Weg in die EU.

⁴⁶ Zur politischen Entwicklung BiHs in der Post-Dayton Periode vergleiche auch: *Pejanovic, Mirko* (2005): *Politicki razvitak Bosne i Hercegovine u postdejtonskom periodu*. Sarajevo.

⁴⁷ Mit den Fragen des politischen Systems in der bosnisch-herzegowinischen geteilten Gesellschaft hat sich sehr ausführlich Florian Bieber in seinem 2008 auch in der bosnischen Sprache erschienenem Buch beschäftigt. Bieber, Florian (2008): *Bosna i Hercegovina poslije rata. Politicki sistem u podijeljenom drustvu*. Sarajevo.

„Unter dem Aspekt der Europäischen Integration ist das erfassungsrechtliche System wohl kaum optimal. Es begünstigt nicht die schnelle Entscheidungsfindung und ist auch der Durchführung von Reformen hinderlich. [...] Trotz beachtlicher Fortschritte beim Ausbau der gesamtstaatlichen Institutionen werden größere Reformen immer wieder durch Divergenzen zwischen den gesamtstaatlichen Institutionen oder zwischen dem Gesamtstaat und den Entitäten verzögert. [...] Dieses Misstrauen gegenüber jeglicher Übertragung von Zuständigkeiten von den Entitäten oder Kantonen auf die gesamtstaatlichen Behörden behindert alle ernsthaften Schritte hin zu einer umfassenden und nachhaltigen Reform der Institutionen und der verfassungsmäßigen Ordnung.“ (Europäische Kommission 2005: 11)

Allerdings ist der „politische Frankenstein“, wie Post-Dayton BiH noch genannt wird, genauso ein Produkt der internationalen Gemeinschaft. Nerzuk Curak spricht in diesem Zusammenhang auch von „postmodernistischen Einfall des geopolitischen Genius“. (Curak 2002: 62) Ihre Erwartungen, dass sich mit der Zeit, die politischen Mächte im Lande selbst, auf „einen normalen“ Staat hinbewegen werden, haben sich nicht erfüllt. Der Nationalismus in demokratischen Kleidern wird als „Kindergarten“ abgetan, während die Selbstkritik der internationalen Architekten selten und leise bleibt:

„They compare the major sociopolitical institutions of the transitional country with those of their own society, identifying the main discrepancies. They then propose projects to bring the various institutions into line with the model. They focus in other words, on endpoints rather than process.“ (Carothers 1999: 92)

Immerhin überdenken sie ihre Rolle neu. So steht es in dem Fortschrittsbericht BiHs 2005, herausgegeben von der Europäischen Kommission:

„Auch die Rolle der internationalen Gemeinschaft und die ihr verliehenen Rechte stehen auf dem Prüfstand – die internationale Gemeinschaft sollte sich schrittweise zurückziehen, sobald sich die Lage normalisiert.“ (Europäische Kommission 2005: 11)

Im September 1996 fanden erste Wahlen nach dem Krieg statt, die aber dem bosnisch-herzegowinischen Staat nicht seine Souveränität zurück brachten. Im Gegenteil: die internationale Einmischung wurde de facto in die bosnische Verfassung festgeschrieben und „Bosnia has become the world capital of interventionism“ (Simon Jenkins 1997 in The Times zit. nach Chandler 2000: 2). Demokratisierungsprozess unterstand weiterhin der Überwachung seitens internationaler Organisationen wie der UNO, dem Europarat, OSCE, IWF und so weiter, als auch einer großen Zahl internationaler NGOs. Als Jahre nach Kriegsbeendigung, trotz starker internationaler Präsenz, kein nennenswerter Fortschritt, weder

politisch noch wirtschaftlich zu verzeichnen war, tauchten die ersten lauten Bedenken in Bezug auf die Methoden der Demokratisierung. David Chandler ging der *Demokratisierung mit undemokratischen Mitteln* in seinem Buch *Bosnia. Faking Democracy after Dayton* auf den Grund und kam zu dem Schluss, dass auf dem bosnisch-herzegowinischen Weg zu Demokratie, doch nicht das Volk das sagen hat, sondern die internationalen Kontrollinstanzen. Seit der Überwachung der Wahlen im Jahr 1996 hätten sie ihre Präsenz auf unbestimmte Zeit verlängert und doch so wenig erreicht.

„Three years of intensive involvement by the worlds most powerful states, including the Contact Group of the US, Britain, France, Germany, Italy and Russia, and leading international institutions, including the International Monetary Fund, World Bank, United Nations, OSCE and NATO, has done little to crate viable institutions of self-government in the state.“ (Chandler 2000: 2)

Die Bildung der Zivilgesellschaft stand ganz oben auf der Prioritätenliste der Demokratisierer und als die nationalistischen Parteien bei den ersten Wahlen nach dem Krieg, 1996, wieder vom Volke gewählt wurden, wirkte dies wie ein Schlag ins Gesicht für alle Menschenrechtsorganisationen und andere NGOs, die der Meinung waren, „ordinary people“ unterstützen eigentlich ein *multikulturelles* Bosnien und Herzegowina. (Chandler 2000: 145) Dabei war es so kurz nach dem Krieg, unmöglich zu erwarten, dass sich die Gemüter schon beruhigt hätten. Zu viele Gräueltaten, zu viel Leid und Schmerz, zu viele Tote und Verletzte, als dass ein Jahr nach dem Krieg die Bevölkerung wieder Vertrauen in die „Anderen“ hätte gewinnen können. Das Ansetzen der Wahlen, so knapp nach dem Krieg, wurde dann auch von vielen Seiten kritisiert, jedoch lässt sich dieser Fehler, nicht mehr rückgängig machen. Das größte Problem für Bosnien und Herzegowina ist allerdings, dass heute, vierzehn Jahre nach dem Krieg, trotz einiger Fortschritte in allen Sektoren, noch immer gilt: kommunistischer Totalitarismus wurde nur ausgetauscht durch drei „Ethno-Totalitarismen“, die heute auch nicht viel mehr Platz für die Zivilgesellschaft lassen. (Delibasic 2008: 170) In BiH ist die Rolle der NGOs als dem Motor der Zivilgesellschaft umstritten. Es kann nicht von einem entwickelten Sektor gesprochen werden, auch wenn einige Tausend NGOs seit 1995 bis heute, gegründet wurden. Desorganisation, fehlende Kommunikation untereinander, unsichere Finanzierungsquellen, unbefriedigende Arbeitsverhältnisse in Bezug auf den Staat, ungenügende Anzahl der VolontärInnen sind nur die wichtigsten Probleme mit denen sich ein großer Teil der NGOs tagtäglich konfrontiert sieht. Andererseits ist es auch relativ unrealistisch, die Bereitschaft zu volontieren zu erwarten, in einer Gesellschaft, wo fast 50 %

der Gesamtbevölkerung auf die eine, oder andere Weise auf Sozialhilfe angewiesen ist. (Kukic 2006: 108)

So kann daraus gefolgert werden, dass in einer Nachbürgerkriegsgesellschaft den Konfliktparteien über eine längere Zeitperiode hinweg die demokratischen Regeln des Regierens beigebracht werden sollen um künftig ihre Konflikte ohne Gewalt auszutragen. Die Methoden des Lehrens seitens der internationalen Gemeinschaft scheinen allerdings oft fraglich und zeigen selbst undemokratische Züge auf, wie im Falle von Bosnien und Herzegowina, wo die exekutive und legislative Schlussentscheidung in den Händen von UN's High Representative (gleichzeitig auch EU Special Representative) liegt.⁴⁸

In Bezug auf die Erziehung zu Frieden, Menschenrechten und Demokratie sind die theoretischen Möglichkeiten gegeben, allerdings lässt die Praxis der Erziehung sehr zu wünschen übrig. In den Mittelschulen wird, um ein Beispiel zu bringen, das Fach *Demokratie und Menschenrechte* unterrichtet. In dem Lehrbuch⁴⁹ wird die Rolle des *aktiven Bürgers* hervorgehoben, das Prinzip der Souveränität, sowie die drei Dimensionen der Demokratie – Freiheit, Gleichheit und Herrschaftskontrolle werden anschaulich und verständlich dargestellt, die Verfassung BiHs befindet sich im Anhang. Theoretischer Hintergrund ist soweit existent. Fraglich erscheint jedoch in Bezug auf die politische Sozialisation, wie sehr in den Mittelschulen in Sarajevo, seitens der SchülerInnen, die Bedeutung von Gleichheit und Freiheit im demokratischen Sinne in Zukunft verstanden werden kann, wenn schon in den Kindergärten Religionsunterricht statt findet und das Väterchen Frost⁵⁰ wegen der Verbindung zu christlichen Religionen aus den öffentlichen Kindergärten „vertrieben“ wurde. Ähnliche Beispiele lassen sich auch in anderen Städten in BiH finden, wo eine der anderen Volksgruppen die Mehrheit darstellt und ihre Interpretation von Gleichheit an *ihre* Kinder und Jugendliche weitergibt. Damit soll angedeutet werden, dass es fraglich erscheint, wie die neue Generation zu Demokratie erzogen werden soll, wenn die gezielte Friedenserziehung zu Menschenrechten und Gleichheit erst so spät einsetzt. Andererseits unterliegt die Erziehung zu Demokratie und Menschenrechten unterschiedlichen theoretischen Konzeptionen von

⁴⁸ 2003 in der Juli Ausgabe des Magazins *Journal of Democracy* erschien ein Artikel von Gerald Knaus und Felix Martin unter dem Titel *Travails of the European Raj*. In etwas provokanter Manier brachten die Verfasser die internationale Praxis der Demokratisierung in Bosnien und Herzegowina zu Sprache, wobei sie entschieden Kritik an der undemokratischen Praxis der IG übten, dessen Herz das OHR stellt. Der Artikel löste in folge heftige Debatten im Westen aus. Dagegen wurde argumentiert unter anderem mit dem Wunsch und der Billigung der BürgerInnen BiHs für die Praktiken des OHR. Vgl. Knaus, Gerald/Martin, Felix (2003): *Travails of the European Raj*. In: *Journal of Democracy*, 3/2003. S. 60-74.

⁴⁹ *Demokratija i ljudska prava: udzbenik za ucenike srednje skole: bosanski jezik*. Sarajevo. Civitas, 2007.

⁵⁰ Väterchen Frost, in Ex-Jugoslawien bekannt als Djeda Mraz, brachte schon im Kommunismus den Kindern die Geschenke zu Silvester. Er wurde von den Bürgern nicht mit der christlichen Religion in Zusammenhang gebracht.

Demokratie, wobei sich dann weitere Probleme ergeben. Wie schon eingangs besprochen, es existiert ein fachwissenschaftlicher Dissens um die Demokratie, wobei hier unter anderem auch unterschiedliche wissenschaftliche Traditionen widerspiegelt werden, wie zum Beispiel, die europäische Tradition des starken Staates oder die amerikanische Tradition der aktiven Betätigung des Bürgers in der Politik. (vgl. Schmidt 2006: 492) Der erwähnte theoretische Dissens hat jedoch insofern auf die BürgerInnen europäischer Staaten oder Vereinigten Staaten von Amerika keinen gravierenden Einfluss, als die jeweiligen Staaten realpolitisch sich selbst „treu“ bleiben. Geht man hier einen Schritt weiter und überlegt sich welche realpolitischen Auswirkungen verschiedene Theorien auf die Praxis in den Entwicklungs- oder Transformationsländer haben, ist eine gewisse Skepsis gerechtfertigt. Nehmen wir als Beispiel Bosnien und Herzegowina, wo Entwicklungshilfe sowohl aus den USA und der EU, als auch aus den islamischen Ländern kommt und diese selbstverständlich nicht frei von Konditionen ist, die wiederum das Resultat verschiedener Theorien und Weltansichten sind. So knüpfen die Amerikaner in Bosnien ihre Unterstützung beispielsweise an mehr Individualismus und aktive Betätigung des Bürgers und vernachlässigen mehr oder weniger den „starken Staat“. Die Europäer setzen die Prioritäten umgekehrt ein. Und dann sind noch die islamischen Länder zu nennen, die ihre Hilfe wiederum an zum Teil völlig anderen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft knüpfen. Die Theorien und Weltansichten, die dann zusätzlich in BiH praxisorientiert eine wichtige Rolle spielen, - das heißt, sowohl in der Gesellschaft als auch in der Politik, am wenigsten jedoch in der Wirtschaft - sind diejenigen, aus der Zeit des jugoslawischen Kommunismus. Denn, dieses System, so scheint es, war nicht in allen Belangen so schlecht, wie es gern gegenwärtig von Radikalen im Lande und Antikommunismus Gegner weltweit dargestellt wird. Das ist auch der Grund, warum gerade in der politischen Kultur die Überbleibsel des vorherigen Systems noch am spürbarsten sind, denn manches davon ist heute noch vorteilhafter für den Einzelnen als auch für ein Kollektiv, als nach neuen Vorstellungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Nun, prallen hier zumindest vier fast völlig unterschiedliche Vorstellungen davon, wie der Staat und die Gesellschaft auszusehen haben, aufeinander. Nur allzu verständlich erscheint aus dieser Sicht, dass die DurchschnittsbürgerInnen sich letztendlich nicht auskennen, was konkret sie unternehmen müssen damit es endlich mit Bosnien und Herzegowina „Vorwärts“ geht, wenn die „richtige Lösung“ aus so vielen verschiedenen Richtungen kommt.

4.6 Politische Kulturforschung und Demokratiemessung in BiH

Die Analyse der empirischen Daten von WVS zusammen mit den Bewertungen von BTI in Bezug auf Demokratisierung in BiH, eröffnet ganz neue Herangehensweisen. Eine detaillierte Analyse der verfügbaren Daten von WVS in Kombination mit den Bewertungen von BTI, auf die in dieser Arbeit in dem Umfang verzichtet werden muss, könnte so manche Frage betreffend der politischen Kultur in dieser Region beantworten, aber bestimmt auch neue Fragen stellen.

Im Folgenden werden Daten aus dem WVS und BTI herangezogen, die von der Relevanz für die Interviews gewesen sind, bzw. die sich erst auf Grund von Interviews, als wichtig gezeigt haben. Während die Umfragedaten des WVS auf die Tendenzen in der Bevölkerung hinweisen, und die Ergebnisse des BTI Einschätzungen der Experten anbieten, sollen die Interviews die subjektive Seite der Demokratie aufzeigen.

4.6.1 World Values Survey

Es wurden insgesamt fünfzehn Fragen (mit sieben Unterfragen)⁵¹ aus der WVS Data ausgesucht, von den gestellten 235 in der bosnisch-herzegowinischen Version⁵², die nach eigener Einschätzung von besonderer Bedeutung für den Demokratisierungsprozess in BiH sind. Einige von diesen Fragen dienten auch als Vorlage für die Leitfadeninterviews, bzw. ergaben sich im Interview von selbst. Der Fragenkatalog des WVS ist in neun Themenbereiche gegliedert: 1.) *Perceptions of Life*, 2.) *Environment*, 3.) *Work*, 4.) *Family*, 5.) *Politics and Society*, 6.) *Religion and Moral*, 7.) *National Identity*, 8.) *Structure and metadata* und 9.) *Socio-Demographics*, wobei die Fragen länderspezifisch aufgearbeitet werden.

In BiH wurden 1200 Personen befragt, wovon 800 in der Föderation (130 davon in Sarajevo) und 400 in Republika Srpska. Aufgrund der Teilung der Gesellschaft in BiH, kann die Anzahl der Befragten Personen nicht als sehr repräsentativ gelten, jedoch sie zeigt manchmal sehr verlässliche Tendenzen in der Bevölkerung auf, die auch von anderen Quellen bestätigt werden. Alle gestellten Fragen wurden in den Tabellen zusätzlich nach dem Alter aufgesplittet, um eventuelle Unterschiede zwischen den Altersgruppen herauszufiltern und um den Vergleich mit der Interviewgruppe zu erleichtern. Es ist wichtig im Zusammenhang

⁵¹ Der zusammengestellte Fragenkatalog befindet sich im Anhang.

⁵² Die Umfrage in der bosnisch-herzegowinischen Version wurde von Mareco Index Bosnia (BIN) durchgeführt. *Technical report*, als auch der Fragebogen sind online auf WVS (unter *Documentation of Data 1999-2004 wave*) zu finden. Online: <http://www.worldvaluessurvey.org/> [Zugriff: 06.03.2009]

mit dem Alter anzumerken, dass bei der Befragung in BiH, nur Personen über 18 Jahren befragt wurden. In den Tabellen erscheint jedoch die Altersgruppe 15-29, d.h. hier bedeutet es 18-29. Bei der Online Data Survey besteht prinzipiell die Möglichkeit, einer Kombination von Variablen, die zusätzliche Analysemöglichkeiten eröffnet und als sehr positiv gewertet werden kann. Die methodische Begrenzung bei der Umfrageforschung, indem Antworten schon vorgegeben sind, ist jedoch oft zur Zielscheibe der Kritik gemacht worden. Auch in diesem Fall, wie ich noch zeigen werde, wurden manche Ergebnisse verzerrt.

Eine Modifikation der Churchill-These zu Demokratie, nämlich, dass die Demokratie zwar Probleme hat, aber noch immer die beste Herrschaftsform sei, hat mittlerweile ihren fixen Platz in den Umfragen über die Legitimität der Demokratie in einem Land. Wie aus der Tabelle 1 ersichtlich, ist die große Mehrheit der befragten Personen (N=1095) in BiH, nämlich 92 %, der Meinung, dass die Demokratie tatsächlich die beste Herrschaftsform ist. Interessant ist vor allem der Prozentsatz der älteren Generation, die dieser Aussage einen absoluten Zuspruch geben. So haben 40,7 % der Personen über 50, die gestellte Frage mit *stimme völlig zu*, beantwortet, während die Zustimmung bei den jüngeren befragten Personen niedriger ausfiel. (18-29jährige: 35,2% und 30-49jährige: 37,8%) Danach gefragt, das jetzige und das vorherige politische System zu beurteilen, ging die Beurteilung unabhängig vom Alter, eindeutig zu Gunsten des vorherigen Systems aus. Während insgesamt 20% der Befragten, das jetzige System als sehr schlecht (auf einer Skala von 1(schlecht) bis 10 (sehr gut)) beurteilten, und nur 1,5 % als sehr gut, verhielt es sich bei der Beurteilung des vorherigen Systems genau umgekehrt – 7,2 % beurteilten es als sehr schlecht und 19,5 als sehr gut. Auffällig ist wieder Mal das Ergebnis der Personen über 50, denn ihre höchst positive Beurteilung (10 auf der Skala) des vorherigen Systems fiel fast doppelt so hoch aus, als das Ergebnis der jüngeren befragten Personen. Die Zufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie in BiH folgt diesen Tendenzen, wobei über 60% aller Befragten nicht zufrieden oder gar nicht zufrieden sind mit den demokratischen Veränderungen. Die Tatsache, dass die Demokratie allgemein so einen großen Zuspruch findet, steht aber nicht unbedingt im Widerspruch zu Beurteilungen des jetzigen und des vorherigen politischen Systems, wie aus den Daten ersichtlich. Viele BürgerInnen in BiH sind der Auffassung, dass es gerade im jugoslawischen Kommunismus mehr demokratische Freiheiten und Rechte gab, als in der Gegenwart. Daher können diese Ergebnisse auch so interpretiert werden, dass die Mehrheit der Befragten, den Begriff der Demokratie mit ihren Freiheiten und Rechten in der Vergangenheit vor dem Krieg, bzw. mit einer nostalgischen Vorstellung davon, verbindet.

Denn, über 60% aller Befragten finden, dass die Menschenrechte in BiH gegenwärtig entweder wenig oder gar nicht respektiert werden, wobei junge Menschen unter 30 in der Beurteilung der Menschenrechte in BiH etwas kritischer sind als ältere Generationen. Ziehen wir in Bezug auf die Frage der Menschenrechte, zwei Fragen aus dem Themenbereich Religion und Moral, nämlich die Frage der Homosexualität und die Frage der Bestechlichkeit der Angestellten, ergeben sich einige Widersprüche. So sind 72,4 % aller Befragten der Meinung, dass Homosexualität nie gerechtfertigt werden kann, wobei sich der Prozentsatz mit dem Alter erwartungsgemäß steigert. Auch in Fragen der Bestechlichkeit der Angestellten ist eine große Mehrheit (85,5%) der Auffassung, dass dies nie gerechtfertigt ist. Andererseits, weiß jede/r KennerIn der Region, dass wenn es darauf ankommt, etwas (vermeintlich) wichtiges, erledigen zu müssen, keine/r der BürgerInnen BiHs, es scheut, Geld oder Präsent anzubieten oder anzunehmen. Möglicher Erkenntnisgewinn für die Messung der Qualität der Demokratie wäre beispielsweise, dass Korruption in dieser Region nicht vordergründig auf die Kriegswirtschaft und staatschwächende parallele Machtstrukturen politischer und wirtschaftlicher Eliten und schattenwirtschaftlicher Praktiken zurückzuführen ist, sondern dass sie ein integrativer Teil dieser Gesellschaften ist, so zu sagen in der Kultur verankert. Schenkungen aller Art, von privaten Hausbesuchen, über Arztbesuche bis hin zu Schenkungen der Apothekerin, des Metzgers etc. gehören zu diesem Kulturkreis auch aus Gründen der „Kultiviertheit und des guten Benehmens“. Nicht zuletzt ist die Denkweise geläufig, dass Schenkungen großen Einfluss auf den Geschenkten ausüben, und sie/er sich deshalb mehr für einen einsetzen würde. So zum Beispiel, eine/n Ärztin/Arzt aufsuchen, bedeutet oft automatisch, ihr/ihm ein Geschenk mitzunehmen, erstens – weil sich das so gehört, und zweitens – weil davon ausgegangen wird, dass die Ärzte, dann „besser“ ihrer Arbeit nachgehen werden.⁵³

Nachdem die Identifizierung mit dem Staat ein wichtiger Indikator für die Herausbildung der Staatsbürgerkultur ist, stellt sich gerade diese Problematik, als großes Hindernis in BiH dar. Danach gefragt, wie sie sich am besten beschreiben, nämlich als BürgerIn BiHs, als BosniakIn, als SerbIn oder KroatIn⁵⁴, antworteten 36,6 % aller Befragten, dass sie sich in erster Linie als BürgerIn BiHs sehen. Wird die Frage jedoch mit der Religion⁵⁵ kombiniert, ist ersichtlich, dass sich in erster Linie die Muslime als BürgerInnen BiHs sehen, weit

⁵³ Selbstverständlich spielen hierbei auch strukturelle Gegebenheiten eine Rolle, wie bei diesem konkreten Beispiel, eine zum Teil sehr schlechte Entlohnung der Ärzte.

⁵⁴ In der Umfrage wurde keine Rücksicht auf genderrelevante Unterscheidungen genommen, zumindest nicht in der schriftlichen Form.

⁵⁵ Gleichstellung der Religion und Nation ist in diesem Fall zulässig, da alle drei Nationen fast zu 100% mit der jeweiligen Religion korrelieren. (Bosniaken – muslimisch; Kroaten – römisch-katholisch; Serben – orthodox)

abgeschieden, die Katholiken, und ganz wenige Orthodoxe, beschreiben sich als BürgerInnen BiHs.

Bei der Umfrage, sowohl im Jahr 1998 als auch im Jahr 2001, waren von jeweils 1200 befragten Personen weit mehr als die Hälfte der Befragten,⁵⁶ der Überzeugung, dass in erster Linie die Regierung die Verantwortung tragen soll, damit es jedem Bürger besser geht. 28,7 % der Befragten im Jahr 1998 in BiH waren der Meinung, dass ausschließlich die Regierung⁵⁷ dafür die Verantwortung tragen soll, damit es jedem einzelnen besser geht. Gleichzeitig meinten nur 3,6 % der Befragten in BiH, dass zuerst jeder Einzelne für sich und eigenes Handeln die Verantwortung übernehmen soll. Die Eigenverantwortung des Bürgers wird somit gewissermaßen auf die Regierung abgewälzt. Dies könnte auch als Überbleibsel des vorherigen Systems interpretiert werden, in dem das emanzipatorische Denken und Eigenverantwortung nicht gerade wichtige Säulen des gesellschaftlichen Lebens dargestellt hatten. Im Jahr 2001 hat sich der Prozentsatz derer, die die Eigenverantwortung in den Vordergrund stellen, in BiH verdoppelt (7,2 %), während der Prozentsatz derjenigen, die meinten, die Regierung sollte die volle Verantwortung übernehmen, leicht zurückgegangen ist (von 28,7 auf 25,1 %). Daraus könnte abgelesen werden, dass die ziemlich weit verbreitete Verhaltensweise in dieser Region, nämlich die Abwälzung der Eigenverantwortung (sei es auf das Kollektiv, die Familie, die Regierung etc.), etwas abnimmt. Mit anderen Worten, könnte es auch interpretiert werden als leichte Bewegung vom Kollektivismus hin zum Individualismus und in weiterer Folge zu individuellen Menschenrechten und Freiheiten. Insofern könnte dies auch als eine leichte Bewegung hin zum Merkmal der demokratischen politischen Kultur gedeutet werden.⁵⁸ Betreffend der politischen Partizipation, wobei von einer breiter gefassten Definition der politischen Partizipation ausgegangen wird, die nämlich Mitgliedschaft und Mitarbeit im NGO Sektor berücksichtigt, als auch die unkonventionellen Formen, wie Gespräche mit Freunden über die Politik, ergeben die Umfragedaten ein fragwürdiges Ergebnis. Die Mitgliedschaft in einer NGO zu den lokalen Themen bzw. zu den Themen der Entwicklungsländer und der Menschenrechte, wie aus den Tabellen 11b und 11c ersichtlich, erwähnten nur 1,1 %, bzw. 0,2 % aller Befragten, was insofern die Annahme von einer nicht entwickelter Zivilgesellschaft bestätigt. 92,9 % aller Befragten äußerten sich aber auch nicht dazu, einer Partei anzugehören. Dieses Ergebnis ist insofern in Frage zu stellen,

⁵⁶ 72,4 % der Befragten im Jahr 1998 und 65 % der Befragten im Jahr 2001 (n=1200) nach der Aggregation der Daten auf der Skala von 6 bis 10.

⁵⁷ 28,7 % bzw. 36,6% gaben auf einer Skala von 1 bis 10, 10 Punkte für die Verantwortung der Regierung.

⁵⁸ An dieser Stelle soll aber auch nochmals auf die Schwächen solcher Umfragen hingewiesen werden. Es ist zum Beispiel höchst fraglich, in wie fern eine Stichprobe von 1200 Befragten in ganz Bosnien und Herzegowina als repräsentativ angesehen werden kann, vor allem, wenn man die Tatsache hinzuzieht, dass Bosnisch-herzegowinische Gesellschaft vor allem ein Vorzeichen trägt – „divided“!

wenn bekannt ist, dass dieses Thema allgemein als Tabu in BiH aufgefasst wird. Das bedeutet nicht, dass solche Informationen der Umgebung nicht bekannt sind, oder dass sie nicht geäußert werden, in einer Umgebung der Gleichgesinnten, allerdings werden solche Informationen Fremden gegenüber, nur selten mitgeteilt. Daher gehe ich davon aus, dass in diesem Fall das Ergebnis verzerrt wird. Als Bestätigung dafür kann auch die Einstellung der BürgerInnen zum Vertrauen in die Mitmenschen genommen werden, nachdem nur 15,8 % aller Befragten der Auffassung sind, dass den meisten Menschen vertraut werden kann. Das Vertrauen in die Organisationen ergibt folgendes Bild: ganz oben steht das Vertrauen in das Militär mit 60,7 %, dicht gefolgt von religiösen Institutionen mit 49,6% und Europäischer Union mit 48,2%. Die Presse und die Regierung teilen ähnliches Vertrauen der BürgerInnen mit 25%, bzw. 29,5%. Schlusslicht bilden die politischen Parteien mit knapp 15%. Die absolute Priorität sollte der Staat in den nächsten zehn Jahren auf die wirtschaftliche Entwicklung setzen. Sogar 83,7% aller Befragten finden, dass das hohe Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung, ganz oben auf der Prioritätsliste des Staates stehen soll. Zusammenfassend sieht das Ergebnis so aus:

- 72,9 % der Befragten reden oft oder zumindest ab und zu mit ihren Freunden über Politik;
- sie haben kein Vertrauen in ihre Mitmenschen;
- religiöse Organisationen und das Militär genießen größeres Vertrauen als die Regierung oder die EU;
- die Befragten nehmen kein Anteil an dem Ausbau der Zivilgesellschaft,
- weil sie auch der Meinung sind, dass in erster Linie, die Regierung dafür sorgen soll, dass es allen Menschen besser geht und
- daher auch die wirtschaftliche Entwicklung die absolute Priorität des Staates in den nächsten zehn Jahren sein soll
- es sind zudem keine großen Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Generationen bei diesen Fragen feststellbar.

Es stellt sich dann die Frage, warum so ein großer Anteil der Befragten, angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in BiH, sehr oder ziemlich glücklich zu sein scheint. 21,8 % gaben nämlich an, sehr glücklich und sogar 60,7 % aller Befragten, ziemlich glücklich zu sein. Dies kann auch als noch eine Bestätigung dafür genommen werden, dass Glück nicht unbedingt mit materiellen Werten oder demokratischen Gepflogenheiten zusammenhängt.

Im Zusammenhang mit dem Jahr der Datenerhebung von WVS muss hier darauf hingewiesen werden, dass sich einige Daten seit 2001 natürlich verändert haben. Vor allem aufgrund des

Stillstandes in der Politik seit 2006 hat sich die Frage der nationalen Identität oder auch der Beziehung zur EU oder OHR verändert.⁵⁹

4.6.2 Bertelsmann Transformationsindex

Bertelsmann Transformationsindex ist konstruiert, um die Entwicklung der demokratischen (Democracy Status) und wirtschaftlichen Transformation (Market Economy Status) in den Entwicklungs- und Transformationsländern wissenschaftlich zu erfassen. Die Reformpolitik der politischen Entscheidungsträger (Management Index) wird zusätzlich zur Analyse herangezogen. Die Daten wurden 2003, 2006 und 2008 für das jeweils vorhergehende Jahr zusammengetragen und in Form von Länderberichten als auch Regionalanalysen veröffentlicht. Zudem besteht noch die Möglichkeit, alle Daten im Bertelsmann Transformationsatlas miteinander zu vergleichen.

Im Folgenden soll zunächst ein Überblick über die Ergebnisse des Status Index⁶⁰ (Democracy Status + Market Economy Status) und des Management Index für Bosnien und Herzegowina gegeben werden. In einem zweiten Schritt wird dann explizit auf die Ergebnisse der politischen und gesellschaftlichen Integration eingegangen, nachdem diese Daten auch darüber Aufschluss geben, ob und in welchem Maße, die Grundregeln der Demokratie auch innerhalb einer Gesellschaft verankert sind. Außerdem sind, nach BTI, die mangelnde Rechtstaatlichkeit und unzureichende politische und gesellschaftliche Integration die größten Schwachpunkte der defekten Demokratien.⁶¹

Bosnien und Herzegowina zählt nach BTI zu 41 defekten Demokratien, wobei das Ranking unter den 125 Entwicklungs- und Transformationsländern, wie folgt aussieht:

- Democracy Status: Wert 6,7⁶², womit es Rang 48 bedeutet
- Market Economy Status: Wert 6,3, womit es Rang 49 bedeutet

⁵⁹ Neuere Umfragedaten sind zum Beispiel den UNDP Early Warning Reports zu entnehmen. So zum Beispiel möchte die große Mehrheit der befragten Serben (71,6%) die Zuständigkeiten des HR reduziert sehen, während die Bosniaken (82%) und die Kroaten (51%) sich wünschen, dass die Zuständigkeiten gleich bleiben, bzw. noch ausgeweitet werden. (UNDP 2008: 8) Während die Bosniaken (75 %) und Kroaten (62,2%) mit der Hoffnung auf den Beitritt zu EU blicken, sind Serben eher skeptisch (49,3%). (UNDP 2008: 16) UNDP (2008): Early Warning System. Fourth Quarterly Report – December 2008. Online: <http://www.undp.ba/index.aspx?PID=36&RID=84> [Zugriff: 27.03.2009]

⁶⁰ Die detaillierten Ergebnisse über die Werte der einzelnen Kriterien befinden sich im Anhang.

⁶¹ Überblick über BTI auch online verfügbar: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008): BTI 2008. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Online: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/BTI_2008_Broschuere_DE.pdf [Zugriff: 21.02.2009]

⁶² Die Bewertung folgt immer einer Skala zwischen 1 (nicht Erfüllung des Kriteriums) und 10 (die volle Erfüllung des Kriteriums).

- Status Index: Wert 6,5 womit es Rang 40 bedeutet
- Management Index: Wert 4,6 womit es Rang 81 bedeutet.

Wie schon auf den ersten Blick ersichtlich, kann BiH als nicht konsolidierte Demokratie bezeichnet werden. Das Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung nach Merkel⁶³, wobei die Konsolidierung in Institutionelle (Verfassung, Staat), Repräsentative (Parteien, Interessenverbände), Verhaltenskonsolidierung (Militär, Finanzkapital, Unternehmer etc.) und Konsolidierung einer Staatsbürgerkultur grob eingeteilt wird, zeigt unter anderem dass, die *„semi-autoritäre politische Kultur dem niedrigen demokratischen Standard der politischen Eliten entspricht“*. (Merkel 2007: 421) Im Folgenden sollen daher, die genaueren Daten betreffend der politischen und gesellschaftlichen Integration nach BTI vorgestellt werden.

Politische und gesellschaftliche Integration ist einer der fünf Indikatoren, die im Bertelsmann Transformationsindex zum Entwicklungsstand der politischen Transformation herangezogen wird.⁶⁴ Als Zielsetzung dieses Kriteriums wird die Existenz stabiler Repräsentationsmuster zur Vermittlung zwischen Gesellschaft und Staat, sowie einer gefestigten Bürgerkultur angenommen. Die Fragen, die zur Klassifikation herangezogen werden sind folgende (BTI 2008: 17):

1. *„Inwieweit existiert ein stabiles, moderates, gesellschaftlich verankertes Parteiensystem zur Artikulation und Aggregation gesellschaftlicher Interessen?“*
2. *Inwieweit existiert ein Netz kooperationsfähiger Verbände oder Interessengruppen zur Vermittlung zwischen Gesellschaft und politischem System?“*
3. *Wie groß ist die Zustimmung der Bürger zu demokratischen Normen und Verfahren?“*
4. *In welchem Maße sind die gesellschaftliche Selbstorganisation und der Aufbau von Sozialkapital vorangeschritten?“*

Die Klassifikation erfolgt durch die Beantwortung oben gestellter Fragen nach der Einschätzung der Ländergutachtern und einheimischen Experten, wobei die Kriterien mit

⁶³ Zu Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung siehe auch: Merkel, Wolfgang (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Osteuropa. In: Politische Vierteljahresschrift, 48. Jg. (2007), Heft 3, S. 413-433.

⁶⁴ Hier noch ein Mal die Aufschlüsselung der Indikatoren: 5 Kriterien zum Entwicklungsstand der politischen Transformation: Staatlichkeit, Politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität demokratischer Institutionen und Politische und gesellschaftliche Integration; 7 Kriterien zum Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau, Markt- und Wettbewerbsordnung, Währungs- und Preisstabilität, Privateigentum, Sozialordnung, Leistungsstärke der Volkswirtschaft und Nachhaltigkeit. (vgl. BTI 2008: 16-19)

Punkten bewertet werden. Zehn Punkte bezeichnen die volle Erfüllung, ein Punkt die Nicht-Erfüllung des Kriteriums.

Wie aus der Tabelle 19 ersichtlich, fanden im Untersuchungszeitraum 2006 und 2008 keine größeren Veränderungen statt. Wenn die Antworten, die für bestimmte Punktezahlen stehen herangezogen werden, werden die Ergebnisse noch deutlicher: Eine einzige Veränderung in der Beurteilung der Experten, und zwar eine negative Veränderung im Jahr 2008 bezogen auf das Jahr 2006, betreffend das Parteiensystem in Bosnien und Herzegowina.

Zusammenfassend sieht die Klassifizierung für Bosnien und Herzegowina, für den Untersuchungszeitraum 2006 und 2008 so aus (Democracy BTI 2008: 23-24):

- betreffend das Parteiensystem:

“Though fundamentally established and socially rooted, the party system is somewhat shaky: moderate fragmentation, moderate polarization, and moderate voter volatility.” (BiH 2006)

“There is an unstable party system with shallow roots in society: high fragmentation, moderate polarization, high voter volatility.” (BiH 2008)

- betreffend kooperationsfähiger Verbände oder Interessengruppen zur Vermittlung zwischen Gesellschaft und politischem System:

“The topography of interest groups is meagre, important social interests are underrepresented, the system of interest groups is dominated by only a few players, and there is a risk of polarization.” (BiH 2006, 2008)

- betreffend Zustimmung der Bürger zu demokratischen Normen und Verfahren

“Consent to democracy is moderate to high (50-70%), and political protests do not tend to call the constitutional framework into question.” (BiH 2006, 2008)

- betreffend gesellschaftliche Selbstorganisation und den Aufbau von Sozialkapital

“Self-organization in civil society encounters political, cultural, socioeconomic and other barriers; it is unevenly distributed or spontaneous and temporary; there is relatively low trust among the population.” (BiH 2006, 2008)

Das Parteiensystem⁶⁵ in Bosnien und Herzegowina ist immer noch stark durch ethnisch-nationale Gegensätze geprägt. In allen Wahlen seit 1990 fanden nur geringfügige Verschiebungen zwischen Parteien statt, was auf die Kongruenz von Nationszugehörigkeit und Wahlverhalten zurückgeführt werden kann. Es sind einzelne Persönlichkeiten welche die Parteilandschaft prägen, allerdings haben sämtliche (große) Parteien tief verwurzelte

⁶⁵ Die Zusammenfassung zu den Kriterien der politischen und gesellschaftlichen Integration folgt zur Gänze den Ergebnissen der Ländergutachten (BiH) des BTI für die Jahre 2003, 2006 und 2008, als auch BTA. Es soll dadurch aufgezeigt werden, welche Informationen die Länderexperten des BTI im Zusammenhang mit der politischen und gesellschaftlichen Integration als ganz besonders erwähnenswert finden. Online: www.bertelsmann-transformation-index.de [Zugriff: 09.02.2009]

Parteiinfrastrukturen entwickelt, und werden durch den Anspruch geprägt, eigene Nation zu vertreten. So gibt es innerhalb jeder Nation zwei oder drei größere Parteien und sehr viele kleinere, die durch die Beschaffenheit des Wahlsystems, auch wenn sie nicht die nötigen 3% für den Einzug ins Parlament erreichen, trotzdem ihre Sitze erhalten. So sitzen im *House of Representatives* gegenwärtig 42 Abgeordnete, aus insgesamt 12 Parteien. Dadurch dass sich jedoch die meisten Parteien, zuerst als die Repräsentanten ihres Volkes sehen, bleiben andere soziale Interessen der BürgerInnen, auf der Strecke. Die nationalistische Rhetorik wird oft benützt, nicht um zwischen Gesellschaft und Staat zu vermitteln, sondern vor allem, um die kontinuierliche Unterstützung in Form von Wiederwahl zu sichern.

Nicht-nationale Parteien sind schwach und werden durch die Schwäche zivilgesellschaftlicher Akteure noch mehr verschärft. Der zivilgesellschaftliche Sektor ist in BiH, wie auch viele andere Sektoren, durch ethnische Linien gekennzeichnet. Obwohl (oder vielleicht gerade deswegen) der zivilgesellschaftliche Sektor massive finanzielle Unterstützung von der Internationalen Gemeinschaft erhält, ist er gesellschaftlich kaum verankert. Die große Anzahl dieser Organisationen ändert auch nichts an der Funktionalität und Effektivität dieses Sektors. Gleichzeitig ist die Anzahl religiöser und nationaler Organisationen, die oft den ethnonationalen Parteien nahe stehen, beträchtlich und gesellschaftlich tief verankert.

Die Zustimmung zu Demokratie mit 50-70 %, ist relativ hoch, allerdings ist das Vertrauen in die demokratischen Institutionen sehr niedrig. Im Jahr 2002 durchgeführter Umfrage, zeigte sich, dass in beiden Entitäten größeres Vertrauen religiösen Institutionen und Militär geschenkt wird, als dem Parlament und der Regierung. Im Jahr 2006 durchgeführten Umfrage, begrüßte die Mehrheit der BürgerInnen die Reduktion der OHR- Zuständigkeiten, was als ein großer Fortschritt seit 2001 gewertet werden kann und als Zustimmung für die demokratischen Institutionen innerhalb des bosnisch-herzegowinischen politischen Systems. Denn im Jahr 2001, begrüßten noch mehrheitlich Kroaten und Serben die Reduktion der Zuständigkeiten des OHR, während die Bosniaken sich für mehr Zuständigkeiten aussprachen. Das Vertrauen in die Institutionen, als auch in die Mitmenschen, ist aber noch generell schwach. Somit leidet die Ausbildung des sozialen Kapitals auch darunter. Andererseits ist das Ausmaß an Misstrauen als auch das niedrige Niveau des sozialen Engagements nicht ungewöhnliches für die geteilten Nachkriegsgesellschaften. (BTA – BiH 2008)

Was diesen Ergebnissen noch hinzugefügt werden kann, ist die Tatsache, dass obwohl Selbstbestimmung zu den Kriterien der Demokratie gehört, die Fortschritte der

Demokratisierung in Bosnien und Herzegowina durch Fremdbestimmung zu verzeichnen waren. Die großen „nationalen“ Parteien, die zwar demokratisch gewählt wurden, besetzten die meisten Institutionen von Relevanz für das öffentliche Leben und *„führten damit die Herrschaftsstrukturen des sozialistischen Jugoslawien unter anderer ideologischer Ausrichtung fort.“* (vgl. Gromes/Moltmann/Schoch 2004: 9) Erst die stärkeren Eingriffe seitens OHR und anderer externer Akteure, auch wenn man hier definitiv von Fremdbestimmung sprechen muss, brachten mehr Licht in das Demokratiespiel in dieser post-war-society. Den externen Akteuren kann der Vorwurf gemacht werden, sie vermitteln demokratische Werte und Prinzipien mit undemokratischen Mitteln, andererseits ist es zu bezweifeln, dass die internen Akteure selbst es je geschafft hätten, dieses erreichte Mindestmass an demokratischen Rechten und Freiheiten zu garantieren. (vgl. Gromes 2007: 322) Was die gesamtbosnische Gesellschaft betrifft, so zeigen alle Untersuchungen – durch die nationale Homogenisierung, kann von einer gesamtbosnischen Gesellschaft nicht gesprochen werden. Die Zustimmung der Bürger zu demokratischen Normen und Verfahren ist in BiH relativ hoch, (50-70 %), gleichzeitig ist das Handeln der einzelnen BürgerInnen, aber tendenziell dieser Zustimmung entgegengesetzt. Mögliche Erklärung dafür liegt darin, dass der Begriff der Demokratie für den einzelnen Bürger, in erster Linie etwas bezeichnet, was eher mit positiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Zusammenhang gebracht wird, ohne dass die eigene, also individuelle Rolle dabei berücksichtigt wird. Mit anderen Worten, Demokratie wird vielleicht verstanden als etwas, was andere (Regierung, Int. Gemeinschaft, NGOs) installieren sollen und wonach es jedem einzelnen aber, besser gehen soll. Individuelle Verantwortung wird abgewälzt, man entlässt sich so zu sagen selbst in die Unmündigkeit.

5 Praxisfeld – Über die subjektive Seite der Demokratie

Meine Forschung über die *subjektive Seite der Politik* in Bosnien und Herzegowina begann vor etwa zwei und halb Jahren. Der Grund, einen kulturalistischen Zugang zu wählen, war erstens die Tatsache, dass nationale und religiöse Identität in BiH eine äußerst wichtige Rolle spielen, die alle Lebensbereiche der BürgerInnen, somit auch die Politik und die politische Kultur direkt oder indirekt beeinflussen. Zweitens wird die gemeinsame Sozialisierung im vorherigen politischen System herangezogen, ist ersichtlich dass mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede im politischen Handeln der BürgerInnen aller drei Völker⁶⁶ feststellbar sind. Diese Behauptung wird jedoch nicht so ohne weiteres von BürgerInnen BiHs hingenommen, da die Homogenisierung der Gesellschaft generell nur wenige Gemeinsamkeiten zulässt. Dabei darf nicht die Tatsache vernachlässigt werden, dass während der Feldforschung, die nationale oder religiöse Identifizierung der ForscherInnen selbst, sofern sie aus Bosnien und Herzegowina stammen, auch eine Rolle spielt in Bezug auf die Kommunikation mit den Forschungssubjekten. Andererseits, muss die Selbstwahrnehmung bezüglich der nationalen Identität nicht zwangsläufig der Fremdwahrnehmung entsprechen. Das bedeutet für den ethnomethodologischen Zugang in Bosnien und Herzegowina, dass es in Bezug auf die Kommunikation allgemein zu verschiedenen Ergebnissen kommen kann, je nach dem, wer die ForscherInnen sind und wer die Subjekte der Forschung sind. Das Vertrauen spielt bei der Kommunikation eine erhebliche Rolle.

5.1 Ethnologischer Ansatz und die Subjektivität

Harold Garfinkel, Begründer und Hauptvertreter der Ethnomethodologie, soll einmal gesagt haben: „*Ethnomethodologie kann man nicht erklären, man muss sie anwenden.*“ (vgl. Richter 2002: 105) So kann als der erste Schritt ethnomethodologischer Forschung das Beobachten, Zuhören und Erstellen von Protokollen gelten. Ein großer Teil, der hier zusammengetragenen Ergebnissen beruht auf genau diesen drei Säulen: intensive Beobachtung vor Ort, aktives Zuhören und Nachfragen, und Erstellen von Notizen während der zahlreichen Aufenthalte in BiH in den letzten zwei und halb Jahren. Der Aufenthalt in Sarajevo von Mai bis Dezember 2008 und die Leitfadeninterviews mit jungen Menschen, am Ende dieses Aufenthaltes, bauten auch auf den Ergebnissen der bisherigen eigenen Forschung auf, d.h. auf der teilnehmenden

⁶⁶ In BiH leben natürlich nicht nur diese drei Völker, alle anderen Nationalitäten werden jedoch unter „Andere“ zusammengefasst und stellen im ganzen Land eine Minderheit dar (weniger als 10% der Gesamtbevölkerung).

Beobachtung. Daher soll hier in Kürze auf die Ethnomethodologie als Disziplin eingegangen werden.

Die Ethnomethodologie definiert sich als ein

„[...]soziologischer Untersuchungsansatz, der soziale Ordnung bis in die Verästelungen alltäglicher Situationen hinein, als eine methodisch generierte Hervorbringung der Mitglieder einer Gesellschaft versteht und dessen Ziel es ist, die Prinzipien und Mechanismen zu bestimmen, mittels deren die Handelnden in ihrem Handeln die sinnhafte Strukturierung und Ordnung dessen herstellen, was um sie vorgeht und was sie in der sozialen Interaktion mit anderen selbst äußern und tun.“
(Bergmann 2007: 119)

Das Alltagswissen, Sinnübereinstimmung, Indexikalität, Vagheit von Ausdrücken und soziale Ordnung sind einige der Charakteristika der Ethnomethodologie. Sie konzentriert sich also auf *Alltagswissen*, womit das Wissen über Deutungsrouinen, über Regeln und Strukturen der Situationen im Alltag gemeint ist. Dieses Alltagswissen unterstellt nach Garfinkel eine *Sinnübereinstimmung*. Das bedeutet dass, der Sprechende die Erwartung hat, dass der Zuhörer dem Gesagten genau den Sinn zuschreiben wird, den er dem Gesagten selbst zuschreibt. Diese Erwartungen beruhen natürlich auf der Gegenseitigkeit und sind gleichzeitig leicht störbar. (vgl. Richter 2007: 106) Garfinkel konnte durch sog. *Krisenexperimente*⁶⁷ zeigen, wie zerbrechlich die Kommunikation bereits im normalen Alltag sein kann. (vgl. Richter 2007: 106; Bohnsack 2007: 18; Flick et. al. 2007: 15; 58-59) Aus dem offensichtlichen Bedürfnis danach, Ordnung im Chaos herzustellen (Patzelt 1987 zit. nach Richter 2007: 107), neigen die Menschen oft dazu, auch in einem ganz zufälligen Verhalten, Regeln zu entdecken. In weiterer Folge, konzentriert sich die Ethnomethodologie auf die *Indexikalität*, was soviel bedeutet, dass ein Satz nur in der Situation interpretiert werden kann, in der er fällt.

„Die Indexikalität erscheint in „Gelegenheitsausdrücken“ (indexikalischen Ausdrücken). Darunter verstehen wir solche Ausdrücke, deren Bedeutung nicht verstanden werden kann, ohne notwendigerweise über Folgendes etwas wissen oder annehmen zu müssen: über die Lebensgeschichte, die biographische Situation des Benutzers, eines Gelegenheitsausdrucks, über seine Absichten, über die Situation, in der der Ausdruck fällt oder über die besonderen Beziehungen zwischen einer Sprecherin und dem Hörer. Solche indexikalischen Ausdrücke sind z.B. hier, jetzt, dies, das, es, ich, er, du, dort, dann, bald.“ (Richter 2007: 107)

⁶⁷ Ein bekanntes Beispiel des Krisenexperimentes von Garfinkel ist, die bewusste Störung der Alltagskommunikation zu Hause, wenn ein Familienmitglied sich zu Hause eine gewisse Zeit lang, so verhält, als ob sie/er ein/e Fremde/r wäre. Wenn er/sie, zum Beispiel danach fragt, wo sich die Handtücher befinden, oder ob sie/er sich ein Glas Milch zu trinken nehmen dürfte.

Neben den indexikalischen Ausdrücken, spielen die *vagen Ausdrücke* in der Ethnomethodologie eine wichtige Rolle. So zum Beispiel, wenn eine Freundin behauptet, die Schuhe, die wir gerade gekauft haben, cool seien, werden wir selten fragen was konkret sie damit meint. Wir gehen davon aus, dass dies positiv aufzufassen ist, auch wenn wir vielleicht die Schuhe wegen der Bequemlichkeit cool bezeichnen, und die Freundin, die Schuhe wegen der Eleganz cool bezeichnet. Die vagen Ausdrücke werden zumeist akzeptiert und es wird unterstellt, dass man das Gleiche meint. Nun, funktioniert die Sinnübereinstimmung und gegenseitiges Verständnis der indexikalischen und vagen Ausdrücke kann es zur sozialen Ordnung kommen. (vgl. Richter 2007: 108)

„Soziale Ordnung ist ein komplexes Gefüge stabil wechselseitig aufeinander bezogener Sinndeutungen und Handlungen. Sie bezeichnet die stabile soziale Wirklichkeit und ist ein mögliches Ergebnis der Konstruktion von Wirklichkeit. Die soziale Ordnung ist kein inhaltlicher Begriff, der etwas Positives meint, sondern ein formaler Begriff, der sagt, dass das Leben relativ reibungslos funktioniert. [...] Als soziale Wirklichkeit wird die Hervorbringung sinnhaft aufeinander bezogener Handlungen gefasst, wobei die Personen Wirklichkeitskonstrukteure sind.“ (Richter 2007: 108)

Es wird grundlegend vonseiten der Phänomenologie, des Symbolischen Interaktionismus und der Ethnowissenschaften problematisiert, ob sich

[...] „Beobachter und Beobachteter, Interviewer und Befragter überhaupt so ohne weiteres verstehen, zumal sie häufig unterschiedlichen sozialen Welten, unterschiedlichen Subkulturen oder Milieus angehören, unterschiedlich sozialisiert sind und somit in unterschiedlichen Sprachen reden. Auch wenn Syntax, also Grammatik und Wortschatz, dieselben sind, also z.B. beide die deutsche Sprache sprechen, ist die Semantik, also der mit der sprachlichen Äußerung verbundene Sinngehalt unterschiedlich.“ (Bohnsack 2007: 18)

Auf jeden Fall aber wird in der Ethnomethodologie die Vorstellung vertreten, dass Mitglieder einer Gesellschaft in Interaktion mit anderen soziale Wirklichkeiten aktiv gestalten. Garfinkel ging davon aus, dass sie in ihrem *„Verhalten und Handeln sich nicht passiv ihren sozialisierten Bedürfnissystemen, internalisierten Normen, sozialen Zwängen etc. unterwerfen“*, sondern *„in Interaktion mit anderen die soziale Wirklichkeit fortwährend als einen sinnhaften Handlungszusammenhang hervorbringen“*. (Bergmann 2007: 120)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die ForscherInnen sich bei dem ethnomethodologischen Zugang, immer der Tatsache bewusst sind, dass sie ab dem Moment, wo sie mit den Subjekten ihrer Forschung in Kontakt treten, ein Teil dieses gesellschaftlichen Umfeldes werden, der sich alleine aufgrund ihrer Präsenz, ändert. Andererseits, dieser Prozess ist keine Einbahnstrasse. Das heißt, die Subjekte der Forschung üben genauso einen Einfluss

auf die ForscherInnen aus. Manchmal offenbaren sogar das Thema und die Art des ethnomethodologischen Zugangs mehr über die ForscherInnen selbst als über die Subjekte ihrer Forschung. So kann diese Art des Forschungszugangs von Anfang bis zum Schluss auch als ein sehr subjektiver Prozess angesehen werden. (vgl. Halilovich 2008: 166) In Bezug auf die Gespräche und Interviews in Bosnien und Herzegowina gibt es a priori einen Unterschied wie die ForscherInnen selbst von den Subjekten ihrer Forschung eingeschätzt werden in Bezug auf die nationale oder religiöse Zugehörigkeit und in zweiter Linie in Bezug auf die Einstellung zu den Themen des Krieges. Erst wenn eine gewisse Vertrauensbasis diesbezüglich aufgebaut wird, ist es zum Beispiel möglich, auch die Kritik an den gängigen *mainstream* Einstellungen des eigenen Kollektivs mitgeteilt zu bekommen.

5.2 Vom (Ver)trauen und (Vor)urteilen: Einige Anmerkungen zu Rolle der Identität und der Sprache in BiH

Wie im Kapitel 4. schon ausführlich behandelt, trägt die Gesellschaft in Bosnien und Herzegowina seit dem Dayton - Friedensvertrag bis heute vor allem ein Vorzeichen: *divided*. Nicht nur das Vertrauen zwischen den Völkern ist gering, auch das Vertrauen in die Mitmenschen ist äußerst gering. Lediglich 15,8 % von den Befragten 1185 Personen in BiH, stimmten der Aussage zu, dass man seinen Mitmenschen in der Regel trauen könnte.⁶⁸ Dementsprechend gestaltet sich die Kommunikation zwischen zwei unbekannten Gesprächspartner, die zudem, einander nach der nationalen Zugehörigkeit nicht einschätzen können⁶⁹, äußerst vorsichtig. In manchen Fällen gar äußerst unehrlich nach dem Motto – es wird gesagt, was geglaubt wird, das die/der Andere hören möchte. Erst wenn eine gewisse Vertrauensbasis geschaffen wurde, kann das Gespräch zum Teil vertieft werden. Pluralität der Meinungen und *gepflegte* Diskussionen (argumentative und keine emotionale Gesprächsführung) zwischen Angehörigen verschiedener Nationalitäten (vorausgesetzt sie haben den Krieg nicht auf der „gleichen Seite“ erlebt) sind äußerst selten, wenn es um Fragen der Vergangenheit, des Krieges oder der gegenwärtigen Politik geht. Ist eine/r bemüht, der Konfrontation völlig aus dem Weg zu gehen, beruht die Einigung zumeist auf Floskeln wie – „Schau, was sie uns angetan haben, unsere Politiker?!“ oder „Tito ist der Beste“⁷⁰!

⁶⁸ Vergleiche die Tabelle 13 im Anhang.

⁶⁹ Zum Beispiel aufgrund des Vor- oder Nachnamens, der Aussprache, oder aufgrund der sichtlichen Symbolik – beispielsweise ein Kreuz oder Halbmond und Stern als Anhänger an der Kette etc.

⁷⁰ Tito je zakon! – Genaue Übersetzung – Tito ist das Gesetz! Dieser Satz wird verwendet um einerseits Titos Politik der Gleichheit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern in Ex-Jugoslawien anzudeuten und andererseits seine harten Maßnahmen den politisch Nichtgleichgesinnten (v.a. Nationalisten) gegenüber.

In diesem Kontext müssen auch meine Recherchen der letzten Jahre gesehen werden. Meine Gesprächs- und Interviewpartner waren bei den Gesprächen oft bemüht, mich einer gewissen Volksgruppe zuzuteilen, und ich selbst bin öfters als erwartet, in die Vorurteilsfalle in Bezug auf verschiedene Religionen und Nationalitäten getappt.

Die Sprache, als ein Teil dieser *einen Identität*, spielte eine Rolle bei der Recherche, und zwar insofern, als das alleine aufgrund der „falschen“ Bezeichnung der Sprache schon mit der Distanz der Interview- oder Gesprächspartner gerechnet werden konnte. Dadurch mussten solche „Fehler“ meinerseits so gut wie möglich vermieden werden, damit es nicht als Provokation aufgefasst wird und sich in weiterer Folge auf das Gespräch auswirkt. Die Komplexität und Besonderheit dieser Verbindung von Sprache und Identität in BiH lässt sich nicht leicht erklären, auch wenn bekannt ist, dass die Sprache allgemein eine wichtige Rolle bei der Identitätsbildung spielt. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich aus der Tatsache heraus, dass es sehr viel mit subjektivem Empfinden zu tun hat, wie die Sprache, die eine/r in Bosnien und Herzegowina spricht, bezeichnet wird. So zum Beispiel behaupten noch immer einige BürgerInnen in BiH, dass ihre Muttersprache, weder Kroatisch, noch Bosnisch, noch Serbisch, sondern Serbokroatisch sei. Ein anderes Beispiel stellen die Serben und Kroaten in Bosnien dar, die serbische bzw. kroatische Sprache sprechen, jedoch in Serbien bzw. Kroatien sofort an der Aussprache erkannt werden als Serben bzw. Kroaten aus Bosnien und Herzegowina. Oder die Bosniaken aus Sandzak (Serbien), die behaupten die bosnische Sprache zu sprechen, dabei aber *ekavica* (serbische Aussprache in Serbien) benutzen. Es können so unzählige Beispiele genannt werden, und genauso viele Rechtfertigungen der jeweiligen „communities“, auf was die sprachlichen Unterschiede oder Gemeinsamkeiten zurückzuführen sind. Daher wird in dieser Arbeit nicht weiter Rücksicht darauf genommen. Worauf aber Rücksicht genommen werden muss, ist die Existenz der verschiedenen Identitäten, aufgebaut auf der nationalen Zugehörigkeit und der jeweiligen Sprache. Die Angst der Menschen und ihre Distanz *den Anderen* gegenüber, ohne normative Wertung, muss als solche, bei jeder Forschung wahrgenommen werden. Andererseits spielen natürlich die Vorurteile eine große Rolle sowohl im sprachlichen Austausch, als auch in Bezug auf Handlungen. So spielt es aufgrund der Vorurteile, fast immer eine Rolle welchem Volke jemand zugehörig ist, wenn es um das Vertrauen geht. Nicht selten bekommt eine/r in Bosnien und Herzegowina zu hören – er/sie ist ein „Mischling“ oder Serbe/Kroate/Bosniake/Jude, *aber* er/sie ist in Ordnung.⁷¹ Als ob dieses eine Volk allgemein

⁷¹ Ausländer, also Nicht-Ex-Jugoslawen werden, nebenbei bemerkt, auf einer anderen Stufe „beurteilt“. Dieses Verhältnis ist niemals so hoch emotional geladen, wie das Verhältnis der Völker untereinander. Hier kann eher von einer Gleichgültigkeit gegenüber Ausländern gesprochen werden.

„nicht in Ordnung wäre“, aber es gibt so zu sagen „Ausnahmen“. Ähnliche Erfahrungen habe ich selbst als „Ausländerin“ in Wien gemacht. Nicht selten wurde mir mitgeteilt, wie *anders* ich doch bin, weil ich die Sprache spreche, fleißig bin, etc., und daher *in Ordnung*. Unzählige Vorurteile, lassen sich aus solchen Aussagen herausarbeiten, jedoch sagt das auch aus, dass ein/e Fremde/r eher respektiert und akzeptiert wird, wenn sie/er sich der neuen Umgebung, so gut und so schnell wie möglich, anpasst. Ohne jetzt auf die Integrationsdebatte eingehen zu wollen, sei nur am Rande erwähnt, dass dieser Prozess der „Anpassung“ in BiH nicht viel anders funktioniert als in Österreich zum Beispiel. Bedenklich ist jedoch die Tatsache, dass sich Bosnier und Herzegowiner in ihrem eigenem Lande gezwungen sehen, sich der Mehrheit der Bosniaken, der Serben oder der Kroaten anzupassen.

Das Vertrauen in religiöse Institutionen andererseits kann neben der gemeinsamen jugoslawischen politischen Sozialisierung⁷² als die wichtigste Gemeinsamkeit der Völker in BiH, in Bezug auf ihre politische Kultur gedeutet werden. Das Vertrauen in religiöse Institutionen ist bei allen drei Völkern größer als in das Parlament oder die Regierung oder gar die politischen Parteien.⁷³ Die wichtige Rolle, die die Religion in der bosnisch-herzegowinischen Gesellschaft heutzutage einnimmt, ist oft das Gegenstand der Kritik. Obwohl sich Bosnien und Herzegowina als säkularer Staat versteht, sind sowohl die islamische Glaubensgemeinschaft, die serbisch-orthodoxe Kirche als auch die katholische Kirche *„zentrale Identitätsstiftende aber auch gesellschaftstrennende Schlüsselfaktoren“* und das Verhältnis zwischen Religion und Politik kann nicht anders als *„äußerst problematisch“* beschrieben werden (Krause 2006: 2).⁷⁴

Die Auseinandersetzung mit der (kollektiven) Erinnerung, Sprache, Religion und Vorurteilen im Zuge dieser Arbeit konnte nicht völlig ignoriert werden, da diese Elemente, zentrale Bausteine der heutigen bosniakischen, kroatischen und serbischen Identität in BiH darstellen. Im Zuge meiner Recherche suchte ich nach einem Weg, mit den Menschen in BiH über die Politik, Demokratie und Menschenrechte zu sprechen, ohne der jeweiligen Religion oder Nationalität explizit Bedeutung beizumessen, d.h. sie direkt darauf anzusprechen. Allerdings machte ich die Erfahrung, wie bereits in der Einleitung der Arbeit angesprochen, dass die Identität (beruhend auf den oben genannten Aspekten) immer in das Gespräch einfließt, implizit oder explizit. Die „mainstream“- Einstellung des eigenen Kollektivs zu gewissen

⁷² Sozialisierung wird definiert als *„Übernahme der (typischen) Verhaltensweisen, Meinungen und Werthaltungen einer Gruppe durch ein Individuum. Jedes Mal, wenn sich ein Individuum den Standards einer Gruppe anpassen muss, findet ein Sozialisierungsprozess statt.“* (Herkner 2001: 41)

⁷³ Vergleiche auch die Tabellen 14a bis 14f im Anhang.

⁷⁴ Krause, C. Christina (2006): Wahlkampf in Bosnien und Herzegowina. Länderberichte. Konrad Adenauer Stiftung. Online: http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_9250_1.pdf [Zugriff: 10.03.2009]

Aspekten der politischen oder gesellschaftlichen Vergangenheit, spielt mal mehr mal weniger, aber sie spielt immer eine Rolle, bei den eigenen Einstellungen zu politischer oder gesellschaftlicher Gegenwart. Das heißt, dass obwohl ich zum Beispiel explizit die Frage der Religion und Nationalität bei den Interviews oder Gesprächen weggelassen habe, ich mir der Tatsache bewusst war, dass diese Aspekte implizit in die Antworten hineinfließen werden. Bezüglich der Bezeichnung der Sprache in der Konversation mit einem Kroaten beispielsweise, habe ich aus Respekt gegenüber dem Gesprächspartner, darauf geachtet, die Sprache in der wir uns unterhalten nicht bosnisch oder serbisch zu bezeichnen etc. Diese Vorgehensweise hat noch einen allgemeinen Grund, nämlich Vermeidung von Grundsatzdiskussionen über die jeweilige Sprache, die eventuell zu erwarten gewesen wären. Da solche Diskussionen für meine Forschungsfragen eher unwesentlich sind, habe ich sie bewusst gemieden.

5.3 Ergebnisse der eigenen Forschung

Die Konzentration meiner Forschung auf die Jugend⁷⁵ geht nicht ausschließlich auf die Tatsache zurück, dass junge Menschen in der EZA als „*Hoffnungsträger für Prozesse der Versöhnung*“ (Fischer 2007: 2) in den Nachkriegsgesellschaften identifiziert wurden, auch wenn ich selber dazu neige, immer nach Handlungsperspektiven zu suchen, die die „*Asymmetrie der Erinnerung*“ (Assmann 2006: 71) in BiH aufbrechen können. Es geht auch auf die Tatsache zurück, dass zwischen Jänner 1996 und Ende März 2001, 92. 000 junger Menschen das Land verlassen haben (UNDP 2002: 42⁷⁶), und nach einer Studie des UNDP über die Jugend (UNDP 2000: 7)⁷⁷ haben 62% der jungen Menschen immerhin den Wunsch geäußert haben BiH zu verlassen, sollte sich eine Gelegenheit bieten. Aus den Gesprächen mit Freunden und Bekannten in BiH, kann ich diese Tendenz als noch immer aktuell, bestätigen. Abgesehen von dem Brain Drain, ist auch die Tatsache, dass der Anteil der unter 30jährigen bei den allgemeinen Wahlen im Jahr 2006 in ganz Bosnien und Herzegowina nicht einmal 50 % (46,88%) ausgemacht hat, besorgniserregend. (CIK BiH: 2006⁷⁸) Zehra Kacapor konnte in

⁷⁵ Nach den UN Resolutionen Nr. 40/14 1985 und 50/81 1995 wird Jugend als die Altersgruppe zwischen 14 und 25 definiert. Aufgrund des Krieges in Bosnien und Herzegowina und dessen Einfluss auf junge Menschen, ist die Definition der Jugend in BiH etwas flexibler. Die Altersspanne auf die sich die Studien über die Jugend in BiH beziehen, ist zwischen 15 und 30. Vgl. UNDP Youth in BiH 2003: 7 Online:

<http://www.undp.ba/index.aspx?PID=36&RID=11> [Zugriff: 04.02.2008]

⁷⁶ National Human Development Report (N HDR) 2002. Online:

<http://www.undp.ba/index.aspx?PID=36&RID=6> [Zugriff: 04.02.2008]

⁷⁷ UNDP HDR 2000 Youth, Prism Research, Sarajevo.

⁷⁸ Centralna Izborna Komisija (CIK) Online:

<http://www.izbori.ba/default.asp?col=Statistika&Path=2006Rezultati> [Zugriff: 04.02.2008]

ihrer Diplomarbeit: *“Should I Stay or Should I go? – The Prospects of the Youth in the BiH Transitions”* auf der Universität Sarajevo im Jahr 2003 zeigen, dass ein Grossteil junger Menschen weder weiß, wie das politische System in BiH funktioniert, noch sind sie sich ihrer eigenen Rechte bewusst. (UNDP 2003: 22f) Von 1000 befragten jungen Menschen in ganz BiH sind 44% der Meinung, dass junge Menschen nur wenig Einfluss auf die politischen Ereignisse in BiH haben, während 50 % der Meinung sind, sie hätten gar keinen Einfluss. Mit dem Einfluss auf die Entscheidungen auf dem lokalen Niveau, schaut es nach der Einschätzung der Befragten, nicht viel anders aus: 47 % meinen nur wenig Einfluss, 46 % meinen gar keinen Einfluss, auf die politischen Entscheidungen auf dem lokalen Niveau zu haben. (UNDP 2003: 23) Diese Tatsache führt dazu, dass sich die Jugend marginalisiert sieht und nur wenig politisch und gesellschaftlich partizipiert.

Durch die eigene teilnehmende Beobachtung in verschiedenen Städten in BiH seit dem Jahr 2006 und mehrmonatige Aufenthalte habe ich jedoch den Eindruck gewonnen, dass gerade junge Menschen mit höherer Bildung tendenziell den Nationalismus und die Spaltung des Landes verurteilen. Sie sind öfters bereit, eigene Volksgruppe zu kritisieren und nehmen entschiedener Abstand von der nationalistischen Politik. „Zwischennationale“ Beziehungen und Freundschaften sind keine Seltenheit. Die Familie stellt jedoch oft eine unüberbrückbare Hürde, was aber nicht bedeutet, dass heutzutage gar keine „zwischennationalen“ Ehen geschlossen werden. Sie sind jedoch sehr selten. Junge Menschen sehen sich oft zerrissen zwischen den traditionellen Vorgaben der Familie und eigenen Wünschen. Ich konnte aber auch beobachten, dass gerade politische Einstellungen junger Menschen und ihr politisches Verhalten oft sehr auseinander klaffen, und zwar insofern als dass sie privat Nationalismus zwar verurteilen, schlussendlich aber eine nationalistische Partei wählen, bzw. Mitglied in der Partei werden. Nach genauer Beobachtung stellte sich immer wieder heraus, dass sie auf der Suche nach einem Job oder für die Prüfung auf der Universität sich ihre Chancen besser ausrechnen, wenn sie sich politisch komod zeigen. Auf der Suche nach besseren Lebensumständen entscheiden sie sich oft für diesen Weg. Vielleicht ist das auch teilweise die Erklärung, warum die Mehrheit der jungen Menschen den Wunsch hat BiH zu verlassen – vielleicht um endlich Einstellungen und Verhalten in Einklang zu bringen. Sie haben nicht das Gefühl in ihrem Land die treibende Kraft zu sein, sondern, dass sie eher die unterwürfige Gefolgschaft darstellen, was natürlich auf strukturelle Missstände in diesem Land hindeutet.

Als ich das Tutorium Transdisziplinäre Entwicklungsforschung im WS 2006/07 und SS 2007 leitete, hatte ich die Gelegenheit mit Wiener StudentInnen sehr viele spannende Gespräche, über Demokratie und Demokratisierung zu führen. Ihre kreativen Einfälle in Bezug auf die Handlungsperspektiven in BiH stellten mich immer wieder vor eine Frage: Was sehen sie anders in Bezug auf BiH als meine Landsleute in der Lehrveranstaltung und ich, dass sie dazu verleitet auf solche, zum Teil sehr gute Vorschläge zu kommen? Natürlich hatten sie zum einen, den Vorteil der Unvoreingenommenheit und zum anderen, auf Grund der Distanz zu den Themen des Krieges in Ex-Jugoslawien, den Vorteil der größeren emotionalen Objektivität und daraus richtig geleiteten Fragestellungen. Aber eine noch wesentlichere Rolle schien etwas anderes zu spielen: Sie nahmen sowohl Demokratie als Regierungsform, als auch demokratische politische Kultur, die unter anderem durch „*individuelle Freiheitsrechte, eine Abneigung gegenüber Gewalt, Minderheitenschutz oder Werte- und Interessenpluralismus*“ (Bonacker/Imbusch 2005: 137) gekennzeichnet ist, als etwas Selbstverständliches wahr. Meine Landsleute und ich jedoch sind auch mit den Inhalten Titos Politik vertraut. Seine Politik bezogen auf beispielsweise, nationalistische Ideologien zeigte keine demokratischen Züge, sondern war gekennzeichnet durch autoritäre Methoden. Heutzutage sind Titos Gegner von damals zu einem großen Teil, diejenigen, die am meisten von der Demokratie in Ex-Jugoslawien profitieren. Sie haben endlich die Möglichkeit, aufgrund demokratischer Freiheiten, für ihre Ideologie frei zu werben. Daher sehen es viele meiner Landsleute und ich als *bessere Methode*, in etwas undemokratischer Manier, die nationalistische Propaganda, per Gesetz zu verbieten und harte Strafen zu verhängen, als darauf zu warten, dass das Volk emanzipiert und sich dieser Ideologie bei den Wahlen entschieden entgegenstellt. Solche Einstellungen sind natürlich das Resultat der Sozialisation in einem anderen System als dem demokratischen, wobei es auch eine Rolle spielt, ob der jugoslawische Kommunismus vor dem Zerfall Jugoslawiens, in der Familie als Freiheit oder Gefängnis erlebt wurde.

Diese unterschiedliche Herangehensweise meiner KollegInnen in der Lehrveranstaltung, Ex-Jugoslawen einerseits und allen anderen andererseits, an die Analyse der gleichen festgestellten Probleme in BiH, hat mich dazu bewogen ihre Wahrnehmung der gesellschaftlichen und politischen Gegenwart in BiH genauer zu analysieren. Der Hintergedanke besteht dabei darin, eventuelle strukturelle Unterschiede in der Wahrnehmung von Demokratie und demokratischen Normen zwischen junger Menschen in BiH und ihrer

Realität und junger Menschen in Wien und ihrer Wahrnehmung der bosnisch-herzegowinischen Realität zu entdecken.

Im folgenden Kapitel werde ich daher auf die verschiedenen Methoden der eigenen Datengewinnung eingehen, die sich auf die letzten zwei und halb Jahre beziehen. Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst. Sie dienen auch, neben den Daten des WVS und BTI, als die Basis für die Leitfadeninterviews, die ich zum Schluss des Aufenthaltes in Sarajevo geführt habe. Zwecks der Übersicht sind hier alle Datenquellen aufgezählt, die ich herangezogen habe:

- Mehrmonatigen Aufenthalte in BiH seit 2006 und teilnehmende Beobachtung
- Diskussionen im Tutorium
- Exkursionen
- Schriftliche Abschlussreflexionen der TeilnehmerInnen
- Gespräche und Interviews während der Exkursionen und während des Aufenthaltes mit MitarbeiternInnen verschiedener NGOs, Bildungsinstitutionen und Regierungsorganisationen, politischen Parteien, Botschaftern etc.
- Gespräche mit Freunden und Bekannten in Sarajevo, Banja Luka und Mostar
- Interviews mit jungen Menschen mit höherer Bildung in Sarajevo über ihre Einstellungen zu Demokratie, Partizipation und Co.
- E-Mail Korrespondenz mit der gleichen Gruppe, Feedback.

5.3.1 Tutorium Transdisziplinäre Entwicklungsforschung

Im WS 2006/07 und SS 2007 hatte ich die Gelegenheit, das Tutorium *Transdisziplinäre Entwicklungsforschung* zu führen. Schwerpunkt der Lehrveranstaltung war es ein Praxisfeld (in meinem Fall war das Praxisfeld Bosnien und Herzegowina) aus dem Blickwinkel polit-ökonomischer Entwicklungstheorien zu analysieren. Die TeilnehmerInnen (insgesamt 42 StudentInnen) der Lehrveranstaltung waren vorwiegend StudentInnen der Internationalen Entwicklung und der Politikwissenschaften.

Die Kenntnisse der StudentInnen über das Land Bosnien und Herzegowina reichten anfangs von gar keinen Kenntnissen, bis sehr guten Kenntnissen. Im Laufe der Lehrveranstaltung konnte ich allerdings beide Male große Fortschritte feststellen, was in erster Linie an steigendem Interesse der StudentInnen für dieses „Laboratorium der zivilen und

militärischen Konfliktbearbeitung“⁷⁹ zurückzuführen ist. Es gab allerdings noch eine wichtige Unterscheidung zwischen den StudentInnen in Bezug auf den Lernprozess – es gab in der ersten Gruppe vier StudentInnen aus dem Raum des ehemaligen Jugoslawiens und in der zweiten Gruppe eine Studentin. Bei den Diskussionen und schriftlichen Kommentaren, die sie verfassten, fiel mir auf, wie sehr ihre unterschiedliche Herangehensweise und Verständnis von Transition in BiH anfänglich zu noch mehr Verwirrtheit bei jeder/m einzelnen geführt hat. Sie verstanden es aber mit der Zeit von ihren verschiedenen Herangehensweisen zu profitieren, was allgemein zu mehr Verständnis, betreffend der Transition in Bosnien und Herzegowina in der Gruppe geführt hat.

So zum Beispiel waren die nicht ex-jugoslawischen StudentInnen anfänglich, immer daran interessiert, welcher Volksgruppe ich, oder die anderen Ex-Jugoslawen gehören, da sie dies anhand unserer Stellungnahmen zu dem Krieg beispielsweise oder der jetzigen politischen Situation in BiH, nicht imstande waren einzuschätzen. Ihre Verwunderung war umso größer, als sie feststellten, dass wir Ex-Jugoslawen tatsächlich verschiedenen Völkern angehörten, uns aber trotzdem einig sind, bei dem Großteil der Themen betreffend des Krieges oder der heutigen politischen Situation. Diese Neugierde speist sich natürlich aus den Vorurteilen, nach denen alle Ex-Jugoslawen, auf die nationale und religiöse Unterscheidung Wert legen und ihre Meinungen und Einstellungen sich prinzipiell zu unterscheiden haben. Andererseits, waren die Ex-jugoslawischen StudentInnen verwundert, wenn eine/r der KollegInnen, typische politische, jedoch propagandistische Linie, des einen oder anderen Volkes aus BiH bezogen hat. Dies hat aber schlussendlich dazugeführt, dass sie alle versucht haben, die verschiedenen Sichtweisen zu überdenken, was bei schriftlichen Arbeiten am Ende der Lehrveranstaltung sehr gut zum Vorschein kam. Meine Landsleute profitierten von der Unbefangenheit ihrer KollegInnen, und umgekehrt haben die nicht Ex-Jugoslawen von meinen Landsleuten viel über die Kultur, Traditionen oder auch politische und gesellschaftliche Gegenwart in BiH lernen können. Wesentlich war dabei, dass es möglich war, in den Gruppen verschiedene Sichtweisen der Bosniaken, Serben und Kroaten bezüglich des Krieges kennen zu lernen und offen zu diskutieren. Es fiel mir auch auf, dass über Themen diskutiert werden konnte, die von Ex-Jugoslawen allgemein eher tabuisiert werden. Einige der Fragen sind: Warum ist die nationale und religiöse Identität in BiH so wichtig? Warum ist die Bezeichnung der Sprache so wichtig? Warum leben die Menschen in BiH lieber in einem Protektorat, als dass sie untereinander ein Kompromiss aushandeln?

⁷⁹ Dieser Ausdruck wird in Bezug auf Bosnien und Herzegowina in der Literatur oft verwendet, daher entzieht es sich leider meiner Kenntnis von wem dieser Ausdruck ursprünglich stammt.

5.3.1.1 Exkursionen

Zum Abschluss der Lehrveranstaltung habe ich beide Male eine Exkursion⁸⁰ nach BiH organisiert, wobei die Route von Banja Luka über Sarajevo nach Srebrenica und Mostar führte. Abgesehen von verschiedenen NGOs, besuchten wir zum Beispiel auch das Oberste Gericht in Sarajevo und führten Gespräche mit den Mitarbeitern von OHR. Ein Anblick der Gräber in Srebrenica vermittelt sicherlich auch ein anderes Gefühl, als wenn über Srebrenica bloß gesprochen oder gelesen wird. Es ist auch ein Unterschied sich mit einem Überlebendem des Genozids zu unterhalten, als von dem Genozid an bosniakischen Männern nur zu lesen. Die Wiener StudentInnen hatten auch genug Möglichkeiten, sich mit den Menschen, und vor allem jungen Menschen vor Ort, in gelassener Stimmung zu unterhalten, unter anderem auch mit meinen Freunden, die in Sarajevo leben.

Das was sie alle anfangs am meisten berührt hat, waren natürlich die noch immer und überall sichtbaren Spuren des Krieges. Es war auch nicht einfach zu erklären, wo die jeweilige Front immer verlaufen ist, als sie aus dem Bus von Sarajevo, nach Srebrenica, Mostar oder Banja Luka die abgebrannten Häuser betrachteten und Fragen in dieser Richtung stellten. Noch mehr Verwirrung brachten natürlich die Fragen darüber, wer wo gegen wen gekämpft hat. Anschließend fiel es ihnen schwer dieses Bild der Vergangenheit auf die Gegenwart zu übertragen. Die vollen Kaffeehäuser in Banja Luka, Sarajevo und Mostar, ausgelassene Stimmung, Touristen aus der ganzen Welt, freundliche und nette Menschen, moderne Hochhäuser, Einkaufsketten, die sie auch aus Wien kennen etc. Die Wiener StudentInnen waren im Allgemeinen sehr positiv überrascht über den sichtlichen Zustand der Städte, auch wenn sie die Kriegsspuren deutlicher wahrnahmen als meine Landsleute und ich. Die meisten Fragen drehten sich jedoch darum, was das wohl sei, was für sie unsichtbar bleibt. Es folgten Gespräche mit

- Miroslav Knezevic (Human Rights Center auf der Universität Sarajevo),
- Dr. Miodrag Zivanovic, (Universitätsprofessor in Banja Luka),
- MitarbeiterInnen der Tageszeitung „*Nezavisne Novine*“ in Banja Luka
- Tarik Jusic (Mediacentar, Sarajevo),
- Enver Ferhatovic (politischer Berater im OHR),
- Jasna Jelasic (Political Officer bei EUSR),
- Jürgen Schick, (österreichischer Beauftragter für Bildungskooperation in BiH),
- Michael Weiner (ADA Koordinationsleiter in BiH),

⁸⁰ Exkursion dauerte jeweils eine Woche.

- dem österreichischen Vizekonsul Höhlmüller in Sarajevo,
- Richter Almir Rodrigues (vom Obersten Gericht in Sarajevo),
- MitarbeiterInnen von Research and Documentation Centre (IDC – RDC) und Mirsad Tokaca in Sarajevo
- MitarbeiterInnen von IMIC (International Multi-religious and Intercultural Center) in Sarajevo
- jungen Menschen aus der NGO Drina-Srebrenica und
- Kurt Bassuener (zivilgesellschaftlicher Aktivist, unabhängiger politischer Analyst und Mitbegründer von *Democratization Policy Council*)

um hier nur einige zu nennen. Es wurden viele Fragen seitens der StudentInnen gestellt, manches Gespräch ging sogar auch in eine ausgewachsene Diskussion über. Aufgrund der verschiedenen Aussagen und verschiedenen Sichtweisen unserer Gesprächspartner, hat sich unser Gesprächsstoff, schnell auf folgende Frage konzentriert: Warum diskutieren sie nicht *Miteinander*? Die Wiener StudentInnen sahen trotz Widersprüchen Potenzial für das Aushandeln der Kompromisse, sowohl zwischen den Völkern, als auch zwischen Bosnier und Herzegowiner einerseits und Vertreter der internationalen Gemeinschaft andererseits. Seitens der Wiener StudentInnen, festgestellte allgemein fehlende Kompromissbereitschaft oder Intoleranz und die Freund-Feind-Denkweise, warf noch mehr Fragen auf. Es drehte sich aber alles, fast immer, um das Verständnis der politischen Kultur. Während für die Wiener StudentInnen anfangs eher unklar schien, warum ein Dialog nicht stattfindet, bemerkten sie in den Gesprächen mit BürgerInnen in BiH, dass, egal worüber sie mit ihnen sprachen, immer „die Anderen“ im Gespräch vorkamen, als diejenigen, die den Prozess der Demokratisierung und Annäherung an die EU bremsen. Eine Kollegin hat dieses Unverständnis in ihrer Abschlussreflexion so ausgedrückt:

„Von Anfang bis zum Schluss fesselte mich das Phänomen „Ethnizität“, dessen Begriff vermutlich gar nicht existiert. [...] Es ist und bleibt eine unbegreifbare Entität für mich! Wie mächtig oder essentiell ist Identität?“ (Miriam E.)

5.3.1.2 Schriftliche Abschlussreflexionen

Die Abschlussreflexionen, die Wiener StudentInnen nach der Rückkehr in Wien verfassten, belegen deutlich, wie viel sie von der praktischen Seite dieser Lehrveranstaltung in Bezug auf die Wahrnehmung des Transitionsprozesses in Bosnien und Herzegowina profitieren konnten.

Es war für sie zusätzlich, umso leichter zu erkennen, welche polit-ökonomische Theorie, was in BiH erklären kann und wie es mit den Handlungsperspektiven aussieht. Es ist neben dem Unterschied zwischen den Reflexionen von KollegInnen, die an der Exkursion teilnahmen und jenen, die in Wien blieben, auch ein Unterschied zu Reflexionen der gebürtigen Bosnier feststellbar. Diejenigen, die an der Exkursion teilnahmen, haben sich zum einen auch emotional leiten lassen, unter dem Einfluss des in BiH Erlebten und zum anderen ist in der Schreibweise auffällig, dass sie vergleichsweise sehr viele Fragen stellen. Die KollegInnen, die nicht an der Exkursion teilnahmen, schrieben mit einer gewissen Distanz, um nicht zu sagen eher objektiv, über die politische oder gesellschaftliche Situation in BiH, und beleuchten dabei meistens die Rolle der internationalen Gemeinschaft bzw. einzelner Länder in Bezug auf die Beziehungen zu BiH.

So zum Beispiel schreibt Aram G., ein Kollege, der nicht an der Exkursion teilnahm:

„All zu oft ist Bosnien und Herzegowina zu einem „Praxisfeld“ erklärt worden, auf das sich die eine oder andere Theorie anwenden ließe, das dieses oder jenes tun müsse, um nicht nur „Nachbar in Not“ zu sein. Man scheut sich nicht seine Erwartungen auszusprechen: „Wir brauchen einen modernen bosnischen Staat mit funktionierenden Institutionen und schlanken Strukturen“ – wird Ursula Plassnik auf der Homepage des Außenministeriums zitiert. Für Österreich und die Internationale Gemeinschaft ist es selbstverständlich, dass Weg hierfür über Strukturanpassungen verläuft. Man möchte die lokalen Bedingungen soweit verbessern, dass man sich eines stabilen Handelspartners gewiss sein kann.“ (Aram G.)

Des Weiteren werden die Fehlgriffe der internationalen Gemeinschaft in die politische, gesellschaftliche oder auch ökonomische Gegenwart Bosnien und Herzegowinas analysiert. Worte wie Kolonialisierung, Hegemonie, wirtschaftliche Interessen, Strukturanpassung, neoliberale Maßnahmen etc., kommen sehr oft vor. BürgerInnen BiHs werden zumeist als homogene Gruppe wahrgenommen, die allesamt Opfer der strukturellen Gegebenheiten des Landes sind, sowohl der ethnopolitischen Eliten als auch der widersprüchlichen Politik der internationalen Gemeinschaft. Sie schreiben bezüglich des Zivilsektors, von *Boykotten oder Verweigerungen, die stets öffentlich zu machen sind*, (Verena G.) von *Dialogen* die, die *aktiven Handelnden führen sollten*, (Raphaela W.) von Teilen der Zivilgesellschaft, die *bereits kolonialisiert wurden*, (Lisa P.) von *asymmetrischen Beziehungen*, die dominieren, jedoch trotzdem *eine große Rolle im Demokratisierungsprozess* spielen (Lisa P.) Bezüglich des Verhältnisses zwischen BiH und der Europäischen Union, beschreibt das folgende Zitat die gängigen Meinungen der KollegInnen, die nicht an der Exkursion teilnahmen, am besten: *„Instead of being forcefully converted and eventually integrated into the European Union, Bosnia and Herzegovina should be helped to reach equality.“* (Alexandra O.)

In den Abschlussreflexionen der KollegInnen, die an der Exkursion teilnahmen, ist zunächst ihr Schreibstil sehr auffallend. Durch viele Fragen werden Zweifel ausgedrückt, ob überhaupt eine passende Antwort auf die vielen festgestellten Probleme in BiH gegeben werden kann. Das Unverständnis gegenüber festgestellten Differenzen zwischen Angehöriger verschiedener Völker in BiH, aufgrund ihrer Aussagen während der Exkursion, kommt sehr gut zum Vorschein. Ihre emotionale Gefangenheit macht sich insofern bemerkbar, als sie nach der Exkursion viel öfters die Worte Krieg, Frieden, Opfer, Gerechtigkeit, Identität, Religion, etc. in ihren Arbeiten benützen. Ihre Einstellung der Internationalen Organisationen gegenüber scheint durch die emotionalen Eindrücke aus Bosnien und Herzegowina nach der Exkursion, an der sprachlichen Aggressivität noch zugenommen zu haben. So schreiben sie über die *Wut aufgrund des Pessimismus und fehlerhaften Tätigkeit von Seiten der internationalen Gemeinschaft* (Stephanie P.), oder über die *so genannte internationale Gemeinschaft, der ganz offensichtlich klare Konzepte fehlen*, (Friederike M.). Schlussendlich fragen sie danach, wie sinnvoll es überhaupt ist, *fremde Demokratiemodelle, unter anderen kulturellen, religiösen und gesellschaftlichen Grundbedingungen zu installieren* (Miriam E.) und ob es *überhaupt genug neue Ideen für Veränderung, Demokratisierung und Entwicklung für dieses Land gibt* (Friederike M.). Die Enttäuschung über die Stagnation und die Spaltung des Landes ist bemerkbar: *ich konnte bei keinem Treffen, klar definierte Richtlinien für ein Aufwärts in Bosnien und Herzegowina vernehmen* (Lorenz N.), *ein Ausharren aus Wissen um die Vergangenheit, aus Angst vor ihrer Wiederholung ist gefährlich* (Gregor M.). Auffällig bei fast allen Arbeiten der KollegInnen, die an der Exkursion teilnahmen, ist ein verstärktes Bemühen, Strategien und Ziele zu überlegen, die das Land Vorwärts bringen könnte. Als wichtigstes Ziel wird die Souveränität des Landes erachtet, mit *einer sich gegenseitig akzeptierenden* (E.H.) *Bevölkerung* (Carla K.), als auch der Abbau der ethnischen Grenzen, anstatt sie als *gegeben hinzunehmen und die Trennungen aufrechtzuerhalten* (Friederike M.). Was Bosnien und Herzegowina braucht sind *demokratische Prinzipien* (E.H.) (Miriam E.), ein *bottom-up Prozess nach Gramsci, bei dem Intellektuelle eine wichtige Rolle spielen* (Veronika S.) und einfach *etwas mehr Zeit* (Lorenz N.)

Die nächste Unterscheidung in den Abschlussreflexionen, die auffällig war, ist die Themenwahl seitens der Bosnier und Herzegowiner, die an der Exkursion teilnahmen. Ihrerseits werden erwartungsgemäß, schon konkretere Probleme benannt, wie beispielsweise die Armutsschere, wobei *gewisse Schichten viel haben und der Rest der Armutsgrenze nah ist, oder bereits darunter ist*, (Edma A.), *Identitätsfrage mit dem gesamten Staat*, (Goran B.), oder

auch *Bosnien und Herzegowina als Scheingebilde und kein Staat* (Edna A.). Sie schreiben vorwiegend über die Themen, die die bosnisch-herzegowinische Entwicklung konkret bremsen: kontinuierlich wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Dayton Vertrag als Zementierung der ethnischen Teilung des Staates, Identitätsfrage, vor allem in Bezug der Identifizierung der BürgerInnen mit dem Staat Bosnien und Herzegowina, als auch die fehlende Rechtsstaatlichkeit. Abgesehen davon, werden auch Sachverhalte benannt, die sich weder öffentlich, noch wissenschaftlich so einer großen Popularität erfreuen, wie die oft behandelten Themen der Nationbuilding, Peacebuilding oder Kriegsursachen und Folgen, wie beispielsweise die *frühe Durchführung von Wahlen 1996*, die als *einer der größten Fehler der internationalen Gemeinschaft* (Goran B.) zu sehen sind.

Die Kriegsspuren werden erwartungsgemäß völlig unterschiedlich wahrgenommen von den Bosnier und Herzegowiner und den anderen StudentInnen. Während Gregor M. *verfallene, zerbombte Häuser, die die Straßen von Sarajevo säumen* und *die vielen Friedhöfe* wahrnimmt, ist Bojan K. *fasziniert* davon, dass *von den Kriegsspuren gegenwärtig wenig übrig geblieben ist*. Selbstverständlich ist die Wahrnehmung dadurch beeinflusst, ob die Kriegszerstörung für jemand, ganz neue Erfahrung darstellt, oder ob jemand damit, mehr oder weniger aufgewachsen ist. Die gebürtigen Bosnier schreiben allgemein, relativ wenig über emotionale Eindrücke. Es kann aber generell aus den Abschlussreflexionen entnommen werden, dass die Exkursion auf die Nicht-Ex-Jugoslawen tiefere Eindrücke hinterlassen hat, in Form von akustischen und visuellen Wahrnehmungen, was dadurch erklärbar ist, dass die Bosnier und Herzegowiner mit all diesen akustischen und visuellen Bildern, als auch mit der Bedeutung von Identität sehr vertraut sind.

Das Unbegreifliche für die meisten von meinen KollegInnen, ist vom Anfang der Lehrveranstaltung, bis zum Schluss der Exkursion, die Unterscheidung zwischen den Völkern geblieben. Miriam E. bringt diese Zweifel auf den Punkt in dem sie sich fragt: „*Wie mächtig oder essentiell ist Identität?*“

Die Lektüre der Abschlussreflexionen, (40 an der Zahl) kann und soll hier nicht vollständig analysiert werden. Es geht in erster Linie um unterschiedliche Wahrnehmung der Entwicklungsprozesse in BiH, sowie der Demokratisierung und Handlungsperspektiven. Es wurden Tendenzen in der Wahrnehmung aufgezeigt und durch Zitate bekräftigt. Es soll damit erreicht werden, ein Blick darauf zu werfen, wie wichtig es ist, gerade in der Entwicklungszusammenarbeit, wenn es um Themen der good governance oder Empowerment geht, sich zu vergegenwärtigen, wie sehr der Mensch seinen Wahrnehmungen, u.a. aufgrund

seiner Sozialisation verhaftet bleibt. Nur durch einen partnerschaftlichen Dialog, wobei nicht nur die Interessen aller relevanten Akteure im Demokratisierungsprozess angesprochen werden, sondern vorab auch geklärt wird, wie die unterschiedlichen Akteure die Entwicklungsprozesse definieren und wahrnehmen, kann Nachhaltigkeit erzielt werden. Die Leitfadeninterviews in denen es um die Wahrnehmung der jungen Menschen in Sarajevo über die gleichen Prozesse geht, werden nochmals auf die Unterschiede untersucht. Es wird gezeigt, dass das, was „*wir von hier aus, als wichtig für sie unten erachten*“, trotz aller guten Absichten, gar nicht zutreffen muss. Vor allem wird die alte Henne oder Ei Frage zum Vorschein kommen – Demokratie oder wirtschaftliche Entwicklung zuerst?

5.3.2 *Gespräche mit Freunden und Bekannten in BiH, Feedback auf die Exkursionen*

Die Reaktion meiner bosnischen Freunde auf die Wiener StudentInnen war generell positiv. Sie begrüßten sehr ihr Interesse an diesem Land. Was allerdings auch zum Vorschein kam ist eine gewisse Dosis an Skepsis und vielleicht sogar Neid. Neid in dem Ausmaß, dass viele von meinen Freunden in Sarajevo beispielsweise, mittlerweile das Gefühl haben, als Versuchsobjekte von den „Ausländern“ betrachtet und behandelt zu werden, ohne selber je die Möglichkeit zu haben, beispielsweise politische oder Nichtregierungsorganisationen in Österreich zu besuchen und darüber zu schreiben. Sie haben jedoch gelernt, dies zu akzeptieren. Wie einer meiner Freunde in Sarajevo, Nedim M. es parodiert: „*Wir sind für euch sehr interessant, nicht wahr? Wir eignen uns wohl sehr gut als Versuchsobjekte. Untersucht nur, vielleicht lernt ihr auch was dabei.*“ Es ist hier wichtig zu erwähnen, dass ich selbst auch als „Ausländerin“ betrachtet werde. Dies liegt nicht so sehr daran, dass ich keine Wurzeln in Sarajevo habe, sondern eher an der Tatsache, dass ich jeder Zeit nach Wien zurückkehren kann, in das *gelobte, sichere Europa*. An dieser Stelle soll hervorgehoben werden, dass sich das tagtägliche Gesprächsthema in BiH, wenn es um Unterscheidungen zwischen den BürgerInnen geht, nicht nur um „ethnische“ Differenzen dreht. Viel häufiger wird von den Unterschieden zwischen ruraler und urbaner Bevölkerung gesprochen einerseits und andererseits von den Einheimischen und der Diaspora. Diaspora wird wiederum unterteilt in diejenigen, die erst im Krieg BiH verlassen haben und diejenigen, die viel früher ausgewandert sind, wie zum Beispiel in den 60er, 70er oder 80er Jahren vorwiegend nach Österreich und Deutschland. Aufgrund der demographischen Verschiebungen zu Kriegszeiten und danach veränderten sich die Bilder der Städte in BiH dramatisch. So beklagt die urbane Bevölkerung, bzw. macht es oft zum Gesprächsthema, den negativen Einfluss der

zugewanderten ländlichen Bevölkerung, auf das gesellschaftliche und politische Leben in ihrer Stadt. Sie hätten *durch ihre mitgebrachten Traditionen, die Modernität der Stadt in Gefahr gebracht*. Die zugewanderte Bevölkerung will meistens von diesen „Beschuldigungen“ nichts wissen. Sie sehen meistens keinen gravierenden Unterschied zwischen ihnen und alteingesessenen. Sarajevo ist hier keine Ausnahme. So hört man oft von den „alten Sarajlija“, die ländliche Bevölkerung brachte ihr ländliches Benehmen mit in die Stadt, was dem Image der Stadt sehr schadet. Sie erklären sich den sichtlich negativen Einfluss so, dass vor dem Krieg, die Zuwanderung nach Sarajevo auf die Art und Weise funktionierte, dass sich diejenigen an die Sarajevos Offenheit und Lebensstil sehr schnell angepasst hätten. Nun wäre es umgekehrt, da der Prozentsatz jener, die nicht ursprünglich aus Sarajevo sind, heute aber in Sarajevo leben, im Verhältnis zu den alteingesessenen, drastisch gestiegen ist. Ähnliches hört man auch in Banja Luka oder Mostar. In Bezug auf den zivilgesellschaftlichen Sektor entstand in Sarajevo aber auch in anderen Städten die Illusion, die Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft sei bereits voll im Gange, weil eine Vielzahl von ausländischen NGOs ins Leben gerufen wurde. Da sie sich aber westlicher Ideen und Konzepte bedienten, und nicht auf bereits existierenden lokalen Initiativen aufbauten, fehlte ihnen der Rückhalt der Bevölkerung – wie Miroslav Knezevic⁸¹ von *Human Rights Center* in Sarajevo bestätigte. Sowohl er, als auch Dr. Miodrag Zivanovic⁸², Universitätsprofessor in Banja Luka, versichern, dass sich die Jugend immer mehr aus der Öffentlichkeit zurückzieht. Als den relevantesten Grund dafür nennen sie das Gefühl der Machtlosigkeit. Davon berichten auch die schon angesprochenen Studien von UNDP. Aus den Gesprächen mit den Mitarbeitern von verschiedenen NGOs, in Bezug auf Demokratie und Demokratisierungsprozess in BiH, lässt sich einheitlich entnehmen, dass der allgemeine „Kampf“ um die finanziellen Mitteln, oft mehr im Vordergrund steht, als der „Kampf“ um demokratische Veränderungen. Viele von den NGOs, auch wenn sie im selben Bereich tätig sind, sehen sich eher als Konkurrenten und weniger als Partner. Eine Erklärung dafür bietet Freedom House, nämlich, dass viele NGOs reine Scheinorganisationen sind, denen es mehr um die ausländischen Gelder geht, und weniger um die Sache selbst. (Freedom House 2001: 60 zit. nach Merkel et. al. 2006: 438) Wolfgang Merkel bemerkt, dass diese Tatsache auf ein generelles Problem der Forschung verweist, nämlich

„auf ein generelles Problem der quantitativen Zivilgesellschafts- und Sozialkapitalforschung, die von den Zahlen von NGOs häufig umstandslos auf die Vitalität der jeweiligen Zivilgesellschaften schließen.“ (Merkel et. al. 2006: 438)

⁸¹ Gespräch am 20.2. 2007

⁸² Gespräch am 19.2. 2007

5.3.3 Zusammenfassung der Ergebnisse

Aus den Gesprächen mit Wiener StudentInnen, als auch aus ihren Arbeiten lassen sich einige wichtige Beobachtungen zusammenfassen. Die Ergebnisse lassen sich nicht nur auf den Einfluss der Studienrichtung, nämlich Internationale Entwicklung zurückführen, sondern aus meiner Sicht auch auf die demokratische politische Kultur der StudentInnen. Vor allem Werte- und Interessenpluralismus, individuelle Freiheitsrechte als auch Kompromissfähigkeit und auf Dialog basierte Überlegung der Handlungsperspektiven als Indikatoren einer demokratischen politischen Kultur kommen gut zum Vorschein. So lässt sich die Wahrnehmung der bosnisch-herzegowinischen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Realität seitens der Wiener StudentInnen wie folgt zusammenfassen:

a. An der Exkursion nicht teilgenommen

- Es werden meistens Begriffe benutzt wie Hegemonie, wirtschaftliche Interessen, Strukturanpassungsprogramme, neoliberale Maßnahmen, Kolonialisierung
- BürgerInnen BiHs werden zumeist als homogene Gesellschaft thematisiert, die alle gemeinsam Opfer der Strukturanpassungsprogramme oder der internen strukturellen Gegebenheiten, wobei die ethnopolitischen Eliten eine entscheidende Rolle spielen
- Zivilsektor wird als wesentlicher Faktor bezeichnet in den investiert werden soll (Boykotte oder Verweigerungen öffentlich zu machen, Dialoge zu führen etc., soll seitens der Bevölkerung vorrangig angestrebt werden)

b. An der Exkursion teilgenommen

- Zusätzlich zu den oben genannten Begriffen, werden verstärkt auch Begriffe wie Krieg, Frieden, Opfer, Gerechtigkeit, Identität, Religion benutzt
- Fehlerhafte Tätigkeiten als auch fehlende Konzepte seitens der internationalen Gemeinschaft werden konstatiert,
- Das Installieren fremder Demokratiemodelle unter anderen kulturellen, religiösen oder gesellschaftlichen Grundbedingungen werden infrage gestellt

- BürgerInnen BiHs werden als heterogene Gruppe thematisiert, denen klar definierte Richtlinien, die auf ein Kompromiss hinarbeiten, fehlen
- Souveränität des Staates, mit einer sich „akzeptierenden“ Bevölkerung wird als wichtigstes Ziel identifiziert
- Bosnien und Herzegowina braucht demokratische „Prinzipien“, wobei die Intellektuellen im Land, dabei eine wichtige Rolle spielen sollen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der bisherigen Erforschung der politischen Kultur in Bosnien und Herzegowina, beruhend auf der teilnehmenden Beobachtung, Gesprächen und Interviews der letzten Jahre zusammengetragen. Die Entscheidung, bei den Interviews nicht explizit auf die Fragen der Religion, der Nationalität und der politischen Zugehörigkeit einzugehen, beruht auf den hier zusammengetragenen Ergebnissen.

1. Haben die Menschen den Krieg auf der „gleichen“ Seite erlebt spielt die Religion oder Nationalität heutzutage so gut wie keine Rolle zwischen ihnen, wenn es um gegenwärtige politische und gesellschaftliche Probleme geht.
2. Wenn explizit von der politischen und gesellschaftlichen Gegenwart gesprochen wird, ohne auf den Krieg oder die Schuldfrage einzugehen – gibt es keine signifikanten Unterschiede in der Gesamteinschätzung der politischen und gesellschaftlichen Situation in Bosnien und Herzegowina zwischen Bosniaken, Serben und Kroaten. Der große Teil der Bevölkerung quer durch das Land, ist mit den Politikern (zumeist aus „eigenem“ Lager) und ihrer Arbeit nicht zufrieden, die Politiker aus „anderen“ Lagern werden nicht oder selten gewählt, die Wahlbereitschaft, vor allem junger Menschen ist besorgniserregend, die Korruption wird angeprangert, und die wirtschaftliche Situation als sehr schlecht eingeschätzt. OHR und die internationale Gemeinschaft werden zwar als „Fremdobjekte“ wahrgenommen und oft kritisiert, aber aufgrund der Angst und Sorge, dass wieder ein Konflikt ausbrechen könnte oder dass eigene *vitale nationale Interessen* verletzt werden, wird ihre Präsenz als regulative Macht, die eben doch das letzte Wort hat, akzeptiert. Das jeweilige Kollektiv hat doch mehr Vertrauen in die Internationale Gemeinschaft und OHR als in das jeweils „andere“ Kollektiv.
3. Die Einstellungen als auch Verhalten der BürgerInnen in BiH bezüglich der Politik weisen demnach mehr Ähnlichkeiten auf, als sie es selbst wahrnehmen. Die Stadt – Land – Unterschiede innerhalb eines Volkes sind viel gravierender, als zwischen den Völkern und Religionen in einer Stadt. Es gibt nicht mehr viele Städte, die „gemischt“

sind wie einst vor dem Krieg. Diejenigen, die sich dazu entschlossen haben, auf der „anderen“ Seite zu bleiben oder diejenigen, die nach dem Krieg entschieden haben in ihre Heimatstädte zurückzukehren, waren größtenteils auch bereit, die Meinung der Mehrheit zum Krieg, zu Politik etc. zu übernehmen, bzw. sich im politischen Sinne so unauffällig wie möglich zu verhalten. Ausnahme bieten hier jedoch einige Regionen, wie zum Beispiel Srebrenica.

4. Die Identität basierend auf den Kriegserinnerungen (individuellen als auch kollektiven, erlebten als auch übermittelten) spielt eine entscheidende Rolle bei den Wahlen, jedoch so gut wie keine Rolle, wenn es um Demokratie und Menschenrechte geht. Diskriminierungen unter den drei Völkern gehören zum Alltag, vor allem die Rückkehrer haben damit zu kämpfen. Solche Diskriminierungen gelangen aber zumeist an die Öffentlichkeit und werden nicht selten von der politischen Elite für ihre Zwecke erneut instrumentalisiert. Diskriminierungen der Roma oder der Homosexuellen beispielsweise sind noch immer Tabu in der Öffentlichkeit. Sie werden sowohl von den Bosniaken, als auch von den Serben und Kroaten gleichermaßen tabuisiert.
5. So wenig von einer gesamtbosnischen Gesellschaft allgemein gesprochen werden kann und zwar aufgrund der sichtbaren und weniger sichtbaren Teilung des Staates und extremen demographischen Veränderungen, zu denen es zunächst im Zuge des Krieges kam, um so mehr sprechen die Umfrageergebnisse sowie die teilnehmende Beobachtung, wenn es um Demokratie, Menschenrechte, Demokratisierung und Partizipation geht, für mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Nichts lässt darauf schließen, dass zum Beispiel Islam in BiH mit Demokratie nicht in Einklang zu bringen wäre, wie oft das Vorurteil lautet.
6. Merkmale einer spezifischen politischen Kultur lassen sich in der gesamten Region feststellen. So ist der Glaube an eine starke Führerpersönlichkeit, mit kleinen Variationen, bei allen drei Völkern präsent. Die Affinität alles „persönlich zu nehmen“ ist bei allen Völkern vorhanden. Die Wahrnehmung Ex-Jugoslawiens ist bei allen Völkern in drei Lager aufgesplittet: während die einen von Diktatur sprechen, lassen die anderen nichts davon hören, und die dritte Gruppe ist sich bewusst, dass jugoslawischer Kommunismus doch als Diktatur gelten muss, jedoch glauben, dass dies trotzdem das bessere politische System für ihr Volk sei.

5.4 Interviews mit jungen Menschen in Sarajevo

Von Mai bis Dezember 2008 befand ich mich auf der Forschungsreise in Bosnien und Herzegowina. Die meiste Zeit jedoch verbrachte ich in Sarajevo, der Hauptstadt Bosnien und Herzegowinas. Weltweite Bekanntheit erlangte sie zuerst aufgrund der Olympischen Winterspiele im Jahr 1984 und zum zweiten Mal während der Belagerung im Krieg zwischen 1992 und 1995. Heutzutage ist das eine sehr lebendige Stadt, die jedes Jahr, vor allem im Sommer, während des Sarajevo-Filmfestivals, sehr viele Touristen aus der ganzen Welt anzieht. Sarajevo ist aber auch die Stadt, in der der Nichtregierungssektor sehr aktiv ist. Junge Menschen haben viele Möglichkeiten, sich an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen zu beteiligen, sie haben Möglichkeiten von Kulturangebot der Stadt zu profitieren, sie haben die Möglichkeiten von internationalen Organisationen, in ihren Regionalbüros, Informationen zu erhalten, die beispielsweise ihre Rechte betreffen. Regelmäßig werden Konferenzen in Sarajevo organisiert, die Themen wie Demokratie, Menschenrechte, Transitional Justice oder auch regionale Kooperation am Balkan behandeln. Wenn in Bosnien und Herzegowina Demokratieförderung auf mehreren Ebenen richtig sichtbar und wahrnehmbar ist, dann ist es in Sarajevo. Das ist auch der Grund, warum ich mich entschlossen habe, die Interviews mit jungen Menschen mit höherer Bildung in dieser Stadt zu führen. Diese Entscheidung folgte auch der Überlegung, dass wenn junge Menschen in Sarajevo, ihre Partizipationsmöglichkeiten und ihre Chance etwas zu ändern, nicht wahrnehmen oder sich ihrer Rechte nicht bewusst sind, wie geht es dann den jungen Menschen mit dieser Thematik in den ländlichen Gegenden? Aus eigener Einschätzung, ist eine/r in Sarajevo mit Demokratie und Demokratisierung tagtäglich konfrontiert, alleine aufgrund der starken Präsenz internationaler, als auch lokaler NGOs, sowie der Institutionen der Internationalen Gemeinschaft und ihrer Mitarbeiter. In den ländlichen Gegenden gibt es nicht so viele Möglichkeiten, etwas über demokratische Verfahren oder auch demokratische politische Kultur zu lernen. Sehr viele ländliche Gegenden sind den Traditionen, klientelistischen Systemen oder auch Familienbanden verhaftet.

Bei der Auswahl der Interviewpartner bin ich insofern selektiv vorgegangen, als dass ich abgesehen von der Altersgruppe und höherer Bildung, fünf weitere Aspekte berücksichtigt habe:

- Möglichst unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen

- Möglichst unterschiedliche Orte der Weiterbildung, vor allem die Unterscheidung zwischen Innland- und Auslandsausbildung
- Möglichst ein Gleichgewicht zwischen weiblichen und männlichen Interviewpartner
- Möglichst ein Gleichgewicht zwischen jungen Menschen, die in Sarajevo geboren wurden, und die während des Krieges bzw. nach dem Krieg nach Sarajevo zogen
- Möglichst unterschiedliche Nationalitäten und Religionen⁸³.

Die Annahme, hervorgegangen aus der bisherigen Beobachtung, dass junge Menschen mit höherer Bildung tendenziell dem Nationalismus kritischer gegenüberstehen als junge Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau⁸⁴, ist unter anderem ein wichtiger Grund der Konzentration meiner Forschung auf junge Menschen mit höherer Bildung. Weiters bin ich davon ausgegangen, dass sowohl die Art als auch der Ort der Ausbildung eine Rolle bei der Wahrnehmung der politischen Prozesse spielt. So kommen meine Interviewpartner aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen: Wirtschaft, Politikwissenschaft, Soziologie, Technik, Chemie, Literaturwissenschaften und Sprachwissenschaften. Es wurden insgesamt vier Frauen und sechs Männer interviewt, wobei nur eine Person auch im Ausland studiert, hat, nämlich in Kroatien (Zagreb) und England (London). Fixe Anstellung haben sechs interviewte Personen, wobei fünf von ihnen in ihrem Fach. Von meinen InterviewpartnerInnen hat keine/r das Fach Demokratie und Menschenrechte in der Mittleren Schule gehabt, noch ein ähnliches Fach im Zuge der universitären Ausbildung. Das Thema der Demokratie und Menschenrechte wurde jedoch vereinzelt in manchen Studienfächern besprochen abhängig von der Studienrichtung, wie z.B. in den Politikwissenschaften oder

⁸³ Es ist wichtig hier anzumerken, zum einen, dass sich die Annahme einer gewissen Nation oder Religion unter den Exjugoslawen, nicht „abschalten“ lässt, selbst wenn Wert draufgelegt wird, keine Annahmen diesbezüglich zu machen. Es ist möglich, auf Grund von Namen, auf die jeweilige nationale Zugehörigkeit zu schließen, Ausnahmen von der Regel existieren dennoch. Gerade während 70er und 80er Jahren, waren gewisse Namen populär, aufgrund welcher es unmöglich ist, auf die Nation zu schließen. In Bezug auf die Nachnamen, ist gerade in Bosnien und Herzegowina auffällig, dass ein und derselbe Nachname unter allen drei „großen“ Volksgruppen vorkommen kann, bzw. unter einer Kombination zweier Volksgruppen. Und zum anderen, wohl wissend um die große Anzahl der Kinder aus gemischten Ehen, habe ich nicht Wert darauf gelegt, Bosniaken, Kroaten und Serben möglichst nach dem „nationalen Schlüssel“ zu interviewen, sondern möglichst unterschiedliche zwischennationale Kombinationen und Verflechtungen in Bezug auf die Eltern, Familie oder auch Partner zu berücksichtigen. Nachdem aber gerade solche Themen allgemein tabuisiert werden, wäre mir nicht gelungen an ausgerechnet diese Gruppe von jungen Menschen per Zufall heranzukommen. Gewisse Informationen verdanke ich indirekt meinen Freunden in Sarajevo, wo mehr oder weniger „jeder jeden kennt“. Nach den Interviews, als sich zwischen meinen Interviewpartner und mir Freundschaften entwickelten, und ich Details über ihre persönlichen Geschichten erfuhr, sah ich mich nur bestätigt in meiner Annahme, dass sich in Bezug auf die Wahrnehmung der Demokratie und Demokratisierung in Sarajevo, keine Unterschiede zwischen den drei Völkern, ausmachen lassen.

⁸⁴ Wie ich noch zeigen werde, sagt diese Annahme jedoch nichts in Bezug auf das politische Verhalten aus. Aus der Sicht der politischen Kulturforschung wird jedoch das Verhalten bei den Umfragen über Einstellungen und Meinungen, implizit mitgedacht.

Soziologie. Manche von ihnen haben dank ihres eigenen Interesses, an Seminaren über Demokratie und Menschenrechte teilgenommen, bzw. nutzten die Gelegenheit im Zuge ihrer Aktivitäten im NGO Sektor, an ähnlichen Seminaren teilzunehmen.

Die Selektion der Interviewpartner beruhte daher nicht auf dem Zufallsprinzip, sondern zum Teil, auch auf den Informationen, die im Vorfeld verfügbar waren, sei es, dass ich meine Interviewpartner über Freunde kennen lernte oder sie bereits flüchtig kannte. Nach den Interviews entwickelten sich jedoch Freundschaften zwischen uns, und ich bin ihnen für den Ausmaß an Informationen, die für mich sonst nicht erreichbar gewesen wären, sehr dankbar.

5.4.1 Alter, Bildung, Wohnsituation

Nach den UN Resolutionen Nr. 40/14 1985 und 50/81 1995 wird Jugend als die Altersgruppe zwischen 14 und 25 definiert. Die Definition für Jugend ist in Bosnien und Herzegowina, aufgrund des Krieges und Kriegsfolgen, etwas flexibler und die Alterspanne ist zwischen 15 und 30 gesetzt. (UNDP Youth 2003: 7) Ich konnte mich allerdings im Zuge meines Aufenthaltes in Sarajevo davon überzeugen, dass es allgemein große Unterschiede, sowohl in Bezug auf die Sozialisierung, als auch in Bezug auf die Probleme des alltäglichen Lebens und des Umganges mit denselben gibt, zwischen 15-, oder 20jährigen einerseits, und in etwa 25- bis 35jährigen andererseits. Das entspricht der Generation, die in etwa zwischen 1975 und 1985 geboren wurde. Vor allem in Bezug auf die Demokratie und die Politik allgemein, scheint die Generation der 25- bis 35jährigen, im Gegensatz zu jüngeren Generationen sehr viele Ähnlichkeiten aufzuweisen. Daher war es nicht von Vorteil, die Forschung auf die große Gruppe der Jugend zwischen 15 und 30 zu richten. Ein wichtiger Aspekt dieser Unterscheidung ist aus meiner Sicht das Alter, das sie erreicht hatten, als der Krieg ausbrach. Auch aus diesem Grund erschien es sinnvoller, nicht die Jugendgruppe nach der UNDP-Definition über Demokratisierungsprozess zu interviewen, sondern die Grenze noch ein Mal nach oben zu verschieben.⁸⁵ Die Konzentration meiner Forschung liegt daher, per definitionem nicht auf Jugend, sondern genauer genommen, auf der Gruppe junger Menschen zwischen 25 und 35. Die jüngste interviewte Person ist zum Zeitpunkt des Interviews 26 Jahre alt gewesen und die älteste 33 Jahre alt.

⁸⁵ Ich gehe auch davon aus, dass eine Eingrenzung auf die Gruppe zwischen 25 und 30 einerseits und 30 und 35 andererseits, nochmals konkretere Unterschiede zu jüngerer Generation, bezüglich der Demokratie und Demokratisierung hervorgebracht hätte, wenn die Variable Alter zu Beginn des Kriegs als Ausgangspunkt herangezogen wäre. Ich gehe davon aus, dass es eine wesentliche Rolle spielt und sich auch in der Gegenwart bezüglich der Normen und Werte einer Gesellschaft abbildet, in welchem Alter, die Kinder den Krieg miterlebten. Soweit es mir bekannt ist, gibt es derartige Untersuchungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens noch nicht.

Die schlechte sozioökonomische Lage spiegelt sich auch in den Möglichkeiten junger Menschen sich zu verselbstständigen, d.h. aus dem elterlichen Haus ausziehen und eigene Existenz aufzubauen. So kann davon ausgegangen werden, dass ein Grossteil junger Menschen in Sarajevo, auch über 30, noch bei den Eltern im Haus lebt. Andererseits geht diese Tatsache nicht ausschließlich auf die schlechte sozioökonomische Lage zurück, sondern auch auf den Umstand, dass es gewissermaßen eine Tradition in allen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens gibt, und hier primär in den ländlichen Gegenden, nach der nicht selten auch mehrere Generationen in einem Haus gemeinsam leben. So ist es schließlich keine Überraschung, dass von den zehn interviewten Personen, im Alter zwischen 26 und 33, neun von ihnen noch bei den Eltern wohnen. Nur Maid M. wohnt nicht mehr bei den Eltern, sondern ist verheiratet und wohnt gemeinsam mit seiner Frau in der gemeinsamen Wohnung. Er ist auch der einzige, der verheiratet ist, wobei ich nicht im Vorfeld dieses Kriterium als Ausgangspunkt genommen habe.

5.4.2 Nachdenken über das Leben

Als ich meine zukünftigen InterviewpartnerInnen darauf ansprach, ob ich sie über die Wahrnehmung der Demokratie und des Demokratisierungsprozesses in BiH interviewen und es aufnehmen darf, fragten sie mich zuerst, ob sie dazu Definitionen oder Theorien kennen müssen, was eventuell darauf schließen lässt, dass sie eine Prüfungssituation fürchteten. Um dieser Situation bei dem Interview vorzubeugen, entschloss ich mich einen kleinen Trick, bekannt aus der Verhaltensforschung anzuwenden. Um den InterviewpartnerInnen die Nervosität weg zu nehmen, und ihre volle Aufmerksamkeit bei den wichtigen Fragen zu haben, empfiehlt es sich vorab, Fragen zu stellen, die nicht von Relevanz für das Interview selbst sind, jedoch auch anspruchsvoll sein müssen, um die Konzentration auf einem gewissen Niveau zu erhalten. Daher entschloss ich mich zwei Fragen aus der Umfrageforschung des WVS zu verwenden, die aus dem Themengebiet *Religion und Moral* kommen, mit dem Unterschied dass ich die Antworten nicht vorgab, sondern meine InterviewpartnerInnen darum gebeten habe, die Fragen zu kommentieren. Die eine Frage bezog sich auf das Nachdenken über die Bedeutung und Sinn des Lebens und die zweite Frage auf die Aussagen über das Gute und das Böse.⁸⁶

⁸⁶ Die Fragen in der Originalversion: 1.) Wie oft denken Sie über die Bedeutung und Sinn des Lebens nach? (oft/manchmal/selten/nie) 2.) Hier sind zwei Aussagen, die Menschen oft verwenden, wenn sie über Gut und Böse sprechen. Welche von ihnen ist Ihrer Meinung näher? (a, b, keine) a). Es gibt absolut klare Anweisungen darüber was gut oder was schlecht ist. Sie beziehen sich jederzeit auf alle und unter allen Umständen. b.) Es gibt keine klaren Anweisungen darüber, was gut oder was schlecht ist. Was gut und schlecht ist, hängt von den

Auch wenn die Antworten nicht weiter von der Relevanz für die Wahrnehmung der Demokratie sind, zeigte sich, dass abgesehen von denen, die sich als Person sehen, die allgemein viel über das Leben nachdenkt, alle anderen angaben, dass sie darüber nachdachten als sie noch viel jünger waren, und heute dafür einfach keine Zeit ist. Die zweite Frage inspirierte meine IP, Themen wie Krieg oder historische Gegebenheiten anzusprechen: „*durch die Geschichte gesehen – manche Dinge waren damals erlaubt, normal, und manche nicht. Heute ist es vielleicht umgekehrt.*“⁸⁷ (Amer H.)⁸⁸ Manche fanden sogar diese Themen sehr interessant und wollten sich mehr über sie unterhalten. Die Verwendung der „*leeren Fragen*“ zeigte auf jeden Fall Wirkung, eine gewisse Auflockerung fand bereits in der Einführung statt.

5.4.3 Demokratie

a) Begriff

Der Begriff der Demokratie wird vordergründig entweder normativ mit Freiheiten oder normativ mit der Herrschaftsform in Zusammenhang gebracht. Die Aussagen über den Begriff selbst lassen sich einteilen in Wissen um den Begriff, Vorstellungen darüber was und wie Demokratie sein soll, und eigene Assoziationen mit dem Begriff der Demokratie als das, was es ist und wie sie es nicht sein soll. Demokratie als Volksherrschaft wird sowohl im negativen, als auch im neutralen Kontext erwähnt. Neutral, nur als die Definition der Demokratie begriffen, nach der *demos* Volk und *kretain* Herrschaft bedeutet. Negativ wertend wird die Volksherrschaft insofern begriffen, da *das Volk manipulierbar ist, und man sich immer noch auf die Demokratie ausreden kann* (Maid M.), bzw. es wäre besser wenn die *Herrschaft des Rechts und der Gleichheit über die Herrschaft des Volkes stehe*. (Nedim M.). Weiters wird mit Demokratiebegriff die westliche liberale Demokratie in Zusammenhang gebracht, die jedoch auch *keine Traumgesellschaft* ist, nachdem auch *in demokratischsten Ländern, Menschenrechtsverletzungen vorkommen* (Sabina P.). Daher wird die Demokratie

Gegebenheiten in einer gewissen Situation. Abänderung meinerseits erfolgte insofern, als das ich danach fragte, ob sie überhaupt darüber nachdenken, ob sie sagen würden, dass sie eher zu den Menschen gehören, die allgemein mehr darüber nachdenken etc. Die zweite Frage ergänzte ich um zusätzliche Fragen über das Moralurteil, wie bspw. Wie in diesem Kontext die Situation gesehen werden kann, wenn jemand Hunger hat und daher ein Brot stiehlt etc.

⁸⁷ „ako uzmemo kroz historiju – neke stvari su tad bile dozvoljene, normalne, a neke nisu. Sad obrnuto mozda.“ (Amer H.)

⁸⁸ Alle Zitate aus den Interviews werden von mir übersetzt und die Originalaussage wird in der Fußnote angeführt wenn es sich um Redewendungen handelt, die bei der Übersetzung in Mitleidenschaft gezogen werden. Daher wird im Text darauf verzichtet explizit auf die Übersetzerin hinzuweisen.

auch als ein Ideal begriffen, *nach dem alle trachten, den es aber so nicht gibt* (Amer H.) bzw. die Demokratie existiere *als Begriff in den Büchern, aber das was sie alles beinhalten soll, gibt es nicht in der Realität*. (Bozana P.) Und schon gar nicht kann Bosnien und Herzegowina als Demokratie gesehen werden, vielmehr gibt es in BiH eine „*dreinationale Oligarchie*“ (Sabina P.) oder eine „*verkrüppelte Demokratie*“ (Maid M.).

Ist die Rede von Freiheiten, wird als erstes Beispiel, die Redefreiheit genannt. Erwähnt werden unter anderem Freiheit zu wählen und gewählt zu werden, Freiheit über sein Leben Herr zu sein, Freiheit in jeder Hinsicht: Freiheit des Benehmens, des Kleidens, Freiheit handeln zu können, zu reisen, sogar auch die Freiheit im Park pinkeln zu dürfen, nachdem es jetzt gefährlich ist, auch durch den Park zu gehen. Mustafa P. assoziiert als einziger die Demokratie mit einem *Lebensstil*, in dem Freiheiten möglich sind, d. h. die Demokratie nicht ausschließlich mit der Herrschaftsform in Zusammenhang bringt, oder die Demokratie als Begriff per se als Methode begreift. Generell ist die Rede von Demokratie, als einem *dehnbaren Begriff*, als einem *komplexen Gebilde*, oder von Demokratie als nur von *theoretischer Bedeutung*, da praktisch in Bosnien und Herzegowina nicht erlebt wird. Auffallend erscheint die Feststellung, dass alle vorwiegend Freiheiten mit Demokratie assoziieren, und fast gar nicht von Rechten die Rede ist. Die Einschätzung der eigenen Wahrnehmung von Demokratie im Unterschied zu elterlichen Wahrnehmung hat gezeigt, dass nur zwei InterviewpartnerInnen der Meinung waren, dass ihre Ideen sich nicht grundsätzlich unterscheiden und daher auch davon ausgehen, ähnliche Wahrnehmung der Demokratie zu haben. Alle anderen sprachen von unterschiedlichen Vorstellungen, einerseits aufgrund der Sozialisierung in einem anderen politischen System und andererseits, allgemein aufgrund von „*generation gap*“. Es wird allgemeines Desinteresse der Eltern für die Demokratie als Begriff, als Herrschaftsform, als Lebenseinstellung konstatiert, oder Zweifeln ausgedrückt, dass die Eltern überhaupt wissen was Demokratie sein soll.

b) Vergleich zu anderen Herrschaftssystemen

Die Akzeptanz der Demokratie: allgemein, wie sie in BiH ist, wie sie in den westlichen Demokratien ist, wird großteils von den IP angesprochen, bereits bei der Frage, was sie mit dem Begriff der Demokratie verbinden. Auf die Frage, ob Demokratie die bessere Herrschaftsform sei, auch wenn sie Probleme haben kann, fallen die Antworten unterschiedlich aus. Von einfachen ja, das *klingt annehmbar* (Bozana P.), über *nicht ganz dieser Meinung, eine Kombination aus Sozialismus und Demokratie, also etwas Drittes wäre die beste Herrschaftsform* (Mustafa P.) bis hin zu Feststellung, *dass es Demokratie in der*

idealen Form, wie sie sein soll, nirgends auf der Welt gib. (Amer S.) Beziehungsweise sei die Demokratie zur Zeit die bessere Herrschaftsform, was allerdings nicht bedeutet, dass es die beste Herrschaftsform ist (Amer H.). Im Vergleich zu dem politischen System, wie er gegenwärtig in Bosnien und Herzegowina erlebt wird, und in Bezug auf das vorherige System können die Antworten ziemlich einheitlich zusammengefasst werden. Würde in BiH gegenwärtig die Demokratie funktionieren, wäre dies das bessere System, nachdem es aber nicht funktioniert war das vorherige System besser, bzw. genauso gut oder schlecht wie das jetzige. Der Sicherheitsfaktor wird oft angesprochen, wobei immer wieder die Rede davon ist, wie es im Sozialismus, die Sicherheit gab sogar im Park zu schlafen wenn einem danach war, ohne dass es zu Raub oder Belästigung kam. Gegenwärtig ist dies absolut nicht mehr möglich, weil kein Recht und keine Ordnung herrschen. In den Worten des Volkes, wie Dusko M. es formuliert: *Als wir GenossInnen waren, lebten wir als Herrschaften, nun als wir endlich Herrschaften sind, leben wir alle als „fukare“ (arme Leute).*⁸⁹ Das jetzige System wird weiters auch als eine Art *Sklaverei* (Nedim M.) begriffen. Auffallend ist bei allen Aussagen über den Vergleich zwischen Demokratie, Demokratie in BiH und Sozialismus vor dem Krieg, dass menschliche Freiheiten und die Glücksgefühle erwähnt werden. Während sie daran fest glauben, aus den Erzählungen von den Familienmitgliedern, Freunden oder Bekannten, dass die Menschen im Sozialismus allgemein glücklicher waren und mehr Freiheiten genossen als gegenwärtig, ist gleichzeitig der Glaube daran, dass sich das in Zukunft in BiH wieder zum Besseren entwickeln kann, nämlich in einer „richtigen“ Demokratie, präsent.

5.4.4 Menschenrechte

Wenn es um die Einschränkung eigener Rechte geht, sei es der allgemeinen Menschenrechte oder ihrer Bürgerrechte, sind nur zwei InterviewpartnerInnen der Meinung, dass ihre Rechte nicht eingeschränkt sind. Lejla S. war noch nie in der Situation wo ihre Rechte eingeschränkt waren, sie kennt allerdings genug Leute, deren Menschenrechte nicht respektiert werden. Bozana P. ist generell der Meinung, dass die Rechte garantiert werden, und nur das

⁸⁹ Es geht hier um einen Spruch, der in BiH nicht selten zu hören ist: „Dok smo bili drugovi, zivjeli smo ko gospoda. Sad kad smo svi gospoda, zivimo ko fukare“. Metaphorisch wird hier darauf angespielt, dass die Bezeichnung des Status alleine, nicht bedeutet, dass dafür eine materielle Basis vorhanden ist. Das heißt, mit Herrschaften werden normalerweise reiche Leute, sehr gebildete oder Leute aus einflussreichen Familien assoziiert. Aufgrund des Systemwechsels gibt es keine GenossInnen mehr, und alle sind nun Damen und Herren, wie sich das in einer Demokratie gehört, wobei sie sich selber nicht so sehen können, wenn nicht gleichzeitig ein gewisses Lebensstandard vorhanden ist. Wenn ein armer Mensch beispielsweise, mit Herr angesprochen wird, sagt er oft: Was bitte bin ich doch für ein Herr? (Kakav sam ja gospodin?) Es kann als eine Art „*Kapitalismus Parodie*“ begriffen werden.

Individuum alleine muss dafür sorgen, dass es nicht nur am Versprechen der Menschenrechte bleibt. Es ist also die Aufgabe des Individuums für seine Rechte zu kämpfen, d. h. nicht für seine Rechte, denn sie werden anerkannt, sondern für das Einhalten dieser Rechte, seitens der Arbeitgeber, Institutionen, etc. Wenn es um Diskriminierungen aufgrund der Nationszugehörigkeit geht, so haben vor allem Menschen aus gemischten Ehen Probleme, wenn sie sich weigern sich „zu entscheiden“ und dabei einen Posten in der Staatsadministration anstreben. *Du musst die passende Nation oder die passende Religion haben, um dort einen Job zu bekommen und wenn du dich nicht entscheiden willst, oder kannst, hast du auch keine Chance auf den Job.* (Sabina P.) Jelena S., gibt an, dass sie zwar von anderen Mitmenschen aufgrund ihres Namens oft als Serbin oder Kroatin in Sarajevo wahrgenommen wird, jedoch diesbezüglich hat sie ihre Rechte nie bedroht gesehen. Sie selber sieht sich als Bürgerin BiHs, und hier sieht sie sich eher in ihren Rechten eingeschränkt. Ihre Rechte sieht sie bedroht, wenn ihr das Recht auf die Information aufgrund von Unkompetenz verweigert wird, weil *beispielsweise am Schalter einer Institution, eine unkompetente Person sitzt, die nur aufgrund der Familienbeziehungen diesen Posten bekommen hat.* Dusko M., als Angehöriger der serbischen Minderheit in Sarajevo, sieht seine Rechte auch nicht aufgrund seiner Nationszugehörigkeit eingeschränkt, sondern insofern, als seine bürgerlichen Rechte eingeschränkt werden: *„Die bosnisch-herzegowinische Gesellschaft, nicht nur in Sarajevo, sondern überall in BiH, hat die Tendenz, die Meinung der Mehrheit, der Minderheit aufdrängen zu wollen.“* Alle anderen Einschränkungen der Menschenrechte, die sie selbst erleben, können grob eingeteilt werden in Einschränkung des Rechtes auf Arbeit und soziale und ökonomische Sicherheit und Einschränkung des Rechtes auf die Rede- und Meinungsfreiheit. Das Thema der Rede- und Meinungsfreiheit, ist in dem Kontext zu verstehen, dass laut meinen InterviewpartnerInnen, diese Rechte sehr wohl vorhanden sind, jedoch *„du selber musst dann die Konsequenzen tragen, wenn du etwas erzählst, was beispielsweise, deinem Arbeitgeber nicht passt“* (Amer S., Amer H., Dusko M., Sabina P., Nedim M.). Hier ist immer wieder die Rede von der „politischen Kommodität“, die auf jeden Fall hilfreich ist, d.h. *„zeige dich politisch kommode und du kannst mit Vorteilen rechnen“.* *Politisch kommode Menschen sind heute auch diejenigen, die materielle Sicherheiten haben, und dass ist der Punkt, wo Demokratie einfach keinen Sinn mehr macht.* (Dusko M.) Sabina P. ist die einzige die Einschränkung ihrer Rechte als Frau wahrnimmt. Ansonsten kam der Genderansatz nicht zu Sprache. Als ich meine InterviewpartnerInnen fragte, ob sie glauben dass die BürgerInnen von Sarajevo etwas verallgemeinernd gesprochen, ihre Rechte und Freiheiten in einem demokratischen System verstehen bzw. sich für sie einsetzen, kam

zunächst heraus, dass wenn von BürgerInnen Sarajevos in Bezug auf Demokratie, gesprochen wird, hier klare Unterscheidungen getroffen werden müssen. Nämlich, vordergründig zwischen Alteingesessenen, und den BürgerInnen, die kurz vor, während oder nach dem Krieg nach Sarajevo zogen. Die Menschen die dazu gezogen sind, verstünden den Geist einer „multikulturellen Stadt“ weniger als die Alteingesessene, bzw. sind vordergründig daran interessiert, sich selbst in der Stadt zu versorgen. An gemeinsamen Interessen aller BürgerInnen Sarajevos, zeigen sie weniger Interesse. Die InterviewpartnerInnen die selber nach Sarajevo zogen, thematisierten dies nicht, sonder waren der Meinung, dass nicht von allen erwartet werden kann, die Demokratie zu verstehen. *Die Menschen merken was ihnen gut tut und das akzeptieren sie, was ihnen nicht gut tut, akzeptieren sie nicht.* (Amer H.) Einig sind sich jedoch alle, dass ein grossteil der BürgerInnen Sarajevos, ihre Rechte gar nicht kennt, und Demokratie weder als Herrschaftsform, noch als Lebensform verstehen und danach trachten. Wenn sie die Demokratie jedoch erwähnen oder einen Zuspruch aussprechen, dann tun sie das, nur *weil alle davon reden*, oder weil sie das politische System von Kommunismus unterscheiden wollen.

5.4.5 Demokratisierung

Demokratisierung wird allgemein als Prozess begriffen, jedoch aufgrund der Schwierigkeiten, Demokratie für sich selbst genau zu definieren, werden auch Zweifel ausgedrückt, dass sie die Demokratisierung als Prozess genau definieren können. Das heißt, es scheint für sie offensichtlich, dass Demokratisierung als Prozess der Einführung der Demokratie zu begreifen ist, in einem System, wo vorher ein anderes System etabliert war, (von nur einer Person wird dieser Prozess auch als Verfestigung der Demokratie genannt), jedoch was konkret damit verbunden ist, wird unterschiedlich gelöst. Wenn die Demokratie mit Freiheiten und Rechten verbunden war, dann wird Demokratisierung als Prozess der Ausweitung der Freiheiten und Rechte begriffen usw. Diejenigen die Politikwissenschaft studiert haben, gaben hier theoriegeleitete Antworten, während diejenigen die Partei- oder NGO-Mitglieder sind, die Demokratisierung aus der praktischen Perspektive beschrieben. Als gemeinsamer Bezugspunkt kann jedoch die weitgehende „Nicht-Thematisierung“ der internationalen Dimension im Prozess der Demokratisierung gelten.

Demokratisierungserfolg in Bosnien und Herzegowina wird, soweit die IP sich mit Hilfe einer Skala von 1 (schlecht) bis 10 (sehr gut) geholfen haben, zwischen 0 und 3 eingeschätzt. Das

bedeutet, entweder als nicht existent oder gerade in den Anfängen begriffen und von einer Stagnation gekennzeichnet. *„Demokratie und Demokratisierung besteht nur auf dem Papier, wortwörtlich übernommen aus ausländischen Gesetzen, in der Praxis ist davon fast nichts anzumerken.“* (Jelena S.) *„Demokratisierung wird erste Erfolge zeigen, wenn die Menschen aufhören die Konsequenzen hinzunehmen, die sie dulden nur aufgrund dessen was sie sind, oder was sie reden.“* (Dusko M.) *„Nur für wenige sind diese Veränderungen von Vorteil, für große Mehrheit sind sie jedoch vom Nachteil.“* (Lejla S.) Als eher erfolgreich wird die Demokratisierung nur von einem IP gesehen, der daran glaubt dass die Menschen schnell gewisse Regeln und Normen akzeptiert hätten, aber dass *„die Gefahr insofern besteht, dass die Menschen das negative, beispielsweise die Kriminalität, als ein Produkt der Demokratisierung fälschlicherweise ansehen, und sie daher die Demokratie ablehnen können.“*

Als Beispiele für Demokratisierungsmisserfolge wird stets auf die wirtschaftlichen Verflechtungen hingewiesen. Die immer größer werdende Armutsschere als auch andere wirtschaftliche Ungerechtigkeiten werden als großes Problem wahrgenommen. Menschen mit Geld brauchen im Grunde genommen keine demokratischen Freiheiten, *sie kaufen sich was sie brauchen*, (Amer S.), die ehemalige Mittelschicht, die sich jetzt immer mehr der Armutsgrenze nähert, ist die gesellschaftliche Schicht, die mehr nach Freiheiten trachtet. Die Armen nehmen zumeist ihr Schicksal hin und sind sich ihrer Rechte oder Freiheiten am wenigsten bewusst. Einst war die Bildung und Wissen das oberste Gut, nun ist es nicht mehr so wichtig ob du gebildet bist, sondern ob du Geld hast. Und dann haben wir u.a. die Situation, *dass ungebildete, reiche Söhne, die Politik machen!* (Amer S.) Die ursprüngliche Frage nach Demokratisierungserfolgen wurde eher im Kontext der Demokratisierungsmisserfolge beantwortet. Primär werden interne Faktoren für den schwachen Erfolg bzw. Misserfolg der Demokratisierung genannt. Zum Beispiel: korrupte Eliten, die keinen Wert auf Demokratie setzen oder auch Eliten in den Staatsstrukturen, die selber mit demokratischen Normen und Verfahren nicht vertraut sind, diese aber weiter vermitteln sollen. BürgerInnen, die nicht begreifen (wollen), dass Demokratie nicht nur gewisse Freiheiten bedeutet, sondern auch an Regeln gebunden ist, die in der Gesellschaft präzise definiert sein sollten usw. *„Es ist gut möglich, dass jemand auf der Universität über Demokratie lernt, und sogar eine ausgezeichnete Note bei dieser Prüfung bekommt. Anschließend, geht er aber dann zu den Protesten gegen das Queer Festival⁹⁰, und beteiligt*

⁹⁰ In Sarajevo wurde im September 2008 ein Queer Festival organisiert, das sich mit den Fragen und Problemen der Queer Community (Homosexuelle, Transsexuelle, etc.) durch Kunstausstellungen auseinander zu setzen suchte. Er musste aus Sicherheitsgründen, schon nach dem ersten Tag abgebrochen werden, da mehrere

*sich an den Angriffen gegen die Besucher des Festivals.“ (Jelena S.) Externe Faktoren, die dem Erfolg hinderlich sind und als solche wahrgenommen werden, sind unter anderem auch die Mitarbeiter der internationalen Gemeinschaft, die sich „hier um die Demokratisierung kümmern sollten, die aber zum Teil nichts anderes sind, als unkompetente Bürokraten, die überbezahlt werden.“ (Nedim M.) Weiters werden Geldverschwendungen der Internationalen Gemeinschaft genannt, an Projekte die *hier nicht erfolgreich werden können, aus dem einfachen Grund, weil ihnen der Rückhalt der Bevölkerung fehlt.* (Dusko M.) Es wird auch eine sehr kritische Sichtweise thematisiert, nämlich das Bosnien und Herzegowina nun mal zu einem Kreis der Länder gehört, die offensichtlich auch nicht sehr entwickelt werden sollen. Produktionsmittel sind ersetzt worden durch Privateigentum, breite Schichten sind arbeitslos. *„Wann wurde in Bosnien das letzte Mal, in eine Fabrik investiert? Es sind ausländische Banken hier, ausländische Firmen exportieren nach Bosnien, sie verkaufen und das ist alles.“* (Mustafa P.)*

Weiters wird auch eine Kombination aus internen und externen Faktoren benannt, die dem Demokratisierungsprozess hinderlich ist, jedoch trotzdem davon ausgegangen wird, dass *ohne die Beseitigung der internen Faktoren, die externen* (hier begriffen als Subjekte), *nicht in der Lage sind die internen Probleme zu lösen.* (Lejla S.) Konfrontiert mit der Behauptung, dass in Bosnien und Herzegowina die Demokratie mit undemokratischen Mitteln eingeführt wird, wird generell zugestimmt, jedoch wird dies nicht von allen unbedingt als etwas Negatives empfunden. Hier lässt sich sogar eine unterschiedliche Sichtweise zwischen Frauen und Männern herausarbeiten, wobei es sich hier auch nur um einen Zufall handeln kann. Während die Frauen eher der Meinung sind, dass die Demokratie mit undemokratischen Mitteln eingeführt wird und dies als negativ empfinden, sind Männer eher der Auffassung, dass der High Representative noch mehr Macht bekommen soll, und die auch einsetzen soll. Manche behaupten gar, dass die Mentalität der Bevölkerung am Balkan so beschaffen ist, dass sie vor allem die *Sprache der Macht*⁹¹ verstehen. Dementsprechend fällt die Einschätzung BiHs als Protektorat widersprüchlich aus. Der Krieg selbst als Faktor für die schleppende Demokratisierung wird auch genannt, und zwar insofern, als dass die Gesellschaft und der Staat zerstört und zurückgesetzt wurde, und es ist unrealistisch zu erwarten, dass *„wir diesen Prozess durchlaufen sollen, den andere Länder gegangen sind.“* (Amer H.) Gegensätzliche Meinungen gibt es auch bezüglich dieser Frage. Maid M. glaubt nicht, dass der Krieg selbst einen Einfluss auf die Demokratisierung hat. Demokratisierung funktioniert sogar schneller in

Festivalbesucher, trotz des Polizeiaufgebots, krankenhaushausreif verprügelt wurden. Vornehmlich nahmen radikale Wahhabiten an den Krawallen teil.

⁹¹ „ljudi u ovoj balkanskoj regiji razumiju prije svega jezik sile“ (Maid M.)

den Nachkriegsgesellschaften, dafür aber brutaler und grausamer. Die Demokratisierung in Osteuropa hätte „irgendwie über die Werbeplakate“ (Amer S.) stattgefunden.

Demokratisierungsprozess in Kroatien und Serbien wird insofern als erfolgreicher erlebt, als dass diese Länder „homogene Gesellschaften“ sind, und daher die Demokratie leichter eingeführt werden kann. Ein Land, eine Nation wird als wichtiger Faktor begriffen, damit es „Vorwärts“ gehen kann. Nachdem Bosnien und Herzegowina das nicht ist, funktioniert die Demokratisierung entsprechend langsamer. Die zweite Argumentationslinie geht davon aus, dass in Kroatien die Demokratisierung fortschrittlicher ist, aber auf keinen Fall in Serbien. Dabei wird eher an die wirtschaftliche Entwicklung in Kroatien gedacht. Die dritte Argumentationslinie geht davon aus, dass der Fortschritt in Kroatien und Serbien was Demokratie und Menschenrechte betrifft nicht unbedingt größer ist, als in Bosnien und Herzegowina, sondern dass das eher nur so dargestellt wird. Als Beispiele werden genannt: die Frage des serbischen Eigentums in Kroatien, dass noch immer nicht gelöst ist, obwohl das einer Europäischen Union so vorgestellt wird und die Tatsache, dass in Serbien, noch immer als völlig normal gilt, fremde Gebetshäuser in Brand zu stecken, „nur weil sie sich wieder Mal wegen Kosovo aufgeregt haben“. (Maid M.) Und die Homosexuellen „kassieren“ ihre Prügel regelmäßig, sowohl in Kroatien als auch in Serbien. „*Sie befinden sich nicht nur geographisch in derselben Position, sie haben auch die gleiche Mentalität wie wir.*“ (Maid M.)

Die These des demokratischen Friedens wird von keinem als solche akzeptiert, und wird vorwiegend argumentiert mit der Rolle der USA, als auch manch anderer demokratischer Staaten, die Kriege führen. Die Tatsache dass sie untereinander keine Kriege führen, wird argumentiert mit der Behauptung, dass es eher an den gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen liegt und weniger an Demokratie selbst. „*Sie führen sehr wohl Kriege untereinander, bloß auf einem anderen Niveau. Sie sind darüber hinausgewachsen die Kriege untereinander offen zu führen.*“ (Mustafa P.)

5.4.6 Zivilgesellschaft, (Politische) Partizipation

Nach den Angaben meiner InterviewpartnerInnen sind drei von ihnen Mitglieder einer Partei, zwei sind im NGO Sektor aktiv, drei weitere sind schon mal im NGO Sektor aktiv gewesen, auch über einige Jahre hinweg, sind es aber gegenwärtig nicht mehr. An den letzten lokalen Wahlen, im Oktober 2008, haben nur vier meiner IP gewählt, bei den allgemeinen Wahlen 2006, sind acht von ihnen zu den Urnen gegangen.

Der Begriff der (politischen) Partizipation wird von den meisten verstanden als die politische Teilhabe in Form von Mitgliedschaft in den Parteien, im NGO Sektor, oder die Beteiligung an den Protesten und Streiks. Andere bleiben jedoch bei der wörtlichen Übersetzung als politische Teilhabe, und können sich nichts Konkreteres darunter vorstellen. Die Jugendpartizipation wird erwähnt als wichtige Voraussetzung, für die demokratischen Veränderungen, gleichzeitig sehen sie sich selbst als nicht aktiv und haben, aus verschiedenen Gründen, auch nicht den Wunsch oder Bedarf zu partizipieren. Wieder andere, die sehr aktiv in Jugendorganisationen oder im NGO Sektor allgemein waren oder Parteimitglieder sind, erklären konkret, was unter politischer Partizipation zu verstehen ist, was den Schluss zulässt, dass sie mit dem Begriff vertraut sind, im Gegensatz zu anderen, die nicht partizipieren. Der Begriff der Zivilgesellschaft, wurde kein einziges Mal von meinen IP erwähnt, auch wenn NGOs und NGO Sektor als Begriffe thematisiert wurden in mehreren Zusammenhängen. Die Rolle der NGOs wird sowohl positiv als auch negativ wahrgenommen, die Entwicklung oder die Stärkung des NGO Sektors, wird jedoch nicht konkret thematisiert, wie von mir im Vorfeld auch angenommen. Aus dem Grund stellte ich die Frage nach Zivilgesellschaft gar nicht, um zu sehen, ob dieser Begriff für sie eine Bedeutung hat. Und obwohl wir konkrete Handlungen aus dem NGO Sektor besprochen haben, oder auch Handlungen, die BürgerInnen unternehmen oder unternehmen sollen aus unterschiedlichen Gründen, kein einziges Mal wurde die Zivilgesellschaft als solche erwähnt.

Gefragt ob sie mit ihren Freunden über Politik, Demokratie, Demokratisierung oder Internationale Organisationen sprechen, reichten die Antworten erwartungsgemäß von gar nicht bis sehr viel und sehr intensiv. Nämlich, über die Politik sprechen am meisten die Parteimitglieder, alle anderen meiden eher, über die Politik zu sprechen, bzw. würden gern mehr über die Politik sprechen, haben jedoch keine Gesprächspartner auf einem wissenschaftlicheren, objektiven Niveau. Denn über Politik zu sprechen, *bedeutet für unsere Leute, oft das Thema zu verfehlen oder sich emotional zu verwickeln, und auf solche Gespräche kann ich verzichten.* (Mustafa P.) Sabina P. drückte es in Prozentsätzen aus, nämlich ca. 20% des Gesprächsstoffes unter Freunden ist über die Politik. Zumeist wird jedoch über die Politik gesprochen, wenn es einen aktuellen Anlass gibt. Das sind zumeist polarisierende Themen, über die Aussagen oder Handlungen bestimmter Politiker. Über die Demokratie oder Demokratisierung wird genauso, wie über die Politik, am häufigsten gesprochen, wenn es einen aktuellen Anlass gibt, wie zum Beispiel, das angesprochene Queer Festival. Auffallend ist dass die meisten meiner IP angeben, nicht über Demokratie oder Demokratisierung unter diesen „schulischen“ Begriffen zu sprechen, aber dass sie sehr wohl Themen besprechen, die

mit Demokratie und Demokratisierung zu tun haben. Was die internationalen Organisationen betrifft, fragte ich konkret, ob die Mitarbeiter der internationalen Organisationen in Sarajevo, vielleicht auch manchmal das Thema ihrer Gespräche mit Freunden sind. Nur Sabina P. und Bozana P. gaben an, gar nicht darüber zu sprechen. Die Antworten der anderen waren zum Teil auch ein Ausdruck der empfundenen Ungerechtigkeit, zumeist in Bezug auf die Expertise oder die Gehälter. Es wird als nicht gerechtfertigt empfunden, dass in den internationalen Organisationen, die „locals“ nur als Fahrer, Putzfrauen, oder im besten Fall als eine Art Berater arbeiten können. Sie haben oft das Gefühl, dass diese *internationalen ExpertInnen*, wobei meine IP, hier meistens das Adjektiv – die vermeintlichen – benützen, in ihren Ländern wahrscheinlich *gar keine Experten sind, aber offensichtlich gut genug, um in einem Land wie Bosnien und Herzegowina zu arbeiten.* (Nedim M.) Es gäbe in BiH genug Experten in vielen Bereichen, die aber keine Chance haben, für eine dieser internationalen Organisationen zu arbeiten. *„Ich habe fast 100 Mal für eine Arbeitsstelle bei vielen internationalen Organisationen appliziert, ich bekam kein einziges Mal eine Antwort. Offensichtlich haben unsere Kräfte bei ihnen keine Chance eine führende Position zu bekommen....offensichtlich sind wir bloß Schachfiguren“* (Mustafa P.)

Lejla S., die eine ähnliche Meinung über die ausländischen ExpertInnen vertritt, sagt, dass es insofern nicht weiter verwunderlich ist, wenn in BiH das Brain Drain ein großes Problem darstellt. Nedim M. schließt sich auch der Meinung an, dass die Experten, die nach Bosnien geschickt werden, vor allem, die aus Osteuropa, nicht genug qualifiziert wären, und gäbe es nicht solche Länder wie BiH, wären sie wahrscheinlich in ihren Ländern arbeitslos. Alle sprechen davon, dass in Sarajevo allgemein, große Unzufriedenheit herrscht über die Mitarbeiter der internationalen Organisationen. So lässt sich die Debatte abschließen mit: *„Sie wollen dass wir uns demokratisieren, dabei lassen sie uns bei keinen wichtigen Fragen mitentscheiden.* (Amer S.) Die Meinungen über den eigenen Beitrag zu Entwicklung der Demokratie in eigener Umgebung, Familienkreis, Freundeskreis etc. in ihrer Stadt sind widersprüchlich. Während die einen glauben, dass sie das sehr wohl können, ja das das sogar „ihre Aufgabe“ (Lejla S.) ist, haben die anderen resigniert und meinen, es sei so schwer in einer Umgebung der Nationalisten, eigene nichtnationalistische Meinung zu vertreten. *„Wenn du mit deiner Meinung kommst, distanzieren sich andere Menschen von dir, weil sie dich als einen „outsider“ erleben und als jemanden abstempeln, der nicht ganz normal ist in seinen Überlegungen.* (Mustafa P.) Wieder andere meinen, wenn sie eventuell nicht so sehr auf sich fokussiert wären, dann könnten sie eventuell auch zur Entwicklung der Demokratie beitragen. *„Es ist nicht so das ich nicht möchte...sondern es ist alles irgendwie eine*

Interessensfrage...anscheinend, muss es dir wirklich schlecht gehen, damit du was bewegst, was vom Nutzen für die gesamte Gemeinde ist.“ (Bozana P.)

In Bezug auf die Wahlen sind zwei völlig unterschiedliche Sichtweisen feststellbar. Während die politisch aktiven die Bedeutung der Wahlen immer wieder betonen, meinen die politisch eher passiven, dass das Wählen nicht sehr sinnvoll ist, wenn es niemanden gibt, der/dem sie ihre Stimme geben könnten. *„Und gerade wenn du glaubst, dass du jemanden gewählt hast, der gut ist, sehr schnell wirst du enttäuscht, nämlich so bald er an der Macht ist.“ (Lejla S.)* Während die einen, die Tatsache kritisieren, dass in BiH ein Teil der Menschen denkt, dass bosnisch-herzegowinische Gesellschaft nicht fähig ist, eine demokratische Gesellschaft zu werden, meinen die anderen, dass Individuen nichts ausrichten können und bloß „kleine Fische“ sind. Während die einen kritisieren, dass manche BürgerInnen in BiH glauben, dass eine Diktatur besser ist und sie daher in eine Diktatur zurückkehren sollen, meinen die anderen, dass erst wenn ein guter Führer auftaucht, der das Land gerecht führen kann, wird es Vorwärts gehen.

5.4.7 Wirtschaftliche Entwicklung, Korruption

Durch die Privatisierung ist ein großer Teil des Staatseigentums in die Hände der jeweiligen politischen Akteure übergegangen. Ein grossteil von ihnen wiederum waren Nationalisten. *„Und heute haben die Nationalisten, d.h. politisch kommoden haben alles, alle materiellen Ressourcen fürs Leben, und das ist der Punkt, an dem Demokratie einfach keinen Sinn mehr macht.“ (Dusko M.)* Korruption ist allgegenwärtig, vor allem wird sie wahrgenommen als Bedarf an guten, familiären oder freundschaftlichen Beziehungen, damit eine Beschäftigung gefunden werden kann. Oder es wird als sehr störend für die Entwicklung der Gesellschaft in weiterer Folge empfunden, dass an gewissen Positionen oft Menschen sitzen, die keine Qualifizierung und auch keine Kompetenz haben für den Beruf. Die Überqualifizierung kann auch vorkommen, indem jemand mit abgeschlossener Universitätsausbildung als Verkäufer arbeitet, da sie/er keine andere Arbeit findet. So ist die Über- bzw. Unterqualifizierung als Folge der Korruption für meine IP offensichtlich und sehr störend für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft.

Die Korruption hat es aber in dieser Region immer schon gegeben. Manche glauben, der Sozialismus wäre gerade aufgrund „eigener Interessen“ gescheitert. Und heute sieht es auch nicht viel anders aus. Die Korruption hat sich insofern verändert, als das *„die Bauern jetzt dem Arzt nicht mehr ein Huhn und 10 Eier bringen, sondern der Arzt jetzt Cash haben will.“*

(Maid M.) Prinzipiell sind einige der Meinung, dass die Korruption nicht völlig eliminiert werden kann, und haben kein Verständnis, dass die gleichen Handlungen in westlichen demokratischen Ländern beispielsweise Arbeitsarrangement bezeichnet wird, während in BiH von Korruption und Bestechung die Rede ist. *„Es ist völlig normal in einer demokratischen Gesellschaft, dass derjenige der den Job vermittelt hat, z.B. 10% kassiert. Aber das wird nicht Korruption bezeichnet, sondern dein Verdienst. Das Problem in heutiger Gesellschaft in BiH ist es aber, dass derjenige dann nicht mehr 10% erwartet, sondern 50%.“* (Maid M.)

Andererseits wird fast von allen das Thema der Prioritäten und Präferenzen angesprochen. Diejenigen die trotz ihrer Qualifikationen keine Arbeit finden, nehmen in erster Linie die schlechte ökonomische und soziale Probleme des Landes wahr, und sehen sich am meisten in ihrem Recht auf Arbeit eingeschränkt. Die politische Kommodität sehen sie als etwas, was sie nicht akzeptieren können und finden zum teil harte Worte der Kritik an diesem Umstand. Diejenigen, die eine Arbeit haben, betonen auch die politische Kommodität, nehmen es allerdings eher als Faktum wahr, als Realität, die nicht durch eine Minderheit zu ändern ist. Während die einen eher rechtfertigen, dass die Priorität der Menschen eine ökonomische Basis ist, wobei hier auf unterschiedliche Mitteln zurückgegriffen wird, und dann über alles andere diskutiert werden kann, kritisieren die anderen so eine Haltung, denn damit unterstützt man doch nur das korrupte System.

Zusammenfassend einig sind sich jedoch alle, dass ökonomische Sicherheit wesentlich ist. Aussagen über den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie und Menschenrechten kann so zusammengefasst werden: *„Es bringt auch nichts wenn du reden kannst, was du willst, aber morgen nichts zum Essen hast.“* (Dusko M.) Das Vertrauen spielt nach Angaben meiner IP eine sehr große Rolle, dabei geht es nicht primär um ein Misstrauen gegenüber anderen Völkern, sondern eher um ein zwischenmenschliches Misstrauen. Die wirtschaftliche Situation, die Privatisierung hat das Misstrauen noch mehr verschärft, insofern als dass privat Eigentum, wortwörtlich bedeutet, dass noch mehr auf eigene Interessen geschaut werden muss. *„Du kannst von jedem erwarten, dass er dich über das Ohr haut. Hier vertraut ein Bruder, dem anderen nicht.“* (Nedim M.)

5.4.8 Auslandserfahrungen

Von allen IP ist Sabina P. die einzige, die auch im Ausland studiert hat, nämlich in Zagreb und in London. Alle anderen haben ihre fakultative Ausbildung in Sarajevo abgeschlossen. Es ist mir leider nicht gelungen, mehr IP zu finden, die eine Ausbildung im Ausland absolviert

haben und sich für ein Interview bereit erklärt haben. Nedim M. hat drei und halb Jahre in Norwegen gelebt, Maid M. und Amer H. sind des Öfteren beruflich nach Europa gereist. Alle anderen waren zwar schon in mehreren europäischen Ländern, jedoch immer nur als Touristen. Insgesamt wurden folgende Länder besucht: Frankreich, Italien, Spanien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Ungarn, Deutschland, Türkei, Ägypten, Tunesien, England. Danach gefragt ob sie vielleicht einen Unterschied, zwischen Sarajevo und einer europäischen Stadt, die sie besucht haben, wahrnehmen können, wenn sie an Demokratie denken, antworteten alle, dass das einzige was auf den ersten Blick wahrnehmbar ist, das Reichtum wäre. Abgesehen davon scheint in diesen Städten mehr Ordnung zu herrschen, und sie bieten mehr Unterhaltungsmöglichkeiten, dafür aber weniger Banken, als in Sarajevo. Nedim M. hat einige Jahre in Norwegen gelebt und meint: *„Die Menschen beschäftigen sich dort mit konkreteren Fragen des alltäglichen Lebens, anstatt sich mit Abstraktionen herumzuschlagen.“* Die Werbungen in Form von Plakaten, sind in Sarajevo genau so präsent, wie in jeder anderen Stadt, die sie besucht haben. Das Nichtrespektieren der Zebrastreifen in Sarajevo, lassen nicht alle gelten, als etwas Typisches für Bosnien, was vom schlechten Benehmen zeugt oder gar von einer Unart, denn die Italiener oder Türken wären hier nicht anders. Regelmäßige, freundschaftliche Kontakte zu Ausländern, also Menschen, die in einem anderen Land leben und nicht aus dem Ex-Jugoslawien kommen, pflegen alle, bis auf Lejla P. und Amer S. aufgrund schlechter Sprachkenntnisse.

5.4.9 Zukunftsvision für BiH (Optimismus vs. Pessimismus)

Trotz allen Problemen und Schwierigkeiten mit denen sich BiH konfrontiert sieht, glauben alle an eine bessere Zukunft. Ob bosnische Gesellschaft eines Tages eine stabile, demokratische Gesellschaft wird, hoffen die meisten. *„Ich glaube an dieses Land und in diese Menschen.“* (Lejla S.) Bedenken oder Zweifel werden geäußert insofern, als dass in Frage gestellt wird, ob eine Demokratie überhaupt je stabil sein kann. Zum anderen, werden auch Ängste angesprochen: *„die bosnische Gesellschaft wird eine stabile demokratische Gesellschaft, vorausgesetzt das nicht wieder ein Krieg ausbricht“.* (Mustafa P.) Maid M. parodiert abschließend im bosnischen Stil: *„Es könnte gut möglich sein, dass eher die europäische Union auseinander bricht, eher wir Bosnier es schaffen uns zu demokratisieren.“*⁹²

⁹² „Raspast ce se i Evropska Unija, dok se mi Bosanci demokratizujemo.“ (Maid M.)

5.5 E-Mail Korrespondenz mit den Interviewpartner aus Sarajevo: drei Monate danach

Um manche offenen Fragen zu vertiefen, bzw. Auffälligkeiten bei allen IP zu überprüfen, habe ich drei Monate nach den Interviews per E-Mail weitere Fragen an alle IP geschickt und auch von allen Antworten erhalten. Zum einen stellte ich noch offene Fragen in Bezug auf das Interview, so zum Beispiel galt mein Interesse ihrer Wahrnehmung der Interviewfragen jenseits der religiösen, nationalen und politischen Zugehörigkeit. Und zum anderen erachte ich es als wesentlich, die IP danach zu fragen, wie sie das Interview und die Fragen als auch mich selbst als Forscherin erlebt und wahrgenommen haben. Ich denke, dass wir uns in erster Linie gegenseitig beeinflusst haben und von einander in mancher Hinsicht profitieren konnten.

5.5.1 Einschätzung der „politischen Kommodität“

Nachdem bei den Interviews oft die Rede von der politischen Kommodität war, habe ich meine IP per Email noch einmal konkret darauf angesprochen. Ich fragte sie, ob ihrer Meinung nach, die „politische Kommodität“ für eine Karriere nach dem Universitätsabschluss nötig ist, bzw. ob sie auch in den Berufen, die nicht explizit mit Politik zu tun haben (Gesundheit, Wirtschaft etc.) nötig ist. Sieben von ihnen antworteten mit einem eindeutigen ja, eine Person mit muss nicht unbedingt sein, eine Person mit nein und eine Person wusste nicht die Antwort darauf. Ein Grund für die politische Kommodität, erklärt sich aus dem Umstand, dass in allen staatlichen Institutionen der „nationale Schlüssel“ nach der Bevölkerungszählung von 1990 befriedigt werden muss. Das bedeutet, dass der nationale Schlüssel vor der Kompetenz kommt. Maid M. meint, dass es aber allgemein unmöglich ist, dieses Phänomen der politischen Kommodität zu umgehen, auch in den hoch entwickelten Ländern. Amer S. ist der Meinung, dass eine/r es auf jeden Fall einfacher haben wird, wenn er sich politisch kommod zeigt, und zwar in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Nedim M. sagt, dass es sicherlich nicht schadet sich politisch kommod zu zeigen, aber es ist keine Voraussetzung, wenn du wirklich kompetent bist. Sabina P. kann sich mit dieser Tatsache nicht anfreunden, dass die politische Kommodität offensichtlich für alles benötigt wird, und politisch nicht aktive oder passive Individuen, ihre Rechte manchmal gar nicht einfordern können, trotz aller Kompetenz. Dusko M. sieht noch eine Alternative: *„Es ist notwendig. Und wenn nicht gerade politische Kommodität, dann zumindest die politische Neutralität und*

strenges Schweigen. Die Ausnahme bilden nur wirklich große Experten in ihrem Fach, und manchmal nicht einmal sie.“

5.5.2 Einschätzung der Rolle der Religion und Nationalität für Fragen der Demokratie

Auf die Frage, ob sie positiv, negativ oder neutral die Tatsache betrachten, dass bei den Interviews alle Fragen betreffend der Religion, der Nation oder der politischen Zugehörigkeit weggelassen wurden, antworteten die meisten, dass sie es aus unterschiedlichen Gründen als positiv wahrnehmen. Zum einen weil sie diese Fragen, als private Angelegenheit betrachten und ungern darüber sprechen und zum anderen, so drückten manche den Verdacht, dass das Interview vielleicht in eine völlig andere Richtung verlaufen würde. Nämlich, *„wenn du die Menschen daran erinnerst, wer oder was sie sind, und gibst ihnen Zeit und Raum darüber zu sprechen, fangen sie automatisch an, ihre eigenen Einstellungen und Ideologien zu vertreten.“* (Amer S.) Manche erlebten das Interview als allgemeine Befragung, in der solche Fragen auch nicht notwendig wären, bzw. äußerten ihr Unvermögen aus, genau einzuschätzen was das Ziel meiner Untersuchung sein wird, und daher auch nicht einschätzen können, ob das Weglassen der Fragen über Religion, Nation oder politische Zugehörigkeit positiv, negativ oder neutral zu betrachten ist. Und die letzte Gruppe erlebte dies eher als neutral, da diese Fakten über sie auch ein Teil ihrer Identität sind und daher es auch nicht schlimm gewesen wäre, solche Fragen auch zu beantworten.

Weiters habe ich sie um die Einschätzung gebeten, ob sich ihre Antworten, also die Antworten aller zehn IP, angesichts der Tatsache, dass sie verschiedenen Religionen und Nationen angehören, in Bezug auf die Wahrnehmung der Demokratie und Menschenrechte in Sarajevo unterscheiden. Oder ob sie glauben, dass sie aufgrund der Tatsache, dass sie alle in Sarajevo leben, ähnliche Probleme des alltäglichen Lebens in Sarajevo wahrnehmen, ungeachtet ihrer religiösen, nationalen oder politischen Zugehörigkeit. Zunächst glauben sie alle, dass sie allgemein mit den gleichen oder sehr ähnlichen Problemen in Sarajevo konfrontiert sind. Zweitens drückten manche vorsichtig aus, dass sie nicht alle Befragten kennen, und sie müssten sie daher zuerst kennen lernen, um so eine Einschätzung zu treffen. Drittens schätzen die meisten, dass sie alle ähnlichen Dinge als Probleme des Lebens in Sarajevo wahrnehmen, ungeachtet ihrer Zugehörigkeit. Nur drei von ihnen haben konkret die Meinung geäußert, dass sie glauben, dass sie zwar alle mit den gleichen Problemen konfrontiert sind, dass es allerdings sehr wahrscheinlich ist, dass die Meinungen in Bezug auf

die Demokratie und Menschenrechte unterschiedlich ausfallen. Nämlich aus dem einfachen Grund, da auf Menschen verschiedener religiöser oder nationaler Zugehörigkeit *bewusst oder unbewusst ihre homogenisierte Masse in der Umgebung einen Einfluss hat.* (Maid M.)

5.5.3 Wahrnehmung des Forschungsvorhabens

Schlussendlich habe ich meine IP gebeten, mir ein Feedback auf die Interviews zu geben, bzw. gefragt, wie sie meine Kenntnisse über politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation in Bosnien und Herzegowina einschätzen, als jemanden, der nicht in Bosnien und Herzegowina lebt. Das Feedback ist sehr positiv ausgefallen. Aufgrund der Fragen, die ich gestellt habe, bzw. der Gespräche, die wir auch im Nachhinein geführt haben, schätzten sie, dass ich sehr gut oder gar ausgezeichnet in die Situation in Bosnien und Herzegowina eingeweiht bin. Weiters glauben sie, dass die Art der Befragung richtig war, die Fragen neutral gestellt wurden, und sie nicht das Gefühl hatten, dass ich meine Meinung aufdringen wollte, anstatt ihre zu hören. Positiv schätzen sie auch ein, dass sich jemand auch für ihre Meinung interessiert, und nicht nur immer, die Meinung der Experten gefragt ist. Jelena S. äußerte gar die Meinung, dass meine Distanz zu Bosnien und Herzegowina vom Vorteil ist, mir sozusagen eine gewisse Objektivität verleiht. Immerhin, wurde auch die Meinung geäußert, dass ich zwar in die allgemeine Situation, gut eingeweiht bin, *„wir wissen es jedoch besser“*. (Bozana P.) Als Kritikpunkt, weniger an der Befragung sondern mehr an meiner Herangehensweise, die Probleme in BiH „lösen“ zu wollen, wurde folgendes geäußert: *„Ich glaube, dass die Art und Weise, wie du manche Probleme in BiH lösen würdest und die Art, wie du die Probleme angehst, nicht sehr adäquat ist. Warum? Weil die Menschen auf dem Balkan, in erster Linie, die Sprache der Macht verstehen, auch wenn die Macht, natürlich nicht die einzige Art ist, Probleme zu lösen. Deine Herangehensweise an die Problemlösung basiert jedoch auf dem Dialog. Ich sage hiermit nicht, dass alles mit Gewalt zu lösen ist, aber manchmal, sollen Schlüsselfragen unter Druck und Drohung gestellt werden.“* (Maid M.)

5.6 Zusammenfassung

Auch wenn manche Fragen zum Teil widersprüchliche Antworten gebracht haben, lassen sich die wichtigsten Aspekte der Interviews zusammenfassen.

1. Die Demokratie wird vordergründig mit Freiheiten assoziiert, vor allem mit Rede- und Meinungsfreiheit. Zugleich werden Menschenrechtsverletzungen in BiH konstatiert, Verpflichtungen oder „demokratische Spielregeln“ werden jedoch nicht thematisiert.
2. Wird Demokratie als Herrschaftsform begriffen, dann wird sie nicht unbedingt als die beste Herrschaftsform begriffen, bzw. als ein Ideal beschrieben, der so nicht existiert, aber nach dem getrachtet wird. Ich vermute, dass die Störvariable in dem Begriff der Demokratie, die wörtliche Übersetzung ist, nämlich die Herrschaft des *Volkes*. Nachdem damit in erster Linie die Volksmanipulation bzw. Unvermögen des Volkes als Masse richtige Entscheidungen zu treffen, wie die Vergangenheit in BiH es oft gezeigt hat, in Zusammenhang gebracht wird, erscheint eine „Volksherrschaft“ für BiH als nicht die beste annehmbare Herrschaftsform zu sein.
3. Verglichen mit anderen Herrschaftssystemen, schneidet die Demokratie schlechter als das vorherige sozialistische System ab. Das wird jedoch auf die Tatsache zurückgeführt, dass die Demokratie in Bosnien und Herzegowina als nicht funktionierend wahrgenommen wird, und daher das vorherige System besser erscheint. Eine Kombination aus den beiden Systemen erachten viele als eine Kombination, die vielleicht erfolgreicher wäre. Als großes Manko wird offensichtlich das Fehlen der sozialen Komponente erlebt. Auffallend ist dass die gebürtigen Sarajlija dem kommunistischen System mehr positive Eigenschaften abgewinnen können, als diejenigen die erst im Zuge der kriegesischen Auseinandersetzungen nach Sarajevo gezogen sind.
4. Die Wahrnehmung der Einschränkung der eigenen Rechte, wird unterschiedlich wahrgenommen. Recht auf Rede- und Meinungsfreiheit und das Recht auf Arbeit und ökonomische Sicherheit stehen ganz oben auf der Liste. Frauenrechte werden nur von einer Person thematisiert, die Rechte der Homosexuellen wurden aus dem aktuellen Anlass (Queer Festival) oft thematisiert. Roma und andere Minderheiten werden nicht erwähnt. Die BürgerInnen von Sarajevo werden nicht als homogene Gesellschaft wahrgenommen, jedoch verallgemeinernd wird konstatiert, dass sie sich ihrer Rechte und Pflichten nicht bewusst sind, bzw. sie nicht verstehen.

5. Die Zivilgesellschaft als Begriff wird nicht thematisiert. NGO Sektor wird allerdings angesprochen, und sowohl positiv (Beteiligung wichtig, vor allem junger Menschen) als auch negativ (Gelderverschwendung der Int. Gemeinschaft, Konkurrenz statt Kooperation) wahrgenommen.
6. Die Korruption wird als allgegenwärtig wahrgenommen, vor allem in Bezug auf nötige Beziehungen (familiäre, freundschaftliche) bei der Arbeitssuche. Besonders negativ äußert sich der Umstand solch einer Besetzung der Positionen, in der Kompetenz der Mitarbeiter und wirkt sich somit auf die Effektivität der Institutionen aus. Die Beschäftigung in den staatlichen Institutionen wird als besonders negativ empfunden, nachdem der nationale Schlüssel vor Kompetenz Vorrang hat. „Politische Kommodität“ wird allgemein als Faktum konstatiert. Wenn ökonomischer Sicherheitsfaktor gegen Redefreiheit abgewogen wird, geht es eindeutig zu Gunsten von ökonomischer Sicherheit.
7. Demokratisierung wird zumeist als ein Prozess der Ausweitung der Freiheiten oder Rechte begriffen bzw. theoretisch als Prozess der Einführung der Demokratie beschrieben. Demokratisierungserfolg wird in BiH als gar nicht vorhanden bzw. in den Anfängen begriffen wahrgenommen. Für Misserfolg wird stets auf wirtschaftliche Verflechtungen und „ethnische Privatisierung“ hingewiesen. Es werden vorwiegend interne Faktoren für die Stagnation ausgemacht. Es wird davon ausgegangen, dass die Demokratisierung schneller und leichter in homogenen Gesellschaften funktioniert.
8. Die internationale Dimension wird nicht thematisiert. Externe Faktoren werden nicht unbedingt als hinderlich für Demokratisierungserfolg empfunden. Manche sind sogar der Ansicht, dass OHR beispielsweise noch mehr Macht zeigen oder haben sollte. Als negativ im Demokratisierungsprozess werden die Mitarbeiter der internationalen Organisationen wahrgenommen, die oft als inkompetent und überbezahlt bezeichnet werden.
9. Die Einmischung in die Souveränität des Landes seitens der internationalen Gemeinschaft wird nicht thematisiert, genauso wenig wie wirtschaftliche Interessen großer Konzerne oder der Kapitalismus allgemein. Nur eine Person analysiert Bosnien und Herzegowina in einem Weltsystem und stellt die Frage nach den Produktionsmitteln in BiH.
10. In allen Antworten bezüglich der Demokratisierung, Menschenrechte, Partizipation etc. können keine Unterschiede festgestellt werden, aufgrund unterschiedlicher

Religions-, Nations- oder politischer Zugehörigkeit. Unterschiede können festgestellt werden:

- a. Zwischen politisch und gesellschaftlich Engagierten und nicht Engagierten
- b. Zwischen Absolventen der Sozialwissenschaften und Absolventen anderer Studienrichtungen
- c. Zwischen Idealisten, definiert als Menschen, die Veränderungen wünschen, sie für möglich halten und sich dementsprechend engagieren, wobei gemeinsame Interessen auch wahrgenommen werden und Pessimisten, definiert als Menschen, die die Realität als nicht veränderbar begreifen, und sich daher so gut wie möglich in ihr zu recht zu finden suchen, wobei eigene Interessen im Vorfeld stehen.
- d. Unterscheidung zwischen Absolventen ausländischer und inländischer Universitäten, muss als Vermutung bleiben, da nur Sabina P. als IP zur Verfügung stand. Ihre Antworten und ihre Argumentationen unterscheiden sich zum Teil sehr stark von allen anderen in Bezug auf Demokratie, Demokratisierung, Wahrnehmung der Menschenrechte und Partizipation. Ihre Wahrnehmung der bosnisch-herzegowinischen Realität, als auch der Lösungsansatz für manche gesellschaftliche und politische Fragen, gleicht eher der Wahrnehmung der Wiener StudentInnen, als auch meinen eigenen.

6 Schlussfolgerungen

Die entwicklungstheoretische Diskussion der Gegenwart ist geprägt durch die Begriffe wie Demokratie, Menschenrechte, Zivilgesellschaft oder auch Partizipation, um hier nur die häufigsten zu nennen. Die Ausbreitung von Demokratie und Marktwirtschaft als Grundkonzept der Entwicklung wird sowohl seitens der Wissenschaft als auch seitens der Politik in den westlichen Demokratien begrüßt und aktiv mitgestaltet und unterstützt, nicht zuletzt da angenommen wird, dass eine Demokratisierung möglichst vieler Staaten zu einem weltweiten Frieden führen kann.

Das Wort Demokratie dient heutzutage jedoch nicht nur zur Bezeichnung einer spezifischen politischen Ordnung eines Staates, sondern auch zur Bezeichnung von Institutionen, Organisationen, Verfahrensweisen, Werten, Handlungen und sogar zur Bezeichnung menschlicher Charaktermerkmale. (vgl. Buchstein 2004: 47f) Unterschiedliche Demokratietheorien unterliegen demnach auch unterschiedlichen Definitionen von Demokratie.

„In der neueren Literatur wird Demokratie üblicherweise durch ein Bündel an Merkmalen definiert (vgl. Dahl 1972, 1989, 1998; Schmidt 2000). Sie gehen weitgehend über die ursprüngliche Bedeutung der Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ hinaus und versuchen die Definition von „Demokratie“ differenzierter zu fassen. Dies hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass sich die Zahl der Definitionen von Demokratie in der Neuzeit vervielfacht hat. (Pickel/Pickel 2006:153)

Das Verhältnis zwischen Demokratie und Demokratisierung in Bezug auf die Transformationsländer kann auch als ein Verhältnis zwischen Theorie und Praxis analysiert werden. Während uns die Demokratietheorien und Entwicklungskonzepte helfen zu verstehen, warum möglichst viele Länder demokratisiert werden sollen, zeigt uns die Praxis der Demokratisierung dass sich Demokratie nach *unserer* Schablone und *unseren* Vorstellungen nicht so ohne weiters übertragen lässt. Denn Demokratie ist immer auch eine Frage von Werten, die sich aus einem langen Sozialisierungsprozess speisen. Die externe Demokratieförderung hat jedoch gegenwärtig ihren fixen Platz in den internationalen Beziehungen wobei Bosnien und Herzegowina ein ausgezeichnetes Beispiel für die Demokratisierungsmethoden der internationalen Gemeinschaft darstellt.

Aus dem Blickwinkel der Entwicklungsforschung kann Bosnien und Herzegowina zunächst als ein Transformationsland in mehrfacher Hinsicht beschrieben und analysiert werden. Seit etwa zwei Jahrzehnten durchläuft das Land verschiedene Transformationen: politische, wirtschaftliche, soziale, staatliche und seit 1995 auch die Transformation hin zu einer

Friedensgesellschaft. Das Theorem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Offe 1991: 282) scheint zumindest im Falle von Bosnien und Herzegowina doch nicht versagt zu haben, nicht zuletzt weil die Entwicklungsfortschritte des Landes hin zu einer Annäherung an die EU zum größten Teil auf das Konto der internationalen Gemeinschaft geschrieben werden müssen. Keines dieser Prozesse kann jedoch als in sich abgeschlossen gesehen werden, selbst wenn das Land international in seinen Vorkriegsgrenzen anerkannt wurde, demokratische Institutionen installiert wurden, freie und faire Wahlen stattfinden, Privatisierung fortgeschritten ist und Menschenrechte in der Verfassung verankert sind. Auch wenn in BiH seit DPA der Frieden herrscht, bietet die *„Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“* noch immer ein Grund zur Sorge. Bosnien und Herzegowina wird somit zu Recht zu *„defekten Demokratien“* gezählt, nämlich zu jenen Herrschaftssystemen,

„[...]die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.“ (Merkel et. al 2003: 66)

Zwei Entitäten, zehn Kantone in der Föderation, ein eigenständiger Distrikt um die Stadt Brcko, drei konstitutive Völker, drei Sprachen, drei Religionen als *„zentrale Identitätsstiftende aber auch gesellschaftstrennende Schlüsselfaktoren“* (Krause 2006: 2) und mindestens drei Versionen der Kriegsgeschehnisse kennzeichnen das heutige Bosnien und Herzegowina. In anderen Worten, stellen die unglaublich aufgeblähte Staatsstruktur und eine tief gesplante Gesellschaft die größten Herausforderungen für die junge Demokratie dar. Aufgrund der Vollmachten des Hohen Repräsentanten, der schlussendlich das letzte Wort im Lande hat, muss Bosnien und Herzegowina auch als Halb-Protektorat gesehen werden. Der *„politische Frankenstein“* kann abschließend als ineffizient, sehr kostspielig und auf die Dauer einfach nicht tragbar beschrieben werden.

Nun, spätestens seit den deutlich erkennbaren Diskrepanzen zwischen den *„faktischen Installationen von demokratischen Institutionen bzw. marktwirtschaftlichen Organisationen/Prinzipien“* in den jungen Demokratien und *„praktisch erfahrbaren Bevölkerungsreaktionen“* (Pickel/Pickel 2006: 16) hat sich die Einsicht durchgesetzt, die politische Kultur eines Landes im Zuge der Demokratieforschung stärker zu berücksichtigen. Politische Kultur von Demokratien ist gekennzeichnet unter anderem durch individuelle Freiheitsrechte, durch Minderheitenschutz, eine Abneigung gegenüber Gewalt oder auch durch Werte- und Interessenpluralismus. (Czempiel 1998 zit. nach Imbusch/Zoll 2005: 139)

Zudem ist eine Demokratie ohne Beteiligung ihrer BürgerInnen nicht überlebensfähig, sodass über das Recht auf politische Partizipation und ihre Notwendigkeit in einer Demokratie innerhalb der wissenschaftlichen Debatte grundsätzlich Einigkeit herrscht. (vgl. Hoecker 2006: 2) Die Legitimität eines demokratischen Systems ist nach der Theorie der politischen Kulturforschung für die Stabilität eines politischen Regimes entscheidend, und die Stabilität eines demokratischen Regimes eine wichtige Voraussetzung für die Bestimmung von der Qualität der Demokratie, auf die die Demokratiemessung abzielt. (Pickel/Pickel 2006: 275)

Die Daten des WVS das heutzutage den Maßstab in der Breite der Erfassung politisch-kulturell bedeutender Einstellungen und Werte setzt (vgl. auch Pickel/Pickel 2006: 35), bieten eine nicht zu ignorierende Einsicht in die Einstellungen und Werte der BürgerInnen Bosnien und Herzegowinas. In der Erforschung der politischen Kultur des Landes können diese Daten so manche Frage beantworten, aber bestimmt auch neue Fragen aufwerfen. So zum Beispiel kann dort die Information entnommen werden, dass von den Befragten 1095 BürgerInnen im Jahr 2001, 92 % der Meinung waren, dass die Demokratie tatsächlich die beste Herrschaftsform ist. Gleichzeitig geht aber die Beurteilung des vorherigen und des jetzigen Systems in Bezug auf die Freiheiten eindeutig zu Gunsten des Sozialismus. Das Ergebnis nachdem die Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass in erster Linie die Regierung dafür sorgen soll, dass es allen Menschen besser geht, geht konform mit dem Ergebnis nachdem weniger als 2% aller Befragten im NGO Sektor tätig sind. Während über 80% der Befragten der Meinung sind, dass die wirtschaftliche Entwicklung die absolute Priorität des Staates in den nächsten zehn Jahren sein soll, genießen religiöse Institutionen und das Militär größeres Vertrauen bei den Befragten als die Regierung. (WVS 2001)⁹³

Der Bertelsmann Transformationsindex, der die Entwicklung der demokratischen und wirtschaftlichen Transformation wissenschaftlich zu erfassen sucht, mit anderen Worten nach der Qualität der Demokratie in einem Transformationsland fragt, bietet wichtige Einsichten in den Entwicklungsfortschritt von Bosnien und Herzegowina. So werden im BTA alle wichtigen und aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekte beschrieben, die von besonderer Relevanz für die Transformation des Landes sind. Es wird zum Beispiel konstatiert, dass die mangelnde Rechtstaatlichkeit und unzureichende politische und gesellschaftliche Integration die größten Schwachpunkte der defekten Demokratien sind.

⁹³ An dieser Stelle möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass gegenwärtig aktuellere Daten vorhanden sind, zum Beispiel von UNDP. Auch wenn gewisse Verschiebungen in den Meinungen der BürgerInnen feststellbar sind, die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Ereignissen folgen, so lassen auch diese Daten nicht auf einen grundsätzlichen Widerspruch zu hier verwendeten Daten von WVS schließen.

Die Zustimmung der BürgerInnen BiHs zu demokratischen Normen und Verfahren liegt nach BTI bei 50-70 %. In Bezug auf den Aufbau von Sozialkapital wird festgestellt, dass das Vertrauen in die Institutionen, als auch in die Mitmenschen generell schwach ist und die Ausbildung des sozialen Kapitals aus dem Grund darunter leidet. Andererseits wird davon ausgegangen, dass das Ausmaß an Misstrauen als auch das niedrige Niveau des sozialen Engagements nichts Ungewöhnliches für die geteilten Nachkriegsgesellschaften ist. (BTA 2008)

Nun, eine Verbindung der Daten von WVS und BTI bietet eine neue Herangehensweise, die Transformation in BiH besser zu verstehen. Während die Daten von WVS etwas über die Einstellungen und Meinungen der BürgerInnen über Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft aussagen, bieten die Daten von BTI die Einschätzungen der Experten in Bezug auf die Entwicklung des Landes, wobei die politische Kultur berücksichtigt wird. Was jedoch aus den Daten von WVS und BTI nicht herausgelesen werden kann, ist wie die BürgerInnen die Transformation in ihrem Lande selbst reflektieren, d. h. wie sie die Demokratie und Demokratisierung überhaupt wahrnehmen. Die große Frage ist: Verstehen sowohl die BürgerInnen BiHs als auch die externen Demokratisierer wirklich dasselbe unter demokratischen Freiheiten, Rechten und Pflichten? Eine universalistische Annahme der Demokratie in den theoretischen als auch in den entwicklungspolitischen Konzepten ist aus meiner Sicht unter anderem ein Grund dafür, dass externe Demokratieförderung in Bosnien und Herzegowina auch nur mit undemokratischen Methoden Fortschritte erzielt.

Einerseits ist also die Berücksichtigung der politischen Kultur eines Landes im Zuge der Erforschung der Stabilität von jungen Demokratien wesentlich, andererseits stellt sich die Frage inwiefern sich die politischen Einstellungen tatsächlich auf das politische Handeln der BürgerInnen auswirken, wie dies von der Theorie der politischen Kultur angenommen wird.

„Inwieweit zwischen politischer Partizipation, politischen Prozessen in einzelnen Politikfeldern (Policies) und politischen Überzeugungen der Bürger eine Beziehung besteht, gilt es bislang immer noch empirisch sauber nachzuweisen. Die seitens der politischen Kulturforschung postulierte Auswirkung der Einstellungen auf das Verhalten ist aber ein Kernbestandteil für die Annahme der Wirksamkeit politischer Kultur auf die Stabilität eines politischen Systems überhaupt.“ (Pickel/Pickel 2006: 145)

Gerade in einer postsozialistischen Nachbürgerkriegsgesellschaft wie es die bosnisch-herzegowinische ist, müssen Zweifel an der klassischen Erforschung der politischen Kultur geäußert werden, denn es konnte bisher nicht nachgewiesen werden, dass das Wählen nationalistischer Parteien ausschließlich aus den nationalistischen Orientierungen der

WählerInnen resultiert. Es spricht zum Beispiel auch nichts dafür, dass Islam in Bosnien und Herzegowina „demokratiefeindlicher“ (Huntington 1993, 2002) ist, als die christlichen Religionen in diesem Lande. Andererseits stellt sich die Frage wie die fast durchgehende Wiederwahl nationalistischer Parteien seit 1996 mit den Umfragedaten nach denen die Zustimmung der BürgerInnen BiHs zu Demokratie und Menschenrechten bei weit über 50% liegt (BTI 2003, 2006, 2008; WVS 1998, 2001; UNDP 2007, 2008) in Einklang zu bringen ist. Eine mögliche Erklärung dafür wäre, dass sich die Meinungen und Einstellungen der BürgerInnen nicht zwangsläufig auf das politische Handeln auswirken. Es wurde aber bisher auch kaum untersucht wie die BürgerInnen von Bosnien und Herzegowina die Transformation in ihrem Lande reflektieren. Es wurde auch nicht untersucht was die BürgerInnen überhaupt unter Demokratie, Partizipation oder auch Zivilgesellschaft verstehen.

Nachdem die Jugend in der Entwicklungszusammenarbeit als eine der sozialen Gruppen identifiziert wurde, die das „*meiste Potential für gesellschaftliche Innovation*“ hat und junge Menschen gerade in Nachkriegsgesellschaften als „*Hoffnungsträger für Prozesse der Versöhnung*“ (Fischer 2006: 8) gelten, bietet sich genau die Jugend zur Erforschung der oben gestellten Fragen sehr gut an. In Bosnien und Herzegowina stehen junge Menschen mit höherer Bildung tendenziell kritischer dem Nationalismus gegenüber und sind eher bereit die Fehlritte des eigenen Kollektivs zu verurteilen. Zudem sind sie auch mit theoretischen Diskussionen um Demokratie und Demokratisierung vertraut. Sarajevo als die Hauptstadt Bosnien und Herzegowinas und eine Stadt wo Demokratisierung auf mehreren Ebenen richtig sichtbar und wahrnehmbar ist, bietet auch eine sehr gute Umgebung um zu überprüfen wie die Bevölkerung BiHs die Transformation reflektiert, was sie mit diesen Prozessen verbindet und welche Bedeutung Demokratie für den einzelnen überhaupt hat. Es wurde von der Annahme ausgegangen, dass wenn junge Menschen in solch einer Umgebung wenig der Demokratie und demokratischen Normen und Verfahren abgewinnen können, dass sich die Wahrnehmung demokratischer Veränderungen seitens junger Menschen in ländlichen Gegenden noch schwieriger gestalten muss.

Die Interviews mit jungen Menschen mit höherer Bildung in Sarajevo haben gezeigt, dass junge Menschen die Demokratie vordergründig mit Freiheiten und Rechten assoziieren. Rede- und Meinungsfreiheit als auch das Recht auf Arbeit und ökonomische Sicherheit stehen ganz oben auf ihrer Prioritätenliste in Bezug auf Demokratie. Mit anderen Worten ist ihre Vorstellung einer „richtigen Demokratie“ mit einer idealisierten Vorstellung eines Staates

verbunden, wo soziale Gerechtigkeit, die Freiheit und das materielle Wohlstand herrschen. Das entspricht einer am Balkan weit verbreiteten idealisierten Vorstellung vom Westen als einem Ort sozialer Gerechtigkeit, der Freiheit und des materiellen Wohlstandes. Sind die jungen Menschen gut vertraut mit den Schwierigkeiten westlicher Demokratien in Bezug auf beispielsweise Menschenrechtsverletzungen, so fallen ihre Urteile über die Demokratie als Herrschaftsform als weltweit nicht existent. Sie sehen dann in Demokratie ein nicht-existentes Ideal nachdem aber getrachtet wird. Einerseits findet eine Aufwertung des Begriffes Demokratie statt insofern, als dass der Demokratie noch mehr positive Eigenschaften zugeschrieben werden, als dies ohne hin der Fall in den westlichen Demokratien ist. Andererseits sehen sie in der „Volksherrschaft“ nicht den Vorteil, sondern eher einen Nachteil der Demokratie, da sie dem Volk, ganz im Sinne von Claus Offe, eine allgemeine Fehlbarkeit und Verführbarkeit unterstellen. So eine Einstellung resultiert ganz klar aus der politischen und gesellschaftlichen Vergangenheit als auch der Gegenwart Bosniens. Dieses Ergebnis deutet auch auf eine allgemeine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis der Demokratisierung. In der *Agenda for Democratization* beispielsweise wird die Demokratie als „*system of government which embodies, in a variety of institutions and mechanisms, the ideal of political power based on the will of the people*“ (UN 1996: A/51/761, Abs.1) definiert. Amartya Sen macht aber darauf aufmerksam, dass demokratische Institutionen nicht als mechanische Werkzeuge der Entwicklung begriffen werden können, denn „*ihre Verwendung steht und fällt mit unseren Werten und Prioritäten und damit, wie wir die uns gebotenen Chancen zur freien Rede und Partizipation nutzen*“. (Sen 2005: 194) Junge Menschen in Sarajevo verurteilen den Nationalismus, sehen nicht viele Vorteile in der politischen Macht basiert auf dem Willen der Menschen, konstatieren Menschenrechtsverletzungen in BiH aber auch in den westlichen Demokratien und sehen ihre Freiheiten in mehrfacher Hinsicht eingeschränkt. In einer „richtigen Demokratie“ sehen sie daher ihre Freiheiten und Rechte nicht eingeschränkt und sie sehen vor allem ihre ökonomische Sicherheit gewährleistet. Eine Sozialdemokratie scheint zudem nach ihren Angaben das wünschenswerte Herrschaftssystem zu sein, wobei sie damit eher eine Kombination des vorherigen sozialistischen Systems und einer liberalen Demokratie meinen. Gleichzeitig thematisieren sie weder Verpflichtungen in einem demokratischen System, noch „demokratische Spielregeln“, noch die Bedeutung der Zivilgesellschaft, noch würden sie selbst riskieren ihre doch vorhandene Redefreiheit und Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen, wenn sich daraus Nachteile für sie persönlich ergeben könnten. Es kann der Eindruck gewonnen werden, dass Rechte und Freiheiten gefordert werden, aber die bürgerlichen Verpflichtungen im Sinne einer partizipativen Demokratie als

solche nicht wahrgenommen werden oder nicht als wesentlich erachtet werden. Dabei scheint gerade in den Transformationsgesellschaften eine Art „*partizipatorischer Revolution*“ (Kaase 1982 zit. nach Geißel/Thillman 2006: 159) auf dem Weg zu einer konsolidierten Demokratie von Nöten, was unter anderem in den Empowerment- und Ownershipkonzepten gut zum Vorschein kommt. Alle Demokratietheorien, einige mehr andere weniger, postulieren zudem dass eine Demokratie als Herrschaftsform ohne Beteiligung der BürgerInnen nicht überlebensfähig ist, denn „*citizen participation is at the heart of democracy*“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 129 zit. nach Hoecker 2006: 2). Große Unterschiede gibt es jedoch in Bezug auf das Ausmaß der Beteiligung. Im Falle von Bosnien und Herzegowina müsste die Partizipation nicht nur junger Menschen, um einiges höher sein als in so mancher westlicher Demokratie um beispielsweise von einer Staatsbürgerkultur sprechen zu können. Wie aus der politischen Kulturforschung bekannt, kann die „*Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als soziokulturellem Unterbau der Demokratie*“ (Merkel 2007: 414) Jahrzehnte dauern und erst mit Generationenwechsel abgeschlossen werden. (Almond/Verba 1963, 1980 zit. nach Merkel 2007: 417)

Einerseits deuten die Angaben der InterviewpartnerInnen in Sarajevo auf ihre pro-demokratische Einstellung mit ganz besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte, andererseits konstatieren sie einheitlich die Bedeutung von politischer Kommodität in fast allen Sphären des täglichen Lebens und scheuen es über kurz oder lang nicht, sich selbst politisch kommod zu zeigen, um ihre eigenen Interessen vorwiegend im Sinne der ökonomischen Sicherheit durchzusetzen. Die Ergebnisse zeigen ganz klar ein Auseinanderklaffen zwischen den Einstellungen und Meinungen und politischen und gesellschaftlichen Handlungen. Daher kann die seitens der politischen Kulturforschung postulierte Auswirkung der Einstellungen auf das Verhalten (vgl. Pickel/Pickel 2006: 145) in diesem Zusammenhang nicht bestätigt werden. Dabei muss aber berücksichtigt werden dass sich die klassische politische Kulturforschung explizit auf Demokratien bezieht.

Wird aber andererseits ein Verständnis von Demokratie herangezogen, nachdem eine Demokratie ein Herrschaftssystem, in dem soziale Gerechtigkeit, Freiheiten und wirtschaftlicher Wohlstand herrschen und dieses zudem ohne Beteiligung der BürgerInnen als überlebensfähig erachtet wird, so klaffen die Einstellungen und Verhalten der InterviewpartnerInnen in Sarajevo nicht so sehr auseinander. Dafür spricht einerseits die Überzeugung der Mehrheit dass es im kommunistischen System mehr Freiheiten und Rechte und somit mehr Demokratie gab als heute. Und andererseits wenn ökonomischer

Sicherheitsfaktor gegen Redefreiheit abgewogen wird, geht es eindeutig zu Gunsten von ökonomischer Sicherheit aus. Zu dem kommt noch die Einstellung junger Menschen, dass sie ohne hin „kleine Fische“ sind und das Potenzial von Demonstrationen, Streiks oder auch freiwilliger Arbeit im NGO Sektor als von politischer Relevanz für den Gesamtstaat prinzipiell unterschätzen. Eigene Interessen stehen ganz eindeutig im Vordergrund, selbst wenn es sich um die Mitarbeit in einer NGO handelt. Daher begreifen sie auch die Zukunft mehr als Verwirklichung ihrer persönlichen Ziele und weniger als die Verwirklichung der demokratischen Werte und Normen in ihrem Land.

Diese Einstellungen und dieses Verhalten entsprechen eher einer politischen Kultur des vorherigen politischen Systems in dem die Verbindung zwischen Bevölkerung und Staat anderen Regeln folgte und das Verständnis von Freiheiten und Rechten sich nicht an beispielsweise freien Medien oder Mehrparteienwahlen orientierte. Ich erinnere an dieser Stelle nochmals an meine Überzeugung vom Anfang der 90er Jahre, als ich den Verbot des seitlichen Beckenspringens für die Einschränkung meiner Freiheiten erachtet habe und nicht als eine Regel, die es zu befolgen gilt. Meine InterviewpartnerInnen drückten ihr Verständnis von Freiheit in ähnlicher Weise. So zum Beispiel meint Bozana P.: *„Ich tue und lasse was mir gefällt – das ist doch Demokratie oder?“* Aus den Aussagen der InterviewpartnerInnen aber auch aus den Gesprächen mit Freunden und Bekannten in Bosnien kann der Eindruck gewonnen werden, dass Einschränkungen der Freiheiten und Rechte nicht selten mit Befolgung von Regeln verwechselt werden. Der Umgang mit Konkurrenzdenken als auch mit Gesetzmäßigkeiten der Marktwirtschaft stellen offensichtlich große Herausforderungen an junge Menschen in Bosnien und Herzegowina.

Ziehen wir schlussendlich die Wahrnehmung der Demokratisierung in BiH heran, ist der Unterschied zwischen Wiener StudentInnen und InterviewpartnerInnen in Sarajevo mehr als auffallend. Während Wiener StudentInnen keine Gelegenheit ausgelassen haben, sich kritisch mit dem Kapitalismus, Strukturanpassungsprogrammen oder auch mit Hegemonie auseinanderzusetzen, thematisieren die InterviewpartnerInnen keines dieser Begriffe. Nur Mustafa P. analysiert Bosnien und Herzegowina in einem Weltsystem und äußert seine Bedenken diesbezüglich. Während die Wiener StudentInnen fehlerhafte Tätigkeiten der internationalen Gemeinschaft konstatieren, als auch ihre Methoden der Demokratisierung in Frage stellen, wird seitens junger Menschen in Sarajevo die internationale Dimension nicht unbedingt als hinderlich für Demokratisierungserfolg empfunden. Ganz im Gegenteil, es werden fast ausschließlich interne Faktoren für die Stagnation der Demokratisierung in BiH ausgemacht.

Junge Menschen in Bosnien und Herzegowina befinden sich in einer nicht-beneidenswerten Situation. Einerseits wirken die Einflüsse des alten Wertesystems auf sie ein, andererseits sind sie mit Aufkommen demokratischer Werte und Normen konfrontiert als auch mit harten Gesetzmäßigkeiten der Privatwirtschaft. Einerseits suchen sie eine Balance zwischen ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen und traditionellen Vorgaben der Familie oder der Umgebung herzustellen, andererseits haben sie mit ihren eigenen Kriegs- und Nachkriegserinnerungen zu kämpfen. Einerseits trachten sie nach mehr sozialer Gerechtigkeit, andererseits fügen sie sich in das vorhandene Wertesystem ein wenn sie die Gelegenheit dazu bekommen. Schlussendlich können in allen Interviews bezüglich der Wahrnehmung von Demokratie, Demokratisierung, Menschenrechten, Partizipation etc. keine Unterschiede festgestellt werden aufgrund unterschiedlicher Religions-, Nations- oder politischer Zugehörigkeit. Es lassen sich unter jungen Menschen in Sarajevo mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede bezüglich der Wahrnehmung der Demokratie als auch bezüglich ihrer Handlungsmuster in einer „defekten Demokratie“ feststellen. Aus den Interviews geht eindeutig hervor, dass die Demokratie nicht ausschließlich in Abgrenzung zu dem vorherigen System definiert wird, sondern dass das Verständnis von Demokratie Elemente aus beiden Herrschaftssystemen enthält.

Demnach bieten die Forschungskonzepte, die sich an einem universalistischen Begriff von Demokratie orientieren, nicht immer die verlässlichsten Ergebnisse über die Legitimität, Stabilität oder Qualität der Demokratie in einem Transformationsland. Die Verbindung politischer Kulturforschung und Demokratiemesskonzepte bietet jedenfalls mehr Möglichkeiten zu einem tieferen Verständnis des untersuchten Gegenstandes zu gelangen. Zudem kann die Demokratieforschung aus meiner Sicht nicht auf die subjektive Seite der Demokratie verzichten, noch sollte die subjektive Seite der Demokratie in der externen Demokratieförderung vernachlässigt werden. Wir brauchen in der Tat, „*neue Denkweisen, die mit Besonderheiten, Individualitäten, Absonderlichkeiten, Diskontinuitäten, Kontrasten und Singularitäten umgehen können* [...]“ (Geertz 1996: 7)

7 Anhang

I. World Values Survey⁹⁴

1) Vergleich zu anderen Herrschaftsformen

Frage: In einer Demokratie kann es Probleme geben, sie ist jedoch besser als alle anderen Herrschaftsformen.

Tabelle 1: Vergleich Demokratie und andere Herrschaftsformen

BASE=1095 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Democracy may have problems but is better	Agree strongly	37.9 %	35.2 %	37.8 %	40.7 %
	Agree	54.1 %	58.3 %	54.3 %	49.5 %
	Disagree	5.1 %	4.0 %	5.0 %	6.4 %
	Strongly disagree	2.9 %	2.5 %	2.9 %	3.3 %
	Total	1095 (100 %)	324 (100 %)	442 (100 %)	329 (100 %)

Quelle: WVS 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E 123) Democracy may have problems but is better.

2) Beurteilung des jetzigen politischen Systems

Frage: Auf einer Skala von 1 (schlecht) bis 10 (sehr gut), beurteilen Sie das jetzige politische System.

Tabelle 2: Beurteilung des jetzigen politischen Systems

BASE=1192 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Rate political system for governing country	Bad	20.0 %	19.0 %	19.3 %	21.8 %
	2	11.1 %	12.2 %	10.4 %	10.9 %
	3	15.4 %	16.8 %	17.8 %	10.9 %
	4	13.5 %	12.5 %	13.7 %	14.3 %
	5	18.4 %	18.8 %	18.8 %	17.4 %
	6	10.9 %	11.6 %	10.6 %	10.6 %
	7	3.9 %	3.4 %	3.1 %	5.3 %
	8	4.2 %	3.4 %	3.5 %	5.9 %
	9	1.2 %	0.6 %	1.4 %	1.4 %
	Very good	1.5 %	1.7 %	1.4 %	1.4 %
	Total	1192 (100 %)	352 (100 %)	483 (100 %)	357 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E111) Rate political system for governing country.

⁹⁴ Tabellen 1-15 unter WVS zu finden. Online: <http://www.worldvaluessurvey.org/> [Zugriff: 26.03.2009]

3) Beurteilung des vorherigen Systems

Frage: Auf einer Skala von 1 (schlecht) bis 10 (sehr gut), beurteilen Sie das vorherige politische System.

Tabelle 3: Beurteilung des vorherigen politischen Systems

BASE=1187 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Rate political system as it was before	Bad	7.2 %	8.6 %	5.8 %	7.6 %
	2	2.7 %	3.7 %	2.3 %	2.2 %
	3	4.9 %	5.7 %	5.2 %	3.7 %
	4	7.9 %	9.7 %	9.3 %	4.2 %
	5	14.9 %	16.9 %	14.5 %	13.5 %
	6	8.6 %	8.6 %	9.3 %	7.6 %
	7	9.4 %	11.2 %	9.5 %	7.6 %
	8	15.4 %	13.8 %	15.6 %	16.9 %
	9	9.4 %	9.2 %	11.0 %	7.6 %
	Very good	19.5 %	12.6 %	17.4 %	29.2 %
Total		1187 (100 %)	349 (100 %)	482 (100 %)	356 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E112) Rate political system as it was before.

4) Zufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie im eigenen Land

Frage: Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Entwicklung der Demokratie in BiH? (sehr zufrieden, teilweise zufrieden, nicht so zufrieden, gar nicht zufrieden)

Tabelle 4: Zufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie im eigenen Land

BASE=1170 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Satisfaction with the way democracy develops	Very satisfied	1.7 %	2.1 %	1.9 %	1.1 %
	Rather satisfied	32.3 %	32.0 %	32.2 %	32.8 %
	Not very satisfied	46.9 %	49.9 %	44.2 %	47.7 %
	Not at all satisfied	19.1 %	16.1 %	21.7 %	18.4 %
	Total	1170 (100 %)	341 (100 %)	475 (100 %)	354 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E110) Satisfaction with the way democracy develops.

5) Identifizierung mit dem Staat

Frage: In erster Linie bin ich: a) Bosnier und Herzegowiner, b) Bosniake, c) Kroat, d) Serbe.

Tabelle 5: Identifizierung mit dem Staat

BASE=1144 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Which of the following best describes you	CS: Above all, I am citizen of BiH	38.4 %	38.5 %	36.4 %	40.8 %
	CS: Above all, I am Bosnian	24.1 %	23.5 %	25.4 %	23.0 %
	CS: Above all, I am Croat	8.9 %	7.6 %	8.0 %	11.4 %
	CS: Above all, I am Serb	28.6 %	30.3 %	30.2 %	24.8 %
	Total	1144 (100 %)	340 (100 %)	461 (100 %)	343 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. National Identity: (G 015) Which of the following best describes you.

Frage: Wie stolz sind sie darauf, BürgerIn BiHs zu sein? a) sehr, b) ziemlich, c) nicht sehr stolz, d) gar nicht stolz

Tabelle 5a: Nationalstaatlicher Stolz

BASE=839 Weight [with split ups]		Religious denomination					
		Total	Jew	Muslim	Orthodox	Protestant	Roman Catholic
How proud of nationality	Very proud	39.0 %	66.7 %	57.8 %	7.8 %	-	20.5 %
	Quite proud	30.3 %	-	34.4 %	24.8 %	100.0 %	24.7 %
	Not very proud	22.2 %	33.3 %	6.4 %	44.2 %	-	43.2 %
	Not at all proud	8.6 %	-	1.4 %	23.3 %	-	11.6 %
	Total	839 (100 %)	3 (100 %)	483 (100 %)	206 (100 %)	1 (100 %)	146 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. National Identity: (G 006) How proud of nationality

6) Eigenverantwortung vs. Regierungsverantwortung

Frage: Tragen Sie auf einer Skala von 1 (Regierung soll mehr Verantwortung übernehmen, damit es allen Menschen besser geht) bis 10 (Menschen sollen mehr Verantwortung übernehmen, damit es ihnen besser geht) ihre Meinung.

Tabelle 6: Eigenverantwortung vs. Regierungsverantwortung

BASE=1190 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Government responsibility	People should take more responsibility	7.2 %	8.2 %	6.6 %	7.0 %
	2	4.3 %	4.8 %	5.2 %	2.5 %
	3	6.6 %	6.8 %	6.4 %	6.8 %
	4	6.5 %	5.9 %	7.3 %	5.9 %
	5	9.7 %	11.6 %	9.5 %	8.2 %
	6	18.2 %	18.1 %	17.0 %	20.0 %
	7	7.3 %	6.8 %	8.3 %	6.5 %
	8	9.3 %	9.9 %	9.5 %	8.5 %
	9	5.5 %	6.8 %	3.7 %	6.5 %
	The government should take more responsibility	25.3 %	21.0 %	26.3 %	28.2 %
	Total	1190 (100 %)	353 (100 %)	482 (100 %)	355 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E037) Government responsibility.

7) Ziele des Staates in den nächsten zehn Jahren

Frage: Hier sind verschiedene Ziele des Landes genannt, die Menschen unterschiedlich bewerten. Was glauben Sie, sollte das wichtigste Ziel für unser Land in den nächsten zehn Jahren sein: a) hohes Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung, b) starke Verteidigungskräfte für unser Land, c) den Menschen mehr Mitsprache- und Entscheidungsrechte einräumen, d) unsere Städte und Dörfer verschönern.

Tabelle 7: Ziele des Staates in den nächsten zehn Jahren

BASE=1194 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Aims of country: first choice	A high level of economic growth	83.7 %	82.2 %	84.9 %	83.4 %
	Strong defence forces	8.2 %	7.3 %	8.0 %	9.3 %
	People have more say about how things are done	6.4 %	8.5 %	5.6 %	5.4 %
	Trying to make our cities and countryside more beautiful	1.8 %	2.0 %	1.4 %	2.0 %
	Total	1194 (100 %)	354 (100 %)	485 (100 %)	355 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E001) Aims of country: first choice.

8) Menschenrechte in BiH

Frage: Ihrer Meinung nach, wie gut werden die Menschenrechte in BiH respektiert? (sehr, teilweise, nicht genug, gar nicht)

Tabelle 8: Menschenrechte in BiH

BASE=1195 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Respect for individual human rights nowadays	There is a lot of respect for individual human rights	1.8 %	1.4 %	2.1 %	1.7 %
	There is some respect	33.0 %	29.8 %	32.3 %	37.1 %
	There is not much respect	45.5 %	52.0 %	43.7 %	41.6 %
	There is no respect at all	19.7 %	16.9 %	21.9 %	19.7 %
	Total	1195 (100 %)	356 (100 %)	483 (100 %)	356 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E124) Respect for individual human rights nowadays.

9) Umgang mit Homosexualität

Frage: Auf einer Skala von 1 (nie begründet) bis 10 (immer begründet) wie schätzen Sie die Homosexualität ein?

Tabelle 9: Homosexualität

BASE=1190 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Justifiable: homosexuality	Never justifiable	72.4 %	63.3 %	72.3 %	81.5 %
	2	4.8 %	4.2 %	6.2 %	3.4 %
	3	5.5 %	5.6 %	5.8 %	4.8 %
	4	3.6 %	5.6 %	3.1 %	2.3 %
	5	8.4 %	12.1 %	8.3 %	4.8 %
	6	1.8 %	2.8 %	1.4 %	1.4 %
	7	0.4 %	0.6 %	0.4 %	0.3 %
	8	0.6 %	1.4 %	-	0.6 %
	9	0.8 %	1.7 %	0.6 %	-
	Always justifiable	1.8 %	2.5 %	1.9 %	0.9 %
	Total	1190 (100 %)	354 (100 %)	484 (100 %)	352 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Religion and Moral: (F118) Justifiable: homosexuality.

10) Umgang mit Bestechung/Schmiergeld

Frage: Auf einer Skala von 1(nie gerechtfertigt) bis 10 (immer gerechtfertigt) wie schätzen Sie die Annahme von Bestechung/Schmiergeld ein, für die Erledigung der Arbeit, die eine/r ohnehin zu erledigen hat?

Tabelle 10: Bestechung/Schmiergeld

BASE=1196 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Justifiable: someone accepting a bribe	Never justifiable	85.5 %	79.9 %	87.2 %	88.8 %
	2	5.5 %	7.9 %	4.5 %	4.5 %
	3	3.6 %	4.0 %	3.9 %	2.8 %
	4	1.3 %	2.5 %	0.6 %	0.8 %
	5	2.7 %	4.0 %	2.1 %	2.2 %
	6	0.3 %	0.3 %	0.4 %	0.3 %
	7	0.3 %	0.3 %	0.6 %	-
	8	0.1 %	-	-	0.3 %
	9	0.2 %	0.3 %	0.2 %	-
	Always justifiable	0.5 %	0.8 %	0.4 %	0.3 %
	Total	1196 (100 %)	354 (100 %)	485 (100 %)	357 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Religion and Moral: (F117) Justifiable: someone accepting a bribe.

11) Mitglied in Organisationen

Frage: Sind Sie Mitglied einer der genannten Organisationen: a) politische Partei b) NGO (zu Themen auf dem lokalen Niveau, wie Armut, Arbeit, Wohnen oder religiöse Gleichheit, c) NGO (zu Themen betreffend Menschenrechte und Dritte Welt)

Tabelle 11a: Mitglied einer politischen Partei

BASE=1200 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Belong to political parties	Not mentioned	92.9 %	93.0 %	92.8 %	93.0 %
	Belong	7.1 %	7.0 %	7.2 %	7.0 %
	Total	1200 (100 %)	356 (100 %)	486 (100 %)	358 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Perceptions of Life: (A068) Belong to political parties.

Tabelle 11b: Mitglied einer NGO zu Themen auf dem lokalen Niveau

BASE=1200 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Belong to local political actions	Not mentioned	98.9 %	99.4 %	98.8 %	98.6 %
	Belong	1.1 %	0.6 %	1.2 %	1.4 %
	Total	1200 (100 %)	356 (100 %)	486 (100 %)	358 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Perceptions of Life: (A069) Belong to local political actions.

Tabelle 11c: Mitglied einer NGO zu Themen Entwicklungsländer⁹⁵ und Menschenrechte

BASE=1200 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Belong to human rights	Not mentioned	99.8 %	100.0 %	99.8 %	99.4 %
	Belong	0.2 %	-	0.2 %	0.6 %
	Total	1200 (100 %)	356 (100 %)	486 (100 %)	358 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Perceptions of Life: (A070) Belong to human rights.

12) Politik als Gesprächsthema

Frage: Sprechen Sie mit Ihren Freunden a) oft, b) manchmal, c) nie über die Politik?

Tabelle 12: Politik als Gesprächsthema

BASE=1188 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
How often discusses political matters with friends	Frequently	13.1 %	7.1 %	13.7 %	18.4 %
	Occasionally	59.8 %	53.7 %	66.0 %	57.6 %
	Never	27.0 %	39.2 %	20.3 %	24.0 %
	Total	1188 (100 %)	352 (100 %)	482 (100 %)	354 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Perceptions of Life: (A062) How often discusses political matters with friends.

⁹⁵ Anmerkung: in der bosnisch-herzegowinischen Version wird explizit Entwicklung der Länder der Dritten Welt und Menschenrechte angeführt, also nicht nur Menschenrechte.

13) Vertrauen in die Mitmenschen

Frage: Allgemein gesprochen, kann den meisten Menschen vertraut werden, oder soll man mit den meisten Menschen eher vorsichtig sein?

Tabelle 13: Vertrauen in die Mitmenschen

BASE=1185 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Most people can be trusted	Most people can be trusted	15.8 %	14.7 %	15.4 %	17.4 %
	Can't be too careful	84.2 %	85.3 %	84.6 %	82.6 %
	Total	1185 (100 %)	354 (100 %)	474 (100 %)	357 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Perceptions of Life: (A165) Most people can be trusted.

14) Vertrauen in die Organisationen

Frage: Wie viel Vertrauen haben Sie in a) religiöse Organisationen, b) Militär, c) Medien, d) Regierung, e) politische Parteien, f) EU?

Tabelle 14a: Vertrauen in religiöse Organisationen

BASE=1174 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Confidence: Churches	A great deal	16.5 %	17.1 %	13.5 %	20.1 %
	Quite a lot	33.1 %	36.5 %	32.7 %	30.4 %
	Not very much	37.1 %	35.3 %	41.8 %	32.7 %
	None at all	13.2 %	11.1 %	12.0 %	16.9 %
	Total	1174 (100 %)	351 (100 %)	474 (100 %)	349 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E069) Confidence: Churches.

Tabelle 14b: Vertrauen in das Militär

BASE=1185 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Confidence: Armed Forces	A great deal	20.7 %	19.3 %	19.4 %	23.8 %
	Quite a lot	40.0 %	39.5 %	38.3 %	42.8 %
	Not very much	30.5 %	31.8 %	35.0 %	23.2 %
	None at all	8.8 %	9.4 %	7.3 %	10.2 %
	Total	1185 (100 %)	352 (100 %)	480 (100 %)	353 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E070) Confidence: Armed Forces.

Tabelle 14c: Vertrauen in die Presse

BASE=1192 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Confidence: The Press	A great deal	2.9 %	2.3 %	1.9 %	4.8 %
	Quite a lot	22.1 %	23.9 %	16.6 %	27.6 %
	Not very much	61.1 %	59.2 %	67.6 %	54.1 %
	None at all	14.0 %	14.6 %	13.9 %	13.5 %
	Total	1192 (100 %)	355 (100 %)	482 (100 %)	355 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E072) Confidence: The Press.

Tabelle 14d: Vertrauen in die Regierung

BASE=1192 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Confidence: The Government	A great deal	5.6 %	5.1 %	5.4 %	6.5 %
	Quite a lot	23.9 %	19.8 %	22.8 %	29.5 %
	Not very much	52.1 %	53.7 %	53.7 %	48.3 %
	None at all	18.4 %	21.5 %	18.0 %	15.7 %
	Total	1192 (100 %)	354 (100 %)	482 (100 %)	356 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E079) Confidence: The government.

Tabelle 14e: Vertrauen in politische Parteien

BASE=1189 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Confidence: The Political Parties	A great deal	1.9 %	2.3 %	1.2 %	2.5 %
	Quite a lot	12.6 %	10.2 %	12.5 %	15.3 %
	Not very much	57.6 %	58.2 %	58.0 %	56.5 %
	None at all	27.8 %	29.4 %	28.3 %	25.7 %
	Total	1189 (100 %)	354 (100 %)	481 (100 %)	354 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E080) Confidence: The political Parties.

Tabelle 14f: Vertrauen in die EU

BASE=1169 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Confidence: The European Union	A great deal	14.0 %	12.4 %	13.1 %	17.0 %
	Quite a lot	34.2 %	34.7 %	32.6 %	35.9 %
	Not very much	35.2 %	35.8 %	37.7 %	31.0 %
	None at all	16.6 %	17.1 %	16.6 %	16.1 %
	Total	1169 (100 %)	346 (100 %)	475 (100 %)	348 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Politics and Society: (E086) Confidence: The European Union.

15) Feeling of happiness

Frage: Alles in allem, was würden Sie sagen, wie glücklich Sie sind: a) sehr glücklich, b) ziemlich glücklich, c) nicht so glücklich, d) gar nicht glücklich

Tabelle 15: Happiness

BASE=1190 Weight [with split ups]		Age			
		Total	15-29	30-49	50 and more
Feeling of happiness	Very happy	21.8 %	28.2 %	21.1 %	16.5 %
	Quite happy	60.7 %	60.2 %	62.4 %	58.8 %
	Not very happy	15.1 %	10.5 %	13.8 %	21.6 %
	Not at all happy	2.4 %	1.1 %	2.7 %	3.1 %
	Total	1190 (100 %)	354 (100 %)	479 (100 %)	357 (100 %)

Quelle: WVS, BiH 2001. Online Data Analysis. Perceptions of Life: (A008) Feeling of happiness.

II. Bertelsmann Transformationsindex

Status Index: Bosnien und Herzegowina⁹⁶

Tabelle 16: Politische Transformation (Democracy Status) für BiH

Kriterien	2006	2008
Staatlichkeit	7,0	7,0
Politische Partizipation	8,5	8,5
Rechtstaatlichkeit	6,5	6,8
Stabilität demokratischer Institutionen	7,0	6,0
Politische und gesellschaftliche Integration	5,0	5,3
TOTAL	6,8	6,7
RANG	44	48

Quelle: Eigene Darstellung nach BTA 2008.

Tabelle 17: Wirtschaftliche Transformation (Market Economy Status) für BiH

Kriterien	2006	2008
Sozioökonomisches Entwicklungsniveau	6,0	6,0
Markt- und Wettbewerbsordnung	7,0	7,3
Währungs- und Preisstabilität	8,5	8,5
Privateigentum	6,0	6,5
Sozialordnung	5,5	5,5
Leistungsstärke der Volkswirtschaft	7,0	5,0
Nachhaltigkeit	5,0	5,5
TOTAL	6,4	6,3
RANG	41	49

Quelle: Eigene Darstellung nach BTA 2008.

⁹⁶ Bertelsmann Transformationsatlas. Download: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/atlas.0.html>
[Zugriff: 21.02.2009]

Tabelle 18: Management Index

Kriterien	2006	2008
Internationale Zusammenarbeit	6,0	6,3
Konsensbildung	5,2	5,0
Ressourceneffizienz	4,3	4,3
Gestaltungsfähigkeit	5,7	5,3
TOTAL	5,3	5,3
+ Schwierigkeitsgrad	4,9	4,4
Managementindex	4,7	4,6
RANG	65	81

Quelle: Eigene Darstellung nach BTA 2008.

Tabelle 19: Politische und gesellschaftliche Integration in BiH

Land	Fragen	2006	2008
Bosnien und Herzegowina	1.) Parteiensystem	6	5
	2.) Netz kooperationsfähiger Verbände	4	5
	3.) Zustimmung der Bürger zu demokratischen Normen und Verfahren	6	6
	4.) Gesellschaftliche Selbstorganisation und Aufbau von Sozialkapital	4	5
	Total	5	5,3

Quelle: Eigene Darstellung nach BT Atlas 2008

III. Interviewfragen in der Originalsprache (Bosnisch/Kroatisch/Serbisch)⁹⁷.

1. Koliko imas godina?
 2. Koje najvise zavrшено obrazovanje imas? Dodatne edukacije?
 3. Da li zivis sa roditeljima?
-

1. Opcenito govoreci, da li cesto razmislljas o znacenju i svrsi zivota?
 2. Ovdje su dvije izjave koje ljudi često upotrebljavaju kada govore o dobru i zlu. Koja od njih je bliza tvom misljenju i ako zelis molim te prokomentarisati odgovore.
 - A. Postoje apsolutno jasne odrednice o tome šta je dobro i zlo. One se uvijek odnose na svakoga, pod bilo kojim okolnostima.
 - B. Ne postoji apsolutno jasna odrednica šta je dobro a šta zlo. Šta je dobro i zlo ovisi od okolnosti u datom trenutku.
-

1. Sta ti licno vezas zu pojam demokratije? Sta je demokratija za tebe?
 2. Smatras li da su tebi licno negdje uskracena tvoja prava?
 3. Po tvom misljenju – moze li se reci da gradjani Sarajeva razumiju i upraznjavaju njihova demokratska prava? A obaveze?
-

1. Sta ti smatras pod pojmom demokratizacije?
2. Ako podjemo od definicije da je demokratizacija prozes uvođenja i/ili ucvrscivanja demokratije u jednoj zemlji, do koje mjere smatras da je ovaj prozes uspjesan u BiH? Zasto?
3. Do koje mjere vidis interne, a do koje mjere vidis externe faktore odgovorne za (ne)uspjeh demokratizacije?
4. Mislis li da demokratizacija bolje/lakse funktionise u posljernatnim drustvima ili u drustvima u kojim nije bilo oruzanih sukoba ili smatras da oruzani sukobi ne igraju ulogu u procesu demokratizacije (nakon zavrsetka sukoba)? Zasto?

⁹⁷ Die Fragen variierten abhängig vom Gesprächsverlauf.

5. Prema nekim pokazateljima, demokratizacija Hrvatske i Srbije napreduje brže od demokratizacije BiH. Koji je po tvom licom mišljenju glavni razlog zaostajanja BiH iza susjednih zemalja?
 6. Prokomentiraj izjave molim te: Demokratske države su bolje u održavanju mira od drugacije uređenih država.
 7. Demokratija može imati svojih problema, ali je ipak bolja od bilo kog drugog oblika vladavine.
 8. U Bosni i Hercegovini se uvodi demokratija nedemokratskim metodama.
-

1. Možeš li ti lično, kao individua doprinijeti razvoju demokratije u svom društvu – znaci ako gledamo tvoju užu sredinu – obitelj, posao, društvo u kom se krećeš, hobi etc?
 2. Kako? Konkretni primjer?
 3. Razlikuje li se tvoje shvaćanje demokratije i procesa demokratizacije od shvaćanja tvojih roditelja?
 4. U kom pogledu? Zbog čega?
 5. (Politička) Participacija – šta to znači za tebe?
 6. Jesi li član neke političke stranke?
 7. Jesi li član neke nevladine organizacije – a koja ti nije poslodavac?
 8. Da li si glasao/la na zadnjim lokalnim izborima?
 9. Da li si glasao/la na izborima 2006?
 10. Da li razgovarao sa svojim prijateljima o politici? Koliko često?
 11. Da li razgovarao sa svojim prijateljima o demokratiji i procesu demokratizacije? Koliko često?
 12. Da li razgovarao sa svojim prijateljima o međunarodnoj zajednici? Da li razgovarate npr. o uposlenicima internacionalnih organizacija u Sarajevu ili BiH?
 13. Koji komentari/zaključci najčešće padaju?
-

1. Jesi li studirao/la negdje u inostranstvu? Gdje?
2. Jesi li ikada bio/la u inostranstvu? Gdje?
3. Imas li neke prijatelje/ poznanike u inostranstvu sa kojima komuniciraš (npr. putem interneta) makar s vremena na vrijeme, a koji nisu porijeklom iz tvoje zemlje, ili zemalja bivše Jugoslavije?

4. Razmislijajući o demokratskom društvu – mogu li se zapaziti ikakve razlike na ulicama grada u kom si bio/la u Evropskoj Uniji, poredivši ga sa Sarajevskim ulicama – npr reklame, trgovine, banke, ponašanje ljudi etc.
-

1. Poredivši politički sistem u kojem se sada nalazimo sa socijalizmom – kakav je tvoj komentar?
 2. Hoćemo li ikada postati stabilno demokratsko društvo?
-

8 Literaturverzeichnis

- Abromeit, Heidrun/Stoiber, Michael* (2006): Demokratien im Vergleich. Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme. Wiesbaden.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney* (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton: Princeton University Press.
- Alsop, Ruth/Frost, B. Mette/Holland, Jeremy* (2006): Empowerment in Practice. From Analysis to Implementation. The World Bank. Washington. Online:
http://siteresources.worldbank.org/INTEMPowerment/Resources/Empowerment_in_Practice.pdf [Zugriff: 05.03.2009]
- Arnautovic, Suad* (1996): Izbori u Bosni i Hercegovini '90. Analiza izbornog procesa. Sarajevo.
- Assmann, Aleida* (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München.
- Bergmann, Jörg R.* (2007): Ethnomethodologie. In: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg. S. 118-135.
- Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob* (Hrsg.) (1987): Politische Kultur in Deutschland: Bilanz und Perspektiven der Forschung. In: Politische Vierteljahresschrift: Sonderheft 18. Opladen.
- Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.) (2008): Bertelsmann Transformation Index 2008. Manual for Country Assessments. Gütersloh.
- Bertelsmann Transformation Index*: Online: www.bertelsmann-transformation-index.de [Zugriff: 22.12.2008]
- BTI Atlas
- BTI 2003 Bosnia and Herzegovina Country Report
- BTI 2006 Bosnia and Herzegovina Country Report
- BTI 2008 Bosnia and Herzegovina Country Report
- Bieber, Florian* (2008): Bosna i Hercegovina poslije rata: Politicki sistem u podjeljenom drustvu. Sarajevo.
- Bohnsack, Ralf* (2007): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden.
- Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter* (2005): Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden. In: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. Wiesbaden, S. 69-128.
- Buchstein, Hubertus* (2004): Demokratie. In: Göhler, Gerhard et. al (Hrsg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden 2004, S. 47-65.

Carothers, Thomas (1999): *Aiding Democracy Abroad: The Learning Curve*. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.

Chandler, David (2000): *Bosnia. Faking Democracy After Dayton*. London, Sterling VA.

CIK Centralna Izborna Komisija (2006): *Registrovani biraci i izlaznost na opće izbore 2006*. Online: <http://www.izbori.ba/default.asp?col=Statistika&Path=2006Rezultati> [Zugriff: 03.02.2009]

Civitas (Hrsg) (2007): *Demokratija i ljudska prava: udzbenik za učenike srednje škole: bosanski jezik*. Sarajevo.

Croissant, Aurel/Thiery, Peter (2000): *Defekte Demokratien: Konzepte, Operationalisierungen und Messung*. In: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.): *Demokratiemessung: Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 89-112.

Croissant, Aurel (2001): *Vom Zusammenbruch der Diktatur und der Demokratie. Einführung in die theoretische Transformationsforschung. Orientierungspaper*. Heidelberg.

Croissant, Aurel/Merkel, Wolfgang (Hrsg) (2004): *Special Issue of Democratization: Consolidated or Defective Democracy? Problems of Regime Change*. 11 (5) Abingdon.

Curak, Nerzuk (2002): *Geopolitika kao sudbina: Slučaj Bosna. Postmodernistički ogled o perifernoj zemlji*. Sarajevo.

Delibasic, Esad (2008): *Između etnosa i demosa*. Zenica.

Diamond Larry (1999): *Developing Democracy: toward consolidation*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Diamond, Larry (2003): *Can the Whole World Become Democratic? Democracy, Development, and International Policies*, Center for the Study of Democracy, University of California, Irvine.

Džihic, Vedran (2006): *Bosnien und Europa. Komm Bosnien, komm, wir werden (nicht) auf dich warten – Skizzen über ein europäisches Bosnien fern von Europa*. In: Kohl, Christine von/Džihic, Vedran/Ceka, Egin (Hrsg): *Balkan und Europa – Kommentare und Analysen von Innen und Außen*, *Balkan Diskurs* 4, Jg. 5, Heft 1 (2006). S. 60-63.

European Commission (2003): *Communication from the Commission to the Council, the European Parliament and the European Economic and Social Committee. Governance and Development*. Brussels. Online: http://europa.eu/eur-lex/en/com/cnc/2003/com2003_0615en01.pdf [Zugriff: 13.03.2009]

Europäische Kommission (2005): Bosnien und Herzegowina. Fortschrittsbericht. Brüssel. Online: http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2005/package/sec_1422_final_progress_report_ba_de.pdf [Zugriff: 15.03.2009]

European Commission (2008): Mitteilung an die Kommission. Jahresaktionsprogramm 2008 auf der Grundlage des Strategiepapiers 2007 – 2010 für das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte. (EIDHR) Online: http://ec.europa.eu/europeaid/where/worldwide/eidhr/documents/memorandum_aap_2008_eidhr_de.pdf [Zugriff: 17.03.2009]

Fischer, Karin/Maral-Hanak, Irmi/Hödl, Gerald/Parnreiter, Christof (Hrsg.) (2004): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien.

Fischer, Martina (2006): Jugendarbeit und Friedensförderung in Ostbosnien. Ein Pilotprojekt von Ipak (Tuzla), Schüler Helfen Leben und dem Berghof Forschungszentrum. Berghof Report Nr. 13. Juli 2006. Online: <http://www.berghof-center.org/uploads/download/br13dweb.pdf> [Zugriff: 11.2.2009]

Fischer, Martina/Tumler, Julie (2000): Friedensförderung in Bosnien und Herzegowina. Ansätze der Jugend-, Bildungs- und Kulturarbeit. Berghof Report Nr. 5. September 2000. Online: <http://www.berghof-center.org/uploads/download/br5d.pdf> [Zugriff: 11.2.2009]

Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.) (2007): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg.

Galtung, Johan (1998): Konflikttransformation mit friedlichen Mitteln. Die Methode der Transzendenz. In: Wissenschaft und Frieden 3/98.

Geertz, Clifford (1996): Welt in Stücken. Kultur und Politik am Ende des 20. Jahrhunderts, Wien.

Brigitte Geißel/Virginia Penrose (2003): Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung – Politische Partizipation von Frauen und Männern. Gender...politik...online. Online: http://web.fu-berlin.de/gpo/geissel_penrose.htm [Zugriff: 06.03.2009]

Geißel, Brigitte/Thillman, Katja (2006): Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen. In: Hoecker, Beate (Hrsg): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Opladen. S. 159-182.

Goetze, Dieter (2002): Entwicklungssoziologie. Eine Einführung. München.

Gomes, Bea de Abreu Fialho/Hanak, Irmi/Schicho, Walter (Hrsg) (2003): Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster. Wien.

GMI - Governance Matters Index (2008): Worldwide governance Indicators, 1996-2007. Online: <http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.asp> [Zugriff: 20.03.2009]

- Gromes, Thorsten (2004):* Das „Wunder der Demokratie“ in Nachbürgerkriegsgesellschaften. In: HSFK-Standpunkte 5/2004, Frankfurt/M.
- Gromes, Thorsten (2007):* Demokratisierung nach Bürgerkriegen. Das Beispiel Bosnien und Herzegowina. Frankfurt/New York.
- Gromes, Thorsten/Moltmann, Bernhard/Schoch, Bruno (2004):* Demokratie-Experimente in Nachbürgerkriegsgesellschaften. Bosnien und Herzegowina, Nordirland und Kosovo im Vergleich. In: HSFK-Report 9/2004.
- Halbwachs, Maurice (1992):* On collective Memory. Edited, Translated, and with an Introduction by Lewis A. Coser. The university of Chicago press. Chicago and London.
- Halilovich, Hariz (2008):* Etika, ljudska prava i istrazivanje: Etnografija u posljeratnoj Bosni i Hercegovini. In: Narodna umjetnost: hrvatski casopis za etnologiju i folkloristiku, Vol. 45 No.2. Prosinac 2008. S. 165-190.
- Hartmeyer, Helmuth (2005):* Erste, Zweite, Dritte Welt – oder Eine Welt? Die Entwicklungsdekaden – die Geschichte vom Mythos Entwicklung. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung. Nr. 23. Globales Lernen – Politische Bildung. Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung. S. 11-25.
- Haveric, Tarik (2006):* Ethos i demokratija. Slučaj Bosne i Hercegovine. Sarajevo.
- Herkner, Werner (2001):* Lehrbuch Sozialpsychologie. Bern, Göttingen, Toronto, Seattle.
- Hoecker, Beate (Hrsg.) (2006):* Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen.
- Huntington, Samuel P. (1991/92):* How Countries Democratize?” In: Political Science Quarterly, Volume 106, Number 4, S. 579-616.
- Huntington, Samuel P. (1993):* The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs (72) 3. S. 22-49
- Huntington, Samuel P. (2002):* Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München.
- Huntington, Samuel P. (2004):* Treci talas. Demokratizacija na kraju dvadesetog veka. Beograd.
- IBHI – The Independent Bureau for Humanitarian Issues (1998):* The Local Ngo Sector within Bosnia and Herzegovina – Problems, Analysis and Recommendations. Online: <http://www.ibhibih.org/> [Zugriff: 20.03.2009]
- IDC – Istrazivacko Dokumentacioni Centar/ RDC – Research and Documantation Center (2006):* “Report: April 2004 – April 2006“. Sarajevo.

- Imbusch, Peter/Zoll, Ralf* (Hrsg.) (2005): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden.
- Jovanovic, Pavle* (2006): Tranzicionizam. Refleksije o postkomunistickoj tranziciji. Podgorica.
- Knaus, Gerald/Martin, Felix* (2003): "Travails of the European Raj", In: Journal of Democracy. Vol 14, Nr. 3 (2003), S. 60-74.
- Köhler, Werner* (Red.) (1997): European University Center for Peace Studies. Erziehung für Frieden, Menschenrechte und Demokratie im Unesco-Kontext. Sammelband ausgewählter Dokumente und Materialien. Bonn.
- Krause, C. Christina* (2006): Wahlkampf in Bosnien und Herzegowina. Konrad Adenauer Stiftung. Online: http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_9250_1.pdf [Zugriff: 10.03.2009]
- Kukic, Slavo* (2006): Civilno drustvo – slicice bosanskohercegovackog mozaika. In: Status. Magazin za politicku kulturu i drustvena pitanja: Civilno drustvo i demokratski pluralizam. Broj 10, jesen 2006. S. 106-113.
- Lauth, Hans-Joachim/Winkler, Jürgen* (2006): Methoden der vergleichenden Regierungslehre. In: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Wiesbaden. S. 37-69.
- Lauth, Hans-Joachim* (2006): Die Qualität der Demokratie im interregionalen Vergleich – Probleme und Entwicklungsperspektiven. In: Pickel, Susanne/Pickel, Gert (Hrsg.): Demokratisierung im internationalen Vergleich. Neue Erkenntnisse und Perspektiven. Wiesbaden. S. 89-110.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred* (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore. S. 3-87.
- Maglajlic, Reima Ana/Hodzic, Edin* (2006): Politicka participacija. Postoji li puno participacija gradjana u javnom zivotu? In: Fond otvoreno drustvo (Hrsg.): Procjena razvoja demokratije u BiH. Sarajevo. S. 295-331.
- Melcic, Dunja* (Hrsg.) (2007): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Wiesbaden.
- Menzel, Ulrich* (2001): Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Frankfurt am Main.
- Merkel, Wolfgang et. al* (Hrsg) (2003): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen.
- Merkel, Wolfgang et. al* (Hrsg) (2004): Defekte Demokratie. Band 2: Defekte Demokratien in Osteuropa, Ostasien und Lateinamerika. Opladen.

- Merkel, Wolfgang* (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift 48, Jg. 48, Heft 3, 413-433.
- Meyer, Reiner* (2006): Die Post-Konfliktphase. Peacekeeping und Peacebuilding als neue Herausforderung des internationalen Konfliktmanagements. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung. Nr. 25. Sicherheitspolitik. Sicherheitsstrategien, Friedenssicherung, Datenschutz. S. 23-34.
- Misztal, A. Barbara* (2003): Theories of Social Remembering. Open University Press. Maidenhead. Philadelphia.
- Nohlen, Dieter* (Hrsg.) (2000): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg.
- Nohlen, Dieter* (Hrsg.) (2003): Kleines Lexikon der Politik. München.
- Novy, Andreas* (2001): Die Beziehung von Theorie und Praxis: Zivilgesellschaft, Nicht-Regierungsorganisationen und Entwicklungszusammenarbeit. In: Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 119-138.
- Novy, Andreas* (2005): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der einen Welt. Frankfurt a. M.
- Nuscheler, Franz* (2004): Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. Bonn.
- Nuscheler, Franz* (2009): Good Governance. Ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung. INEF-Report 96/2009. Institut für Entwicklung und Frieden. Duisburg, Essen. Online: <http://inef.uni-due.de/page/documents/Report96.pdf> [Zugriff: 17.03.2009]
- Offe, Claus* (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur 45 (4): 279-292.
- Offe, Claus* (Hrsg.) (2003): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt/Main
- Paffenholz, Thania* (2006): Peacebuilding: A Task for Development Cooperation. In: Journal für Entwicklungspolitik, Vol. XXII (3) 2006, S. 6-34.
- Paffenholz, Thania/Reychler, Luc* (2007): Aid for Peace. A Guide to Planning and Evaluation for Conflict Zones. Baden-Baden.
- Pejanovic, Mirko* (2005): Politicki razvitak Bosne i Hercegovine u postdejtonskom periodu. Sarajevo.

- Pickel, Gert/ Jacobs, Jörg* (2001): Einstellungen zur Demokratie und zur Gewährleistung von Rechten und Freiheiten in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas. F.I.T. discussion paper 9/01. Frankfurt (Oder): Frankfurt Institute for Transformation Studies.
- Pickel, Susanne/Müller, Thomas* (2006): Systemvermessung – Schwächen der Konzepte und Verzerrung der empirisch-quantitativen von Demokratie und Autokratie. In: Pickel, Susanne/Pickel, Gert (Hrsg): Demokratisierung im internationalen Vergleich. Neue Erkenntnisse und Perspektiven. Wiesbaden. S. 135-172.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert* (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Pridham, Geoffrey* (2000): The Dynamics of Democratization. A Comparative Approach. London, New York.
- Raffer, Kunibert/Singer, Hans* (2004): The Economic North-South divide: six decades of unequal development. Cheltenham, UK, Northampton MA.
- Richter, Rudolf* (2002): Verstehende Soziologie. Wien
- Rittberger, Volker/Zangl, Bernhard* (2003): Internationale Organisationen. Politik und Geschichte. Wiesbaden.
- Sachs, Jeffrey D.* (2006): Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt. München.
- Sandschneider, Eberhard* (2003): Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen. Gutachten für das Zentrum für angewandte Politikforschung. Berlin.
- Schmidt, Manfred G.* (2006): Demokratietheorien. Eine Einführung, Opladen.
- Schneckener, Ulrich* (2005): Frieden machen: Peacebuilding und peacebuilder. In Die Friedenswarte 80 (2005) 1-2. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. S. 17-39.
- Segert, Dieter* (2000/2001): Wann sind Demokratien gefährdet? Eine vergleichende Analyse osteuropäischer Staaten, in: Welttrends (29), S. 33-57.
- Selchow, Ulla/Hutter, Franz-Josef* (Hrsg.) (2004): Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit. Anspruch und politische Wirklichkeit. Wiesbaden.
- Sen, Amartya* (2005): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München.
- Tetzlaff, Rainer* (2001): Demokratische Transition und Marktorientierung. Elemente einer universellen Theorie der „Entwicklung“. In: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE). Informationszentrum Entwicklungspolitik (IZEP). Bonn: DSE/IZEP 2. Aufl. S. 355-365.

Todorova, Marija (2006): *Imaginarni Balkan*. Beograd.

Ugresic, Dubravka (1995): *Kultur der Lüge*. Frankfurt/Main.

UNDP (2000): *Human Development Report on Youth in Bosnia-Herzegovina*. Sarajevo. Online: <http://www.undp.ba/index.aspx?PID=14> [Zugriff: 20.02.2009]

UNDP (2002): *National Human Development Report – 2002*. Sarajevo. Online: <http://www.undp.ba/index.aspx?PID=36&RID=6> [Zugriff: 04.02.2008]

UNDP (2003): *Youth in Bosnia and Herzegovina 2003. Are you part of the problem or part of the solution?* Sarajevo. Online: <http://www.undp.ba/index.aspx?PID=36&RID=11> [Zugriff: 13.03.2009]

UNDP (2007a): *National Human Development Report 2007. Social Inclusion in Bosnia and Herzegovina*. Online: <http://www.undp.ba/index.aspx?PID=36&RID=63> [Zugriff: 20.02.2009]

UNDP (2007b): *The Silent Majority Speaks Report*. Online: <http://www.undp.ba/index.aspx?PID=7&RID=413> [Zugriff: 20.03.2009]

UNDP (2008): *Early Warning System, IV Quarterly Report 2008*. Sarajevo. Online: <http://www.undp.ba/index.aspx?PID=36&RID=84> [Zugriff: 27.03.2009]

United Nations (1948): *Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948. German Version*. Online: <http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm> [Zugriff: 20.02.2009]

United Nations (1966a): *International Covenant on Civil and Political Rights*. Online: <http://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&id=322&chapter=4&lang=en> [Zugriff: 05.03.2009]

United Nations (1966b): *International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights*. Online: <http://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=UNTSO&tabid=1&id=321&chapter=4&lang=en#2> [Zugriff: 05.03.2009]

United Nations (1992a): *An Agenda for Peace. Preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping. Report of the Secretary-General pursuant to the statement adopted by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992*. New York: UN. Online: <http://www.un.org/Docs/SG/agpeace.html> [Zugriff: 24.02.2009]

United Nations (1992b) *Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung Rio de Janeiro, Juni 1992*. Online: http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf [Zugriff: 19.2.2009]

- United Nations* (1996): Agenda for Democratization: Supplement to Reports on Democratization, A/51/761. New York: UN. Online: <http://www.nigd.org/towards-a-global-civil-society/NRD/> [Zugriff: 09.03.2009]
- United Nations* (2005): Charter of the United Nations and Statute of the International Court of Justice. Published by the United Nations Department of Public Information DPI/511 Reprint – July 2005. New York: UN.
- Vlaisaljevic, Ugo* (2006): Politicka legitimacija i poredak bez izbora. In: Status. Magazin za politicku kulturu i drustvena pitanja: Civilno drustvo i demokratski pluralizam. Broj 10, jesen 2006. S. 154-162.
- Volkan, Vamik D.* (1999): Das Versagen der Diplomatie : zur Psychoanalyse nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte, Gießen.
- Welzel, Christian/Inglehart, Ronald* (1999): Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy. WZB-papers FS III 99-202.
- Welzel, Christian* (2002): Fluchtpunkt Humanentwicklung: Über die Grundlagen der Demokratie und die Ursachen ihrer Ausbreitung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Welzel, Christian* (2006): Democratization as an Emancipative Process: The Neglected Role of Mass Motivations. European Journal of Political Research 45, 2006. S. 871-896.
- World Values Survey (WVS)*: Online Data Analysis. Online: www.worldvaluessurvey.org [Zugriff: 22.12.2008]

Zitierte Gespräche und Interviews

- Miroslav Knezevic, Gespräch am 20.02.2007 in Sarajevo
- Dr. Miodrag Zivanovic, Gespräch am 19.2.2007 in Banja Luka
- Amer H.: Interview am 7.12.2008 in Sarajevo
- Amer S.: Interview am 4.11.2008 in Sarajevo
- Bozana P.: Interview am 6.11.2008 in Sarajevo
- Dusko M.: Interview am 9.11.2008 in Sarajevo
- Jelena S.: Interview am 27.11.2008 in Sarajevo
- Lejla S.: Interview am 30.11.2008 in Sarajevo
- Maid M.: Interview am 30.11.2008 in Sarajevo
- Mustafa P.: Interview am 6.11.2008 in Sarajevo
- Nedim M.: Interview am 9.11.2008 in Sarajevo
- Sabina P.: Interview am 9.11.2008 in Sarajevo

Zitierte Arbeiten der Wiener StudentInnen

Alexandra O.: Februar 2007, Wien

Aram G.: Jänner 2007, Wien

Bojan K.: März 2007, Wien

Carla K.: März 2007, Wien

Edma A.: März 2007, Wien

Friederike M.: März 2007, Wien

Goran B.: März 2007, Wien

Gregor M.: März 2007, Wien

Lisa P.: August 2007, Wien

Lorenz N.: März 2007, Wien

Miriam E.: März 2007, Wien

Raphaela W.: August 2007, Wien

Stephanie P.: Februar 2007, Wien

Verena G.: August 2007, Wien

Veronika S.: März 2007, Wien

Abstract (Deutsch)

Demokratisierung ist kein theoretisches Konstrukt, sondern längst eine realpolitische Strategie. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausbreitung von Demokratie und Marktwirtschaft, unter anderem, dazu beitragen wird, dass in der Zukunft die Anzahl der Kriege, weltweit zurückgehen wird. Das Problem an der Demokratisierung ist jedoch immer größer werdende Anzahl der Staaten, die als *defekte*, und somit als relativ funktionsunfähige Demokratien beschrieben werden können. Das Gegenbild einer *defekten Demokratie*, ist nicht die *perfekte Demokratie*, sondern eine rechtsstaatliche, funktionsfähige Demokratie. Die umstrittene Frage in der Forschung ist also, mit welchen Methoden und mit Hilfe welcher Akteure, den Transformationsstaaten geholfen werden kann, dieses Ziel zu erreichen. Nachdem die Demokratie, auch immer eine Frage von Werten ist und mit der Sozialisierung politischer Subjekte zusammenhängt, scheint es plausibel, in einem ersten Schritt nach dem Verständnis der Demokratie und nach der Wahrnehmung des Demokratisierungsprozesses in einem Transformationsland zu fragen. Dadurch rückt der Mensch in den Mittelpunkt der Forschung, womit die Demokratie, ihre subjektive Seite offenbart. Die individuelle Vorstellung von demokratischen Werten und Prinzipien in Bosnien und Herzegowina, und davon handelt auch diese Arbeit, unterscheidet sich nicht so sehr im theoretischen Sinne von den individuellen Vorstellungen in westlichen Demokratien. Sie unterscheidet sich aber wesentlich in Bezug auf die Inhalte dieser Vorstellungen. Der Wahrnehmung der Demokratisierungsprozesse, liegt immer eine bestimmte Wahrnehmung der demokratischen Werte zu Grunde. Nicht die einzelnen Religionen und Traditionen, und darauf aufgebaute Identitäten sind die Bremse der Demokratisierung in BiH, sondern vielmehr ihr gegenseitiger Einfluss auf einander über eine lange Zeit hinweg, eine gemeinsame politische Kultur des Sozialismus sowie daraus entstehende Gemeinsamkeiten in der Wahrnehmung der demokratischen Werte. Nicht die zementierten ethnisch-religiösen Unterschiede sind die Bremse der Demokratisierung in BiH, sondern vielmehr das gleiche Verständnis von Demokratie des größten Teils der BürgerInnen in BiH. Junge Menschen mit höherer Bildung in Sarajevo, stellen hier keine Ausnahme. Aus den Interviews geht hervor, dass ihr Verständnis von Demokratie sowohl Elemente aus dem vorherigen als auch aus dem jetzigen politischen System beinhaltet.

Abstract (English)

Democratization as a peace strategy is not a theoretical framework anymore, but a real-political Strategy. It is assumed that the spread of democracy and free market economy will decrease the amount of wars worldwide, in the future. The problem with democratization is the ever increasing number of States who are classified as defect democracies and therefore rendered not functional. The opposite of a failed or *defect democracy* is not a *perfect democracy*, but rather a constitutional functional democracy. The controversial question in research remains, which methods and what protagonists are necessary to help the States in transition achieve their goals. Since democracy is always a question of values and is related to the socialization of political subjects, it seems plausible in a first step, to query the understanding of democracy and the perception of the democratization process in the transitional state. Therefore, the focus is placed on the person, whereby democracy discloses its subjective side. The individual perception of democratic values and principles in Bosnia and Herzegovina, which is the essence of this paper, does not differ much in theoretical sense, to the individual perceptions in western democracies. The differences lie within the content of these perceptions. The perception of democratization processes correlates to the perception of democratic values. It is not the individual religions or traditions and the identities based on them that slow down democratization in Bosnia and Herzegovina, but rather their interrelated influence over a long period, their collective political culture of Socialism and the resulting similarities in the perception of democratic values. The deceleration of democratization in Bosnia and Herzegovina is not caused by ethnic-religious differences, but by the similar grasp of democracy within the majority of citizens. Even young people in Sarajevo with a higher level of education do not provide an exception. Interviews with young people in Sarajevo illustrate that their individual perception of democratic values and principles include both aspects of the former political system and the current democratic regime.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Ines Marinkovic

Geboren am 03.03. 1977 in Prnjavor, BiH

Staatsbürgerschaft: Österreich

Email: a9700920@unet.univie.ac.at

Ausbildung

10/2004-	Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien
10/1997-	Psychologie Studium an der Universität Wien
6/1997	Abschluss der HBLA (Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe mit Schwerpunkt Fremdsprachen) Wiedner Gürtel, 1040 Wien
6/1991	Hauptschulabschluss in Lipik, Kroatien

Sprachkenntnisse

Bosnisch/Kroatisch/Serbisch – Muttersprache

Deutsch – ausgezeichnete Kenntnisse in Wort und Schrift

Englisch – sehr gute Kenntnisse in Wort und Schrift

Italienisch, Französisch – Schulkenntnisse

Beruflicher Werdegang

10/2007-12/2008	Studienabschlussstipendium, Forschungsaufenthalt – Sarajevo, Bosnien und Herzegowina
2/2007 und 7/2007	Organisatorin und Leiterin der Exkursionen nach Bosnien und Herzegowina für StudentInnen der Internationalen Entwicklung (Institut für Afrikanistik, Internationale Entwicklung)
10/2006-8/2007	Mitarbeiterin im Lehrbetrieb, Philologisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät / Internationale Entwicklung an der Universität Wien
7/2006-10/2006	Praktikum als Projektassistentin bei <i>Research and Documentation Center</i> , Sarajevo, Bosnien und Herzegowina
7/2006	Summer School for Transitional Justice, Palic, Serbien
6/2006	Evaluatorin für Zentrum für Soziale Innovation (ZSI), im Rahmen der Evaluierung der Balkan Case Challenge 2006

Weitere Qualifikationen

Führerscheinklasse B

Fundierte Computerkenntnisse: MS Office (Word, Excel, PP); SPSS; Internet

Soziales Engagement und ehrenamtliche Arbeit bei einzelnen Projekten in Wien, Sarajevo, Subotica, Empangeni (Südafrika)